12 78

G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Mostafa Danesch
Zur jüngsten Entwicklung im Iran

Hella Gerth-Wellmann
Die EG und die Dritte Welt

Joachim Radkau
Das industrielle Kernenergie-Interesse in der BRD

Hinrich Enderlein
Berufsverbote – ein Wendepunkt 1978?

Jörg Kammler
Die Krise in Portugal

Gerd Deumlich
Politik für eine Wende
zu demokratischem und sozialem Fortschritt

Gaby Zipfel
Frauenbewegung und Frauenkultur

12'78

Dezember 1978 Einzelheft 5,30 DM Im Abonnement 3,80 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,30 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Dezember 1978

CHRONIK DES MONATS NOVEMBER 1978 1419

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zur jüngsten Entwicklung im Iran ..... *Mostafa Danesch* 1422

Wider eine verkehrte Gewaltdiskussion ..... *Klaus Thüsing* 1425

GLOSSE

„Zensur tut not!" ..... *Karlheinz Deschner* 1428

HAUPTAUFSÄTZE

Die EG und die Dritte Welt. Wem nützt das Lomé-Abkommen? *Hella Gerth-Wellmann* 1429

Die Kalkulation des Unberechenbaren. Zur Entwicklungs- und Wirkungsweise des industriellen Kernenergie-Interesses in der BRD *Joachim Radkau* 1440

Berufsverbote – ein Wendepunkt 1978? ..... *Hinrich Enderlein* 1467

Die Krise in Portugal (II). Zur politischen und sozialökonomischen Entwicklung seit 1975 ..... *Jörg Kammler* 1471

Politik für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt *Gerd Deumlich* 1492

Frauenbewegung und Frauenkultur ..... *Gaby Zipfel* 1500

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 3. Vierteljahr 1978 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 1506

BÜCHER

Zur Entwicklung der Kritischen Psychologie ..... *Karl-Heinz Braun* 1510

TAGUNGSBERICHTE

Das Subjekt der Geschichte. Ein Bericht über das 3. Bremer Symposion „Wissenschaftsgeschichte" vom 29. September bis 3. Oktober 1978 ..... *Kurt Bayertz* 1516

Achse Bonn–Pretoria? Bericht über den Kongreß gegen atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik–Südafrika in Bonn am 11. und 12. November 1978 ..... *Ingeborg Wick* 1518

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Moskauer Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags vom 23. November 1978 (Wortlaut) 1520

Materialien zu Karlheinz Deschners Glosse „Zensur tut not!" 1532

JAHRESREGISTER 1978 ..... I–XIV

Zur jüngsten Entwicklung im Iran

Der Verzweiflungsakt Schah Reza Pahlevis, der das iranische Volk am 6. November 1978 über Radio Iran bat, sein 25jähriges Terrorregime zu vergessen, und versprach, in Zukunft werde es keine Despotie, keine Diktatur und keine Folter mehr geben, hat seine Wirkung verfehlt. Die Schwächung des Lagers der Herrschenden, der Familie des Schah, der Großgrundbesitzer und des vom Auslandskapital abhängigen Großbürgertums, wird immer offensichtlicher und schreitet unaufhaltsam voran. Die Welle für Welle aufeinanderfolgenden Widerstandskämpfe zeugen von der täglich schrumpfenden Macht des Schah, der in dieser ausweglosen Situation versucht, einerseits durch Verhängung des Kriegsrechts, Etablierung einer Militärjunta und blutige Repression, andererseits durch oberflächliche Versprechungen die Bevölkerung zu manipulieren: Was er am 6. November ankündigte – Demokratie und eine nationale Regierung mit Mehrparteiensystem –, hatte er noch kurz zuvor als „Affentheater"[1]) bezeichnet.

Die zuvor mit großem Aufwand propagierte „Freiheit" der politischen Parteien verkehrte sich bereits am 8. September in ihr krasses Gegenteil. Alle Parteien und Organisationen wurden verboten, die politischen Führer und Aktivisten verfolgt und verhaftet. Dieser bereits in die Geschichte eingegangene „blutige Freitag" beendete die kurze Zeit der „Liberalisierung", die mit der Kabinettsneubildung vom 28. August 1978, dem Regierungsantritts Schaif Emamis, eingeleitet worden war.

Der Versuch einer „Liberalisierung" ist ebenso wie der Versuch einer Erneuerung der Repression nicht zu verstehen, wenn man übersieht, welcher Berg von politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Miseren sich im Gefolge langjähriger Diktatur, Unterdrückung und Korruption aufgetürmt hat. Mittlerweile ist offensichtlich, daß sich das gesamte ökonomische und soziale System in der Krise befindet. „Elf Milliarden Mark hat der Schah an Krediten bei der Weltbank aufnehmen müssen, um wenigstens die dringlichsten Löcher in seinem Etat zu stopfen."[2]) Angesichts des ökonomischen, politischen und sozialen Chaos, der veränderten Kräfteverhältnisse in der Region und im Lande, des wachsenden politischen Bewußtseins der Bevölkerung, gepaart mit einem in der Geschichte einmaligen kämpferischen Elan, ist es unmöglich geworden, die bisherige Politik fortzusetzen. „Man kann dieses Land nicht mehr wie vor 15 Jahren regieren", sagte der Schah dem amerikanischen Magazin „Newweek"[3])

Schon Mitte 1977 durch die Absetzung des Ministerpräsidenten Howeida und seine Ablösung durch Premierminister Amuzegar und später durch die „Liberalisierung" dieses Jahres, das Auftreten einiger Parteien auf dem politischen Parkett im vergangenen August[4]) und durch

1) „stern", 36/1978.

2) Ebd.

3) Zit. nach ebd.

4) Einige der Parteien, die nach der sogenannten Legalisierung auf dem politischen Parkett erschienen sind, haben den Sturz der nationalen Regierung Mossadegh 1951–1953 mit vorbereitet und sich an der Durchführung des Putsches aktiv beteiligt. Hierzu gehören: Die „Sozialistische Aria-Partei", eine faschistische Partei, die „Partei der Werktätigen der

die Scheinversprechungen wie Pressefreiheit usw. hatte Reza Pahlevi versucht, die alten Herrschaftsmethoden zu lokkern, aber das Resultat war eine noch größere Welle von Protesten und Streiks, eine neuer Höhepunkt des antidiktatorischen, demokratischen und nationalen Kampfes. Diese Reaktion des Volkes erschütterte die Grundfesten des Regimes und erklärt, warum das Massaker vom 8. September mitsamt seinen unvorhersehbaren Folgen in Kauf genommen wurde: es geschah in der Hoffnung, daß angegriffene Regime vor dem Sturz zu retten.

Statt den Widerstand endgültig zu brechen, hat dieses Massaker, bei dem allein in Theran 3000 Menschen getötet wurden[5]) das Gegenteil bewirkt. Während bis zu diesem „Schwarzen Freitag" die Aktionen der Opposition überwiegend aus politischen Kundgebungen bestanden, treten nun verstärkt die Opfer der iranischen Wirtschaftspolitik in Aktion. Wochenlang streikten Millionen Arbeiter, Angestellte, Beamte, Dozenten, Studenten, Schüler, Journalisten, Kaufleute, etc. im gesamten Land. Die seit dem 8. September anhaltende Streikbewegung berührt sowohl die verschiedenen Industriezweige, wie Hüttenwerke, Ölindustrie, Maschinenbauindustrie, Textilindustrie, Zementindustrie, Bauindustrie, Petrochemische Industrie, Bezinversorgungsindustrie etc. als auch die verschiedenen staatlichen und privaten Institutionen. Die Nationalbank, die Post, das Zollamt, die Elektrizitäts- und Wasserwerke, die Krankenhäuser, die Presse, das Rundfunk- und Fernsehwesen, die Versicherungsanstalten etc. sind ebenso vom Streik betroffen wie die Universitäten, Schulen und Gerichte. Der Widerstand zeigt auf diesem Gebiet zwei Aspekte: er richtet sich nicht nur gegen die Unterdrückung demokratischer Rechte, sondern im gleichen Maße gegen die Mißwirtschaft des iranischen Herrschers. Durch Scheinversprechungen und Rückzüge, wie die in Aussicht gestellten 50% Lohnerhöhung für die Arbeiter unternahm das Regime den Versuch, diese gewaltigen Protestaktionen, die das Regime an den Rand des Sturzes bringen, zu neutralisieren.

Diese Taktik schlug jedoch fehl, denn die Verhängung des Kriegsrechts und die Einsetzung der Militärjunta, die den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bewegungsraum noch mehr verengen, haben die Bevölkerung nicht davon abhalten können, ihren Forderungen und Rechten mit Massendemonstrationen Nachdruck zu verleihen. Wie wenig der anhaltende Volkswiderstand bisher gebrochen werden konnte, zeigt die Zuspitzung der Ereignisse seit dem 1. Dezember 1978. Seit diesem Tag haben in Teheran und in anderen großen Städten des Irans Millionen Menschen für den Sturz der Monarchie demonstriert. Damit ist das über das ganze Land verhängte Kriegsrecht de facto durchbrochen und die Militärjunta in Frage gestellt. Deren erste Reaktion war ein neues Massaker: In den ersten Dezembertagen kamen allein in Teheran mehrere tausend Menschen ums Leben

Die Einsetzung einer Militärregierung war Reza Pahlevis letztes Aufgebot. Doch wie steht es um die einzige dem Schah

---

iranischen Nation" und die „Paniranische Partei", ebenfalls eine faschistische Partei. Alle diese Parteien spielen in der gegenwärtigen Volksbewegung keine Rolle. Daneben traten auch Parteien an die Öffentlichkeit, die seit Mossadeghs Sturz bis heute das Vertrauen von Teilen der Bevölkerung genießen. Sie hatten der von Mossadegh gegründeten nationalen Front angehört. Zu diesen Parteien zählen heute die „Nationale Front" (als Partei des nationalen Bürgertums mit besonderem Einfluß auch unter den Studenten), die „Partei des Iran", die „Freiheitsbewegung" und die „Unabhängige Partei". Das Spektrum der politischen Parteien wird ergänzt durch neu gegründete Parteien, wie das „Iranische Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte", eine Demokratische Partei des Irans", einen „Klub der Nationalisten" sowie die „Partei der demokratischen Volksunion", die im Unterschied zu den beiden vorgenannten von politischer Bedeutung ist. Sie wurde im Oktober von dem bekannten Schriftsteller Beh-Azin gegründet (der daraufhin verhaftet wurde) und genießt unter Intellektuellen große Sympathie. Die neben der „Nationalen Front" und der religiösen Bewegung führende Kraft der Opposition, die Tudeh-Partei, verankert vor allem in der Arbeiterschaft, ist bezeichnenderweise nach wie vor verboten.

5) „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 16. 11. 1978.

noch verbleibende Waffe, die Armee? Ernstzunehmende Veränderungen innerhalb der Armee und der Sicherheitskräfte signalisieren neue Gefahren für das Schah-Regime. Nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung" sind aus der Spezialeinheit der Armee, die zur Niederschlagung der Volksbewegung eingesetzt wurde, 400 Soldaten desertiert[6]). Am 7. und 8. September offenbarten gegenseitige Sympathiebekundungen zwischen Demonstranten und einigen Armee-Einheiten eine sich anbahnende Veränderung innerhalb der Streitkräfte. Der langjährige antidiktatorische Kampf einerseits und uneingeschränkte Herrschaft der amerikanischen Militärberater in der iranischen Armee auf der anderen Seite ließen bei den Soldaten und Offizieren demokratische Tendenzen entstehen. Die Differenzierung innerhalb der Armee hat in der gegenwärtig zugespitzten Situation zu widersprüchlichen Vorgängen geführt. Teile der Militärs haben bereits offen gegen die Befehle zur Niedermetzelung von Demonstranten gemeutert, so z. B. am 7. und 8. September, als einfache Soldaten ihre Offiziere, die den Schießbefehl gaben, töteten und anschließend Selbstmord begingen[7]), um nicht gegen ihre Landsleute vorgehen zu müssen. In den letzten Wochen wurden mehr als 50 Offiziere und über 200 Polizeischüler erschossen, weil sie sich den Schießbefehlen widersetzt hatten[8]). Derartige Vorgänge wiederholten sich seit den Massakern Anfang Dezember. Am 3. Dezember berichtet die ARD-Tagesschau erstmals über offene Solidaritätserklärungen von Armee-Angehörigen gegenüber der opponierenden Bevölkerung. Es bleibt sehr fraglich, ob Reza Pahlevis letzte Waffe, die Militärregierung, in der gegenwärtigen tiefen ökonomischen und politischen Krise das Regime retten kann.

Ein Anwachsen der antidiktatorischen Opposition innerhalb der Armee bedeutet für das Schah-Regime, daß es angesichts zunehmender Streiks (die die Öleinnahmen verringern) und Demonstrationen immer mehr auf die wirtschaftliche und militärische Unterstützung der USA angewiesen sein wird. Zur Zeit befinden sich etwa 80 000 US-Militär- und Zivilberater im Iran[9]). Die USA üben praktisch die Kontrolle über die militärischen Kräfte im Iran aus. Allein auf der oberen und mittleren Kommandoebene der iranischen Streitkräfte sind rund 1000 US-Offiziere tätig. „Würden diese tausend Mann und die übrigen Berater heute plötzlich abgezogen, wäre beispielsweise die iranische Luftwaffe mangels Wartung innerhalb kürzester Zeit am Boden festgenagelt. Sie wäre funktionsunfähig."[10])

Wenn der US-Verteidigungsminister Harold Brown von der Bereitstellung amerikanischer Divisionen am Persischen Golf redet[11]), bedeutet dies nicht nur die Gewährleistung der Kontrolle über die dem Iran verkauften Rüstungsgüter[12]), sondern auch eine weitreichende Einflußnahme auf das politische Leben des Landes durch die USA. Diese expansive Politik der Einmischung wird von der amerikanischen Seite mit folgenden Argumenten gerechtfertigt: „Ereignisse am Persischen Golf können den Kitt, der die Allianz zusammenhält, ebenso aufweichen, wie das Fehlen des militärischen Gleichgewichts an der deutsch-deutschen Grenze".[13]) Laut Harold Brown müßten daher „eine zusätzliche Marine-Infanterie-Division und zwei Heeres-Divisionen, insgesamt 100 000 Mann, für solche ‚Feuerwehraufträge' bereitgestellt werden. Gerade am Persischen Golf könnte sich ja ein Konflikt entwickeln, der einem größeren Krieg in Europa vorangehen könnte. Für diesen Fall gebe es noch keine ausreichende Planung."[14])

6) „Süddeutsche Zeitung" v. 29. 8. 1978.
7) „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 10. 11. 1978.
8) „Humanité" v. 21. 9. 1978.
9) „Frankfurter Rundschau" v. 10. 11. 1978.
10) „stern", 11/1975.
11) „Frankfurter Allgemeine" (FAZ) v. 31. 1. 1978.
12) Vgl. Mostafa Danesch, Die Aufrüstung des Iran. In: „Blätter", 3/1978, S. 266–270.
13) Zit. nach FAZ v. 31. 1. 1978.
14) Ebd.

In diesem November bestätigte der „Spiegel" (47/1978), daß US-Truppen in der Stärke zweier Armee-Divisionen und ein Marine-Expeditionscorps – insgesamt fast 100 000 Soldaten – für den Einsatz im Iran seit Monaten in der Wüste Nevada trainiert würden. Vor diesem Hintergrund muß man es wohl auch sehen, wenn Jimmy Carter in letzter Zeit mehrfach die Unterstützung der US-Regierung für das Schah-Regime bekräftigt hat.

Ohne Zweifel hat die immense Aufrüstung der Streitkräfte und die durch den Schah geförderte gesellschaftliche Privilegierung der hohen Generalität dazu beigetragen, daß heute die Militärjunta der Machtfaktor im Iran ist, auf den der Schah allein noch bauen kann. Sollte auch dieser letzte Rettungsversuch scheitern – was sich bereits abzeichnet –, dann dürfte der nächste Schritt sein, daß eine systemkonforme Ersatzregierung mit Unterstützung der USA an die Stelle der Militärjunta tritt. Die Entwicklung der Bewegung in den kommenden Monaten wird den Erfolg oder den Mißerfolg dieses Planes, der zweifellos im Widerspruch zu den Hoffnungen und Erwartungen der gegenwärtig opponierenden Volksmassen stünde, erweisen.

Mostafa Danesch

Wider eine verkehrte Gewaltdiskussion

Daß Gewalt das Bewegungsgesetz des Faschismus von allem Anfang an ist: viele scheinen es schon wieder vergessen oder nie begriffen zu haben. Gewalt nicht nur zur Erringung der Herrschaft, sondern Gewaltanwendung bis zur Vernichtung und Ausrottung des politischen Gegners und alles „Minderwertigen", vom Nationalsozialismus vielmillionenfach propagiert, geplant und durchgeführt: Was gilt diese geschichtliche Erfahrung und Lehre noch, wo wir heute aus „zeitlichem Abstand" alles „objektiver" ansehen können?

Die Zeit blieb nicht stehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, nachdem die Entnazifizierung mißlang, die wirtschaftlich Mächtigen mächtig blieben, bald von anderen Mächtigen gefolgt, und nachdem selbst die Massenmörder in aller Regel davonkamen und die Schreibtischmörder schon bald wieder hinter Schreibtischen statt hinter Gittern saßen, ist es heute offenbar nicht mehr genug mit dem Verdrängen und Vergessen des Nationalsozialismus. Es scheint die Zeit gekommen, in der die Nazi-Zeit immer mehr rehabilitiert, ja heroisiert werden kann.

Die neue Karriere des Stuka-Fliegers der großdeutschen Luftwaffe, Oberst Rudel, ist dafür beispielhaft. Alte und neue Nazis feiern ihn reihum als Helden – nicht nur, weil er so ein ausgezeichneter Soldat war, sondern weil er noch immer mit dem „rechten Geist" auftritt, z. B. wenn er bei einem Traditionstreffen des ehemaligen Stuka-Geschwaders „Immelmann" u. a. sagt: „Meine Kameraden . . . ich bin stolz auf euch, sehr stolz! Euer Kampf für Deutschland wird gebührend gewürdigt werden, wenn es wieder eine deutsche Geschichtsschreibung, eine wahrheitsgemäße, unverfälschte gibt. Unsere ‚Schuld' ist es, daß wir den Krieg verloren haben, obwohl wir Soldaten uns keinen Vorwurf machen können. Es war Schicksal. Wichtig ist, daß wir unseren Weg gerade weitergehen – und wenn die Welt voll Teufel wär . . ."

Der Versuch einer Rehabilitierung und Heroisierung des Nazismus ist allenthalben spürbar. Ministerpräsident Filbinger erklärt zur Rechtfertigung seiner Tätigkeit als Hitlers „furchtbarer Jurist", es könne „heute nicht Unrecht sein, was damals Recht war". NS-Propagandamaterial erscheint (teilweise nur oberfläch-

lich als Dokument getarnt) in großer Anzahl und Auflage, begleitet von übler Geschäftemacherei, die selbst davor nicht zurückschreckt, Adolf Hitler zur Pop-Figur zu machen; pseudowissenschaftliche Bücher wie das von Arthur Butz stellen die Judenvernichtung im Nazi-Staat als „Jahrhundertbetrug" vor. Kundgebungen mit dem Motto „Ewig büßen für Hitler?" und „Auschwitz-Kongresse", bei denen die „Auschwitz-Lüge" entlarvt werden soll, werden veranstaltet; erste Terroranschläge von Neonazis werden bekannt, die „klammheimlich ihre Waffenarsenale auffüllen" (MdB Heinz Pensky); die extreme Rechte ist inzwischen in mindestens 46 Organisationen, von denen zumindest sechs reine Jugendverbände sind, organisiert. Strafverfahren wegen neonazistischer Umtriebe enden auffällig oft mit Freisprüchen. So wurden beispielsweise bei 122 Verfahren,die in Bayern von 1975–1977 eingeleitet wurden, nur acht Verurteilungen ausgesprochen – in vielen Fällen erfolgte der Freispruch (bzw. die Einstellung) wegen „geringer Schuld". In anderen Bundesländern dürfte es ähnlich aussehen.

Wie sieht die Reaktion der politischen Öffentlichkeit aus? Der Protest der alten Widerstandskämpfer hat seine politische und moralische Kraft weitgehend verloren, ist teilweise in Resignation umgeschlagen. Und wenn sich jemand warnend und mahnend zu Wort meldet, wie der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, nehmen dies seine politischen Gegner zum Anlaß, über ihn herzuziehen. Als Brandt im Juli 1977 in einem Brief an den Bundeskanzler auf die Zunahme nazistischer Aktionen und Provokationen hinwies und auch darauf, daß die Veranstaltungen „mit Wissen und Billigung der zuständigen Verwaltungsbehörden stattfinden", da war der Vorwurf der Nestbeschmutzung an die Adresse Brandt noch der harmloseste. So schrieb z. B. der CDU/CSU-Abgeordnete Weiskirch: „Wenn seit Tagen der ‚häßliche Deutsche' wieder durch die Zeitungen in unseren Nachbarländern geistert, dann nicht zuletzt deshalb, weil Willy Brandt mit seinen törichten Neonazismusäußerungen ein markantes Stichwort dazu geliefert hat."

Beliebt ist auch die Methode, mit dem Hinweis auf die „linke Gefahr" die Frage des Faschismus vom Tisch zu wischen. So stellte der CDU/CSU-Abgeordnete Klein zu der Warnung von Willy Brandt fest: „Brandt weiß natürlich auch, daß derzeit vom Rechtsradikalismus keine ernsthafte Bedrohung der Bundesrepublik ausgeht. Seine Attacke gegen die Bundesregierung kann mithin nur als Versuch einer Ablenkung von der ernsten Gefahr des Linksextremismus angesehen werden, die Brandt wohl den mit dem Kommunismus sympathisierenden und kooperierenden Kräften in seiner eigenen Partei schuldig zu sein glaubt." Auch als der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner in der Fragestunde des Bundestages am 19. April 1978 nach der Möglichkeit fragte, „wie der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften zu größerer Wirksamkeit bei der Abwehr von nationalsozialistischem Propagandamaterial verholfen werden kann", stellte der CDU/CSU-Abgeordnete Richard Ey der antwortenden Bundesministerin für Jugend und Familie die obligate Zusatzfrage: „Frau Ministerin, wird in Ihrem Haus das gesamte verfassungswidrige und jugendgefährdende Schrifttum, insbesondere auch das des Linksradikalismus, entsprechend überprüft und kontrolliert?" Die offiziellen staatlichen Stellen betonen immer wieder ihr entschiedenes Eintreten gegen Nazismus und Rechtsextremismus. So antwortete die Bundesregierung auf eine Anfrage der UN nach Maßnahmen, die gegen Nazismus und Rassenintoleranz ergriffen werden, bereits am 31. Juli 1970: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unternimmt seit Jahren wirksame Maßnahmen für das Verbot nazistischer und rassistischer Organisationen und Gruppen und für deren gerichtliche Verfolgung." Gleichzeitig aber wird die Gefahr, die von den neonazistischen Gruppen aus-

geht, systematisch heruntergespielt, sowohl im Verfassungsschutzbericht wie auch in anderen Erklärungen.

Zwar stellt der Verfassungsschutzbericht 1977 unter Hinweis auf rund 150–200 Personen, die den „harten neonazistischen Kern" bilden, fest, daß diese meist jungen Aktivisten zur Gewaltanwendung, vereinzelt sogar zu terroristischen Taten bereit sind. Doch fehlt der notwendige Hinweis darauf, daß der organisierte Terror neben dem „Führerprinzip", das immerhin Erwähnung findet, das bestimmende Grundlement des Faschismus und damit auch des Nazismus und Neonazismus ist.

Hier liegt einer der Hauptgründe für die Verharmlosung des Faschismus, wenn insbesondere in der politischen Auseinandersetzung auch das Spezifische faschistischer Gewaltanwendung sich verflüchtigt auf die platte Formel: Wir wenden uns gegen jede Gewalt, gleichgültig woher sie kommt – eine Formel, die ebenso konsensusfähig wie gefährlich ist, da sie stumpf macht gegen die spezifische Gewalt der Jung- und Alt-Nazis.

Gut gemeint, aber eben symptomatisch war in diesem Zusammenhang eine Redepassage in dem ansonsten beachtlichen Beitrag des Bundeskanzlers in der Kölner Synagoge zur 40jährigen Wiederkehr der sogenannten „Reichskristallnacht" (die man besser „Reichsprogromnacht" nennen sollte), wenn der Kanzler ausführte:

„Die jungen Deutschen sollen wissen: mit der Suche nach Sündenböcken hat es angefangen. Mit Gewalt gegen Schriften und Bücher und mit Gewalt gegen Sachen hat es sich fortgesetzt. Die Gewalt gegen Menschen war dann nur noch die vorbereitete Konsequenz. Mit der Verachtung der Würde eines Mitmenschen, mit dem Niederbrüllen von anderer Bürger Meinung hat es begonnen. Mit der pauschalen Verurteilung des ganzen demokratischen Systems setzte es sich fort. Der Mord war schließlich nur noch die vorbereitete Konsequenz.

Die Parallelität allen Terrorismus muß offengelegt werden, wenn wir lernen wollen! Die unentrinnbar sich entfaltende Konsequenz aus anti-humanen Verhaltensweisen muß verstanden werden, wenn wir lernen wollen!

Die Verdammungswürdigkeit aller Pauschal-Verurteilungen muß erlebt werden, wenn wir lernen wollen – seien sie gerichtet gegen ‚die Juden', ‚die Deutschen', ‚die Kommunisten', ‚die Kapitalisten', gegen ‚das System' oder gegen ‚das Establishment'." Das Kapitel der Rede endete folgerichtig mit dem Satz: „Der Rechtsextremismus findet bei uns sicherlich keine Heimstätte mehr – wie auch der Linksextremismus nicht."

Zwar für die Opfer von Terrorismus ist es gleichgültig, woher er kam – für die Bekämpfung aber nicht. Wo immer sich Jung- und Alt-Nazis regen, sollten Demokraten die konsequente Anwendung des Strafgesetzbuches fordern, das in seinen §§ 86 (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen), 130 (Volksverhetzung) und 131 (Verherrlichung von Gewalt; Aufstacheln zum Rassenhaß) die notwendigen und vom Grundgesetz geforderten Bestimmungen enthält. Gegen faschistische Gewalt- und Hetzpropaganda muß die demokratisch-legitimierte Macht stehen.

Freilich: Die sozialen Ursachen von Faschismus sind damit nicht beseitigt, sondern nur eine notdürftige Barriere aufgebaut, deren Brüchigkeit die bisherige Verjährungsdebatte erschreckend deutlich macht. Die Beseitigung der sozialen Ursachen von Faschismus steht in der Bundesrepublik nach wie vor auf dem Programm.

Klaus Thüsing

GLOSSE

„Zensur tut not!"*)

Von Karlheinz Deschner

Zum wiederholten Mal wünschte das Blatt eine Glosse von mir. Ich schrieb „Schwere Zeit für Päpste". Aber ich beherrschte mich nicht. Ich schrieb die Wahrheit. Hohnvoll obendrein. Und auch noch eine Seite zuviel. Doch sonst komprimiert, sagte ich. Zu komprimiert wahrscheinlich, für Sie. – Mal sehen, meinte die Redaktion. Schicken Sie's trotzdem. Per Eilpost.

Ja, meldete man sich anderntags (und ich hörte gleich, daß dieses ja nur nein heißen konnte), ja, *leider* eine Seite zuviel. Wir hatten bisher eben immer bloß eine Seite... Und jetzt würden es zwei Seiten sein... Und, wie Sie schon richtig vermuteten, zu komprimiert, um eine Seite draus zu machen... Und dann, ja, ganz offen gesagt, sagte die Redaktion offen, würden wir dadurch auch manchen unserer katholischen Leser verstören.

Ach, wie mir das doch einleuchtete plötzlich. Nur kein Ärgernis! Keine Abbestellung! Aber kann man denn, mochte man sich fragen, die Wahrheit auch wirklich nicht anders sagen? Ein bißchen taktvoll, diplomatisch? Daß sie nicht wehtut, verletzt? Daß sie jeder schluckt, ohne gleich aufzustoßen und abzubestellen?

Als wäre die Wahrheit Herr Knigge!

Für den, der sie schreibt, ist sie tödlich (aber wenig Autoren, es ist wahr, sterben an ihr). Desgleichen Redakteure. Ergo verschluckt sich auch der Leser nur selten daran. Er geht, tragisch genug, an viel Hausbackenerem ein, anstatt, als trauriger Held, auf dem Feld der Ehre zu fallen, in diesem Fall sogar meiner. Nein, ich konnte weder zu meiner Ehre etwas tun noch für die beschleunigte ewige Seligkeit einiger Zeitgenossen, was man ja kaum als vorzeitigen Abruf hätte beklagen können, oder?

Vor einem Jahr hatte die Zeitschrift die Rubrik „Glosse" begonnen. Ich sollte eröffnen, doch ich paßte. Mal sehen, dachte ich. Und sah zum Auftakt: „Zensur tut not!" (Sehr wahr!) Ein Spötter forderte da die baldige Wiedereinführung der Vorzensur durch den Staat. Mindestens 80 000 Planstellen errechnete er und propagierte das Amt des Zensors als „Traumberuf"! (Aber wieso denn: Traum?!) „Erprobte Fachleute zur Schulung des Zensorennachwuchses sind glücklicherweise noch hinreichend vorhanden." Sehr wahr wiederum. Aber warum denn Schulung von Nachwuchs? Warum 80 000 neuzuschaffende Planstellen? Die Herren Redakteure zensieren sich (und uns) doch selbst recht gut! Auch, was gewisse Leute vergessen: die linken!

Mal sehen, dachte ich, und schickte dies, als neue Glosse, an die Redaktion, die ohnedies auf mich „zurückkommen" wollte. Die richtige Länge hatte es ja nun. Vermutlich aber fehlte es jetzt an Substanz? Oder der Anlaß war nicht bedeutend genug? Im Vergleich zur Papstglosse gewiß. Doch an so manchem Erguß meiner ‚Vorgänger' gemessen? Freilich, wem fehlt denn nicht schon irgendwas? Dem der Witz, jenem die Substanz, einem Dritten etwas Rückgrat vielleicht, kurz: da der Kopf, dort der Charakter? Und überhaupt: macht man schon Blätter für Politik, muß man dann nicht selber etwas Politiker sein, Taktiker – Zensor gar?

„Zensur tut not!" Sehr wahr. Aber nur rechts?

P.S.: Wenn Sie das bringen, nehme ich alles, schrieb ich, alles sofort zurück, jawohl, zurück, zurück kam alles, sofort.

*) Vgl. dazu den Dokumententeil dieses Heftes. D. Red.

Die EG und die Dritte Welt

Wem nützt das Lomé-Abkommen?

Von Hella Gerth-Wellmann

Am 24. Juli dieses Jahres wurden in Brüssel die Verhandlungen um eine Fortsetzung des Lomé-Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und – derzeit – 53 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) offiziell eröffnet[1]). Das Abkommen – im Februar 1975 in Lomé/Togo auf 5 Jahre unterzeichnet – war als Nachfolgevertrag der Assoziierungsabkommen von Yaounde entstanden, mit denen die EWG seit 1963 ihre Beziehungen zu den ehemaligen Kolonialgebieten in Afrika geregelt hatte[2]). Die Verhandlungen zum Lomé-Abkommen hatten seinerzeit ganz im Zeichen der „Ölkrise" bzw. der Rohstoffsicherungspolitik der EG und der Forderung der Entwicklungsländer nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung" gestanden[3]). Schließlich war es den AKP-Staaten und damit erstmals einer Gruppe von Entwicklungsländern gelungen, Teile des Forderungskataloges der „Neuen Weltwirtschaftsordnung" vertraglich zu verankern. Inzwischen liegen die Daten über die Umsetzung der Lomé-Politik in den vergangenen drei Jahren vor. Ihre Analyse wird nicht nur zeigen, ob sich die Erwartungen der AKP-Staaten erfüllt haben, sondern darüber hinaus einen Eindruck vermitteln von den Erfolgschancen einer Reformpolitik hinsichtlich der Aufhebung der strukturellen Abhängigkeit[4]), die das Beziehungsgefüge der Entwicklungsländer zu den kapitalistischen Industriestaaten wesentlich bestimmt. Es geht letztlich um die Frage, ob das Lomé-Abkommen lediglich ein „neokolonialistisches Instrument" ist, mit dem die EG versucht, „traditionelle Einflußsphären einzelner imperialistischer Staaten . . . zusammenzufassen . . . und neue Wege für neokolonialistische Durchdringung zu erschließen"[5]), oder nicht vielmehr

1) Folgende Staaten gehören derzeit der AKP-Gruppe an:
Westafrika: Mauretanien, Mali, Obervolta, Niger, Senegal, Gambia, Guinea, Sierra Leone, Liberia, Elfenbeinküste, Ghana, Togo, Benin, Nigeria, Guinea-Bissau, Republik Kap Verde;
Zentralafrika: Kamerun, Zentralafrikanisches Kaiserreich, Gabun, VR Kongo, Äquatorialguinea, Sao Tomé und Principe, Zaire, Ruanda, Burundi, Tschad;
Ostafrika: Sudan, Äthiopien, Djibouti, Somalia, Kenia, Uganda, Tansania, Sambia, Malawi, Botswana, Swaziland, Lesotho;
Indischer Ozean: Madagaskar, Mauritius, Seychellen, Komoren;
Karibik: Jamaika, Bahamas, Barbados, Grenada, Trinidad und Tobago, Guyana, Surinam;
Pazifik: Fidschi, Tonga, West Samoa, Papua Neuguinea.
Mit Tuvalu, den Salomon-Inseln und Dominica wird gegenwärtig über einen Beitritt verhandelt; zu den potentiellen Beitrittsländern gehört neben Moçambique auch Angola, das bei den Verhandlungen über die Fortsetzung des Lomé-Abkommens einen Beobachterstatus innehat.
2) Vgl. zur Assoziierungspolitik der EG: Karl Unger, Imperialismus der EWG? in: „Blätter", 12/1973, S. 1291 ff.
3) Vgl. Rainer Tetzlaff, Die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer „neuen Weltwirtschaftsordnung", die Internationalisierung der Produktion und das AKP-Abkommen von Lomé, in: „Verfassung und Recht in Übersee", 1/1976; Karl Unger, Die EG und die Entwicklungsländer, in: „Blätter", 3/1977.
4) Unter dem Begriff der „strukturellen Abhängigkeit" wird die Ausrichtung der Ökonomien der Entwicklungsländer auf den Reproduktionszusammenhang der Ökonomien der kapitalistischen Industriestaaten verstanden, die aber nicht zu einer Durchkapitalisierung wie in den kapitalistischen Zentren, sondern zu einem Nebeneinanderbestehen von unterschiedlichen Produktionsweisen geführt hat, deren Struktur jedoch durch die Einbeziehung in den kapitalistischen Reproduktionszusammenhang bestimmt ist; vgl. dazu Dieter Senghaas (Hrsg.), Peripherer Kapitalismus: Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt/M. 1974.
5) Eberhard Czaya, Wandel in der neokolonialistischen Assoziierungspolitik der EWG, in: „Deutsche Außenpolitik", 7/1978, S. 59.

den von den internationalen ökonomischen und politischen Bedingungen 1975 bestimmten Rahmen beschreibt, innerhalb dessen bestimmte Forderungen der Entwicklungsländer aus dem Gesamtkonzept zur Überwindung der Abhängigkeit politisch durchsetzbar waren. Die bisherigen Erfahrungen mit der Lomé-Politik und die hohe Sensibilität der EG in Fragen der zukünftigen Rohstoff- und Absatzmarktsicherung deuten darauf hin, daß die Verhandlungen, die bis zum Mai 1979 das Abkommen für die 80er Jahre hervorbringen sollen, alles andere als harmonisch verlaufen und den Rahmen von 1975 sprengen werden. Anläßlich des Austausches der Positionspapiere erklärte jedenfalls der Außenministers Jamaicas, P. J. Patterson, daß es den AKP-Staaten nicht um kosmetische Verbesserungen des laufenden Abkommens, sondern um einen weiteren Schritt in die Richtung einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung" gehe[6]).

Inhalte des Lomé-Abkommens

Die wesentlichen Verhandlungsergebnisse von 1975 bestehen in folgenden Punkten[7]):

– Im Bereich des Handels wird den AKP-Staaten für ca. 94 % ihrer Exportprodukte der freie Zugang zum EG-Markt gewährt; die EG verzichtet auf Gegenpräferenzen, so daß die AKP-Staaten weiterhin Einfuhrzölle erheben dürfen.

– Der Forderung nach einer Stabilisierung der Exporterlöse (Stabex) seitens der AKP-Staaten wird insofern entsprochen, als für sinkende Exporteinnahmen bei 11 landwirtschaftlichen Produkten sowie Eisenerz Ausgleichszahlungen geleistet werden. Diese gelten nur für Exporte in die EG und setzen dann ein, wenn ein Produkt einen Anteil von 7,5 % an den Gesamteinfuhren eines Landes in die EG hat und ein Erlösrückgang gegenüber dem Vorjahr von 7,5 % zu verzeichnen ist. Bei Staaten, die am wenigsten entwickelt sind, keinen Zugang zum Meer haben oder Inselstaaten sind, liegt die Auslöseschwelle bei jeweils 2,5 %. Nur die ärmsten AKP-Staaten sind von der Rückzahlpflicht ausgenommen.

– Die EG verpflichtet sich zu einer „Industriellen Zusammenarbeit" mit den AKP-Staaten; das bedeutet insbesondere die Erleichterung des Technologietransfers, den Auf- und Ausbau der für die industrielle Entwicklung erforderlichen Infrastruktur, den Aufbau von Industrien für die Verarbeitung von Rohstoffen und die Herstellung von Halb- und Fertigwaren in den AKP-Staaten; letzteres soll vor allem geschehen durch die „Förderung der Beteiligung von Marktteilnehmern der Gemeinschaft an der industriellen Entwicklung der AKP-Staaten entsprechend ihren wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen, sofern diese Staaten eine solche Beteiligung wünschen" (Lomé-Abkommen, Ar. 26, g). Um die Beziehungen zwischen den „Marktteilnehmern" – sprich: dem Kapital der EG-Mitgliedstaaten und den AKP-Staaten – zu knüpfen, wird das „Zentrum für industrielle Entwicklung" eingerichtet.

6) Vgl. „Telex Africa" (Brüssel) Nr. 106 v. 1. 8. 1978, S. 8/1.
7) Dargestellt nach dem Vertragstext in: „The Courier" (Brüssel), Nr. 31, (Lomé-Dossier); zitiert wird nach der deutschen Übersetzung in: „Entwicklungspolitik – Materialien", Nr. 48: Das AKP-EWG-Abkommen von Lomé, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bonn 1975.

– Als finanzielle und technische Hilfe stellt die EG im Rahmen ihres 4. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) rund 3,39 Mrd. Europäische Rechnungseinheiten (ERE)[8]) zur Verfügung; darin sind 375 Mio. ERE für Stabex und 339 Mio. ERE zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit unter den AKP-Staaten enthalten; Leitlinien der EG-Entwicklungshilfe sind die Beseitigung struktureller Ungleichgewichte in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der AKP-Staaten, die schwerpunktmäßige Förderung der Klein- und Mittelbetriebe sowie die besondere Berücksichtigung der ärmsten Staaten bei der Mittelvergabe.

Obgleich das Stabex-System keine Indexierung der Rohstoffpreise – wie im Konzept für eine „Neue Weltwirtschaftsordnung" gefordert – vorsieht und abgesehen von Eisen nur agrarische Rohstoffe betrifft, trägt es zumindest den Wünschen der Entwicklungsländer nach stabilen Rohstoffpreisen Rechnung. Desgleichen stellen die Regelungen hinsichtlich der „Industriellen Zusammenarbeit" und auch die Leitlinien des Entwicklungsfonds eine erste Resonanz auf das Bestreben nach einer Aufhebung der deformierten Wirtschaftsstruktur, einer eigenständigen Industrialisierung, Diversifizierung der Produktion und verbesserten Wettbewerbschancen auf dem Weltmarkt dar. Die getroffenen Vereinbarungen sind allerdings so allgemein, daß sie sich in der Praxis nicht unbedingt zugunsten der AKP-Staaten auswirken müssen[9]). Dennoch waren die Erwartungen, die 1975 an das neue Abkommen gestellt wurden, hoch. Verständlich angesichts der Situation der AKP-Staaten, von denen 19 zur Gruppe der „least developed countries" (LLDC) und 26 zu den von den Preisschwankungen auf dem Weltmarkt am härtesten getroffenen Ländern gezählt wurden[10]). Die bisher assoziierten afrikanischen Staaten waren im Durchschnitt zu fast 50 % außenhandelsabhängig von der EG. Es handelte sich vorwiegend um Agrarstaaten mit zum Teil erheblichen bergbaulichen Ressourcen, geringer Infrastruktur und kaum vorhandener Industrie. Ihre Exporte in die EG bestanden zu mehr als 90 % aus agrarischen und mineralischen Rohstoffen. Allein 75 % ihrer Exporteinnahmen bezogen diese Länder aus dem Absatz von nur 8 Erzeugnissen: Kupfer, Eisenerz, Holz, Ölfrüchte, Kaffee, Kakao, Bananen und Baumwolle[11]). Auch die Staaten der Karibik und des Pazifik waren überwiegend von einem Exportgut abhängig. Allerdings bestand für beide Staatengruppen eine enge ökonomische Bindung an Nordamerika bzw. an Australien/Neuseeland, so daß ihre Außenhandelsabhängigkeit von der EG nur ca. 20 % (Karibik) und 30 % (Pazifik) betrug[12]).

---

8) Ca. 10 Mrd. DM.
9) Die Privatunternehmen sollen sich zwar an den Zielsetzungen der AKP-Staaten orientieren, aber verbindliche Verhaltensregelungen wie z. B. zur Reinvestitionsrate wurden nicht in das Abkommen aufgenommen. Für den Fall, daß ausländische Unternehmen die Entwicklungsprioritäten mißachten, sieht das Abkommen keine Instrumente zugunsten der AKP-Staaten vor. Damit sind sie nach wie vor gegen unkontrolliertes Eindringen von ausländischem Kapital ungeschützt.
10) Nach einer Liste der Vereinten Nationen von 1975 gehören 29 der Entwicklungsländer zu den „Least develped Countries" und 45 zu den „Most seriously affected Countries".
11) Vgl. Michael Bohnet, Englands EWG-Beitritt und dessen Rückwirkungen auf Afrika, in: „IFO-Schnelldienst", 15/1972, S. 8.
12) Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Europäischer Entwicklungsfonds. Brüssel 1974, S. 108 ff.

Lomé-Politik in der Praxis

Die anfängliche Euphorie wich allerdings der Ernüchterung, als festgestellt werden mußte, daß die zum 1. Juli 1975 in Kraft gesetzten Handelsregelungen sich nicht in der von den AKP-Staaten gewünschten Art und Weise auswirkten. Obgleich die Exporte in die EG in den Jahren 1976 und 1977 gegenüber dem Vorjahr gewells Steigerungsraten von ca. 20 % aufweisen, erreichte der Anteil der AKP-Staaten am Gesamtimport der EG (ohne Intra-EG-Import) nicht die 8 %-Marge von 1974, sondern blieb gleich mit den Anteilen von 1972 und 1973.

Handel der EG mit den AKP-Staaten 1972–1977 in Mrd. ERE

	Importe der EG	*Anteil am Gesamtimport der EG*) in %*	*Exporte der EG*	*Anteil am Gesamtexport der EG*) in %*
1972	*4,81*	*7,3*	*4,01*	*6,1*
1973	*6,16*	*7,3*	*4,43*	*5,5*
1974	*10,49*	*8,0*	*6,06*	*5,3*
1975	*8,70*	*6,9*	*8,08*	*6,7*
1976	*10,47*	*6,6*	*9,84*	*7,0*
1977	*12,46*	*7,3*	*12,46*	*7,6*

Quelle: Darstellung und Berechnung nach „EEC-ACP Trade Patterns 1972–1977", in: „The Courier", Nr. 50, Juli–August 1978, S. 20/21 (Brüssel).
*) Ohne Intra-EG-Handel.

Kann allein aus diesen Zahlen gefolgert werden, daß das Lomé-Abkommen den AKP-Staaten insgesamt im Handelsbereich nichts eingebracht hat, so bedeutet die Tatsache, daß die Zuwachsraten in erster Linie ein Resultat der hohen Erdölexporte und Fertigwarenimporte Nigerias sind[13]), eine relative Verschlechterung der Außenhandelsposition bei den meisten AKP-Staaten. Obwohl gerade der freie Marktzugang unter Verzicht auf Gegenpräferenzen seitens der EG die AKP-Staaten in die Lage versetzen sollte, einen Außenhandelsüberschuß und damit Devisen für die industrielle Entwicklung zu erwirtschaften, war die Handelsbilanz 1977 erstmals – nach Jahren des Überschusses für die AKP-Staaten – ausgeglichen. Sollte diese Tendenz anhalten, wäre die zunehmende Verschuldung dieser Länder gewiß. Gerade sie, die in den bisher fortgeschrittensten Vertrag zwischen Entwicklungsländern und kapitalistischen Industriestaaten eingebunden sind, gerieten somit bei den Handelsbeziehungen mit ihrem Vertragspartner in einen Teufelskreis von Exportsteigerung, Verschuldung und Schuldentilgung, der jegliche Entwicklung blockieren würde.

Die AKP-Staaten sehen die Ursache für die Verschlechterung ihrer Außenhandelssituation in der Erosion ihrer Präferenzen. In der Tat ist das Allge-

13) Vgl. zur Warenstruktur des Außenhandels: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, ACP-Yearbook of Foreign Trade Statistics 1968–76, Luxemburg 1977; „The Courier" Nr. 52, November-Dezember 1978.

meine Präferenzsystem der EG mittlerweile so perfektioniert worden, daß nahezu alle Entwicklungsländer industrielle Fertigwaren und einen Großteil landwirtschaftlicher Erzeugnisse zollfrei oder zu einem niedrigen Zolltarif in die Gemeinschaft exportieren können[14]). Hinzu kommt, daß die EG mit den Maghreb- und Mashrek-Staaten Assoziierungsabkommen abschloß, die im Handelsbereich eine dem Lomé-Abkommen vergleichbare Reichweite haben. Ist die Forderung der AKP-Staaten nach einer Vorzugsbehandlung gegenüber den übrigen Entwicklungsländern schon allein im Hinblick auf die Zusammenarbeit der „Dritten Welt" gegenüber den kapitalistischen Industrienationen problematisch, so würde ihnen die Gewährung von Ausgleichszahlungen – wie bei den Neuverhandlungen gefordert – zwar das Loch im Devisenhaushalt kurzfristig stopfen, aber nicht das Grundproblem der bestehenden Austauschbeziehungen mit der EG lösen[15]). Denn trotz der Industrialisierungsziele des Lomé-Abkommens blieb die Warenstruktur des Handels unverändert. Die AKP-Staaten exportieren nach wie vor zu 95 % Grundstoffe (Nahrungsmittel, Energieträger, andere Rohstoffe) in die EG. Die Importe aus der EG hingegen bestehen zu ca. 86 % aus Fertigwaren, wobei allein die Kategorie „Maschinen und Transportmittel" einen Anteil von 50 % haben[16]). Charakteristisch für die allgemeine Verschlechterung der Lage der AKP-Staaten ist wiederum, daß die Ölländer Nigeria und Gabun allein 41 % der EG-Exporte in die AKP-Staaten auf sich konzentrieren. Dies zeigt außerdem, daß von einem „Technologietransfer" in die Gesamtregion nicht die Rede sein kann. Der Import von Fertigwaren aus den AKP-Staaten betrug 1976 nur 0,66 % des Fertigwarenimports der EG und auch nur 4 % des Imports dieser Güter aus den Entwicklungsländern insgesamt.

Obwohl jedes AKP-Land unterschiedliche Bedingungen hinsichtlich seiner Rohstoffvorkommen, geographischen Lage sowie politischen und ökonomischen Situation aufweist und auch in unterschiedlichem Maße ökonomisch an ein EG-Mitglied gebunden ist, trifft doch für nahezu alle die in den aggregierten Daten zum Ausdruck kommende Verschlechterung der Lage zu. Länder mit reichen mineralischen Rohstoffvorkommen wie Sambia, Zaire, Mauretanien und VR Kongo, die beste Voraussetzungen für eine rasche Industrialisierung ihrer Länder bieten, werden durch schwankende Weltmarktpreise und – wie im Fall Mauretaniens und Zaires – durch den Gewinntransfer ausländischer Konzerne daran gehindert. Lediglich die Elfenbeinküste und Kenia, die mit Kaffee und Kakao nichtsubstituierbare und auf dem Weltmarkt gleichmäßig nachgefragte Produkte exportieren und außerdem ausländischen Direktinvestitionen gegenüber eine liberale Politik verfolgen, konnten ihre Exporte

14) Das Allgemeine Präferenzsystem umfaßt seit 1978 305 verarbeitete landwirtschaftliche Produkte und alle industriellen Produkte aus 110 Entwicklungsländern; vgl. dazu: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, *Die Europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt*, Brüssel 1978.

15) Tiéoulé Konaté, Generalsekretär des AKP-Sekretariats in Brüssel kommentierte die Verschlechterung der Außenhandelssituation mit den Worten: „Jedes Jahr hält es die EG für nötig, einer Senkung des Zolltarifs oder der Präferenzen für Entwicklungsländer, die weiter entwickelt sind als die AKP-Staaten, zuzustimmen. Es handelt sich um Länder Südostasiens und Nordafrikas. Die AKP-Staaten lernen dadurch, daß der Freund der ganzen Welt niemandes Freund ist." Zit. und übersetzt nach: „Nos exportations sont menacés. Un interview de Tiéoulé Konaté, in: „Jeune Afrique" v. 29. 3. 1978.

16) Vgl. Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, ACP-Yearbook . . . a.a.O., Tabelle III. 3.

in die EG beträchtlich steigern und mit einem relativ hohen Außenhandelsüberschuß abschließen[17]).

Entgegen den Zielsetzungen der Rohstofferlös-Stabilisierung, die besonders die ärmsten AKP-Staaten stützen soll, kam bisher die Elfenbeinküste in den Genuß der höchsten Ausgleichszahlungen. Sie erhielt für Holzexporte allein 13,8 % aller Zahlungen und liegt damit noch vor Äthiopien mit 12,8 % für Kaffee und rohe Felle. Rund 63 % der vergebenen Mittel gingen allerdings als nichtrückzahlbare Zuschüsse an „least developed countries"[18]). Den jeweiligen Staatsinstitutionen bleibt es überlassen, was mit den Transferzahlungen geschehen soll, so daß diese nicht unbedingt für die Diversifizierung der Produktion im Interesse einer Verringerung der Abhängigkeit von dem betreffenden Produkt verwendet werden müssen. Die relativ geringen Summen und die Beschränkung auf wenige agrarische Rohstoffe verdeutlichen auch in der Anwendung, daß das Stabex-System lediglich im Sinne einer Sozialhilfe für die ärmsten AKP-Staaten wirkt, eine Veränderung der Beziehungsstruktur zwischen der EG und besonders den afrikanischen Ländern aber nicht leistet. Da die inflationäre Preisentwicklung für die Fertigwaren aus den EG-Ländern bei der Bemessung der Transferbeträge nicht berücksichtigt wird, hat das Stabex-System das Abgleiten vieler AKP-Staaten in das Handelsbilanzdefizit nicht verhindern können. Insofern hat sich Stabex als ein zwar praktikables, jedoch den Problemen der rohstoffexportierenden Entwicklungsländer nicht gewachsenes System erwiesen.

Die finanzielle und technische sowie die industrielle Zusammenarbeit traten erst mit der Ratifizierung des Lomé-Abkommens im April 1976 in Kraft. Trotz des kurzen Anwendungszeitraumes ist die sektorale und regionale Mittelverteilung bereits erkennbar. Noch vor Beginn der Laufzeit des Abkommens waren erste Vorbereitungen für die Programmierung der Mittel getroffen worden. Inzwischen gibt es für alle AKP-Staaten ein derartiges Richtprogramm, in dem die bis 1980 zu erwartenden Mittelzuwendungen des EEF angegeben sind. Insgesamt vermitteln die Programme einen Eindruck von der sektoralen Schwerpunktsetzung der EG-Entwicklungshilfe unter dem Lomé-Abkommen: für die Entwicklung des ländlichen Sektors sind 36 % der Mittel vorgesehen, auf die Industrialisierung und die wirtschaftliche Infrastruktur entfallen 11,9 % bzw. 27,2 %, der Sektor „Soziale Entwicklung" erhält 15,4 %, während die restlichen 9 % für andere Projekte bzw. für Sonderzuwendungen bestimmt sind[19]). Diese Mittelverteilung scheint auf den ersten Blick nicht wesentlich verschieden zu sein von der unter den Yaounde-Abkommen. Neu sind allerdings die Richtlinien, an denen sie sich zu orientieren hat und die Strukturierungsfunktion der EG-Entwicklungshilfe hinsichtlich der zukünftigen ökonomischen und sozialen Entwicklung der AKP-Staaten deutlich wird.

17) Vgl. dazu: EEC-ACP-Trade Pattern 1972–77, in: „The Courier", Nr. 50, Juli-August 1978.
18) Vgl. ebd., S. 27 f.
19) Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Das AKP-EWG-Abkommen. Informatorische Aufzeichnungen Nr. P–26, Brüssel, März 1977, S. 8.

Da besonders den Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten AKP-Staaten Rechnung getragen werden soll, entfallen ca. 65 % der programmierten Mittel auf diese 24 Länder. Damit soll verhindert werden, daß der Großteil der Hilfe an die relativ wohlhabenden Länder vergeben wird, die oft als einzige über ausreichende Kapazitäten zur Erstellung von Projektvorschlägen verfügen[20]). Das System der Mittelprogrammierung läßt allerdings Zweifel daran aufkommen, ob in jedem Fall anhand der Prioritäten des jeweiligen AKP-Staates entschieden wird. Obwohl jeder Staat bei der Programmierung seine natürlichen Ressourcen, Pläne und Projekte vor den Vertretern der EG-Kommission offenlegen muß, erhält er keine verbindlichen Finanzierungszusagen. So läßt sich vermuten, daß das Eigeninteresse der EG an Informationen über Rohstoffe, Märkte und nicht zuletzt politische Zielsetzungen in den AKP-Staaten kein unwesentliches Motiv für die Programmierungsarbeit ist.

Ein entwicklungspolititsches Ziel des Lomé-Abkommens ist die „Entwicklung von Basisaktivitäten im ländlichen und städtischen Raum" durch die „Schaffung eines Gefüges von Kleinbetrieben . . ., aus dem Handel und Wohlstand für alle entstehen kann"[21]). Zur Begründung des Schwerpunktes „Klein- und Mittelbetriebe" heißt es weiter, sie „bildeten das wirtschaftliche Milieu, das für die Schaffung von größeren Unternehmen und Industriezweigen unter befriedigenden Bedingungen unerläßlich ist"[22]). Hier wird das langfristige Interesse der EG deutlich. Zusammen mit dem Ausbau der Verkehrsnetze und Kommunikationssysteme sollen die Klein- und Mittelbetriebe die ökonomische Infrastruktur für Industriekomplexe schaffen, die angesichts der Tendenz der internationalen Kapitalbewegungen mit hoher Wahrscheinlichkeit ausländische Direktinvestitionen und nicht nationale Industrien der AKP-Staaten sein werden.

Die hohe Priorität, die dem Industrialisierungsziel innerhalb der Lomé-Politik zukommt, verdeutlichen die bisherigen Finanzierungsbeschlüsse des EEF. Bis zum 31. März dieses Jahres sind 42 % der in die Programmierung aufgenommenen Mittel gebunden worden. Davon sind 32,5 % für landwirtschaftliche Vorhaben zugesagt, der Sektor ökonomische Infrastruktur (Straßen, Brükken, Eisenbahnen, Häfen, Flughäfen, Fernsprechnetze, Telexverbindungen) erhält 25,5 % und der Industriesektor 22,13 %[23]). Sicherlich ist nicht jede Infrastrukturmaßnahme in unmittelbaren Zusammenhang mit einem Industrieprojekt zu bringen. Auffallend ist jedoch der hohe Anteil an Projekten zur Energiegewinnung und zum Aufbau von Kommunikationssystemen, die zu den Voraussetzungen für die Ansiedlung von Industriebetrieben gehören. Betrachtet man die sektorale Aufteilung, also unter dem Gesichtspunkt der Vorbereitung und Durchführung der Industrialisierung, so sind diesem Zweck

20) Die projektorientierte Mittelvergabe hatte bei den Yaounde-Abkommen dazu geführt, daß die Elfenbeinküste, Senegal, Kamerun und Madagaskar den Großteil der Mittel für sich gewinnen konnten. Die gemeinsame Mittelprogrammierung bedeutet allerdings nicht, daß die AKP-Staaten souverän die Mittelvergabe bestimmen. Sie können zwar Projektvorschläge einreichen, jedoch entscheidet die EG-Kommission letztlich allein über die Annahme und Finanzierung.
21) Bericht der Kommission an den AKP-EWG-Minsterrat über die finanzielle und technische Zusammenarbeit 1977 im Rahmen des Abkommens von Lomé, Brüssel 1978, S. 6.
22) Vgl. ebd.
23) Vgl. „The Courier", Nr. 50, S. 31.

allein 47,63 % der bisher gebundenen Mittel zugedacht. Auch die Größenordnung der EEF-Projekte hat sich geändert. Während unter den Yaounde-Abkommen in der Regel mittlere Projekte von den Entwicklungsfonds allein bzw. unter Hinzuziehung bilateraler Mittel durchgeführt wurden, läßt sich in den vergangenen zwei Jahren ein Trend zur Finanzierung von Großprojekten beobachten, die gemeinsam von der EG und anderen multilateralen sowie bilateralen Institutionen getragen werden. Eine Statistik der EG über 25 große Finanzierungsvorhaben zeigt, daß am gesamten Kostenaufwand von 2 Mrd. ERE die EG mit 21 % beteiligt ist. Die restlichen Kosten teilen sich die arabischen Entwicklungshilfefonds, die Weltbank und die EG-Mitgliedstaaten[24]). Herausragende Beispiele für derartige Großvorhaben sind der Staudamm von Kpong in Ghana, die Tambao-Eisenbahn in Obervolta, Wasserkraftanlagen in Fidschi, der Abbau der Eisenerzlagerstätten von Guelbs in Mauretanien, eine Textilfabrik in Tansania sowie Zuckerproduktionskomplexe in Kenia und Swaziland.

Insgesamt ist festzustellen, daß neben der Schwerpunktförderung von Vorhaben im Agrarbereich, die teils die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung verbessern, teils die Exportproduktion erhöhen sollen, vorwiegend Maßnahmen ergriffen werden, die eine Industrialisierung der AKP-Staaten – insofern sie reich an mineralischen Rohstoffen und verkehrsgünstig gelegen sind – vorbereiten. Parallel dazu bemüht sich das „Zentrum für industrielle Entwicklung" (ZIE) in Brüssel, europäische Unternehmen für Direktinvestitionen in den AKP-Staaten zu gewinnen. Welch geringe Rolle dabei die Zielsetzungen des Lomé-Vertrages spielen, zeigt das Engagement des ZIE bei der Vermittlung europäischer Investoren für die „Freien Produktionszonen" von Dakar/Senegal, Mauritius und Lomé/Togo[25]). Den eigentlichen Stellenwert der Arbeit des ZIE verdeutlicht schließlich die EG-Kommission in einer Mitteilung an den Ministerrat vom Januar 1978: „Die Gemeinschaft braucht breitgestreute, umfangreiche Investitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der Entwicklungsländer:

– zur Diversifizierung und Absicherung ihrer Rohstoffversorgung
– zur Schaffung einer dauerhaften Grundlage für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern
– zur Erhaltung und Stärkung der Präsenz der europäischen Industrie und des europäischen Handels auf den Märkten der Entwicklungsländer gegenüber der internationalen Konkurrenz."[26])

Die langfristige Zielsetzung der EG-Kommission bei der Lomé-Politik ist somit eindeutig: sie sichert sich den Zugriff auf wichtige mineralische Rohstof-

24) Vgl. Bericht der Kommission . . . a.a.O., S. 14.
25) Die Errichtung der Freien Produktionszonen resultiert aus dem Interesse des internationalen Kapitals an günstigen Standorten, die vor allem durch das Vorhandensein billiger Arbeitskraft, günstiger Umweltschutzbestimmungen sowie einer kapitalfreundlichen sozialen Infrastruktur (d. h. keine Sozialgesetzgebung, keine oder stark reglementierte Gewerkschaften) definiert sind. Vgl. dazu F. Fröbel, J. Heinrichs, O. Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek b. Hamburg 1977, bes. S. 479 ff. Zur Arbeit des Zentrums für industrielle Entwicklung vgl. „The Courier", Nr. 47, S. XXV und „The Courier", Nr. 50, S. XI.
26) Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Europäische Investitionsförderung in den Entwicklungsländern, Informatorische Aufzeichnung P–6, Brüssel 1978, S. 1.

fe[27]) sowie die künftigen Absatzmärkte für Investitionsgüter und bereitet im Rahmen einer langfristigen Strukturpolitik die Auslagerung unrentabler Industriezweige in die AKP-Staaten vor, die aufgrund der Rohstoffnähe, der billigen Arbeitskraft und des freien Zugangs zum EG-Markt eindeutige Standortvorteile gegenüber den EG-Mitgliedstaaten haben[28]). Dieses Bemühen zeigt gegenwärtig allerdings nur geringe Erfolge. Zum Leidwesen der EG-Kommission und auch der AKP-Staaten haben die Unternehmen der für die Auslagerung in Frage kommenden Branchen – gestützt von ihren Interessenverbänden und ermutigt vom Staat – bis jetzt ein internes Krisenmanagement mittels Subventionen und Schutz des Binnenmarktes vor Importen (Protektionismus) der Auslagerung vorgezogen.

So sehen sich die AKP-Staaten nach drei Jahren Lomé-Politik mit der Tatsache konfrontiert, daß sich eigentlich nichts geändert hat. Durch die sich verschlechternden Preisrelationen zwischen Rohstoffen und Fertigwaren sowie die unveränderte Exportgüterstruktur bei gleichzeitigem Ausbau des Allgemeinen Präferenzsystems der Gemeinschaft haben sich die Außenhandelsergebnisse der AKP-Staaten mit der EG relativ verschlechtert. Das Stabex-System hat sich als ungeeignet erwiesen, die negative Entwicklung zu kompensieren. Die Industrialisierung wird zwar vorbereitet, jedoch bleibt unklar, ob dabei wirklich – wie im Rahmen der „Neuen Weltwirtschaftsordnung" gefordert und im Text des Lomé-Abkommens weitgehend berücksichtigt –, die Rechte der AKP-Staaten auf eigene Verfügung über die Bodenschätze gewahrt und ihre Bedürfnisse nach einer mit den übrigen Wirtschaftssektoren verknüpften Industrie erfüllt werden.

Anders sieht es bei der EG aus: Die EG-Mitgliedstaaten konnten absolut und relativ mehr Waren auf den Märkten der AKP-Staaten absetzen. Mit der Vorbereitung der Industrialisierung stellt die EG-Kommission die Weichen für eine weitere Einbeziehung der Ökonomien besonders Schwarzafrikas in den Verwertungsprozeß des europäischen Kapitals.

Der Vorwurf des Neokolonialismus scheint gegenüber der Lomé-Politik gerechtfertigt zu sein. Was versprechen sich demnach die AKP-Staaten von den jetzt laufenden Verhandlungen über eine Fortsetzung der Lomé-Politik über 1980 hinaus?

Die Neuverhandlungen

Die neue Verhandlungsrunde erfuhr einen spektakulären Auftakt durch den Versuch des EG-Vertreters, Bundesaußenminister Genscher, die Menschenrechtsfrage in den Vordergrund zu rücken. Nach dem Willen der EG sollen künftig nur an solche AKP-Staaten Mittel des Europäischen Entwicklungs-

27) Eine besondere Abhängigkeit besteht von den Rohstoffen: Kobalt, Zinn, Phosphate, Wolfram, Kupfer, vgl. „Von Rohstoffen total abhängig", in: „Welt der Arbeit" v. 13. 7. 1978.
28) Bereits Anfang der 70er Jahre hatte die EG-Kommission eine Reihe von Studien in Auftrag gegeben, die die Bedingungen für die Errichtung von Konsumgüterproduktionen für den EG-Markt in den assoziierten Ländern Afrikas aufzeigen sollten. In diesem Zusammenhang wurde vom Münchner IFO-Institut nachgewiesen, „daß Afrika günstige Bedingungen für die Errichtung von Exportindustrien aufweise und der Industriestandort Afrika keine Utopie sei". Vgl. „IFO-Schnelldienst", 21/1975.

fonds vergeben werden, deren Politik die Wahrung der individuellen Grundrechte verspricht. Denkbar und aufgrund der bisherigen Erfahrungen wahrscheinlich ist jedoch, daß die EG damit einer ihr nicht genehmen politischen Entwicklung entgegensteuern will[29]). Ein Vorstoß der EG, der zusammen mit der Absicht, im neuen Vertrag eine Investitionsschutzklausel zugunsten der europäischen Direktinvestitionen und eine Konsultationsklausel über den freien Marktzugang[30]) zu etablieren, bereits die gegenüber 1975 veränderten ökonomischen und politischen Bedingungen signalisiert. Die anhaltende Krisensituation und der erhöhte Rohstoffbedarf der Gemeinschaft zwingen die EG, sich gegenüber der Konkurrenz USA/Japan und auch den sozialistischen Ländern vorteilhafte Wettbewerbspositionen zu schaffen und abzusichern. Den Bestrebungen der EG-Kommission als supranationaler Institution, die einzelnen Politiken der Gemeinschaft im Hinblick auf eine grundlegende Umstrukturierung der westeuropäischen Industrie zu koordinieren, stehen allerdings die protektionistischen Maßnahmen der Nationalstaaten gegenüber. Allein die BRD versucht aufgrund der eigenen starken Außenhandelsabhängigkeit, dem Trend des Binnenmarktschutzes entgegenzutreten. Neben der Interessendivergenz in den eigenen Reihen ist die politische Entwicklung in der „Dritten Welt" und besonders im südlichen Afrika ein weiteres Moment, das nicht ohne Einfluß auf die Verhandlungsweise der EG-Kommission bleiben dürfte.

Die Vertreter der AKP-Staaten wiesen die Menschenrechtsfrage als politisch und nicht zu dem ökonomischen Charakter des Lomé-Abkommens passend zurück. Sie legten einen Forderungskatalog vor, der im wesentlichen die – um die Erfahrung der letzten drei Jahre angereicherte – Position von 1974 enthält[31]):

– Garantie gegen die Erosion der Handelspräferenzen, Verankerung eines Konsultationsmechanismus, der ihnen die Mitsprache bei allen Maßnahmen im Bereich der EG-Handelspolitik, die ihre Position beeinflussen könnten, ermöglicht
– Stabex: Erweiterung der Produktliste vor allem um Kupfer, Phosphat und Mangan; Indexierung der Rohstoffpreise, um dem weiteren Sinken der Kaufkraft der AKP-Staaten entgegenzuwirken
– Europäischer Entwicklungsfonds: Beschleunigung der Verfahren zur Mittelvergabe, Erhöhung der Mittel, Mitbestimmung der AKP-Staaten bei der Verwendung der Mittel, Maßnahmen zur Schuldenentlastung
– Industrielle Zusammenarbeit: Technologietransfer, aktive Absatzförderung industrieller Güter der AKP-Staaten auf dem EG-Markt, Umstrukturierung der EG-Industrie mit der Konsequenz, daß arbeitsintensive sowie auf

29) Z. B. erhielten Uganda und Äquatorialguinea bisher keine Mittel aus dem Europäischen Entwicklungsfonds, im Falle Äquatorialgiuneas auf einen Einspruch der britischen Vertreter im EEF hin, nach dem die Menschenrechtsfrage in diesem Land der Grund sei, vgl.: „Telex Africa", Nr. 107, S. 7 (20. 9. 1978).
30) Die geplante Konsultationsklausel besagt, daß die AKP-Staaten bei ihrer Industrialisierung auf die Branchen verzichten sollen, die eine Gefahr für die entsprechenden EG-Betriebe darstellen würden; das hieße praktisch, daß die AKP-Staaten grundsätzlich von Produktionen Abstand nehmen sollten, mit denen sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig wären.
31) Diese Liste wurde nach Presseberichten zusammengestellt.

Rohstoffen aus den AKP-Staaten basierende Produktionen in diesen Ländern verbleiben bzw. dorthin ausgelagert werden.

Im bisherigen Verhandlungsverlauf zeichnete sich bereits ab, daß die Rohstofferlös-Stabilisierung und die Frage der Industrialisierung im Mittelpunkt stehen werden. Dabei konnten die AKP-Staaten bereits einen ersten Erfolg verbuchen. Da Bundeskanzler Schmidt auf seiner Afrika-Reise für die Ausdehnung des Stabex-Systems auf Kupfer aus Sambia und Zaire plädierte, wird es der EG-Kommission nicht möglich sein, sich gegen diese Forderung der AKP-Staaten auszusprechen. Diesem auf die Interessensdivergenz innerhalb der EG zurückgehenden Erfolg könnten weitere folgen. Die Vorgänge im südlichen Afrika und auch die Präsenz Angolas – eines rohstoffreichen und sozialistischen Staates – bei den Verhandlungen, dürfte hinsichtlich der Konzessionsbereitschaft der EG nicht von Nachteil für die AKP-Staaten sein. Für sie wird es darauf ankommen, keine Positionen preiszugeben und einen weiteren Schritt in die Richtung einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung" zu tun. Die Realisierungschancen ihrer Forderungen scheinen heute besser zu sein als vor drei Jahren. Auch Lomé II (sollte es so heißen) wird noch nicht dem Konzept einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung" entsprechen. Jedoch dürfte es auf das fortgeschrittenste Vertragswerk zwischen einer Gruppe von Entwicklungsländern und kapitalistischen Industriestaaten hinauslaufen, und wiederum den Ausgangspunkt darstellen für die Verhandlung um die Gestaltung der Beziehung zwischen AKP-Staaten und EG über die 80er Jahre hinaus.

Gibt es eine Alternative?

Zweifellos gelang es der EG in der Vergangenheit, die Instrumente ihrer Assoziierungspolitik weitgehend zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen. Insofern kann das Lomé-Abkommen mit einiger Berechtigung als neokolonialistisches Instrument bezeichnet werden. Doch hieße eine solche Einschätzung, den Bemühungen der Entwicklungsländer um eine Verbesserung ihrer Situation auf dem Weltmarkt und den ihnen dazu unter den gegenwärtigen internationalen Bedingungen gegebenen Möglichkeiten nicht gerecht zu werden. Die AKP-Staaten sind eine heterogene Gruppe mit unterschiedlichen ökonomischen Möglichkeiten und politischen Zielsetzungen. Entsprechend werden sie auf unterschiedliche Weise die ihnen im Rahmen der Lomé-Politik transferierten Mittel nutzen. Gemeinsam sind ihnen vor allem die äußerlichen Bedingungen, unter denen sich ihr Entwicklungsprozeß vollzieht. Die hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten, zu denen ein Teil der EG-Mitglieder gehört, werden langfristig die Haupthandelspartner der AKP-Staaten bleiben. In Anbetracht des sich vollziehenden Wandels in der internationalen Arbeitsteilung, dem sich auch die EG nicht entziehen kann, bieten die Regelungen des Lomé-Abkommens und die Forderungen der AKP-Staaten bei den Neuverhandlungen relativ gute Möglichkeiten, die bestehende Handelsabhängigkeit für den internen Entwicklungsprozeß zu nutzen. Letztlich wird die weitere Entwicklung im südlichen Afrika und die gesellschaftspolitische Zielsetzung in den AKP-Staaten selbst ausschlaggebend sein für das Ausmaß, in dem das Lomé- bzw. sein Nachfolgeabkommen zum Vorteil der Entwick-

lungsländer und damit im Sinne einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung" angewandt werden kann. Die Einbindung in den Weltmarkt ist zumal für die Länder Schwarzafrikas die historische Bedingung, unter denen sich ihr Entwicklungsprozeß – d. h. die Überwindung der strukturellen Abhängigkeit mittels einer gleichzeitigen und miteinander verknüpften Entwicklung von Landwirtschafts- und Industriesektor bei Herstellung größerer Binnenmärkte (regionale Integration) – vorerst vollziehen wird. Die möglichst vorteilhafte Gestaltung der Weltmarktintegration auf dem Verhandlungswege erscheint deshalb realistischer als das Konzept der „Dissoziation vom Weltmarkt"[32]), das bisher ohne empirischen Beleg blieb und den bereits erreichten Stand der weltwirtschaftlichen Verflechtung, die ungleich verteilten Ressourcen und die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse u. E. nicht angemessen berücksichtigt.

Die Kalkulation des Unberechenbaren

Zur Enwicklungs- und Wirkungsweise des industriellen Kernenergie-Interesses in der BRD

Von Joachim Radkau

1. Ausgangsprobleme einer politisch-ökonomischen Analyse

1.1. Die scheinbare Selbstverständlichkeit der bundesdeutschen Kernenergie-Entwicklung

Die bundesdeutsche Kernenergie-Entwicklung stellt sich, von ihrem bisherigen Endeffekt her gesehen, gerade für eine politisch-ökonomische Analyse zunächst derart einleuchtend und voller Selbstverständlichkeiten dar, daß wirkliche Forschungsprobleme größerer Art kaum mehr übrigzubleiben scheinen. Sie bietet stärkste Belege für den Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß, für sprunghaftes Anwachsen des Fixkapitals und entsprechend erhöhte Krisenanfälligkeit, für zunehmende ökonomische Funktionen des Staates und entsprechende Verflechtung zwischen staatlichen Instanzen und Großindustrien. Nahezu die gesamte Herstellungsbranche erscheint heute unter der Führung der Kraftwerkunion (KWU) monopolartig konzentriert; fast

32) Vgl. Dieter Senghaas, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt/M. 1977.

alle anderen Firmen sanken zu Unterlieferanten ab, und in der KWU selbst mußte mittlerweile der schwächere Partner, die AEG, den Rückzug antreten; der übriggebliebene stärkste Konzern wiederum, die Firma Siemens, sah sich seinerseits veranlaßt, der Strategie des noch stärkeren Kapitals, nämlich der führenden US-Konzerne, zu folgen, ganz auf die Linie der Leichtwasserreaktoren einzuschwenken und das ursprünglich intensiv verfolgte Eigenkonzept der Schwerwasserreaktoren aufzugeben[1]).

Auch das Zusammenspiel von Staat und Großindustrie scheint sich wie nach einem Lehrbuch der politischen Ökonomie vollzogen zu haben: In dem langjährigen Beratergremium des zuständigen Ministeriums, der Deutschen Atomkommission, dominierten die führenden Herstellerfirmen; die Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern war dabei eine reine Farce, und eine parlamentarische Kontrolle war so gut wie nicht vorhanden; Forschung, Entwicklung, Betreiberrisiko, Brennstoffkreislauf und Rahmenbedingungen wurden vom Staat mit Milliardensummen subventioniert, ja selbst der industrielle Konzentrationsprozeß in der Kernenergie-Branche wurde vom Staat gefördert.

1.2. Unbefriedigende Aspekte einer vorschnell konstruierten Rationalität

Mit dem eben Angeführten ist jedoch nur *eine* Seite der Entwicklung bezeichnet: die aus der Sicht der am Ende dominierenden Unternehmen rationale, funktionierende Ereignisschicht. Die widersprüchlichen und krisenhaften Aspekte, die Möglichkeiten einer langfristigen gesamtökonomischen Irrationalität – jene „Anarchie" der Produktion, von der Marx schreibt (Das Kapital, 3. Buch, Kap. 51), daß innerhalb ihrer „der gesellschaftlichen Zusammenhang der Produktion sich nur als übermächtiges Naturgesetz" geltend mache –, werden bei einer solchen Darstellungsweise nur nebenher und abstrakt angesprochen, aber nicht als untrennbarer Bestandteil der historischen Entwicklung konkretisiert[2]). Auf diese Weise würde der Analyse ein entscheidendes Bindeglied zur politischen Praxis fehlen; sie würde lediglich darlegen können, daß unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus-Stadiums alles so kommen mußte, wie es gekommen ist, ohne die krisenhaften Bereiche der Kernenergie-Entwicklung, die Ansätze zu politischen Aktionen bieten, konkret aufzuzeigen und aufzuarbeiten; sie würde nur eine abstrakte Kritik

---

1) Hierüber ausführlich J. Radkau, Nationalpolitische Dimensionen der Schwerwasser-Reaktorlinie in den Anfängen der bundesdeutschen Kernenergie-Entwicklung, in: Technikgeschichte, Bd. 45 (1978) H. 3; J. Radkau, Kernenergie-Entwicklung in der Bundesrepublik: ein Lernprozeß? Die ungeplante Durchsetzung des Leichtwasserreaktors und die Krise der gesellschaftlichen Kontrolle über die Atomwirtschaft, in: „Geschichte und Gesellschaft", 4/1978, S. 195–222. Auf Belegmaterial dieser Aufsätze des Verf. wird im folgenden auch ohne ausdrücklichen Hinweis zurückgegriffen.

2) Ein Beispiel für eine solche Darstellungsweise bietet Karsten Prüß, Kernforschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1974, der die „Probleme der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit" nur gelegentlich in einer Anmerkung (S. 100) erwähnt – als ein Thema, auf das in diesem Zusammenhang nicht weiter einzugehen sei. Zur Auseinandersetzung mit Prüß vgl. J. Radkau, Atompolitik ohne Alternative? Teil II, „Neue politische Literatur" Jg. 1977, S. 460 ff. Das Element der „Anarchie" und des „Chaos" in der Kernenergie-Entwicklung wird – aus langjähriger Insider-Kenntnis heraus – neuerdings sehr drastisch von Klaus Traube hervorgehoben: K. Traube, Müssen wir umschalten? Von den politischen Grenzen der Technik, Reinbek 1978, bes. S. 157 ff., 193 ff. und 206 ff. Die „Anarchie" erscheint dort allerdings etwas verabsolutiert, und es kommt zu wenig zum Ausdruck, daß auch sie Gesetzmäßigkeiten unterliegt.

an der großindustriellen Genese der Atomwirtschaft üben können, ohne diese Kritik auf die konkreten Ergebnisse dieser Entwicklung zu beziehen.

An und für sich ergäbe sich aus der inneren Logik der marxistischen Theorie heraus sehr wohl die Aufgabe einer Kritik nicht nur der Entwicklung der Produktionsverhältnisse, sondern auch der der Produktivkräfte[3]). Zwar können einzelne Marx-Zitate den Eindruck erwecken, als werde in der Entwicklung der Produktivkräfte der eigentliche Antrieb der Geschichte, der letzte Ursprung aller Veränderung gesehen, der sich als solcher der Kritik entzieht: Wenn Marx etwa in den „Grundrissen" schreibt, die „Hauptproduktivkraft" sei der arbeitende Mensch[4]), oder wenn er bei der Bestimmung der revolutionären Situation die bekannte Metapher gebraucht, daß die Produktionsverhältnisse „aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte . . . in Fesseln derselben" umgeschlagen seien[5]). Andererseits ergibt sich jedoch aus der Gesamtheit der Marxschen Argumentation, daß die Produktivkräfte in ihrer Entwicklung auch wesentlich durch die Produktionsverhältnisse beeinflußt werden und zwischen beiden eine dialektische Wechselbeziehung besteht[6]).

Entscheidend ist nun die Frage, wie man sich diese Rückwirkung der Produktionsverhältnisse auf die Produktivkraft-Entwicklung vorzustellen hat. In der Literatur ist in der Regel nur von einer *quantitativen* Einwirkung die Rede: die Produktionsverhältnisse fördern oder hemmen die Entwicklung der Produktivkräfte; zugrunde liegt dabei die Vorstellung, daß es in der Produktivkraft-Entwicklung nur einen linearen Fortschritt geben könne, nicht hingegen qualitativ unterschiedliche Entwicklungsrichtungen. Qualitative Unterschiede würde es dann nur in der Form verschiedener Stufen auf der Linie der *einen* Entwicklung oder verschiedener Gebrauchsweisen ein und derselben Technologie geben. Dieser Diskussionsstand ist nicht zu verwundern, da die bisherige technologische Entwicklung kaum eine Vorstellung von der Möglichkeit unterschiedlicher Entwicklungs*richtungen* gab. Dennoch ist die letztere Möglichkeit sowohl aus theoretischen wie auch aus empirischen Erwägungen anzunehmen: 1. Wenn der Zusammenhang zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen wirklich so eng und umfassend ist, müßten mit den qualitativen Unterschieden bei den Produktionsverhältnissen auch solche auf der Seite der Produktivkräfte korrespondieren. 2. Es ist offensichtlich nicht zutreffend, negative Auswirkungen des modernen Kapitalismus auf die Produktivkraftentwicklung als *Hemmungen* zu bestimmen: Heute wird vielfach ganz im Gegenteil die größte vom Kapitalismus drohende Gefahr in einer zu überstürzten und zu unkontrollierten Entwicklung der Technik gesehen. Ansätze zur Kritik ergeben sich also vorwiegend dann, wenn man *qualitative*

3) Mein Kollege Dr. Gunnar Stollberg kommt in einem Manuskript „Zwei Entfaltungen der Marxschen Kategorie ‚Arbeit' " (Bielefeld 1978) zu dem Ergebnis, daß Marx zwar die Fortentwicklung der Produktivkräfte als Voraussetzung zum Sozialismus *prinzipiell* immer positiv einschätze, daß er jedoch die Fortentwicklung der Produktionsmittel, wie sie sich zu seiner eigenen Zeit vollzog, von ihren konkreten Auswirkungen her stets negativ beurteilte.
4) K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1974, S. 325.
5) MEW, Bd. 13, S. 9.
6) W. Eichhorn/A. Bauer/G. Koch, Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, Berlin (West) und Frankfurt/M. 1975, bes. S. 125 ff. und 130 ff.

Auswirkungen des Kapitalismus auf die Entwicklung der Produktivkräfte untersucht.

1.3. Einige zu erforschende Probleme

Bei kritischer Revision der bundesdeutschen Kernenergie-Historie schälen sich besonders zwei zu erforschende Problemfelder heraus: 1. Welcher Art war das industrielle Interesse, das die bisherige kerntechnische Entwicklung bestimmte, und 2. welche qualitativen Auswirkungen hatte dieses Interesse auf die kerntechnische Entwicklung? Wenn man die erste Frage sogleich dahingehend beantwortet, daß es sich um ein Profitinteresse gehandelt habe, so ist diese Antwort natürlich nicht falsch, reicht aber doch zur Erklärung der real-historischen Vorgänge nicht aus; im übrigen würde die Kernenergie-Entwicklung, wenn man sie ohne weitere Erläuterung von dem Profitstreben ableitete, mit zuviel ökonomischer Rationalität versehen. In Wirklichkeit gab das Profitmotiv, für sich genommen, auf dem Kernenergie-Sektor niemals eine klare Orientierung: in den 50er Jahren, als die Entwicklung begonnen wurde, war die Rentabilität von Kernkraftwerken überhaupt nicht abzusehen, und bis heute sind die Kosten von weiten Bereichen des nuklearen Brennstoffkreislaufs undurchsichtig geblieben. Das Interesse an Kernenergie besaß immer einen stark spekulativen Einschlag, und man muß daher fragen, wie solche Spekulationen zustandekamen, woran sie sich orientierten und auf welche Weise sie eine praktisch wirksame Durchschlagskraft erlangten.

Diese Interessen-Problematik bei der Kernindustrie ist in ihrer Relevanz allerdings solange nicht klar zu erkennen, wie man die bundesdeutsche Kernenergie-Entwicklung kommerziell für überaus erfolgreich oder zumindest erfolgversprechend hält. Die letztere Auffassung findet sich nicht nur in der Kernkraft-Propaganda, sondern auch in der kritischen Literatur[7]). In Wirklichkeit ist jedoch sehr zweifelhaft, ob die bisherige Entwicklung der bundesdeutschen Atomwirtschaft als Erfolgshistorie zu interpretieren ist. Die vergangene Kernkraft-Geschichte ist reich an Mißerfolgen und Fehlspekulationen, und fragwürdig sind auch die Zukunftschancen des gegenwärtigen Entwicklungsstandes. In den 50er und frühen 60er Jahren engagierte sich eine ganze Reihe von Firmen mit eigenen Reaktorentwicklungen in der Atombranche; aber auf die Dauer mußten fast alle als Hauptauftragnehmer wieder ausscheiden, und die meisten Reaktorentwicklungen wurden eingestellt, bevor sie hinreichend erprobt waren. Es handelte sich bei den ausscheidenden Firmen keineswegs nur um Unternehmen der Mittelklasse, sondern um führende Unternehmen der Großindustrie wie die Gutehoffnungshütte, Krupp, Demag – Mitbegründerin der Interatom, einer der frühesten auf Kernenergie spezialisierten Firmen – und schließlich auch die AEG, die Erbauerin des ersten deutschen Kernkraftwerks. Chemie-Konzerne, die einst führend unter den Initiatoren der bundesdeutschen Atomwirtschaft waren, zogen sich in der Folge zurück. Der fast allein übriggebliebene Siemens-Konzern mußte die lange Zeit von ihm favorisierte Schwerwasserlinie aufgeben, aber auch der Siedewas-

7) Vgl. Prüß, S. 60 und 299 (die Atompolitik der BRD sei „sehr erfolgreich" gewesen).

serreaktor, der im Laufe der 60er Jahre zunächst in den USA und danach in der BRD den angeblichen Durchbruch der Kernkraftwerke zur Rentabilität brachte, scheint sich in den letzten Jahren als Fehlschlag erwiesen zu haben[8]). Entgegen ihren ursprünglichen Absichten ging die Bundesrepublik zur Nachahmung der US-amerikanischen Technologie über, ist dadurch aber auch manchem amerikanischen Bluff aufgesessen[9]). Da sie auf dem Weltmarkt in den 70er Jahren keine anderen Reaktortypen als die USA mehr anzubieten hatte, mußte sie zur Realisierung ihres bisher größten Reaktorgeschäfts, des Brasilien-Auftrags, die US-Konkurrenten mit „Extras" wie dem Angebot einer Urananreicherungs- und einer Wiederaufarbeitungsanlage ausstechen: eine Methode, die mit hohen politischen Kosten verbunden ist und nach der heftigen amerikanischen Opposition gegen den Brasilien-Vertrag kaum wiederholt werden dürfte. Ob überhaupt das Brasiliengeschäft in auch nur annähernd dem vereinbarten Umfang realisiert wird, erscheint schon jetzt zweifelhaft[10]). Ein Ersatz dafür ist nicht in Sicht; bei den europäischen Verbündeten erzielte die KWU bisher kaum Exportaufträge. Und selbst die Gewinner auf dem Weltmarkt, die führenden US-Konzerne, sehen sich in einer kritischen Situation. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) berichtete Ende 1974, daß nach Ansicht der Fachleute „bis heute kein einziges Kernkraftwerk seinen Erbauern auch nur einen Pfennig Gewinn gebracht habe"[11]), und der Regierungsantritt Carters hat die Auspizien noch verschlechtert. Ein 1978 veröffentlichter Bericht des US-Repräsentantenhauses kommt zu dem Schluß, die Kernenergie habe sich als unwirtschaftlich erwiesen[12]); zur gleichen Zeit bemerkte der stellvertretende Energieminister der USA, die „nukleare Option" sei „praktisch verschwunden", und einem Bericht zufolge stehen die amerikanischen Herstellerfirmen „vor dem Bankrott"[13]).

Nach der Festlegung auf die Leichtwasser-Reaktorlinie hätte die BRD, um die Abhängigkeit von den USA zu verringern, die Urananreicherungs- und Wiederaufarbeitungstechnologie beschleunigt entwickeln müssen; das ist jedoch nicht geschehen – auch dies eine Inkonsequenz der bundesdeutschen Entwicklung. Eine planvolle Steuerung des Ausbaus der Nuklearwirtschaft durch die Deutsche Atomkommission hat es offenbar kaum jemals gegeben.

---

8) In den USA mußten im September 1974 alle Siedewasserreaktoren zur Überprüfung abgeschaltet werden. In der BRD wurde vor allem nach dem neuerlichen Unfall in Brunsbüttel die besondere Störanfälligkeit der Siedewasserreaktoren kommentiert: vgl. „Der Spiegel" v. 26. 6. 1978, S. 34 und „Die Zeit" v. 30. 6. 1978, S. 4.
9) Der kommerzielle Durchbruch der Leichtwasserreaktoren erfolgte in den USA 1963 mit dem Auftrag von Oyster Creek; schon damals war die Vermutung verbreitet, daß es sich bei dem Angebot von General Electric um ein Dumping-Geschäft handele: vgl. Duncan Burn, The Political Economy of Nuclear Energy, London 1967, S. 25, der diese Auffassung widerlegen will. Die inzwischen erfolgten Kostensteigerungen dürften sie jedoch bestätigen. Über die Forcierung der Karlsruher Schnellbrüter-Entwicklung durch Falschmeldungen über entsprechende amerikanische Entwicklungen vgl. Otto Keck, The West German Fast Breeder Reactor Programme (1978), Ms. an der Universität Ulm, Abt. f. Wissenschaftsorschung.
10) „Der Spiegel" v. 18. 9. 1978, S. 129.
11) FAZ v. 9. 11. 1974 (W. Müller-Haeseler, „Lehrgeld für Kernkraftwerke").
12) „Frankfurter Rundschau" v. 3. 7. 1978, S. 14; vgl. auch den neuerdings auf deutsch vorliegenden Kernenergie-Bericht der Ford-Foundation: Das Veto, Frankfurt/M. 1977.
13) Zit. n. Amory B. Lovins, in: „Die Zeit" v. 26. 5. 1978, S. 26. Vgl. auch Jes Rau, Westinghouse in der Klemme, in: „Die Zeit" v. 29. 10. 1976, S. 25; die dort referierte Klage des Westinghouse-Konzerns gegen das Urankartell wird von einem Beteiligten als eine „Verzweiflungstat" charakterisiert in einer Situation, in der die Existenz des Unternehmens auf dem Spiel stehe. Dabei war Westinghouse angeblich der einzige Konzern, der bisher in der Kernbranche Profite erzielen konnte!

Ein deutlicher Mißerfolg der bundesdeutschen Entwicklung zeichnet sich bei den sogenannten Reaktoren der „zweiten" und „dritten Generation" ab, denen nach dem ursprünglichen Konzept die Zukunft gehören sollte. Bei der mit enormem Aufwand betriebenen Entwicklung des Schnellen Brüters hat die BRD längst die Führung an Frankreich verloren; kaum irgendwo anders haben sich visionäre Hoffnungen so gründlich zerschlagen. Der Thorium-Hochtemperaturreaktor, der in der Form des Kugelhaufen-Konzepts als einzige deutsche Eigenentwicklung übriggeblieben ist und in Fachkreisen vielfach als optimale Lösung galt, zeigt nach wie vor wenig Durchsetzungsvermögen. Noch weniger Aussicht auf eine führende Rolle besitzt die BRD bei dem ehrgeizigsten Zukunftsprojekt: der Entwicklung eines Fusionsreaktors, von dem seit Jahrzehnten die Lösung der Energieprobleme für alle Zukunft erwartet wird.

Nun ließe sich zwar die relative Vernachlässigung der Zukunftsentwicklungen in der BRD aus dem Vorwiegen von Gesichtspunkten kurzfristiger Rentabilität erklären, zumal privatwirtschaftliche Perspektiven in der BRD von Anfang an weit stärker dominieren konnten als in anderen Ländern, wo mächtige staatliche Atombehörden bestanden. Da es jedoch im Kernenergie-Sektor eine wirklich greifbare, zuverlässig ausrechenbare Rentabilität so oder so nicht gab, enthielt dieser Aspekt als solcher noch keine eindeutigen Anhaltspunkte für die zu treffenden Entscheidungen. Im übrigen wäre es nicht richtig, davon auszugehen, daß unter kapitalistischen Bedingungen langfristige Erfordernisse überhaupt nicht zur Geltung kämen; auf bestimmte Art und in bestimmtem Kontext melden sie sich durchaus zu Worte: aber häufig in einem Kontext nationalistischer Prestigepolitik und in einem an die Rüstung angelehnten Interessen-Syndrom, also in einem Kontext, der sie ihrer Rationalität entkleidet. Die Kernenergie-Entwicklung liefert beste Beispiele dafür; die langfristigen Handlungsebenen sind da oft noch irrationaler als die kurzfristigen[14]).

Alles in allem verdeutlicht die lange Reihe der Mißerfolge und Bedenklichkeiten in der bisherigen Geschichte der Atomwirtschaft – wobei die Sicherheitsaspekte noch ganz ausgelassen sind –, daß sich die Frage nach den konkret wirksamen Interessen und Triebkräften und nach den Ansatzpunkten einer konkreten Kritik nicht ohne weiteres aus einem abstrakten Kapitalinteresse heraus beantwortet: vielmehr handelt es sich dabei um ein historisch zu erforschendes Problem, wobei nicht nur pauschal nach dem Interesse an „der" Kernenergie zu fragen ist, sondern der Inhalt des Interesses auch nach unterschiedlichen Kerntechnologien zu differenzieren ist. Erst dadurch kommt man dem oben gesetzten Ziel näher, *qualitative* Auswirkungen ökonomischer Strukturen auf die Produktivkraft-Entwicklung zu ermitteln.

---

14) Außerordentlich aufschlußreich ist hierfür der Kernenergie-Bericht der Ford-Foundation, der u. a. im Hinblick auf die empfiehlt, die Schnellbrüter-Entwicklung und Wiederaufarbeitung vorerst hintanzustellen. Anhand der historischen Genese (S. 297 f. und 311 f.) zeigt er die mangelnde Rationalität dieser Projekte auf. Die bereits kommerziell produzierten Leichtwasserreaktoren stellt er allerdings nicht zur Disposition und verbreitet sich auch nicht über *ihre* Genese!

2. Bemerkungen zu Hypothesen über einzelne Motive der Entwicklung

2.1. Zur Frage der Ableitbarkeit der Kerntechnik aus immanenten Entwicklungstendenzen der Wissenschaft

In der unlängst in dieser Zeitschrift geführten Diskussion zum „Problem der Kernenergie" hielt Bernd Moldenhauer die These für bedenkenswert, „daß es aufgrund immanenter Gesetzlichkeiten der Entfaltung der Wissenschaft in jedem Falle zur Eröffnung der technischen Optionen" im Bereich der Kernphysik gekommen wäre. Von Knut Krusewitz wurde diese These angezweifelt, wobei er jedoch vorausschickte, die Frage einer immanenten Gesetzmäßigkeit der Produktivkraftentwicklung erscheine ihm „schwer zu beantworten"[15]). Die darin enthaltene sehr schwierige und weitreichende Problematik kann selbstverständlich auch an dieser Stelle nicht erschöpfend behandelt werden, aber es lassen sich doch einige Hinweise dafür geben, wieweit man immanente Gesetzmäßigkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts annehmen kann und wo die Notwendigkeit der Erklärung aus besonderen ökonomischen Verhältnissen beginnt.

Daß die Kernphysik als solche das logische Ergebnis einer jahrhunderte-, ja man kann sagen jahrtausendelangen Entwicklungstendenz der Wissenschaft ist, erscheint plausibel: das zugleich analytische und generalisierende Wesen der Wissenschaft enthält die Tendenz, zu immer kleineren Bestandteilen der Materie vorzustoßen, die zugleich immer genereller sind; die Vorstellung eines „Atoms", eines kleinsten unteilbaren Grundelements der Materie, aus dem sich alle Stoffe zusammensetzen, taucht bereits in der Antike auf. Vollends nach der Entdeckung des Systems der chemischen Elemente in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der Gewinnung neuer Substanzen durch Veränderungen in der Atomhülle stand die Erforschung des Atom*kerns* und der Möglichkeit, durch Veränderungen des Atomkerns neue Elemente zu gewinnen, mit innerer Logik als Nächstes auf dem Programm[16]). Hieraus ergibt sich jedoch – und dies wird durch die tatsächlichen Bestrebungen der Grundlagenforschung vollauf bestätigt –, daß man vor allem von einer immanenten Tendenz der Wissenschaft hin zur Kern*fusion*, zur Erzeugung neuer „überschwerer" Elemente in Großbeschleunigern reden kann, weit weniger jedoch von einer immanenten Tendenz hin zur Kern*spaltung*, die zur Erzeugung neuer Elemente ungeeignet war. Der Spaltungsvorgang wurde 1938 von Hahn und Straßmann unbeabsichtigt und zunächst ungläubig bei der Erforschung der Umwandlung des Urans in schwerere „Transurane", der Erforschung von Fusionsvorgängen also, entdeckt[17]), und diese Forschungsrichtung ist bis heute der bei weitem überwiegende Ehrgeiz der kernphysikalischen Grundlagenforschung geblieben. Die Erforschung der Spaltvorgänge blieb demgegenüber nur ein Seitenweg ohne sonderliche Relevanz für den

15) „Blätter", 6/1977, S. 676.
16) Vgl. Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution. Eine historische Untersuchung (aus dem Russischen), Berlin (DDR) ²1972, S. 218.
17) Ausführliche und kritisch kommentierte Literaturbelege über die Entdeckung der Kernspaltung bei Friedrich Wagner, Die Wissenschaft und die gefährdete Welt. Eine Wissenschaftssoziologie der Atomphysik, München ²1969, S. 418 f.

Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis. Auf theoretischer Ebene ergibt sich daraus die Folgerung, daß eine Kritik an der gegenwärtigen Kernenergie-Politik entgegen manchen Anschauungen nicht notwendig im Kontext einer Kritik der gesamten neueren Wissenschaftsentwicklung erfolgen muß. Diese Einsicht erscheint wichtig, um ein Abgleiten der Anti-AKW-Bewegung in modische Irrationalismen zu verhindern.

Es wäre nun allerdings denkbar, daß die Kerntechnik, auch wenn sie kaum Fortschritte in der Grundlagenkenntnis brachte, dennoch ein wichtiger und notwendiger Bestandteil in der Weiterentwicklung der Ingenieurtechnik wäre. Daß sie auf dieser Ebene Fortschritte erbrachte, ist nicht zu bestreiten; andererseits enthalten die bisherigen Leichtwasser-Kernkraftwerke auch wesentliche technische Rückschritte gegenüber den modernsten fossilen Kraftwerken, wo bereits erheblich höhere Dampftemperaturen erreicht sind und Wasser als Kühlmittel z. T. bereits durch Gas ersetzt worden ist. Von daher wäre es abwegig, sich Kernkraftwerke als logisch notwendige Stufe in der Weiterentwicklung der Energietechnik vorzustellen. Zwar werden Fusionsreaktoren gern als „dritte Generation" von Kernreaktoren nach zwei „ersten" Generationen von Spaltreaktoren bezeichnet, aber in Wirklichkeit ist die Fusion eine andersartige Technologie, die nicht auf der bisherigen Reaktortechnik fußt und von den Kernenergie-Interessenten oft als Konkurrent behandelt wurde. Aus immanenten Notwendigkeiten des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts mag sich zwar die Kernphysik im allgemeinen ableiten lassen – die Durchsetzung bestimmter Typen von Kernspaltreaktoren hingegen ist damit zweifellos nicht erklärt.

2.2. Zur Bedeutung von Fehlprognosen in den Anfängen der Kerntechnik

Es ist wichtig, sich bei einer Analyse der Initialmotive zu vergegenwärtigen, wie wenig man in der Anfangszeit in der Lage war, den tatsächlichen Fortgang der Entwicklung vorherzusehen. Man kann daher nicht von vornherein davon ausgehen, daß die industriellen Kernenergie-Interessen auf einen so langen Zeitraum orientiert waren, wie ihn die Entwicklung in Wirklichkeit brauchte, sondern muß mit der Möglichkeit rechnen, daß man sich infolge unzureichender Information einbildete, mit der Kernenergie sei schon in Kürze Geld zu verdienen. Diese Vermutung wird dadurch gestützt, daß Mitte der 50er Jahre, als in der BRD entscheidende Initiativen im Bereich der Kerntechnik erfolgten, in der Öffentlichkeit ein übertriebener Optimismus hinsichtlich der sich in unmittelbarer Zukunft eröffnenden Chancen der Kernenergie vorherrschte; beliebt war damals die Vorstellung, man befinde sich im Anbruch des „Atomzeitalters". Später wurde auf diese Zeit häufig kritisch oder sarkastisch als auf eine Phase verfrühter Euphorie zurückgeblickt.

Der angesehene Nationalökonome Salin schrieb 1955, die Atomkraft werde „mit Sicherheit schon in wenigen Jahren" weltwirtschaftliche Bedeutung gewinnen, und es handele sich bei den hierdurch aufgeworfenen Fragen „keineswegs um utopische Probleme einer fernen Zukunft, sondern um die

Wirklichkeit von morgen"[18]). Findet das industrielle Interesse der Anfangszeit also seine einfache Erklärung darin, daß man den Zeitfaktor völlig falsch einschätzte und glaubte, Profite aus der Kerntechnik bereits zuverlässig kalkulieren zu können?

Von Deubner, der Zugang zu ministeriellen Aktenbeständen bekam, wird dies entschieden bestritten; er kommt zu dem Schluß, ungeachtet der in der Öffentlichkeit noch jahrelang vorgetragenen Euphorie sei die interne Diskussion in einschlägigen Kreisen spätestens Ende 1955 schon so weit gediehen, „daß es keine großen Kontroversen mehr darüber gab, daß erst ab Ende der 60er Jahre frühestens mit einem kostenmäßig konkurrenzfähigen Beitrag der Kernenergie zum westdeutschen Energieangebot zu rechnen" sei. Wenn „ernstzunehmende Analytiker" gleichwohl der Kernenergie schon „in näherer Zukunft" die Konkurrenzfähigkeit prophezeit hätten, so müsse dabei „Irrtum oder böser Wille" im Spiel gewesen sein[19]). So eindeutig war jedoch damals auch in internen Kreisen der Diskussionsstand nicht. Zwar gab es damals sehr wohl nüchterne Einschätzungen der Nuklearaussichten, die den Zeitfaktor in etwa zutreffend taxierten; aber solche Stimmen kamen vornehmlich aus Kreisen der Steinkohle, der Energiewirtschaft[20]) und der – hiervon beeinflußten – zuständigen Referate des Bundeswirtschaftsministeriums. Dort lag jedoch nicht die Initiative beim Aufbau des Nuklearsektors. In den hierbei maßgebenden Kreisen gab es ganz andere Zukunftsprognosen; besonders krass manifestieren sie sich in dem Gutachten der sogenannten drei Euratom-Weisen (1957), demzufolge 1958 die ersten Großkraftwerke in Auftrag gegeben und 1963 fertiggestellt sein sollten; binnen zehn Jahren sollten in Westeuropa bereits Kernkraftwerke von insgesamt 15 000 MW fertiggestellt sein[21]). Man hatte damals erkannt, daß Kernkraftwerke großenteils sehr ähnlich wie fossile Kraftwerke konstruiert werden konnten, während man die neuartigen Material- und Brennelement-Probleme noch nicht überblickte; auch wurde noch nicht durchweg erkannt, daß die Wirtschaftlichkeit von Kernkraftwerken, wenn überhaupt, erst bei erheblichen Blockgrößen beginnt: insofern sind optimistische Prognosen jener Zeit nicht verwunderlich.

Es ist erstaunlich, in welchem Ausmaß Spitzenkräfte der Wirtschaft für die Ende 1955 beim Bundesatomministerium eingerichtete Deutsche Atomkommission gewonnen werden konnten; viele Firmen drängten sich förmlich nach Mitgliedschaft in diesem Gremium. Bei der Gründung des Kernforschungszentrums Karlsruhe (1956) war die Industrie bereit, die Hälfte der Aufbaukosten zu tragen, die zunächst auf 40, dann auf 60 Mio. DM beziffert wurden, in den 60er Jahren jedoch auf ein Vielfaches dieser Summen anwuchsen. Daraufhin zog sich die Industrie 1963 aus der Finanzierungsgesellschaft zurück und schenkte ihren 30-Mio.-Anteil dem Forschungszentrum. Prüß hält das

18) Edgar Salin, Ökonomik der Atomkraft, Köln 1955, S. 5, 4.
19) Christian Deubner, Die Atompolitik der westdeutschen Industrie und die Gründung von Euratom, maschinenschriftliche Dissertation, Konstanz 1976, S. 66; teilweise in der Druckfassung: (gleicher Titel) Frankfurt/M., New York 1977, S. 17.
20) Repräsentativ dafür sind die Artikel des RWE-Beraters O. Löbl, so etwa: Streitfragen bei der Kostenberechnung des Atomstroms, in: „Energiewirtschaftliche Tagesfragen", 82/83, S. 11–14.
21) L. Armand/Fr. Etzel/F. Giordani, Ziele und Aufgaben für EURATOM, Brüssel 1957, S. 20 ff.

Ganze für ein abgekartetes Spiel: die Industrie sei von vornherein nur in der Absicht eingestiegen, um den Staat auf diesen kostspieligen Sektor zu locken und hernach, wenn das staatliche Engagement irreversibel geworden sei, wieder auszusteigen[22]); aber diese Deutung ist wenig wahrscheinlich: Es war wohl tatsächlich so, daß die Industrie anfangs die Entwicklungskosten und -dauer, das benötigte Ausmaß des staatlichen Engagements und die Praxisferne von Großforschungsinstituten erheblich unterschätzte und es daher für vorteilhaft hielt, sich maßgeblich in die Forschung einzuschalten. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Prof. Bechert, ein kompetenter Beobachter der Kernkraft-Entwicklung, äußerte 1960: Wenn man „viel zu früh mit dem Bau von Atomreaktoren begonnen" habe, dann deshalb, weil sich die „Konzernherrn" von den Wissenschaftlern hätten „überfahren" lassen[23]); richtig hieran ist zumindest dies, daß man die Rationalität und Weitsicht industrieller Nuklearstrategien nicht überschätzen darf.

Allein aus langfristigen Perspektiven heraus wäre es Mitte der 50er Jahre schwerlich so rasch zu einer derart breiten industriellen Interessenartikulation in Sachen Kernenergie gekommen; daß sich bloße Hoffnungen auf spätere Jahrzehnte ohne Vorschaltung kürzerer Perspektiven in praktisches Handeln umsetzen, ist schwer vorzustellen. Andererseits reicht die Hoffnung auf baldige Rentabilität von Kernkraftwerken als Motiv damaliger industrieller Interessenformation zweifellos nicht aus: wenn es ein solches Kalkül auch gab, so war man sich doch seiner Unsicherheit bewußt, und spätestens um 1960 war der anfängliche Optimimus einer Ernüchterung gewichen. Zur Stabilisierung industrieller Interessen waren weitere Motive erforderlich, die es im folgenden zu untersuchen gilt.

2.3. Sicherstellung der künftigen Energieversorgung als dominantes Motiv?

Der Öffentlichkeit gegenüber ist von Anfang an, besonders aber seit der „Ölkrise" im Herbst 1973 die langfristige Sicherung der Energieversorgung als beherrschendes Motiv hingestellt worden, in den letzten Jahren sogar häufig in demagogischer Weise („Ohne Kernenergie gehen die Lichter aus"); auf der anderen Seite läßt sich an Hand des verfügbaren Materials deutlich erkennen, daß gerade dieses Motiv in den entscheidenden Jahren des Aufbaus der bundesdeutschen Atomwirtschaft nur eine geringe, fast belanglose Rolle gespielt hat: zumindest in der Form eines „nur" langfristigen gesamtökonomischen Interesses besaß es kein praktisches Durchsetzungsvermögen – dieses konnte es nur als ideologischer Überbau kürzerfristiger partikularer Interessen erlangen. In der Deutschen Atomkommission waren gerade die Energieversorgungsunternehmen auffallend schwach vertreten; sie wurden lange Zeit aus dem atompolitischen Entscheidungsprozeß offenbar bewußt herausgehalten und spielten in der Regel eine bremsende, obstruktive Rolle. Man bekommt nicht den Eindruck, daß bei den Beratungen der Deutschen Atomkommission Energiebedarfsprognosen eine sonderliche Rolle gespielt haben; solche Pro-

22) Prüß, S. 38.
23) „Algemeine deutsche Lehrerzeitung" v. 1. 3. 1960.

gnosen waren Mitte der 50er Jahre ohnehin ein noch unerprobtes Novum und wurden sogleich durch die unerwartete „Ölschwemme" diskreditiert[24]). Der Bundesatomminister Balke erklärte 1959 dem „Handelsblatt", der Aufbau einer deutschen Atomwirtschaft sei „eine Lebensfrage der deutschen Wirtschaft überhaupt", und daher müsse „der Sprung in die Atomtechnik getan" werden, „ohne Rücksicht darauf, ob man später einmal die Kernenergie zur Stromerzeugung verwenden wolle oder nicht"[25]). Balke selbst neigte während seiner Amtszeit (1956–62) der Auffassung zu, daß es mit dem Bau von Kernkraftwerken in der BRD keine Eile habe. Nicht Sicherung der Stromversorgung, sondern Wiedergewinn der Weltgeltung der deutschen Industrie und Wissenschaft waren die Leitmotive der Atompolitik, so wie sie in den Selbstzeugnissen der Beteiligten formuliert wurden.

Nun hat es allerdings auch in der damaligen Öffentlichkeit nicht an besorgten Hinweisen auf künftige Energienöte gefehlt. Bis Mitte der 50er Jahre hatte die Wirtschaft immer wieder unter Engpässen in der Kohleversorgung zu leiden, und in den Gründerjahren der Atomwirtschaft gab es in der Öffentlichkeit eine „Energielücke"-Debatte[26]); danach setzte die „Ölschwemme" ein, aber unter dem Gesichtspunkt der energiewirtschaftlichen Autarkie – einem damals noch gewichtigen Aspekt, da man in Deutschland von der Kohle-Vergangenheit her an Selbstversorgung mit Energieträgern gewöhnt war – mußte gerade das steile Anwachsen der Ölimporte bedenklich erscheinen. Wenn das Energie-Motiv auch, für sich genommen, damals kein Durchsetzungsvermögen besaß, so erhielt es *in einem bestimmten ökonomisch-ideologischen Kontext* dennoch seinen Stellenwert. Warnrufe von seiten der Großindustrie und Hochfinanz, die den „Alpdruck der Energienot" beschworen, kamen in typischen Fällen aus der chemischen Industrie und aus dem süddeutschen Raum[27]). Die führende Rolle der Chemie-Konzerne – mit Winnacker, dem Chef der Farbwerke Hoechst an der Spitze – unter den industriellen Kernenergie-Interessenten der Anfangszeit ist zugleich eines der aus späterer Sicht auffälligsten Phänomene jener Interessenformatioen; aus der süddeutschen Chemie kam auch der langjährige Bundesatomminister Balke.

Für diese anfängliche Führungsposition der Chemie gibt es mehrere Erklärungen. Auch wenn der BRD objektiv damals keine „Energielücke" drohte, so gab es doch bei den Chemiekonzernen, den größten Stromverbrauchern der westdeutschen Industrie, ein gleichsam strategisches Interesse an einem möglichst breiten Sortiment von Energieträgern[28]); in der ersten Nachkriegs-

24) K.-H. Blömer, Energieprognosen im Lichte der Erfahrung, in: F. Burgbacher (Hrsg.), Ordnungsprobleme und Entwicklungstendenzen in der deutschen Energiewirtschaft, Essen 1967, S. 125–140. Im Krisenjahr 1967 empörte sich eine Korrespondenz der Ruhrkohle, die „Protagonisten" der Kernenergie hätten „vor rund 10 Jahren das Steinkohlen-Debakel mit ihrer Energielücken-These mit angestiftet, weil sie zu den Zechen-Überkapazitäten in Deutschland beitrug, gleichzeitig aber auch monomanische Tendenzen bei Euratom entband" – „WID Energiewirtschaft" v. 16. 11. 1967.
25) „Handelsblatt" v. 9. 3. 1959, zit. n. H.-J. Bieber, Zur politischen Geschichte der friedlichen Kernenergienutzung in der BRD, Heidelberg (Forschungsstätte der ev. Studiengemeinschaft) 1977, S. 49.
26) Deubner, S. 14 ff.; Blömer, S. 139.
27) Vgl. die Zitate bei Bieber, S. 5 ff.; auch Hermann Römer (Süddeutsche Bank), Ein neuer Wirtschaftsfaktor – Atom, 1956.
28) Deubner, S. 21 f.

Treue-Bücher
zu günstigen Preisen für Abonnenten

Abonnenten der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können in den Wochen vor Weihnachten, spätestens bis Jahresende, nachfolgend aufgeführte Bücher aus Sonderauflagen bzw. Restposten mit Treue-Rabatt zu erheblich herabgesetzten Preisen beziehen. Wir bieten:

Nach einjährigem Abonnement:	20 % Treue-Rabatt
Nach zweijährigem Abonnement:	25 % Treue-Rabatt
Nach dreijährigem Abonnement:	30 % Treue-Rabatt

Bestellen Sie bitte die gewünschten Bücher gegen Vorüberweisung des Gesamtbetrages mittels anhängender Zahlkarte. Der für Sie infrage kommende reduzierte Preis ist den Rabattspalten neben den angebotenen Büchern zu entnehmen. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Bestell-Nummer(n)** sowie die **Anzahl** der Bücher.

Einmaliges Zusatzangebot: Falls Sie weitere Titel aus dem in der Oktoberausgabe der „Blätter" beigelegten **Gesamtverzeichnis** bestellen möchten, benutzen Sie bitte die dreistelligen Ziffern der ISBN-Nr., z.B. Abendroth, W.u.a., Sozialdemokratie und Sozialismus, DM 12,80 (S.24), ISBN 3-7609-**147**-6 = **Best.-Nr. 147.** Die verbilligten Preise können Sie anhand vergleichbarer Ladenpreise den Rabattspalten entnehmen. (Auf Sonderangebote wird kein Nachlaß gewährt.)

Die Lieferung von Büchern im Gesamtwert von **über 30,– DM** erfolgt **porto- und verpackungsfrei.** Bei Bestellungen unter 30,– DM zahlen Sie bitte 1,50 DM für Porto und Verpackung mit ein.

Pahl-Rugenstein Verlag

Bestell-Nr	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jahr Abo 20 %	2jahr Abo 25 %	3jahr Abo 30 %
400	*Abendroth* **Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie.** 4., aktualisierte Aufl. 142 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
281	*Ahlbeck* **Jean Jacques Rousseau.** Bildbiographie. 120 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
314	*Axt* Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa. 450 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
156	*Badstübner/Thomas* Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD. 512 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
320	*Bauß* Studentenbewegung der sechziger Jahre. 353 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
402	*Bayertz/Holz* **Grundwerte-Diskussion.** 240 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
359	*Berlin u. a.* **Was verschweigt Fest?** Zum Hitler-Film. 208 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
356	**Bertha von Suttner Die Waffen nieder!** Ausgew. Schriften. 140 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
325	*Blank u. a.* Wohin treibt der Rechtsstaat? 328 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
246	*Booß* Ansichten der Revolution. Paris-Berichte deutscher Schriftsteller nach der Juli-Revolution 1830. 272 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
386	*Boris/Hiedl* **Argentinien.** Geschichte und polit. Gegenwart. 210 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
323	*Bracht u. a.* Hochschulrahmengesetz. 360 S. 12,80	10,20	9,60	9,00
347	*Bredow/Kade (Hg.)* **Abrüstung.** Politische Voraussetzungen und sozialökonomische Folgen. 151 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
362	*Brokmeier/Rilling* **Beiträge zur Sozialismusanalyse I.** 308 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
319	*Butterwegge* Probleme der marxistischen Staatsdiskussion. 225 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
368	*Christian* **Die dialektische Methode im politischen Unterricht,** 227 S. 14,80 DM	11,85	11,40	10,40
361	*Cless* **Sozialismusforschung in der BRD.** Das herrschende DDR-Bild und und seine Dogmen. 240 S. 14,80 DM	11,85	11,40	10,40
042	*Czichon* Wer verhalf Hitler zur Macht? 4. Aufl. 105 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
298	*Dammann* Tarifvertrag und Arbeitskampf. Rechtliche Rahmenbedingungen aktiver Lohnpolitik. 292 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
155	*Deppe (Hg.)* Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration. 368 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
410	*Deppe/Fülbert u. a.* Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. 2. Aufl. 475 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
344	*Dietzsch* **F. W. Joseph von Schelling.** Bildbiographie. 120 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
313	*Dress/Jansen u. a.* Wir Verfassungsfeinde. Porträts. 240 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00

Fett gedruckte Titel sind Neuerscheinungen im 2. Halbjahr 1978

bitte wenden

Bestell-Nr	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jahr Abo 20 %	2jahr Abo 25 %	3jahr Abo 30 %
333	*Finker* Stauffenberg und der 20. Juli 1944. 486 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
349	*v. Freyberg/Fülberth u. a.* Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975. 2. Aufl. 456 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
357	**Gingold. Etty, Peter und Silvia.** Porträt einer Familie. Bilderbuch über deutsche Zustände. 110 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
198	*Gugel* Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herschaft. 304 S. 48,– DM	38,40	36,00	33,60
243	*Haug* Der hilflose Antifaschismus. 168 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
257	*Haug* Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital". 2. Aufl. 196 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
327	*Haumann (Hg.)* Vom Hotzenwald bis Wyhl. Demokratische Traditionen in Baden. 319 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
276	*Herrmann* Spuren des Prometheus. Menschheit zwischen Naturgeschichte und Weltgeschichte. Großf., Abb. 272 S., Ln. 29,80 DM	23,85	22,35	20,85
401	*Hitzer (Hg.)* **BRD-UDSSR: Offenheit gegen Offenheit.** Meinungen, Kontroversen, Dialoge. 462 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
265	*Hinrichs/Peter* Industrieller Friede? 298 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
360	*Hörster-Philipps* **Wer war Hitler wirklich?** Dokumente. 389 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
352	*Huffschmid/Schui (Hg.)* Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise. 2. Aufl. 538 S. 16,80 DM	13,45	12,60	11,75
395	*Hund/Kramer (Hg.)* **Beiträge zur materialistischen Kulturtheorie.** 240 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
366	*Kirchoff-Hund* **Rollenbegriff und Interaktionsanalyse.** 247 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
215	*Koch* Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes. 176 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
328	*Koch/Rocholl* Kleinkindererziehung als Privatsache? 222 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
407	*Köller/Töpfer* **Frankreich.** Historischer Abriß. 734 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
269	*Kossakowski* Psychologische Grundlagen der Persönlichkeitsentwicklung. 416 S. 25,– DM	20,00	18,75	17,50
152	*Kramer* Freizeit u. Reproduktion der Arbeitskraft. 2. Aufl. 279 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
367	*Krause-Vilmar* **Lehrerschaft, Republik und Faschismus 1918–1933.** 279 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
305	*Kühnl* Der deutsche Faschismus in Quellen u. Dok. 3. A. 537 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
289	*Kühnl/Hardach (Hg.)* Die Zerstörung der Weimarer Rep. 292 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
183	*Ljublinskaja* Kinderpsychologie. 544 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
207	*Mayer/Stuby* Entstehung des Grundgesetzes. 338 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
264	*Mayer/Stuby* Das lädierte Grundgesetz. 340 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
341	*Markov/Soboul* 1789. Frz. Revolution. 480 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
139	Materialistische Wissenschaft und Psychologie. 446 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
304	*Menschik* Texte zur Emanzipation der Frau. 2. A. 426 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
288	*Menschik* Feminismus. Geschichte, Theorie, Praxis. 282 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
266	*Meyer-Renschhausen* Energiepolitik i. d. BRD 1950 bis heute. 165 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
297	*Nowak* Arbeiter und Arbeit in der westdeutschen Literatur 1945–1961. 182 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
192	*Oduev* Auf den Spuren Zarathustras. Nietzsches Einfluß. 416 S. Ln. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
310	*Opitz* Europastrategien des deutschen Kapitals. 1069 S. 68,– DM	54,40	51,00	47,60
364	*Ostrowsky/Geisler* Südafrika. 161 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
385	*Petzold* **Wegbereiter des Faschismus.** Jungkonservative in der Weimarer Republik. 410 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
365	*Römer* **Entstehung, Rechtsform und Funktion des kapitalistischen Privateigentums.** 236 S. 14,80	11,85	11,10	10,40
230	*Simon* Macht und Herrschaft der Unternehmensverbände. 240 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
176	*Schleier* Bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung i. d. Weimarer Republik. 594 S. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
396	*Schwamborn* KDV-Handbuch. 4. Aufl. 176 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
238	*Streisand* Deutsche Geschichte. 3. Aufl. 484 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
277	*Tokarew* **Die Religion in der Geschichte der Völker.** 736 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
353	*Uhlig* **Marketing.** Manipulierter Markt. 264 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
231	**UdSSR. Geschichte in 3 Bänden.** 1117 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
	Studien zur Dialektik · Philosophie (Kleine Bibliothek)			
374	*Ahrweiler (Hg.)* **Betr.: Lukács.** 240 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
279	*Bayertz/Schleifstein* Mythologie der „Kritischen Vernunft". Kritik an K. Popper. 2. Aufl. 270 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
403	*Bialas* **Wissenschaftliche und technische Revolutionen in der Vergangenheit und Gegenwart.** 240 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
236	*Buhr/Irrlitz* Der Anspruch der Vernunft. Klassische deutsche bürgerliche Philosophie. 280 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
309	*Buhr/Kröber* Mensch, Wissenschaft, Technik. 345 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40

Bestell-Nr	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jahr Abo 20 %	2jahr Abo 25 %	3jahr Abo 30 %
383	*Hahn/Sandkühler (HG)* **Bürgerliche Gesellschaft und theoretische Revolution.** 328 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
412	*Holzer* **Evolution oder Geschichte?** Theorien gesellschaftlicher Entwicklung. 194 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
292	*Metscher* **Kunst und sozialer Prozeß.** 258 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
317	*Plath/Sandkühler (HG)* Theorie und Labor. 341 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
321	*Rückriem u.a. (Hg.)* **Historischer Materialismus und menschliche Natur.** 319 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
375	*Ruben* Dialektik und Arbeit der Philosophie. 266 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
	Studien zur Kritischen Psychologie			
370	*Braun* Einführung in die Politische Psychologie. 479 S. 12,– DM	**9,60**	**9,00**	**8,40**
351	*Braun/Holzkamp* Kritische Psychologie. Kongreß. Referate und Diskussion. 2 Bde. 887 S. 30,– DM	**24,00**	**22,50**	**21,00**
369	*Holzkamp* Gesellschaftlichkeit des Individuums. 264 S. 12,– DM	**9,60**	**9,00**	**8,40**
406	*Jantzen* **Behindertenpädagogik, Persönlichkeitstheorie, Therapie.** 300 S. 15.– DM	**12,00**	**11,25**	**10,50**

Bitte deutliche Absenderangabe nicht vergessen!

Bitte ausschneiden!

Absender (mit Postleitzahl) **der Zahlkarte bzw. Postüberweisung**

2809 90-503

für Postscheckkonto Nr.

DM | Pf

Empfängerabschnitt

Postscheckkonto Nr. des Absenders

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

in **5000 Köln 51**

Zahlkarte/Postüberweisung

Die **stark umrandeten Felder** sind nur auszufüllen, wenn ein **Postscheckkontoinhaber** des Formblatt als **Postüberweisung** verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

DM | Pf (DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

Postscheckamt **Köln**

PSchA — Postscheckkonto Nr. des Absenders — Postscheckteilnehmer

Ausstellungsdatum — Unterschrift

Postvermerk

Absender der Zahlkarte

DM | Pf **für Postscheckkonto Nr. 2809 90-503**

für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503** Postscheckamt **Köln**

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
in **5000 Köln 51**

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

DM | Pf

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Postvermerk

Für Vermerke des Absenders

Bestell-Nr	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jahr Abo 20 %	2jahr Abo 25 %	3jahr Abo 30 %
335	**Wir Frauen '79. Taschenkalender.** Mit vielen Bildern und Daten, Tips und Texten, Porträts und Karikaturen. 12 Original-Tuschezeichnungen („Monatsfrauen") von Gertrude Degenhardt. Herausgegeben von der Demokratischen Fraueninitiative (DFI). 320 Seiten, DM 7,–	5,60	5,25	4,20

Bitte ausschneiden!

Für Mitteilungen an den Empfänger		
Bestell-Nr.	Anzahl	Preis
Porto (unter 30,–)		+ 1,50
B'78 Kaufbetrag		

Hinweis für Postscheckkontoinhaber:

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PSchA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PSchÄ:

Bln W	= Berlin West	Kln	= Köln
Dtmd	= Dortmund	Lshfn	= Ludwigshafen am Rhein
Esn	= Essen	Mchn	= München
Ffm	= Frankfurt am Main	Nbg	= Nürnberg
Hmb	= Hamburg	Sbr	= Saarbrücken
Han	= Hannover	Stgt	= Stuttgart
Klrh	= Karlsruhe		

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 1,– DM
(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

zeit hatte die süddeutsche Chemie ihre Abhängigkeit von der Ruhrkohle in geradezu traumatischer Weise zu spüren bekommen. Ölimporte waren als einzige Alternative zur Kohle auf die Dauer nicht wünschenswert, da zwischen den Ölgiganten und den Chemiekonzernen zumindest potentiell Konkurrenzfronten bestanden[29]). Außerdem war die autarkistische Vergangenheit der IG-Farben-Nachfolgekonzerne damals noch lebendig. Im übrigen war zu der Zeit die Auffassung verbreitet, daß sich radioaktive Substanzen in der chemischen Industrie in vielfältiger und umfassender Weise einsetzen ließen; mitunter wurde gar eine Revolutionierung der chemischen Prozesse durch die Strahlenchemie prophezeit.

All diese längerfristigen, noch schwer zu kalkulierenden Perspektiven hätten wahrscheinlich als praktisches Handlungsmotiv nicht ausgereicht, wenn sie nicht im Falle der Farbwerke Hoechst damals an kürzerfristig profitversprechende Produktionsziele anzubinden gewesen wäre. Hier ist vor allem an das in Hoechst zeitweise produzierte Schwerwasser zu denken, das für die damals projektierte Schwerwasser-Reaktorlinie in großen Mengen benötigt worden wäre. Aber auch die „Wiederaufarbeitung", sprich: Plutoniumgewinnung, war eine Sache der Chemie, ein Projekt, das in der Frühzeit bundesdeutscher Atompolitik höhere Priorität als später besaß und wegen der von der US-Regierung für den Bombenbau gezahlten hohen Plutoniumpreise profitabel erscheinen konnte. Wie noch auszuführen, stellten Schwerwasser und Plutonium das materielle Band zwischen der wichtigsten nuklearen Interessenformation der Anfangszeit dar: hier zeigen sich bestimmte technologische Auswirkungen ökonomischer Machtstrukturen.

Das Energie-Motiv fand also bei Chemiekonzernen mit autarkistischer Tradition, spezifischen Produktionsinteressen und Konkurrenzstrategien einen Wirkungskontext, aber doch nur einen partikularen, vergänglichen, ja teilweise schon anachronistischen Kontext, der dem Realgewicht der Energieprobleme in langfristiger gesamtgesellschaftlicher Sicht nicht entsprach.

2.4. Weltmarkt-Perspektiven als Grundlage des Kernenergie-Interesses?

In der kürzlich in dieser Zeitschrift geführten Kernenergie-Diskussion äußerte Bernd Moldenhauer die Vermutung, daß Exporthoffnungen bei der bundesdeutschen Kernkraft-Entwicklung nicht nur ein Motiv unter anderen gewesen seien, sondern „sogar das entscheidende Motiv abgegeben" hätten und daß „die im Inland gebauten KKW vornehmlich als Experimentier- und Demonstrationsobjekte für potentielle Käufer anzusehen sind"[30]). Diese Vermutung kann sich auf zahlreiche Selbstzeugnisse der bundesdeutschen Atompolitik stützen; daß es bei dem Aufbau von Kernkraft-Kapazitäten lange Zeit nicht in erster Linie um heimische Stromversorgung ging, sondern um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt – wobei gern in wil-

29) „Industriekurier" v. 24. 12. 1968; vgl. auch K. Krüger, Mächte der Energie, Berlin (DDR) 1965, S. 75 und 162; Robert Engler, The Politics of Oil, New York 1961, S. 100 ff.; Jürgen Räuschel, Die BASF, Köln 1975, S. 217 ff.
30) „Blätter", 6/1977, S. 673.

helminischem Vokabular von „Weltstellung" und „Weltgeltung", ja gelegentlich sogar von „Lebensraum" (Strauß)[31]) die Rede ist –, geht aus vielen Äußerungen von Beteiligten hervor.

Man muß sich jedoch vergegenwärtigen, daß auch dieses Motiv, für sich genommen, etwas Vages, rational nicht Faßbares, Spekulatives und Mehrdeutiges besaß – nicht anders als das Streben nach „Weltgeltung" vor 1914. Wenn Marx (Das Elend der Philosophie) die „Produktionsanarchie" im Zeitalter der Großindustrie dadurch gesteigert sah, daß die Produktion der Konsumtion zwangsläufig vorauseilt, so bietet die Geschichte der Atomindustrie dafür beste Belege. Einen Weltmarkt für Kernkraftwerke gab es ja realiter bis weit in die 60er Jahre hinein noch nicht, und ob und wann es ihn geben würde und wie er aussehen würde, war nur zu vermuten. Die hiervon ausgehenden Impulse waren in ihrer Richtung nicht eindeutig und hatten sich auch noch nicht so handfest materialisiert, daß sie allein als Grundlage von Investitionsentscheidungen getaugt hätten. Im übrigen stellte sich im Laufe der Entwicklung bald sehr deutlich heraus, daß man in der Regel nur solche Kernkraftwerke exportieren konnte, die man zuvor im eigenen Lande gebaut hatte – andernfalls galten sie nicht als „erprobt", auch wenn es bereits erfolgreiche Versuchsanlagen gab –, und daß es nicht möglich war, den Kernkraftwerksbau im Innern an möglichen Erfordernissen des Weltmarkts auszurichten. Dies mußten bereits die USA erfahren, als sich gegen Ende der 50er Jahre der Durchbruch der Kernenergie zur Rentabilität verzögerte und sie versuchten, über weltweiten Export ihre Kernkraft-Kapazität weiterzuentwickeln: Die scharfsinnige Untersuchung Mullenbachs (1963) schildert die Schwierigkeiten dieses Vorhabens, und dabei konnte er das Scheitern dieser Strategie noch nicht einmal voll überblicken. Er wies darauf hin, daß den Bedürfnissen thoriumreicher Länder wie Indien und Brasilien – auf die sich schon damals Exportspekulationen besonders konzentrierten – eigentlich ein Thorium-Reaktor besser entspräche als die auf den Uran-Plutonium-Zyklus gestellten Reaktoren[32]); aber die Entwicklung der Thorium-Technologie ist in den USA wie in der BRD bis heute auffallend zurückgeblieben. Im übrigen war zu erkennen, daß den Bedürfnissen der meisten Länder der Dritten Welt am ehesten Kernkraftwerke von kleiner oder mittlerer Kapazität entsprochen hätten; die Entwicklung spezieller Reaktorkonzepte für kleinere Größen wurde wiederholt gefordert, tatsächlich wurden aber – den Indsutriestrukturen der Erbauerstaaten entsprechend – nur Kraftwerkstypen von maximaler Blockgröße entwikkelt.

In einem Fall wurde in der BRD allerdings tatsächlich eine Reaktorlinie entgegen den Bedürfnissen des inneren Marktes vornehmlich mit Rücksicht auf den Export eine Zeitlang fortgeführt: die Schwerwasserlinie, die der deutschen Kernindustrie 1968 den ersten Exportauftrag einbrachte (Atucha/Argentinien). Das D_2O-moderierte Kernkraftwerk Niederaichbach (KKN) wurde damals mit staatlicher Förderung weitergebaut, 1974 aber kurz nach seiner

31) F. J. Strauß, Die Entwicklung der Atomenergiewirtschaft in Deutschland, Hamburg 1956 (Vortrag vor dem Übersee-Club am 23. 4. 1956).
32) Philip Mullenbach, Civilian Nuclear Power, Economic Issues and Policy Formation, New York 1963, S. 270.

Fertigstellung stillgelegt. Dem Auftrag für Atucha war kein weiterer Exportauftrag gefolgt. Bei der Schwerwasserlinie war das Exportmotiv ursprünglich jedoch nur ein Motiv unter anderen; dieser Reaktortyp, der Natururan verwenden konnte, war seinerzeit vor allem unter dem Aspekt bundesdeutscher Energieversorgungs-Autarkie ausgewählt worden[33]). Auch frühe Nuklearkontakte der Bundesrepublik zu Brasilien und Argentinien waren mehr von diesem Leitmotiv als von Hoffnungen auf Kernkraftwerksexporte bestimmt: es ging vor allem darum, in Brasilien Konzessionen zur Uranprospektion zu erlangen und in Argentinien unter günstigen Bedingungen eine Schwerwasseranlage zur Versorgung der geplanten deutschen D_2O-Reaktoren aufzubauen – ein nicht zur Realisierung gelangtes Projekt.

Folgte die bundesdeutsche Atompolitik, auch wenn sie sich nicht aus objektiven Gegebenheiten des Weltmarktes ableiten läßt, doch einem von den Weltmarktstrategien der US-amerikanischen Atomindustrie ausgehenden Konkurrenzzwang? In der Tat ist eine Konkurrenzpsychose gegenüber den USA – in der ersten Zeit auch gegenüber Großbritannien – und der Ehrgeiz, nun wenigstens auf *diesem* Sektor mit den USA gleichzuziehen, nachdem man in anderen Zukunftsbranchen die Führung an sie verloren hatte, aus zahlreichen Selbstzeugnissen der bundesdeutschen Atom-Interessenten zu entnehmen. Aber auch dieses Motiv konnte zu ganz verschiedenen technologischen Konsequenzen führen. Am Anfang überwog das Bestreben, die bundesdeutsche Industrie durch eigene Reaktorkonzepte gegenüber der amerikanischen Konkurrenz zu profilieren; später ging man – mehr infolge eines planlosen Zusammenwirkens unterschiedlicher Interessen als auf der Grundlage einer bewußten Gesamtstrategie[34]) – zur Nachahmung der amerikanischen Reaktortechnik über. Wiederum zeigt sich, daß äußere Impulse allein nicht ausreichten, um die bundesdeutsche Entwicklung in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Zum Schluß ist noch daran zu erinnern, daß es auch andere „Zukunftsbranchen" gegeben hätte, auf die sich der Globalehrgeiz der deutschen Industrie hätte konzentrieren können, so im Falle der Elektrokonzerne etwa die Elektronik-Branche. Ein Gegenbeispiel zur BRD bietet Japan, das viel später und zögernder als die BRD eine Atomindustrie aufbaute[35]), in der Elektronik jedoch überaus erfolgreich auf den Weltmarkt drang. Von daher erscheint die Hypothese plausibel, daß der langjährige elektronische Rückstand der BRD etwas mit dem forcierten Aufbau von Kernkraft-Kapazitäten zu tun hat. Damit bevorzugte die bundesdeutsche Industrie eine Branche, deren privatwirtschaftliche Rentabilität sehr viel schwerer abzusehen ist als die der Elektronik: auch dies ein Aspekt, der die ökonomische Rationalität der deutschen Entwicklung infragestellt. Auf internationaler Ebene ist der beste Beleg hierfür und das negative Gegenbeispiel zu Japan Großbritannien, das in den 50er Jahren mit dem Kernkraftwerk Calder Hall der bewunderte Spitzenreiter in

33) Hierzu ausführlich J. Radkau, Nationalpolitische Dimensionen der Schwerwasser-Reaktorlinie ... (s. Anm. 1).
34) Vgl. J. Radkau, Kernenergie-Entwicklung in der Bundesrepublik: ein *Lernprozeß?* (s. Anm. 1).
35) Mitsuo Takei, „In der Atomwissenschaft sind die Japaner spät gestartet", „Handelsblatt" v. 22. 2. 1973.

der internationalen Atomindustrie war, seither aber ökonomisch-technologisch in eklatanter Weise zurückgefallen ist. Bei Großbritannien war seinerzeit das Bestreben sehr deutlich, nach Verlust seines Empires seine Großmachtstellung durch nukleare Aktivitäten aufrechtzuerhalten – ein Ehrgeiz, der auch der bundesdeutschen Politik in der Ära Adenauer/Strauß nicht fremd gewesen ist[35a]).

2.5. *Die Frage nach der Bedeutung militärischer Rahmenbedingungen*

Militärische Absichten sind bei der bundesdeutschen Kernenergie-Entwicklung immer entschieden in Abrede gestellt worden, und von Wissenschaft und Industrie wurde in der Regel ausdrücklich begrüßt, daß der Aufbau einer Atomwirtschaft in der BRD unbelastet von Militärapparaten und waffentechnischen Gesichtspunkten erfolgen könne. Es gibt im allgemeinen keinen Grund, an der Aufrichtigkeit solcher Bekundungen zu zweifeln, und der Vorwurf rüstungstechnischer Hintergedanken ist denn auch kaum jemals gegen die bundesdeutsche Kernenergie-Entwicklung erhoben worden, nicht einmal in den schärfsten Proklamationen von Kernkraft-Gegnern der letzten Jahre. In der kürzlich in dieser Zeitschrift geführten Kernenergie-Diskussion kam die Frage kurz zur Sprache, wurde aber offengelassen[36]). Sie ist ohne vollen Einblick in die Archive nicht eindeutig zu klären; immerhin lassen sich einige vorläufige Überlegungen zur Präzisierung des Problems machen.

Zunächst läßt sich feststellen, daß die bundesdeutsche Atompolitik zumindest in der Anfangszeit, d. h. bis etwa 1963 (dem Ende der Atombombentests in der Atmosphäre, dem kommerziellen Durchbruch der Kernkraftwerke in den USA und dem Ende der Ära Strauß im Bonner Verteidigungsministerium) schon auf Grund internationaler Zusammenhänge der Kernenergie-Entwicklung von dem indirekten Einfluß militärischer Interessen nicht verschont bleiben konnte. International stand die Kernenergie ja noch lange im Schatten der Militärapparate; als Stromerzeuger wurden Kernreaktoren noch nicht gebraucht; Plutonium hatte nur durch seine Verwendung im Bombenbau einen Preis; zu einer Zeit, als die Rentabilität von Kernkraftwerken noch gar nicht auszurechnen war, wurde ihr Weltmarkt-Prestige wesentlich von den in ihnen enthaltenen waffentechnischen Möglichkeiten bestimmt, und solche Perspektiven zeichnen sich in der Auswahl der Reaktortypen ab. Auch dies ist ein Grund, bei einer Analyse der Kernkraft-Historie nach unterschiedlichen Reaktorkonzepten zu differenzieren: nur so läßt sich nachweisen, daß der militärische Entstehungskontext der Kernenergie nicht bloß eine für die spätere Entwicklung irrelevante Initialzündung war, sondern daß er die Kerntechnik auch inhaltlich prägte. Noch kürzlich stellte ein kompetenter Beobachter fest, alle bisher realisierten Reaktorlinien seien ursprünglich für militärische

35a) Selbst Otto Haxel, 1970–74, Wissenschaftlich-Technischer Direktor des Kernforschungszentrums Karlsruhe, hält 1975 die Frage für „sehr berechtigt", „ob es nicht eine Alternative zum gesamten Atomprogramm gegeben hätte, etwa derart, daß ein Teil der für das Atomprogramm ausgegebenen Mittel für andere Entwicklungen, z. B. die der Computertechnik, eingesetzt worden wäre . . ." In: G. Küppers/P. Stichel/P. Weingart, Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik, Bielefeld 1975, S. 54.
36) „Blätter", 6/1977, S. 673.

Zwecke – u. a. auch für den Antrieb von U-Booten – konzipiert worden; ein Reaktortyp, der von vornherein für die Stromerzeugung entworfen worden wäre, sei „bislang noch nicht gebaut worden"[37]). Wenn unter den Reaktorentwicklungen bis heute die Thorium-Technologie hinter dem Uran-Plutonium-Zyklus international weit zurückgeblieben ist und die kerntechnischen Entwicklungen von Anfang an auf Plutonium fixiert waren, so verrät sich darin deutlich das Fortwirken waffentechnischer Gesichtspunkte[38]).

Auch die Anfänge der Kerntechnik in der BRD blieben von diesen internationalen Rahmenbedingungen nicht unbeeinflußt. Mochte es auch eine ganze Reihe ökonomischer Motive für die Förderung der Kerntechnik geben, so bleibt doch auf der Ebene der rein ökonomischen Rationalität eine gewisse Motivationslücke bestehen. Diese wird besonders deutlich sichtbar, wenn man die anfängliche Auswahl der Reaktortypen auf ihre Motive hin untersucht: besonders favorisiert wurde längere Zeit, wie schon erwähnt, der Schwerwassertyp, und zwar nicht nur deshalb, weil er mit Natururan betrieben werden konnte und daher eine Unabhängigkeit von den amerikanischen Urananreicherungsanlagen gewährleistete, sondern auch wegen seiner relativ hohen Plutonium-Ausbeute[39]). Dieses Motiv war namentlich bei der Konstruktion des sogenannten „Mehrzweck-Forschungsreaktors" (MZFR) in Karlsruhe maßgebend. Man behauptete, das Plutonium als Reaktorbrennstoff zu benötigen; aber weder damals noch Jahre später gab es einen Reaktortyp, der Plutonium auf wirtschaftliche Weise verwenden konnte. Hingegen ist deutlich zu erkennen, daß die Regierung Adenauer/Strauß die Möglichkeit einer bundesdeutschen Nuklearwaffenproduktion offenhalten wollte, auch wenn keine praktischen Schritte in dieser Richtung ergriffen wurden. Ein erster Entwurf eines Atomgesetzes wurde (1957) nach allgemeiner Ansicht von Adenauer zum Scheitern gebracht, weil er die bundesdeutschen Nuklearaktivitäten ausdrücklich auf den friedlichen Bereich beschränkte[40]).

Das Gros der bundesdeutschen Atomphysiker war bekanntlich zeitweise voller Argwohn hinsichtlich der nuklearen Absichten der Bundesregierung; in dem Göttinger Manifest gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr traten sie die Flucht nach vorn an. Heisenberg schrieb später, er habe sich Sorgen gemacht, ob das in Karlsruhe abseits der Universitäten gegründete Kernforschungszentrum „sich auf die Dauer dem Zugriff derer würde entziehen können, die so große Mittel lieber für andere Zwecke verwenden wollten"[41]). Ob der Aufbau eines solchen Großforschungszentrums aus wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Sicht rational war, ist bis heute fraglich geblieben; für die Konstruktion der bisher in der BRD gebauten Leichtwasser-Kernkraftwerke blieb es ohne Bedeutung[42]). Das Forschungszentrum war vielmehr, wie 1969

37) K. Thom in: „Die Welt" v. 29. 1. 1977, S. III.
38) Das Veto (s. Anm. 12), S. 310.
39) Siehe Anm. 33.
40) „atomwirtschaft", Jg. 2 (1957), S. 266; „Handelsblatt", v. 3. 7. 1957; „Badische Allgemeine Zeitung" v. 19. 7. 1957, über einen Vortrag des SPD-MdB Ratzel, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Atomfragen („CDU stört sich an ‚friedlichen Zwecken' ").
41) W. Heisenberg, Der Teil und das Ganze, München 1973, S. 258.
42) Robert Gerwin in: „Stuttgarter Nachrichten", v. 29. 1. 1966, und „Süddeutsche Zeitung" v. 11. 9. 1969.

ein Ministerialangehöriger kritisch bemerkte[43]), die Übernahme einer Organisationsform, die aus den Erfordernissen der Kernwaffenproduktion heraus entstanden war. Karlsruhe orientierte sich von Anfang an an den entsprechenden amerikanischen und französischen Vorbildern; durch das der Euratom unterstellte Transuran-Institut in Karlsruhe war früh der Fixpunkt Plutonium gegeben, aus dem sich dann in Konsequenz der MZFR und das Schnellbrüter-Projekt ergab. In dieser Beziehung war doch frühzeitig ein Einfluß der – damals an der Bombenproduktion orientierten – französischen Entwicklung in bundesdeutschen Nuklearstrukturen verankert, auch wenn im übrigen die deutschen Kernenergie-Interessenten während der 50er und 60er Jahre französische Einflüsse heftig zu bekämpfen pflegten.

Mochten die Atomphysiker militärischen Einflüssen auch entschieden widerstreben, so enthielt der MZFR doch durch seine Technologie eine gewisse Konvergenz wissenschaftlicher und militärischer Bedürfnisse: nämlich durch seine hohe Plutonium-Ausbeute und die relative Leichtigkeit der Entnahme von Brennelementen[44]). (Ein Schwerwasser-Forschungsreaktor lieferte das Plutonium für die erste indische Atombombe – ein Umstand, der international sogleich die Attraktivität der Schwerwasserlinie erhöhte[45])). Ähnliches galt für die im Zusammenhang mit dem MZFR projektierte, allerdings erst erheblich später realisierte Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK)[46]). Nicht zu vergessen ist im übrigen die in Geesthacht betriebene Schiffsreaktorentwicklung, der in der Anfangszeit ein hoher Stellenwert beigemessen wurde: auch sie eine Überschneidungszone ziviler und militärischer Interessen.

Nun ließen sich für Schwerwasserreaktoren und Wiederaufarbeitungsanlagen durchaus triftige friedenswirtschaftliche Überlegungen längerfristiger Art – vor allem der Gesichtspunkt der sparsamen Brennstoffnutzung – anführen: aber solche Überlegungen allein besaßen kein Durchsetzungsvermögen. So erklärt sich die paradoxe Tatsache, daß Wiederaufarbeitung und auch Isotopentrennung in der Anfangszeit, als gar kein ökonomischer Bedarf nach diesen Technologien bestand, offenbar eine höhere atompolitische Priorität besaßen als zu mancher späteren Zeit, als sich ein langfristiger ökonomischer Bedarf danach deutlicher abzuzeichnen begann!

Militärische Gesichtspunkte konnten untergründig wirksam werden in einem bestimmten Kontext und in einer bestimmten Phase der Kernkraft-Entwicklung: in einer Phase, in der sie noch stark vom „spin-out" der Waffentechnik zehrte und privatwirtschaftlich noch kaum zu kalkulieren war; in der sie zur

43) W. Finke in: Die Langfristige Entwicklung der Energieversorgung unter besonderer Berücksichtigung der Kernenergie, München 1969, S. 33.
44) Vgl. Fred Schmid, Der Militär-Inddustrie-Komplex, Frankfurt/M. 1972, S. 185.
45) Vgl. „The Times" v. 1. 6. 1974: „Ottawa angrily hits back at Delhi's surprise nuclear test", und – einigermaßen übertreibend – „Le Monde" v. 1. 8. 1974: „Les réacteurs Canadiens à la Conquête du monde". (Kanada hatte den indischen Schwerwasserreaktor geliefert.) Carl Walske, der Präsident des Atomic Industrial Forum der USA, äußerte 1975 in einem Interview: Der beste Weg, um auf möglichst billige Art und unter Umgehung der Nonproliferationsbestimmungen an Kernwaffen zu gelangen, bestehe darin, einen schwerwassermoderierten Natururan-Reaktor zu bauen, „der als Versuchsreaktor bezeichnet werden könnte". Sheldon Novick, The Electric War. The Fight over Nuclear Power, San Francisco 1976, S. 201.
46) Vgl. dazu den – offenbar aus internen Informationen schöpfenden – ausführlichen Artikel von W. Knobloch in den „Badischen Neuesten Nachrichten", v. 19. 1. 1967.

nationalen Prestige-Angelegenheit, zur Bedingung nationaler Souveränität und Weltgeltung stilisiert wurde und entsprechende Ideologien zu ihrer Absicherung brauchte. Spätestens in der zweiten Hälfte der 60er Jahre hatte sich die Situation gewandelt; 1967 wurde die von Adenauer und Strauß initiierte Kampagne gegen den Atomsperrvertrag von den deutschen Nuklearinteressenten im allgemeinen zurückhaltend, wenn nicht gar ironisch aufgenommen[47]). Die Adenauer/Strauß-Kampagne ist hingegen geeignet, ex post ein Licht auf die atompolitische Motivkonstellation des ersten Jahrzehnts zu werfen.

2.6. Kernenergie als geeignetes Mittel zur Begründung von Monopolpositionen?

Vom bisherigen Endergebnis her würde ein solches Motiv besonders plausibel und naheliegend erscheinen; aber man darf nicht unbedingt erwarten, diese im Endeffekt sichtbare Qualität der Kernenergie bereits als eine bewußte Intention der Anfangszeit vorzufinden. Damals war noch eine überaus große Zahl möglicher Reaktorkonzepte in der Diskussion, und national und international standen noch zahlreiche Firmen mit unterschiedlichen Reaktorprojekten zueinander in Konkurrenz; in dieser noch undurchsichtigen Situation war es notwendig, daß sich mehrere Interessen überkreuzten und langfristige Perspektiven mit kurzfristigen materialisierten, damit sich Orientierungen für bestimmte Strategien mit größerer Durchsetzungskraft herauskristallisierten: damit sind wesentliche Bedingungen einer wirksamen Interessenformation auf dem Kernenergie-Sektor bezeichnet.

3. Resümee und Folgerungen

3.1. Notwendigkeit einer „kritischen Masse" von Kernenergie-Interessen

Mehrere Motive mußten zusammenkommen, um ein so schwer zu übersehendes Unternehmen wie den Aufbau einer bundesdeutschen Atomwirtschaft in Gang zu bringen – diese Feststellung ist als solche gewiß banal; weiterführend hingegen ist die Erkenntnis, daß keine beliebige Motiv-Häufung eine tragfähige Basis, eine „kritische Masse" ergab, sondern nur bestimmte Interessenkonstellationen, die eine Reihe von Bedingungen erfüllten: sie mußten sich in die Gesamtstrategie von Konzernen einfügen und zur Stabilisierung ökonomischer Allianzen geeignet sein; langfristige Perspektiven mußten mit unmittelbar zu realisierenden Nahzielen zu verbinden sein; es mußten sich Anhaltspunkte für eine Typenwahl unter der Vielzahl möglicher Reaktorkonzepte ergeben; eine Konvergenz industrieller Interessen mit Interessen der Wissenschaft mußte gegeben sein, und auch eine gewisse Konvergenz mit mi-

47) „Industriekurier" v. 20. 2. 1969 (R. Proske, „Falsches Junktim"); „atomwirtschaft", 12/1967, S. 123; vgl. auch das Interview mit einem Siemens-Vertreter im „Bayernkurier" v. 18. 5. 1968. Aus Alexander Petri, Die Entstehung des NV-Vertrages – Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland, Diss., Tübingen 1970, S. 102 ff., geht hervor, daß ökonomische Argumente erst sekundär in die Kampagne gegen den NV-Vertrag eingebracht wurden; H. W. Kahn, Die Russen kommen nicht, München u. a. 1969, S. 180 f., verweist treffend auf die Fadenscheinigkeit der ökonomischen Argumente.

litärischen Perspektiven scheint zu den strukturellen Rahmenbedingungen der Entwicklung gehört zu haben.

In dem ersten Jahrzehnt bundesdeutscher Atompolitik war es vor allem die Schwerwasser-Reaktorlinie, die eine solche „kritische Masse" von Interessen auf sich vereinen konnte. Sie war als gemeinsamer Nenner einer Dreieckskonstellation Chemie-Elektroindustrie-Wissenschaft zu gebrauchen. In die Strategie der Farbwerke Hoechst paßte sie sowohl mit einem kurz- wie mit einem langfristigen Aspekt hinein: kurzfristig, weil in Hoechst zeitweise Schwerwasser produziert wurde (und da zu Anfang Schwerwasser nicht nur als Moderator, sondern auch als Kühlmittel der geplanten Reaktorlinie vorgesehen war, wären große und sehr kostenaufwendige Mengen benötigt worden), und langfristig, weil diese Reaktorlinie, die Unabhängigkeit von den amerikanischen Urananreicherungsanlagen und relativ gute Brennstoffausnutzung versprach, in autarkistische Traditionen dieses IG-Farben-Nachfolgekonzerns hineinpaßte, die von seinem damaligen Chef Winnacker noch sehr entschieden vertreten wurden. – Das Schwerwasserkonzept entsprach zugleich den Spezialkenntnissen der führenden Gruppe der deutschen Atomphysiker, die im Zweiten Weltkrieg unter Leitung Heisenbergs die deutsche Reaktorentwicklung mit Schwerwasser begonnen hatte, und sie entsprach auch dem damaligen Bestreben des Siemens-Konzerns, sich gegenüber den amerikanischen und brititschen Konkurrenten mit einer eigenen Reaktorlinie zu profilieren; zugleich gestattete es das Schwerwasserkonzept wegen seiner Ähnlichkeit zum Druckwasserreaktor der Firma Siemens, doppelgleisig zu operieren und für alle Fälle auch diese andere relativ erprobte Reaktorlinie in ihr Sortiment einzubeziehen. Finkelnburg, der langjährige Leiter der Siemens-Reaktorabteilung, verfocht Zeit seines Lebens mit Heftigkeit das Schwerwasserkonzept. Der Schwerwasserreaktor versprach eine relativ hohe Plutonium-Ausbeute; er entsprach daher dem politisch-militärischen Interesse, die waffentechnische Option offenzuhalten, ohne sie allzu deutlich sichtbar zu machen. Diese Reaktorlinie war leicht zur „nationalen" Aufgabe zu stilisieren – ein Umstand, der die Risikoabwälzung auf den Staat begünstigte.

Es gab durchaus Gegenkräfte zu diesem Interessenkomplex: die an relativ billigen und erprobten Reaktoren interessierte Energiewirtschaft; die mit General Electric verflochtene AEG; die vornehmlich auf Weiterführung bestehender Entwicklungslinien des Dampfkesselbaus orientierte, daher u. a. am Hochtemperatur-Reaktor interessierte Schwerindustrie der Ruhr (GHH, Krupp); die hiervon beeinflußte Kernforschungsanlage Jülich; das allen autarkistischen Konzepten widerstrebende, von der Energiewirtschaft beeinflußte Bundeswirtschaftsministerium. Aber aus all diesen Interessen ergab sich damals kein hinreichend geschlossener und durchsetzungsfähiger Komplex[48]). Wenn sich in der Folge weder der Schwerwasser- noch der Hochtemperaturreaktor, sondern Leichtwasser-Typen durchsetzten, so ist dies eher aus einer durch Interessen-Divergenzen herbeigeführten Patt-Situation als aus der zielstrebigen Strategie eines Interessenkomplexes heraus zu erklären.

48) Deubner vertritt in dieser Hinsicht eine andere Auffassung; vgl. meine Auseinandersetzung mit den Thesen Deubners in: „Neue politische Literatur", Jg. 1977, S. 466 ff.

Denn die Bedingungen, die die Schwerwasser-Allianz zusammenhielten, waren vergänglicher Art: das aus dem Zweiten Weltkrieg überkommene technologische Konzept ebenso wie die autarkistischen Motive waren wesentlich generations- und personengebunden; die Schwerwasserproduktion in Hoechst wurde bald wieder eingestellt; manche Motive, die ursprünglich die Schwerwasserlinie begünstigt hatten, übertrugen sich in den 60er Jahren auf den Schnellen Brüter; der kommerzielle Durchbruch der Leichtwassertypen schwächte das Gewicht längerfristiger Gesichtspunkte in der Entwicklung „konventioneller" Reaktoren und schuf auf die Dauer einen neuen Interessenkomplex; im übrigen ging im Laufe der Entwicklung auch von der technologischen Seite eine kräftezersplitternde Wirkung aus, da der Moderator Schwerwasser mit einer Reihe unterschiedlicher technischer Konzepte zu verbinden war[49]).

Insgesamt läßt sich erkennen, wie wenig in der Kernenergie-Entwicklung eine allgemeine Rationalität wirksam war, und welche Rolle spezifische historische Konstellationen vergänglicher Art spielten. Die Wirksamkeit dieser Konstellationen erkennt man vor allem dann, wenn man nicht nur nach den Ursachen „der" Kernenergie-Entwicklung insgesamt fragt, sondern nach den Motiven bestimmter technologischer Entscheidungen innerhalb der Kerntechnik. Auch eine gegenwärtige kritische Auseinandersetzung mit der Kernenergie muß bis zu dieser technologisch differenzierenden Ebene vordringen. Wenn die Kritik auf dieser Ebene einsetzt, entgeht sie dem Vorwurf, naiv gegen ökonomische Gesetzmäßigkeiten anzurennen, und gewinnt die Chance, einen praktischen Ansatz bei Alternativmöglichkeiten zu finden, die in der Entwicklung selbst enthalten sind.

3.2. Zur Rolle des Staates bei der Formierung eines industriellen Kernenergie-Interesses

Bereits aus dem Vorstehenden geht hervor, daß die Industrie nicht in der Lage war, ganz aus eigener privatwirtschaftlicher Rationalität heraus ein bestimmtes, in die Praxis umzusetzendes Kernenergie-Interesse zu begründen; andererseits wäre es jedoch auch nicht richtig, sich von der Fähigkeit des Staates, stellvertretend für die Industrie als „ideeller Gesamtkapitalist" zu handeln, allzu hohe Vorstellungen zu machen: bereits in den Dissertationen von Deubner[50]) und Pesch[51]) ist überzeugend dargelegt worden, wie sich in der Atompolitik häufig Partikularinteressen in staatliches Handeln umsetzten. Die Deutsche Atomkommission hat als Clearing-Instanz der unterschiedlichen Partikularinteressen nur sehr begrenzt funktioniert; die massiven Verflechtungen von Staat, Wissenschaft und Großindustrie ergaben nicht unbedingt planvolle Steuerungszentren der Kernkraft-Entwicklung.

---

49) H. Grümm, Aussichten der verschiedenen Reaktorsysteme, in: Beilage zum „SVA-Bulletin" (Schweizer Verein für Atomenergie), 4/5, Anfang März 1976, S. 5.
50) Deubner (Druckfassung), S. 135–140.
51) Jürgen Peter Pesch, Staatliche Forschungs- und Entwicklungspolitik im Spannungsfeld zwischen Regierung, Parlament und privaten Experten, untersucht am Beispiel der deutschen Atompolitik, Diss., Freiburg 1975.

Das Verhältnis Staat – Privatkapital läßt sich daher nicht mit dem Modell eines funktionierenden *Systems* beschreiben, in dem etwa die staatliche Tätigkeit eine einfache Funktion der wirtschaftlichen Interessen darstellte: diese hatten sich selber bereits in einem politischen Kontext formiert. Andererseits ist die staatliche Aktivität auf dem Nuklearsektor zweifellos wesentlich aus ökonomischen Impulsen heraus entstanden und mit dem erklärten Ziel, die langfristige Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt zu sichern; sie vollzog sich auch immer in engem Kontakt mit der Wirtschaft. Trotzdem folgte sie oft keiner klaren privatwirtschaftlichen Rationalität; sie konnte das oft schon deshalb nicht, weil es eine solche Rationalität nicht gab.

Um das Verhältnis Staat – Wirtschaft auf einen kurzen Begriff zu bringen, könnte man sagen, daß die staatliche Atompolitik in ihren Konzeptionen eine *Widerspiegelung*, jedoch nicht unbedingt eine *Funktion* industrieller Entwicklungen darstellte; es ist wichtig, diese beiden Beziehungen auseinanderzuhalten und ein Widerspiegelungs-Verhältnis nicht sogleich systemtheoretisch zu interpretieren. So war etwa die Gründung der Euratom, ähnlich wie die der EWG, eine Widerspiegelung industrieller Internationalisierungstendenzen auf der Ebene der staatlichen Bürokratien, ohne daß diese Gründungen direkt als *Funktion* der industriellen Bestrebungen anzusehen wären: die Euratom-Gründung vollog sich vielmehr in heftiger Kontroverse mit den Kernenergie-Interessen, und auch später hat die Europäische Atomgemeinschaft in der industriellen Kernenergie-Entwicklung kaum eine Rolle gespielt – jedenfalls keine positive. – Eine deutliche Widerspiegelung atomwirtschaftlicher Entwicklungen war die rüstungspolitische Linie des vormaligen Atomministers Strauß: die angestrebte Umrüstung der Bundeswehr zu einer Nuklearstreitmacht. Aus Gesichtspunkten der Verteidigung ließ sie sich schwerlich begründen; denn der BRD drohte in einem Atomkrieg die Vernichtung; der Einfluß ökonomischer Ambitionen ist recht deutlich [52]). Das impliziert jedoch nicht, daß die bundesdeutsche Atomindustrie selber die Nuklearrüstung forderte oder für sich brauchte: der Reflex ökonomischer Entwicklungen in der Politik kann durchaus unabhängig von erklärten Intentionen der Wirtschaftsführer und an diesen vorbei wirken. Ein weiteres Beispiel ist das Kernforschungszentrum Karlsruhe: Zwar ging es wesentlich aus industriellen Impulsen hervor und war auch von dem Ehrgeiz getragen, die Weltstellung der deutschen Industrie voranzutreiben; faktisch hat sich jedoch die Karlsruher Schnellbrüter-Entwicklung von dem kommerziell Realisierbaren immer weiter entfernt[53]).

Solche Entwicklungen in den staatlich finanzierten Großforschungszentren führten auf die Dauer zu einer *Aufspaltung* des industriellen Kernenergie-Interesses in einerseits ein Interesse an kommerziell zu produzierenden Reaktoren, die möglichst billig und kurzfristig realisierbar sein mußten, und ande-

52) Gerhard Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, Witten/Berlin (West) 1966, bes. S. 161 ff.; George W. F. Hallgarten/Joachim Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt/M./Köln 1974, S. 488 ff.
53) Vgl. hierzu die Berichterstattung Kurt Rudzinskis in der FAZ und neuerdings Alexander v. Cube, Auf einem Tiger reiten. Für und wider die Atomenergie, Köln/Frankfurt/M., 1977, S. 157 f. und 162.

rerseits ein Interesse an staatlich finanzierten Auftragsarbeiten für Zukunftsprojekte, die sehr teuer und langwierig sein konnten. In der Anfangszeit der Entwicklung waren beide Interessenebenen noch miteinander verflochten; mit der Durchsetzung der Leichtwasserreaktoren einerseits und der Konzentration der Großforschung auf die Brüterentwicklung andererseits begannen sie auseinanderzuklaffen. Diese Distanz wurde im Laufe der Zeit eher noch erweitert. Wenn in Karlsruhe Ende der 60er Jahre dem Natriumbrüter der Vorzug vor dem Dampfbrüter gegeben wurde, obwohl der letztere sehr viel enger an die kommerziell gebauten Leichtwasserreaktoren angeknüpft hätte, so wurde diese Entscheidung auch von der Industrie unterstützt, selbst von der AEG, die eine Zeitlang die Dampfbrüterlinie begonnen hatte: offenbar *wollte* die Industrie gar keine Brüter, die schon in naher Zukunft den soeben kommerzialisierten Leichtwasser-Kernkraftwerken Konkurrenz gemacht hätten. Der Wissenschaftsredakteur Rudzinski, der in den Spalten der FAZ einen über zehnjährigen erbitterten Kampf gegen den Natriumbrüter führte, verkörperte einsam auf weiter Flur eine objektive, von staatlichen Förderungsmitteln unverführte privatwirtschaftliche Rationalität.

Auch außerhalb der Atomindustrie hatten sich Ende der 60er Jahre die Verhältnisse gewandelt: Nach der Rezession von 1966/67 war die ökonomische Bedeutung des Staates allgemein angewachsen; Staatsaufträge, staatliche Förderungs- und Rückversicherungsbedingungen wurden ein normaler Bestandteil des ökonomischen Kalküls. Die Kernenergie gewann dadurch an privatwirtschaftlicher Kalkulierbarkeit – jedenfalls solange, wie die Gesellschaft nicht in der Lage war, die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Kernkraftentwicklung auf die Nutznießer umzulegen.

3.3 *Einflüsse der politisch-ökonomischen Verhältnisse auf die Produktivkraftentwicklung.*

Um die in Kapitel 1.3. angerissene Problemstellung wiederaufzunehmen: Aus den dargestellten Wirkungsweisen industrieller Kernenergie-Interessen ging immer wieder hervor, daß sich die Auswirkung der Produktionsverhältnisse auf die Produktivkraft-Entwicklung nicht lediglich quantitativ – d. h. als fördernd oder hemmend – beschreiben läßt, sondern daß bestimmte Produktionsverhältnisse die technische Entwicklung auch in bestimmte Richtungen lenken, die sich von möglichen Alternativen u. U. qualitativ unterscheiden. Nicht nur gibt es qualitative Unterschiede zwischen der Nukleartechnik und nichtnuklearen Energietechnologien, sondern auch *innerhalb* der Nukleartechnik gibt es qualitative Unterschiede: daß sich verschiedene Reaktortypen etwa hinsichtlich ihrer Risiken, ihrer Wiederaufarbeitungsprobleme oder ihrer langfristigen Entwicklungsperspektiven voneinander unterscheiden, wurde in der Frühzeit der Entwicklung häufig offen zugegeben, auch wenn die Diskussion der Typenunterschiede seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre immer mehr aus der Literatur verschwunden ist[54]). Dieser Gang der Diskus-

54) Ausführliche Belege bei J. Radkau, Atompolitik ohne Alternative? Teil I, „Neue politische Literatur", Jg. 1977, bes. S. 311–324.

sion ist nicht etwa darin begründet, daß durch praktische Erprobung eindeutig geklärt worden wäre, welcher Reaktortyp der beste ist: zwar wird die Anfangszeit der bundesdeutschen Atompolitik als eine Reihe verschiedener Reaktorentwicklungen nebeneinander betrieben, gern als eine Experimentierphase bezeichnet, aber es war in Wirklichkeit eine Phase, in der die ökonomische Machtkonzentration auf dem Atomsektor noch unabgeschlossen war. Die dann folgende Durchsetzung des Leichtwasserreaktors beruhte nicht etwa auf Erfahrungen der ersten Phase, sondern vollzog sich *gegen* die Konstellationen der ersten Zeit. Mit den Leichtwasserreaktoren schloß sich die BRD an die US-amerikanische Entwicklung an; in den USA hatte dieser Reaktortyp offenbar im wesentlichen einfach deshalb die Führung erlangt, weil er am frühesten da war, daher die längste Erprobungszeit vorweisen konnte, und weil er von den Branchenführern General Electric und Westinghouse produziert wurde. Die Leichtwasser-Kernkraftwerke empfahlen sich durch ihre große Ähnlichkeit mit konventionellen Kraftwerken – ein Umstand, der das Investitionsrisiko – nicht unbedingt jedoch die Umweltkrisen[55]) – in Grenzen hielt; und sie empfahlen sich nicht zuletzt durch ihre Kostenstruktur: die Kosten für das Kraftwerk selbst waren relativ niedrig, und die mit diesem Reaktorkonzept verbundenen um so höheren Kosten für Urananreicherung und Wiederaufarbeitung gehörten zu dem Kostenbereich, der sich an die Öffentlichkeit abwälzen ließ. Daß dies von Anfang an so war, resultiert aus der militärischen Genese der Kerntechnik: Urananreicherung und Wiederaufarbeitung sind zugleich die Schlüsseltechnologien der Bombenherstellung. In der Auswahl der Reaktortypen schlägt der militärische Ursprung bis heute durch.

Eine gesamtgesellschaftlich rationale Auslese unter der Vielzahl möglicher Reaktortypen unter den Aspekten der Sicherheit – mit den zahlreichen Dimensionen dieses Begriffs –, der optimalen Brennstoffnutzung, der Minimierung der Brennstoff-Kreislaufprobleme und der langfristigen Entwicklungsfähigkeit hat es in praktisch wirksamer Weise nie gegeben, ebensowenig wie jemals bei den Fundamentalentscheidungen der Atompolitik die Vor- und Nachteile der Kernenergie mit denen alternativer Energietechniken verglichen worden sind. – Auch innerhalb der Leichtwasser-Strategie wurden die langfristigen Notwendigkeiten vernachlässigt: das zeigt die immer neue Verschleppung des Wiederaufarbeitungsproblems, von der Ungelöstheit vieler Probleme der Endlagerung und der Beseitigung stillgelegter Kernkraftwerke genau zu schweigen. Diese letztgenannten Mängel der Kernenergie-Entwicklung sind schon seit Jahren Allgemeingut der öffentlichen Diskussion; sie sollten für politisch-ökonomische Analysen zu einem Impuls werden, die Frage nach der inhaltlichen, qualitativen Prägung der Technologie durch die Produktionsverhältnisse intensiver zu stellen: auf diese Weise würde eine fruchtbare Auseinandersetzung mit der ökologischen Bewegung ermöglicht.

55) Finkelnburg, der Leiter der Siemens-Kernforschungsabteilung, bezeichnete die Leichtwasserreaktoren 1959 vor dem zuständigen Bundestagsausschuß als den „gefährlichste(n) Typ unter den flüssigkeitsgekühlten Reaktoren"! Bundestag, Ausschuß für Atomkernenergie . . ., 3. Wahlperiode, 25/8.

Berufsverbote – ein Wendepunkt 1978?

Von Hinrich Enderlein

Als zu Beginn des Jahres 1978 in vielen Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen gegen „6 Jahre Berufsverbote" protestiert wurde, dachte wohl kaum einer daran, daß gerade dieses Jahr im Kampf gegen den Radikalenerlaß einen so deutlichen Akzent setzen würde. Denn eine nüchterne Bestandsaufnahme bei den Berufsverbotsgegnern bot keine Grundlage für manche der euphorischen Reden, die damals gehalten wurden. Einige brachten auch deutlich einen anderen Tenor zum Ausdruck: sich untereinander Mut machen, nicht resignieren, Solidarität mit den Betroffenen zeigen. Gerade der letzte Punkt ist immer und vor allem zu dieser Zeit ein konstitutives Merkmal der gemeinsamen Position gewesen, zu der sich Personen und Gruppen von sehr unterschiedlichen Ausgangspunkten her zusammengeschlossen hatten.

Sechs Jahre Kampf gegen Berufsverbote – das hieß eben nicht nur Hunderte von Bürgerinitiativen und Komitees, Tausende bei Demonstrationen, Unterstützung aus dem Ausland und hier und da Erfolge bei der Einstellung Betroffener. Sechs Jahre Berufsverbote – das hieß auch, eine Bilanz der Stagnation verkraften: Die Diskussion in den Parteien schien abgeschlossen; trotz einiger passabler Parteitagsbeschlüsse blieben alle Regierungen bei einer weitgehend unveränderten Überprüfungspraxis; die zweitinstanzlichen Gerichtsurteile pendelten sich immer mehr bei einem einheitlichen Tenor zu Lasten der Betroffenen ein; in den Bürgerinitiativen häuften sich Streit und Abbröcklungserscheinungen als Folge von Frustrationen und Resignation; „Erfolge" hatten oft nur einen vorübergehenden Charakter; Berufsverbotsgegner hatten in ihren eigenen Organisationen oft einen harten Stand; personelle und inhaltliche Impulse kamen fast nur durch neue Fälle oder Betroffene; auch die Presse griff nur mehr grundsätzlich neue oder spektakuläre Fälle auf. – Zusammenfassend: Stagnation und tendenziell sogar Rückschritt waren die kennzeichnenden Merkmale der Bewegung gegen die Berufsverbote zu Beginn des Jahres 1978.

Sicher wird eine detaillierte Analyse zwei weitere Faktoren ausführlicher berücksichtigen müssen. Der eine betrifft die ambivalente Einstellung der Öffentlichkeit zum Radikalenerlaß und seinen Folgen, wobei Verunsicherung, politische Abstinenz und auch Verängstigung nur eine Seite bezeichnen. Es gab auch – und zwar immer mehr – Bürger, die auf die wachsenden Ungereimtheiten und Schikanen der Überprüfungspraxis mit zunehmendem Unverständnis, ja, mit Solidarisierung für die radikaldemokratischen Formen des Protestes reagierten.

Politisch vielleicht bemerkenswerter blieb der andere Faktor: Es war der Bewegung gegen die Berufsverbote nicht gelungen, im parlamentarischen Bereich Fuß zu fassen. Hatten sich 1973 noch mehrere Bundes- und Landtagsab-

geordnete von SPD und FDP maßgeblich engagiert, so zeigten die verschiedenen Disziplinierungsversuche und -maßnahmen der Fraktionen und Parteien bald die Grenzen dieses parlamentarischen Teils des Kampfes. Letztlich blieb nur mehr ein Landtagsabgeordneter der FDP übrig. – Die vielfältigen innerparteilichen Anfeindungen – gerade der Einsatz der Parteiämter (stv. Landes- und Fraktionsvorsitzender) im Kampf gegen die Berufsverbote war in die Schußlinie geraten – und die nicht immer wohlwollende Kritik aus dem Kreis der Berufsverbotsgegner („liberaler Exote") lassen zwiespältige Gefühle zurück. Entscheidend bleibt aber das Bewußtsein, mit dem Mandat für viele Hoffnung und Zuversicht eingebracht zu haben. – Die Ambivalenz auch bei der Einschätzung dieser fehlenden parlamentarischen Unterstützung zeigt sich darin, daß trotzdem nicht übersehen werden darf, daß unter Parlamentariern von SPD und FDP immer eine erhebliche Anzahl bereit waren, sich zu engagieren, dies auch taten, – freilich nicht in sog. Aktionseinheiten mit Kommunisten, aus Angst, sich zu stark zu exponieren.

Die Voraussetzungen für einen entscheidenden Durchbruch oder für eine Wende waren also denkbar ungünstig. Wenn trotzdem in der zweiten Jahreshälfte 1978 die Entwicklung einen teilweise rasanten Verlauf nahm, so ist umso mehr nach den Gründen zu fragen. Außerdem zwingt die Skepsis dazu, die Hypothese zu überprüfen, hier handele es sich erneut um einen großangelegten Verbalfeldzug, dem letzlich die Taten wieder einmal nicht folgen würden. Wendepunkt oder nur Akzentverschiebung? – Es stellt sich weiter die Frage, ob auch eine Abschaffung des Radikalenerlasses nur eine äußerliche Korrektur bliebe, der es an gesellschaftspolitischer Begründung und an demokratischer Substanz fehlt.

Wenn zum zeitlichen Ablauf der Name des Hamburger Bürgermeisters Klose genannt werden muß, so nicht deshalb, weil ihm ein entscheidendes Verdienst an der Entwicklung zugeschrieben wird. Vielmehr war der Zeitpunkt von Kloses Vorstoß extrem ungünstig (Hessenwahlen), sein Maßnahmenkatalog inkonsequent, die öffentlichen Äußerungen ungeschickt und der Autor selbst – auf Grund der Vergangenheit – unglaubwürdig. Trotzdem muß man Klose bescheinigen – und vor allem das zeichnet ihn in dieser Situation aus –, daß er den richtigen Riecher für neue Entwicklungen in der Frage des Radikalenerlasses gehabt hat. Er hat diese Entwicklungen sicher nicht angestoßen – manche behaupten, er habe nur seinen hanseatischen Kollegen Koschnick aushebeln wollen –, aber er hat sie beschleunigt und damit gewissermaßen als Katalysator gewirkt.

Einen weit entscheidenderen Einfluß haben freilich die politischen Kräfte genommen, die entschlossen waren (und sind), den Radikalenerlaß zur Grundlage einer geschlossenen konservativen Gesellschaft zu machen. Und die Unionsparteien befanden sich bis in den Spätsommer 1978 hinein in einer hervorragenden Position. Wo sich nicht nur oberflächliche, sondern grundsätzliche Kritik an ihrer harten Praxis artikulierte, konnten sie voll zurückschlagen, denn SPD und FDP verteidigten die Kritiker aus ihren eigenen Reihen nur halbherzig, verharrten in der Defensive. Teilweise mußte man den

Eindruck haben, daß die Union Tempo, Schärfe und Entwicklung der Auseinandersetzung über den Radikalenerlaß kontrollierte und ganz in der Hand hatte.

Es ist wohl ihr entscheidender Fehler gewesen, daß sie das zu spät selbst gemerkt hat. Mit einer moderaten Fortsetzung ihrer Politik hätte sie nämlich – allenthalben Gesprächsbereitschaft signalisierend und an die „Solidarität der Demokraten" appellierend – ihren Einfluß auf die Diskussion in SPD und FDP noch verstärken können. Aber eine so kontrollierbare Entwicklung hätte die richtige Analyse der Situation und eine entsprechende Strategie vorausgesetzt. Statt dessen agierten die Unionsparteien in Sachen Radikalenerlaß zunehmend anmaßend und aggressiv, forcierten die Auseinandersetzung und bemerkten zu spät, daß sich das sozial-liberale Lager, oder was davon noch übrig war, unter diesem Angriff zusammenschloß und begann, seinerseits in die Offensive zu gehen. Vielleicht hat in dieser Phase der Entwicklung die Auseinandersetzung um Filbinger eine erhebliche Rolle gespielt, denn binnen kurzem stand sein Negativ-Image für das aller „Berufsverbieter". Der SPD-Bundesvorstand und einige FDP-Landesverbände mit Hinblick auf den Bundesparteitag in Mainz waren diejenigen, die die neue Position formulierten.

Auch für die Diskussion außerhalb der Parlamente mag mitentscheidend gewesen sein, daß die Berufsverbote-Politik in den unionsregierten Ländern mehr und mehr eine ultra-reaktionäre Richtung bekam. Es häuften sich SPD- und FDP-Fälle. Immer weniger konnte auch der unbefangene Bürger Gründe für eine Ablehnung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst erkennen. Die Kritik vor allem an einzelnen Auswüchsen nahm zu. Auch die Medien nahmen wieder den Anlaß wahr, das Thema grundsätzlich und umfangreich aufzuarbeiten. Jetzt bot sich den Bürgerinitiativen ein reiches Argumentationsfeld, und die breite Basis der Bewegung gegen die Berufsverbote und ihre ständige Arbeit trug nun Früchte.

Man mag und wird über den Anteil streiten, den die Basis an dieser Entwicklung gehabt hat. Eins aber steht bereits fest: Nur auf Grund der Tatsache, daß über Jahre hinweg von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe der Kampf gegen den Radikalenerlaß und seine Folgen permanent geführt und auf eine weit gefächerte Basis gestellt werden konnte, ist die Entwicklung am Ende des Jahres 1978 überhaupt möglich – und erfolgreich gewesen. Erfolgreich zunächst freilich nur als Durchbruch, als Wendepunkt im Kampf gegen den Radikalenerlaß.

Sicher wird es Zweifler geben. Mancher wird abwarten wollen, ob den Worten Taten folgen werden. Aber inzwischen scheint es doch unzweifelhaft, daß SPD und FDP an dem nun eingeschlagenen Weg festhalten wollen. Ein deutliches Indiz sind Diskussion und Beschluß des FDP-Bundesparteitags in Mainz. Zwar haben die Parteien noch Schwierigkeiten, die politische Zielsetzung nicht in einem Wust von juristischem Kleingedruckten zu ersticken. Aber die FDP hat in Mainz doch sehr deutlich formuliert: „Die FDP fordert deshalb die endgültige Abkehr vom Extremistenbeschluß in Bund und Ländern und die

ersatzlose Aufhebung aller darauf beruhenden Erlasse und Verordnungen." – Bei der SPD weisen die Vorbereitungen auf ihren Bundesparteitag in dieselbe Richtung. Nuancen müssen gegenseitig abgeklärt werden. Hemmnisse dürften vor allem bei einigen Personen zu erwarten sein. Aber die Parteien haben – weithin sichtbar – an Selbstbewußtsein gewonnen.

Der Beschluß des Hamburger Landesverbands der SPD ist zwar noch weit weniger konsequent als beispielsweise der FDP-Bundesbeschluß. Aber Klose hat gezeigt, daß er steht. Wohl möglich, daß er seine Rechnung auf der latenten – aber von ihm vermuteten – Unterstützung in Partei und Öffentlichkeit aufgebaut hat, sehr wahrscheinlich, daß er ohne sie eingebrochen wäre. Als Bestätigung für eine konsequente Fortführung der Anti-Berufsverbote-Politik durch FDP und SPD – allerdings nicht unter diesem Namen, denn hier wird noch heftig tabuisiert – stehen die Niederlagen der Parteiführer Genscher in Mainz und Schmidt in Hamburg. Es sind Niederlagen der Exekutive mit doppelter Auswirkung: Die Parteien sind in der Sache gestärkt worden; Kanzler und Vizekanzler haben ihrem Image Genüge getan; ihr Nachgeben (Vermitteln) stärkt wiederum die Position innerhalb der Partei.

1978 ein Wendepunkt? – Ja, ein Durchbruch im Kampf gegen den Radikalenerlaß. Was fehlt, bleibt eine rasche Umsetzung der Beschlüsse in die Praxis. Sie wird im Bund und in den SPD/FDP-regierten Ländern erfolgen, nicht einheitlich, aber dem Trend folgend. Erneute Vollzugsdefizite werden die Parteien nicht verzeihen. Die Auseinandersetzung mit den unionsregierten Ländern wird in altbekannter Schlachtordnung geführt werden. Sie bleiben für eine weitere Kampagne erhalten – freilich mit einer neuen Strategie. Es wird zu beobachten sein, ob ernsthafte „Liberalisierungstendenzen" einsetzen. Im Saarland kündigen sich neue Entwicklungen an, hier und da der RCDS, Rommel . . .

Am Schluß bleibt die Frage, ob hier nicht ein Pyrrhussieg errungen worden ist, ein Erfolg, der wieder einmal grundsätzliche Positionen verwischt hat, weil sie eben nicht ausdiskutiert wurden, sondern bei einem taktischen Parforceritt als Nebenprodukt an der Strecke blieben. Eine Frage bleibt da zumal, abstrakt formuliert, bleibt sie unverfänglich: Wie offen ist unsere Gesellschaft? – Angewandt muß sie entlarven: Wie halten wir's mit den Kommunisten?

Neuerscheinung

Kurt Bayertz/Hans Heinz Holz (Hrsg.)

Grundwerte – Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie

271 Seiten, 14,80 DM

Pahl-Rugenstein

Die Krise in Portugal (II)*)

Zur politischen und sozialökonomischen Entwicklung seit 1975

Von Jörg Kammler

III

Portugals ersten freien Wahlen nach fast 50 Jahren – den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 25. April 1975 – war ein Wahlkampf vorausgegangen, der trotz des gerade abgeschlossenen Verfassungspakts zwischen MFA und der Majorität der Parteien die tiefen ideologischen Risse kenntlich machte, die dieses nach dem Kalkül der Sozialistischen Partei und der bürgerlichen Parteien lediglich vorübergehend hinzunehmende Bündnis von vornherein durchzogen. Zwar waren die Kampagnen der Parteien von einem geradezu inflationistischen Gebrauch sozialistischen und pseudosozialistischen Vokabulars bis ins bürgerliche Lager hinein bestimmt, und auch an Referenzen gegenüber dem MFA fehlte es nicht[69]). Allen voran machte jedoch die PS mit ihrem dezidiert antikommunistisch akzentuierten Wahlkampf klar, daß für ihre Parteiführung ein langfristig angelegtes, über den MFA vermitteltes Zusammengehen mit der anderen großen Kraft der portugiesischen Linken nicht zur Debatte stand. Hatte die Partei noch in ihrem Programm vom Dezember 1974 „den Weg derjenigen Bewegungen" zurückgewiesen, „die sich sozialdemokratisch oder sogar sozialistisch bezeichnen, letztlich aber absichtlich oder tatsächlich die Strukturen des Kapitalismus erhalten und den Interessen des Imperialismus dienen", und zugleich die Kooperationsbereitschaft mit allen Kräften ähnlicher Zielsetzung betont[70]), so beließ sie es in ihrer Wahlkampagne in der Regel bei diffusen Paraphrasierungen ihres Mottos vom „Sozialismus in Freiheit", ohne das Ziel, den konkreten Weg dorthin sowie die gegebenen Klasseninteressen und ihre politischen Protagonisten näher zu analysieren. Stattdessen variierten ihre prominenten Wahlredner ohne Unterlaß das Thema „Freiheit oder Diktatur" mit dem Ziel, die PCP wegen „antidemokratischer Eskalation" und diktatorischer Tendenzen zu denunzieren und davor zu warnen, daß Portugal durch die PCP zu einer „Schachfigur im Spiel des russischen Imperialismus" werde[71]). Soares sprach von der PCP als einem „geschlossene(n) Clan von Verschwörern", der „im Zustand permanenter Konspiration lebt, um die Macht zu übernehmen"; PS und PCP verkörperten die „Gegensätze zweier verschiedener, völlig verfeindeter Konzep-

*) Vgl. Heft 10/1978, S. 1197 ff.

69) Vgl. dazu Dinis de Abreu, Eleicões em Abril: Diário de Campanha, Queluz de Baixo 1975; Eleicões 75. Primeiras eleicões livres. O programa do MFA e das partidos políticos, Alfragide 1975.

70) Vgl. Parteiprogramm der Sozialistischen Partei Portugals (Dez. 1974) in: Friedhelm Merz / Victor Cunha Rego, Freiheit für den Sieger. Testfall Portugal, Zürich 1976, S. 208–250, hier S. 210 f.

71) Vgl. z. B. FAZ v. 28. 1. 1975 („Soares warnt die Portugiesen vor einem Bürgerkrieg"), FAZ v. 29. 3. 1975 („Protest der Amerikaner in Lissabon"), FAZ v. 1. 2. 1975 („Soares warnt vor Zerfall der Koalition").

tionen des Sozialismus"[72]). Innerparteilich wurde diese antikommunistische Fixierung der PS durch den von der Soares-Führung geförderten Abspaltungsprozeß des linkssozialistischen Parteiflügels, der nach dessen knapper Niederlage auf dem Parteikongreß im Dezember 1974 mit der Gründung der FSP seinen Anfang nahm, wesentlich erleichtert[73]). So entsprach der Kurs der PS im wachsenden Maße dem nachhaltigen, materiell fundierten Druck ihres eigentlichen organisierten Ziehvaters, der SPD. Diese hatte von Anfang an – direkt und vermittelt über die Sozialistische Internationale – den Auf- und Ausbau der PS massiv unterstützt und nie einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ihr strategisches Ziel die Verhinderung eines Linksbündnisses PS–PCP sei[74]). Es wurde zunehmend klarer, daß die PS-Führung eine Strukturierung des portugiesischen Parteiensystems entlang der großen Linien der Klassenkonstellation um jeden Preis vermeiden wollte und der Sozialistischen Partei den Weg einer „sozialpartnerschaftlichen", reformorientierten linken Volkspartei vorzeichnete, die die dominante Position einer „Scharnier-Partei"[75]) zwischen den Klassen-Parteien des bürgerlichen Lagers (PPD, CDS) und des Industrie- und Agrarproletariats (PCP) einnehmen sollte.

Die Kommunistische Partei hatte sich nicht nur mit der massiven, die antikommunistische Polemik des bürgerlich-rechten Lagers verstärkenden Kampagne der Sozialisten auseinanderzusetzen, sondern sah sich überdies scharfen Angriffen aus dem breiten Spektrum der kleinen ultralinken Parteien und Gruppen konfrontiert, deren maoistischer Flügel insbesondere keine Gelegenheit ausließ, seine denunziatorischen Klischees vom „Sozialfaschismus" etc. der PCP zu plazieren[76]). Dem setzte die PCP ihren unablässigen Appell zur Bildung einer breiten antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Front entgegen, deren Kern sie im kompromißlos propagierten engen Bündnis mit dem MFA sah. Wenn der Kampf um die Aktionseinheit mit den Sozialisten gerade vor den Wahlen häufig zurücktrat hinter der Kritik am „Abgleiten der Sozialistischen Partei nach rechts", an „ihrer Neigung, eine Revision der Allianzen herbeizuführen"[77]), dann signalisierte dies keine Umorientierung der PCP-Linie, sondern war primär Reaktion auf die offensive Abgrenzungsstrategie der PS. Deren ständig wiederholte und in den Medien des kapitalistischen Auslands breit aufgegriffene Polemik, die PCP habe die Kooperation mit der PS boykottiert, die bürgerlichen Freiheitsrechte diskreditiert, die Abhaltung der Wahlen zur Konstituante hintertrieben und ein diktatoriales Modell favorisiert[78]), erweist sich bei nüchterner Analyse der

72) Mário Soares, Portugal. Welcher Weg zum Sozialismus? Interview mit Dominique Pouchin, Berlin (West) 1976, S. 95 u. S. 100.
73) Zur Parteigeschichte und inneren Fraktionierung der 1973 in Bad Münstereifel unter der Ägide der SPD gegründeten PSP vgl. Sozialistisches Büro (Hrsg.) Portugal, a.a.O., S. 128 ff.; SOAPLI (Hrsg.), Partidos é Movimentos Politicos em Portugal, Braga 1975, S. 220 ff. Werner Herzog, Portugal, in: Joachim Raschke (Hrsg.), Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte – Programm – Praxis. Ein Handbuch, Reinbek 1978, S. 434, S. 438 ff.
74) Über die Intensität der SPD-Einflußnahme informiert beiläufig Willy Brandt, Das portugiesische Volk kann sich auf uns verlassen, in: F. Merz / V. C. Rego, Testfall Portugal, a.a.O., S. 181 ff.
75) So M. Soares in: Portugal, a.a.O., S. 101.
76) Zu diesem im folgenden vernachlässigten Teil des Parteiensystems vgl. die Skizze bei Lothar Peter, Die politische Entwicklung Portugals . . ., a.a.O., S. 328 ff.; sowie SOAPLI (Hrsg.), Partidos é movimentos em Portugal, a.a.O., S. 51 ff.; D. de Abreu, Eleicões em Abril, a.a.O., S. 277 ff.; J. Frémontier, Portugal, a.a.O., S. 74 ff.
77) So Alvaro Cunhal in einem Interview mit Bruno Furch in: „Unsere Zeit" v. 3. 4. 1975, S. 3.
78) Vgl. M. Soares, Portugal, a.a.O., S. 97 ff.

PCP-Quellen als unhaltbare Unterstellung und gezielte Verschleierung des eigenen Konfrontationskurses. Prüft man die Anwürfe des PS auf ihre Stichhaltigkeit, so bleibt übrig, daß die PCP *erstens* darauf insistierte, daß die Vorbedingungen für wirklich freie Wahlen gegeben sein müßten – womit sie auf den Umstand verwies, daß die PCP im Norden des Landes angesichts der aggressiven Dominanz reaktionärer Strukturen kaum über gleichberechtigte Präsentations- und Entfaltungsmöglichkeiten verfügte, ja stellenweise in den Zustand der Halblegalität zurückgedrängt wurde. *Zweitens* wandte sich die PCP energisch gegen den Versuch, den Wahlakt aus dem Kontext des revolutionären Prozesses herauszulösen, der schließlich durch das Abkommen MFA-Parteien eindeutig hergestellt worden war. Und *drittens* wies die PCP völlig zu Recht die Tendenz der PS und der bürgerlichen Parteien zurück, die Wahlen zur Konstituante umzuinterpretieren in Wahlen mit unmittelbarer Auswirkung auf die Regierungsbildung. Als Quintessenz bleibt die niemals geleugnete Perspektive der PCP, auf der konstitutiven Verknüpfung von demokratischem und revolutionärem Transformationsprozeß zu beharren und der auf die Blockierung sozialer Umwälzung zielenden Institutionalisierung eines Modells bürgerlicher Demokratie entgegenzutreten[79]).

Die bürgerlichen Parteien kamen der Popularität sozialistischer Losungen in chamäleonhafter Anpassung entgegen. Die PPD (heute PSD, Sozialdemokratische Partei) – von drei ehemaligen „liberalen" Abgeordneten der alten faschistischen Kammer geführt – präsentierte sich als sozialliberale Reformpartei, die mit der PS um die Gunst und Wahlhilfe der SPD konkurrierte. Obwohl eindeutig auf die Interessen des portugiesischen Kapitals fixiert und auf die Mobilisierung der breiten Schichten des Mittel- und Kleinbesitzes besonders im Norden des Landes zielend, verbarg die PPD ihre Interessenbindung hinter einem dichten Schleier diffuser Reformphrasen, deren Klassenorientierung allerdings im Rahmen der aggressiven antikommunistischen Kampagne dieser Partei deutlich sichtbar wurde, ganz abgesehen von der klar antirevolutionären Grundlinie ihrer bisherigen Politik in allen zentralen Punkten der politischen Entwicklung seit 1974[80]). In Konkurrenz zur PPD um die Stimmen des bürgerlich-rechten Lagers trat die mit dem industriellen Unternehmerverband CIP verbundene CDS, die von den konservativen Parteien Westeuropas massiv unterstützt wurde. In ihrer rhetorischen Anpassung an sozialistische Formeln blieb die CDS weit hinter der PPD zurück. Sie bekannte sich offen zum Prinzip der „sozialen Marktwirtschaft" und profilierte sich gezielt als antisozialistische rechte Sammlungspartei[81]).

79) Vgl. z. B. die PCP-Erklärung in: D. de Abreu, Eleicões em Abril, a.a.O., S. 449 ff.; Rede A. Cunhals vom 29. 3. 1975 in Setúbal, in: A. Cunhal, Discursos politicos – III, Lisboa 1975, S. 197 ff., bes. S. 205; Gespräch mit Alvaro Cunhal, 31. 3. 1975, in: Arno Münster, Portugal. Jahr 1 der Revolution, Berlin (West) 1975, S. 126 ff. – Zur politischen Struktur und Praxis der kleineren Parteien der radikaldemokratisch-sozialistischen bis revolutionärsozialistischen Linken (MDP, FSP, MES) s. Partidos é Movimentos em Portugal, a.a.O., S. 180 ff., S. 137 ff., S. 84 ff. sowie „Arbeiterkampf", Sondernummer „Die politischen Parteien in Portugal", 5. Aufl., Hamburg 1975 (mit einigen Quellen-Auszügen).

80) Vgl. Eleicões 75, a.a.O., S. 24 ff.

81) Zum Programm vgl.: Eleicões 75, a.a.O., S. 260 ff. (Zur Marktwirtschaft: S. 274); s. im übrigen SOAPLI (Hrsg.), Partidos é movimentos em Portugal, a.a.O., S. 362 ff.

Für einige Irritation im Lager der Linken und zusätzliche Spekulationen über den Kurs des MFA sorgten Äußerungen einiger führender MFA-Offiziere über die Notwendigkeit einer eigenständigen MFA-Partei, einer „MFA in Zivil"[82]). Diese Stellungnahmen spiegelten das im MFA weitverbreitete Unverständnis und Unbehagen gegenüber dem Parteienstreit der Linken wider, insbesondere im Hinblick auf den Konflikt PS–PCP. In diesem Kontext insistierte der MFA – und mit ihm die Nationale Wahlkommission – auf dem Recht der Wähler, als Zeichen einerseits der Unentschiedenheit gegenüber den Parteienoptionen, andererseits der bewußten Wahrnehmung der Wahlpflicht im Sinne einer grundsätzlichen Zustimmung zum demokratisch-revolutionären Prozeß einen weißen Stimmzettel („voto em branco") abzugeben, der somit nicht als bloße Enthaltung zu werten sei[83]). Obwohl der MFA offiziell jede Festlegung vermied und lediglich zur aktiven Nutzung des Stimmrechts aufrief, konnte so der Eindruck entstehen, der MFA betrachte die Abgabe weißer Stimmzettel als Test für die Chancen einer MFA-Partei.

Klarer Sieger der Wahl war die PS, die im ganzen Land relativ gleichmäßig gut abschnitt. Dies war nicht zuletzt ein Erfolg der regional differenzierten Wahlkampfstrategie der Partei, die sich im Norden eher „gemäßigt" präsentierte, während sie in den südlichen Latifundiendistrikten – den Hochburgen der PCP – durchaus als sozialistische Kraft auftrat. Überdies zahlte sich der massive materielle Einsatz der PS aus[84]). Durch ihre antikommunistische Kampagne und die Propagierung eines wenig konturierten Sozialismus-Modells gelang es der PS, neben Teilen der Industriearbeiterschaft vor allem Angestellte, Beamte und Teile der kleinen und mittleren Bourgeoisie zu erreichen[85]). So hatte die PS in der Tat im Hinblick auf ihre Position im Parteiensystem sowie auf die Klassenspezifik ihrer Wählerschaft jene „Scharnier"-Stellung gewonnen, die von ihrer Führung angestrebt worden war (vgl. Tabelle auf S. 1475).

Als die eigentlichen Exponenten der tiefen politisch-regionalen Spaltung des Landes erwiesen sich die PPD und die PCP. Während die PPD (zusammen mit der CDS) im bevölkerungsreichen Norden außerhalb der großen Städte (Porto, Coimbra) klar dominierte und die PCP dort auf den Rang einer Splitterpartei zurückgedrängt war, verhielt es sich in den Latifundiendistrikten des Südens genau umgekehrt. Die krassen regionalen Unterschiede in der sozialökonomischen Struktur und den übrigen Determinanten des politisch-gesellschaftlichen Bewußtseins spiegelten sich also im Wahlergebnis unmittelbar wider. Die kleineren Parteien der Linken konnten – abgesehen von der MDP – nur punktuelle Erfolge erzielen[86]).

82) So etwa Admiral Rosa Coutinho in einem Interview in: „Der Spiegel", Nr. 17 v. 21. 4. 1975.
83) Vgl. dazu: Movimento das Forcas Armadas, „Boletim informativo", Nr. 14 v. 8. April 1975, S. 3 („O Voto e a libertade"), Nr. 15, 22. Abril 1975, S. 3; zu den Deklarationen der Nationalen Wahlkommission vgl. D. de Abreu, Eleicões em Abril, a.a.O., S. 395 ff.
84) Die PS setzte – dem Bericht der Nationalen Wahlkommission zufolge – die bei weitem größten Mittel ein. Mit über 11 Mio. Esc. verfügte sie über nahezu doppelt so hohe Wahlkampfgelder wie die PCP. (S. das Datenmaterial der Nationalen Wahlkommission zu Wahlkampffinanzierung und -kosten d. Parteien, in: Günter Schröder (Hrsg.), Portugal – Materialien und Dokumente 1, a.a.O., S. 146 f.).
85) Vgl. dazu die empirische Wahlanalyse von Jorge Gaspar, Les elections . . ., a.a.O., S. 20 f.
86) Lediglich die UDP (Uniao Democrático Popular = Demokratische Volksunion), die wohl noch am wenigsten sektiererische der maoistischen Gruppierungen, erhielt aufgrund der extremen regionalen Konzentration

Tabelle 6

Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung am 25. 4. 1975

	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligg. %	Ungültig %	UDP	PCP	MDP/CDE	PS	PPD	CDS
Portugal	6 177 698	91,7	6,9	0,8	12,5	4,1	37,9	26,4	7,6
Mandate (247)	–	–	–	1	30	5	115	80	16
Wähler pro Mandat (in 1000)	–	–	–	44,6	23,7	47,1	18,7	18,8	27,1
Distrikte (Norden):									
Aveiro	359 353	91,8	5,3	–	3,0	3,9	31,7	42,9	11,1
Braga	363 210	93,0	6,3	–	3,7	2,9	27,4	37,7	18,1
Coimbra	296 164	89,1	10,0	–	5,7	4,5	43,3	27,2	4,6
Porto	890 622	93,8	5,3	0,6	6,7	2,6	42,5	29,4	8,9
Viseu	262 196	89,2	8,0	–	2,3	4,0	21,3	43,9	17,3
Distrikte (Süden)									
Beja	140 095	91,8	7,4	1,4	39,0	5,5	35,5	5,2	2,2
Evora	134 917	94,3	4,8	0,8	37,1	7,9	37,8	6,8	2,8
Portalegre	107 805	94,4	7,3	1,2	17,5	4,5	52,4	9,8	4,0
Setúbal	403 764	93,3	5,5	1,3	37,8	6,0	38,1	5,7	1,6
Distrikt Lisboa	1 373 479	91,9	5,7	1,7	19,0	4,1	46,1	14,9	4,8

Zusammengestellt nach: M.A.I./I.N.E./M.C.S. (Hrsg.), Eleição para a Assembleia Constituinte 1975, vol. I, Lisboa 1975; Jorge Gaspar, Les élections portugaises 1975/76, „Journées internationales d'études comparatives". 7./8. 1. 1977, Paris 1977, S. 14ff. – Die Auswahl der Distrikte folgt dem im 1. Teil des Aufsatzes gewählten Schema.)

Das Wahlergebnis signalisierte – interpretiert man seine Kernaussage – ohne jeden Zweifel das klare Votum einer erheblichen Mehrheit der portugiesischen Bevölkerung für einen sozialistischen Weg. Der bürgerliche Parteien-Block vereinigte trotz erheblicher sozialdemagogischer Anpassungen an den sozialistischen Trend nur 34 % der Stimmen auf sich. Obwohl es klar war, daß die Sozialistische Partei von einem großen Teil ihrer Wählerschaft gerade wegen ihrer Frontstellung gegen die PCP gewählt worden war, hatte es die PS in der Hand, ausgehend von der dezidiert sozialistischen Option eines relevanten Teils ihrer Anhängerschaft die zunächst weithin diffuse sozialistische Perspektive der Bevölkerungsmehrheit zu konsolidieren und die objektive historische Möglichkeit eines – wie immer konkret gestalteten – Linksbündnisses zu ergreifen. Daß die PS-Führung diesen von der Kommunistischen Partei immer wieder angebotenen und geforderten Weg nicht zu gehen bereit war,

ihrer Wähler ein Mandat. Demgegenüber blieben MES und FSP, obwohl sie jeweils mehr Stimmen als die UDP auf sich vereinigten (1% bzw. 1,2%), ohne Mandat. – Zur UDP vgl. SOAPLI (Hrsg.), Partidos é movimentos em Portugal, a.a.O., S. 79 ff.

sondern im Gegenteil ihre Konfrontationsstrategie gegenüber der PCP fortsetzen wollte, machte sie sofort nach den Wahlen unmißverständlich klar[87]).

IV

Die Wahlen zur Konstituante bezeichneten – unabhängig von ihrem eigentlichen Anlaß – den Beginn einer Etappe der portugiesischen Entwicklung, die ihren Abschluß mit der Bildung der sozialistischen Minderheitsregierung nach den ersten Parlamentswahlen 1976 fand. Sie war gekennzeichnet durch den schließlich erfolgreichen, von starken Pressionen des kapitalistischen Auslands begleiteten Versuch des bürgerlich-rechten Blocks und der objektiv dessen gegenrevolutionäre Stoßrichtung verstärkenden PS-Führung, das politische Kräfteverhältnis und seine institutionelle Struktur einschneidend zu verändern und die Dynamik des revolutionären Prozesses, der im Sommer 1975 seinen Höhepunkt erreichte, zu brechen. Die Hauptzielpunkte dieser Strategie waren notwendigerweise die Kommunistische Partei und die „Bewegung der Streitkräfte", die wesentlichen Stützen einer sozialistischen Transformation.

Die Konfliktpunkte und ihr zentrales Thema waren bald gefunden: die zentrale Kundgebung zum 1. Mai in Lissabon – angeblich Ausdruck eines bornierten Alleinvertretungsanspruchs der PCP auf der Ebene der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung; der „Fall Republica" – Zeichen des totalen Zugriffs im Sektor der Informationsmedien; die 5. Division des MFA – Beweis für die kommunistische Unterwanderungsstrategie gegenüber der „Bewegung der Streitkräfte"[88]). Diese fortsetzbare Reihe hatte nur einen, von den jeweiligen Anlässen bald völlig unabhängigen Kernpunkt: die Denunziation einer vorgeblich eskalierenden Usurpationsstrategie der PCP in Konsequenz ihres totalitären und diktatorialen Machtanspruchs. Daß dieses Thema von der bürgerlichen Presse Westeuropas und zumal der Bundesrepublik kampagnenartig aufgegriffen und in der Regel fern jeder Informationsabsicht unablässig variiert wurde, verriet neben dem unmittelbaren Interesse, Pressionen des internationalen Kapitals und der kapitalistischen Staaten in Richtung auf eine nichtsozialistische Entwicklung zu legitimieren, die präventive Funktion, die man der Auseinandersetzung mit dem portugiesischen Exempel im Blick auf die Chancen der Linken im übrigen Westeuropa zumaß.

Vor allem in den Auseinandersetzungen um die sozialistische Zeitung „Republica" wurde die politische Strategie der PS deutlich, aus ihrem Wahlsieg ultimative Forderungen nach Zurückdrängung des politischen Einflusses der PCP und entsprechender Aufwertung der PS (und der PPD) abzuleiten und damit – nach der Kritik eines wichtigen MFA-Organs – eine „mechanische(n) Übersetzung der Wahlergebnisse in Herrschaftsansprüche im Staatsapparat" zu betreiben[89]). Diese Politik zielte – neben den Bereichen Gewerkschaften,

87) Zum Versuch einer scheinradikalen Legitimation dieser Politik unter Verweis auf das chilenische Exempel vgl. M. Soares, Portugal, a.a.O., S. 102.
88) So M. Soares, Portugal, a.a.O., S. 103 ff.
89) Vgl. Perspektiven der politischen Entwicklung, Arbeitspapier der Zentralen Dynamisierungskommission des MFA, Mai 1975, in: G. Schröder (Hrsg.), Portugal-Materialien und Dokumente 2, Gießen 1976, S. 80.

Gemeindeverwaltungen und Arbeiterkommissionen – primär auf das Kommunikationswesen. Hier versuchten die bürgerlichen Parteien und die PS den Eindruck zu erwecken, als sei es einer geschickten Infiltrationspolitik der PCP gelungen, das portugiesische Pressewesen nahezu vollständig unter kommunistische Kontrolle zu bringen, so daß etwa der hauptstädtische Leser „nur noch die Wahl zwischen Iswestija und Prawda" habe[90]). In dieser Kampagne wurde die „Republica" zum Symbol und letzten Bollwerk einer freien, unabhängigen und pluralistischen Presse stilisiert, auf das sich nunmehr der abschließende Angriff der PCP richte.

Ein auch nur knapper Blick auf die harten Fakten des umstrittenen „Falles" enthüllt die krasse Diskrepanz zwischen Anlaß und politischer Stilisierung, zwischen realen Zusammenhängen und taktischem Kalkül. Die Besetzung der PS-nahen „Republica" durch die Arbeiterschaft des Betriebs, die den Ausgangspunkt der öffentlichen Kontroverse bildete, war der Höhepunkt eines seit langem schwelenden Konflikts zwischen dem Herausgeber Raul Rego, der in ihrer Mehrheit dem rechten Flügel der PS nahestehenden ca. 2500 Kleinaktionäre und einem Teil der Redaktion einerseits, der Belegschaft und ihrer gewählten Arbeiterkommission andererseits. Dieser Konflikt kristallisierte sich sowohl um ökonomische und arbeiterrechtliche Streitpunkte als auch zunehmend um die redaktionelle Linie des Blattes, das immer einseitiger auf den Kurs der Rechten in der PS fixiert worden war. Demgegenüber forderte die Belegschaftskommission einen parteiunabhängigen Links-Kurs der Zeitung, nicht mehr. In dem ganzen Vorgang spielte die PCP, die in der Belegschaft nur mit wenigen Mitgliedern vertreten war, eine völlig untergeordnete Rolle; in der Arbeiterkommission dominierten eindeutig linkssozialistische bis ultralinke Positionen[91]). In der unmittelbar einsetzenden Kampagne der PS wurde die PCP ungeachtet dieser Tatsachen zum Drahtzieher des „Angriffs" auf die „Republica" gestempelt[92]) und der Vorgang sofort zur Regierungsfrage erklärt. Soares, für den feststand, daß „die Kommunisten einen von höchster Stelle ausgearbeiteten und gebilligten Plan hatten, um uns den Mund zu stopfen und uns zu vernichten"[93]), gab einen Tag nach der „Republica"-Besetzung das Signal für die Aktionen seiner Partei in den folgenden Monaten, die eine Auslöserfunktion für die breite Woge von Terrorakten gegen die PCP im Sommer 1975 gewinnen sollten: „Von diesem Augenblick an werden wir die Sozialisten im Norden und Süden des Landes mobilisieren, um die Diktatur zurückzuweisen"[94]). Nur wenig später gaben die beiden sozialistischen Minister (Soares und Salgado Zenha) bekannt, daß sie ihre Mit-

90) So der PS-Führer Soares (a.a.O., S. 117).
91) Zu Ereignisablauf und Kontext s. F. S. Costa / A. P. Rodigues, O „Caso República". Documentos, entrevistas, comentários, o.O. 1975; „Archiv der Gegenwart", 29. 8. 1975, S. 19652 f.; Manifest der „Republica"-Arbeiter, in: „Berliner Extra-Dienst" v. 30. 5. 1975, S. 2 ff.; F. Merz / V. C. Rego, Freiheit für den Sieger, a.a.O., S. 92 ff.; „Republica" – Geschichte eines Kampfes, Übersetzung der ersten von Arbeitern herausgegebenen Nummer der „Republica", in: „Arbeiterkampf", Nr. 64/Juli 1975; Hans Hübner, Portugal: Prüfstein der Demokratie? Köln 1976, S. 113 ff.
92) Diese Version wurde sofort von der bürgerlichen Auslandspresse übernommen, wobei „Republica" der Einfachheit halber regelmäßig zum Zentralorgan der PS erklärt wurde (so z. B. in der „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 21. 5. 1975 – das nie behelligte Parteiorgan der PS ist „Portugal Socialista").
93) M. Soares, Portugal, a.a.O., S. 126.
94) „Archiv der Gegenwart" v. 29. 8. 1975, S. 19652.

arbeit in der Regierung bis zur Rückgabe der „Republica" an die Direktion einstellen würden.

Damit war der Knoten für die entscheidende politische Krise des Sommers geschürzt. In beispielloser Mißachtung des Wählervotums für eine Realisierung der sozialistischen Perspektive sowie des kurz zuvor mit dem MFA geschlossenen Paktes erzeugte die sozialistische Parteiführung im Zuge der von Kundgebung zu Kundgebung eskalierenden Generaloffensive gegen die PCP eine Atmosphäre der Massenhysterie, die die Vorbedingungen für die konterrevolutionäre Mobilisierung der Rechten schuf und in ihren Auswirkungen alle Verfechter eines wirklich sozialistischen Weges treffen mußte. Daß die Logik dieser Politik nicht nur auf die PCP, sondern vor allem auch auf den MFA und die von ihm geschaffene institutionelle Struktur zielte, wurde schnell deutlich. Der demonstrative Rücktritt der Minister und Staatssekretäre von PS und PPD sowie zweier parteiloser Minister Mitte Juli 1975, der die Krise auf den Höhepunkt trieb und zur Auflösung der 4. Provisorischen Regierung Gonçalves führte, richtete sich nunmehr auch offen gegen den Linkskurs des MFA und sein politisch-institutionelles Gewicht[95]). Vordergründig auf die Person des Ministerpräsidenten Gonçalves konzentriert, der als williges Werkzeug der kommunistischen Unterwanderungsstrategie im MFA denunziert wurde, zielte die folgende, vor allem im Norden des Landes von Brandschatzungen kommunistischer Parteilokale begleitete Serie antikommunistischer Großkundgebungen[96]) in unheiliger Allianz von Sozialistischer Partei, bürgerlichem Parteienblock und ultrareaktionärem Klerus[97]) ganz eindeutig auf das sozialistische Projekt des gesamten revolutionären Flügels des MFA und die ihm zugrundeliegende Bündniskonzeption. Trotz des wachsenden Widerstandes großer Teile der eigenen Partei und zögernder Verurteilung der antikommunistischen Ausschreitungen hat die Führungsgruppe der PS um Soares das in seiner objektiven Funktion konterrevolutionäre Kalkül ihres Vorgehens stets verteidigt und den von ihr mitentfesselten Sturm als „authentische(n) und spontane(n) Elan des Volkes", als „wahre Erhebung gegen die drohende Unterdrückung" und „für den Endsieg der Demokratie" gewertet[98]) – Ausdruck des wahrlich abenteuerlichen Opportunismus, mit dem die PS die Durchsetzung ihres Führungsanspruchs betrieb.

Die komplexe Geschichte des politischen Zerfalls der „Bewegung der Streitkräfte" – angestrebtes und erreichtes Ziel der Kriseninitiatoren – kann hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden[99]). Der Mechanismus der politi-

95) Ebd., S. 19654.
96) Vgl. ebd.; L. Berthold u. a., Klassenkämpfe in Portugal heute, a.a.O., S. 39 f. In der bürgerlichen Presseberichterstattung dieser Monate wurden die Terrorakte, die nicht nur die PCP trafen, in der Regel als verständliche Überreaktion demokratischen Volkszorns dargestellt, obwohl schließlich auch dort zugegeben werden mußte, daß sich unter den „Massen, die jetzt die Parteilokale überfallen und anzünden . . ., sehr viele Anhänger der alten Diktatur und wohl auch Rowdys" befänden (FAZ v. 6. 8. 1975, S. 1).
97) Zu diesem Komplex, nicht zuletzt auch zur Verflechtung von „legalistischer" und terroristischer Rechtsopposition vgl. auch Günter Wallraff, Aufdeckung einer Verschwörung. Die Spinola-Aktion, Köln 1976. Zur Rolle der Kirche in diesem Zusammenhang s. J. Frémontier, Portugal, a.a.O., S. 142 ff.
98) So M. Soares in: Portugal, a.a.O., S. 136.
99) Vgl. dazu u. a. Rona M. Fields, The Portuguese Revolution and the Armed Forces Movement, New York – Washington – London 1975 (Vorgeschichte, Programmatik, Biographien); Douglas Porch, The Portuguese Armed Forces and the Revolution, Stanford/Calif. 1977; Mareio M. Alves, Les Soldats Socialistes du Portugal, Paris

schen Krise, der die Perspektive der Plattform MFA-Parteien zunehmend als illusionär enthüllte, mußte zwangsläufig die innere Struktur der Bewegung erfassen und ihre politische Auseinanderdifferenzierung bewirken. Dieser Prozeß wurde durch die interne Dynamik der MFA-Entwicklung verstärkt, die in den praktischen Ansätzen zur Realisierung des Bündnisses MFA–Volk die Heterogenität der Zielvorstellungen sichtbar machte. Dabei wurde ein zentrales Dilemma der Bewegung deutlich, die einerseits – gestützt auf die Autoritätsstrukturen der Streitkräfte und ihre institutionelle Verankerung im politischen System und seinen Entscheidungsinstanzen – als Motor, Koordinator und exekutive Basis einer sozialistischen Revolution fungieren sollte, die andererseits jedoch im Gefolge ihres praktischen Engagements erfahren mußte, daß die von ihr betriebenen Demokratisierungsprozesse die eigene organisatorische Basis erfaßten, ihre Kohärenz auflösten und schließlich wesentlich zur Handlungsunfähigkeit beitrugen. Sicherlich war das Nichtzustandekommen eines tragfähigen Linksbündnisses die Hauptursache dafür, daß dieses Problem nicht gelöst werden konnte, aber es ist unverkennbar, daß die Militärbewegung des MFA auch an einem strukturellen, z. T. quer zu den politischen Optionen verlaufenden Konflikt litt, der sich auf die militärische Autoritätsstruktur bezog und in dem sich – vereinfacht – professionell orientierte Offiziersbewegung und demokratische Soldatenbewegung gegenüberstanden[100]). Dennoch gab es entschiedene Versuche im MFA, das Zerwürfnis PS–PCP zu kompensieren und dem drohenden internen Erosionsprozeß entgegenzutreten[101]).

Die auf das Ende der 4. Provisorischen Regierung unter Gonçalves folgende Bildung eines kurzlebigen Dreierdirektoriums des MFA als politisch-militärisches Spitzenorgan[102]) konnte jedoch den offenen Ausbruch politischer Meinungsverschiedenheiten im MFA nicht verhindern. Mit der Veröffentlichung des „Memorandum der Neun" der Gruppe um Major M. Antunes[103]), und des Positionspapiers einer Gruppe von COPCON-Offizieren um General Carvalho[104]) traten die tiefgehenden Risse im MFA-Gefüge klar hervor. Das „Memorandum" griff – wenn auch z. T. wesentlich zurückhaltender und durchaus um Wahrnehmung der sozialistischen Perspektive bemüht – die Kritik der PS und der PCP und der Gonçalves-Fraktion des MFA auf und erklärte diesen Flügel – neben den „anarchisch-populistischen" Gruppen der revolutionären und pseudorevolutionären Linken – zum Hauptschuldigen für die eingetre-

1975; Comité Portugal (Hrsg.), L'expérience portugaise, Paris 1977, S. 99 ff.; Friedrich Greve, Die portugiesische Bewegung der Streitkräfte (MFA) und ihre Bedeutung für die politisch-soziale Entwicklung in Portugal, Kassel 1978.

100) Vgl. zu diesem hier nicht näher ausführbaren Problem vor allem die Dokumentation der internen Strukturentwicklung des MFA bei G. Schröder (Hrsg.), Portugal, Bd. 2, a.a.O., sowie Bd. 3 u. 4, Gießen 1976. Als erstrangige Quelle s. weiter die Zeitschrift des MFA, das „Boletim informativo", das bis zum August 1975 erschien.

101) Vgl. den „Politischen Aktionsplan" des MFA vom Juni 1975, in „Blätter", 7/1975, S. 822–828; „MFA-Boletim Informativo", Nr. 24, v. 25. 7. 1975.

102) Die Einsetzung dieses aus Staatspräsident Gomes, Ministerpräsident Goncalves und COPCON-Chef Carvalho (die COPCON-Einheiten bildeten das eigentliche militärische Machtinstrument des MFA, das zunehmend – wenn auch durchaus widersprüchlich – polizeiliche Aufgaben zum Schutz des revolutionären Prozesses übernommen hatte) bestehenden Gremiums durch die MFA-Versammlung (25. 7. 1975) war der vergebliche Versuch, das entstandene Machtvakuum zu füllen und eine geschlossene, handlungsfähige Spitze des MFA und des Revolutionsrates mit umfassenden Kompetenzen zu installieren.

103) Vgl. den Text bei G. Schröder (Hrsg.), Portugal, Bd. 3, a.a.O., S. 130 ff.

104) Vgl. den Text ebd., S. 146 ff.

tene Diffusion der politischen Machtzentren. Mit ihrer demonstrativen Ablehnung des „sozialistischen Gesellschaftsmodells Osteuropas"[105]) akzentuierte diese Gruppe, der sich eine große Zahl von MFA-Offizieren anschloß, das zentrale Klischee der laufenden Kampagne gegen die PCP und signalisierte ihre Bereitschaft zur Revision der politischen Entscheidungsstrukturen. Während die COPCON-Offiziere in ihrer Kritik an der PCP mit der Antunes-Gruppe einig gingen, verurteilten sie im Gegensatz zu ihr scharf die Politik der Sozialistischen Parteiführung. Die Lösung der Krise sah diese Gruppe – entsprechend ihrer Affinität zur nichtkommunistischen Linken und Ultralinken – in einem diffus bleibenden Projekt proletarischer und militärischer Basismobilisierung[106]).

Die offenen Flügelkämpfe in MFA und Revolutionsrat führten im Ergebnis zu einer klaren Isolierung jenes Teils der Bewegung der Streitkräfte, der einen entschieden sozialistischen Kurs auf der Basis eines Linksbündnisses unter maßgeblicher Beteiligung der Kommunistischen Partei vertrat. Die Kritik an der PCP, die in einem solchen Bündnisrahmen als präzise-sachbezogene durchaus ihren Platz gehabt hätte, war im Gefolge der hysterischen Atmosphäre auch im MFA umgeschlagen in pauschale Unterstellung und Denunziation. Die Stationen der weiteren Entwicklung waren somit vorgezeichnet: Auflösung der als prokommunistisch eingestuften 5. Abteilung des Generalstabs durch COPCON-Einheiten; durch Zusammengehen von Antunes- und COPCON-Gruppe mit dem gemäßigten Rest des Revolutionsrats erzwungener Rücktritt von Gonçalves[107]); Bildung der 6. Provisorischen Regierung unter dem „gemäßigt-linken" Admiral Azevedo mit dominanter Position der Sozialistischen Partei und der PPD[108]). Die Spaltung der MFA-Linken und die Ausschaltung des PCP-nahen Flügels leisteten die Zurückdrängung der militärischen Linken auf allen Eebenen der Streitkräfte durch die einflußreicher werdende Gruppe der professionell-konservativen Militärs ein. Zwar vollzog sich die Lähmung der „Bewegung der Streitkräfte" und ihrer organisatorischen Mechanismen nicht ohne Gegenwehr[109]). Aber die zum Bündnis mit ultralinken Gruppen tendierende linke Soldatenbewegung war weder konzeptionell noch organisatorisch in der Lage, diesen Prozeß zu stoppen.

Die Möglichkeiten der PCP, auf die Krisenentwicklung gegensteuernd zu reagieren, erwiesen sich als sehr begrenzt. Ihre Einheitsappelle an die PS blieben ohne jede Wirkung. Ebenso blieb das halbherzige Zusammengehen mit den kleinen Parteien und Gruppen der äußersten Linken in der „Front für die Volkseinheit"[110]) ohne tragfähige Basis, da die PCP die Tür zu einer Ver-

105) Gekoppelt mit der Ablehnung des „Modells der Sozialdemokratischen Gesellschaft" (a.a.O., S. 134).
106) Anstatt – wie die Antunes-Gruppe – die Machtfrage relativ klar zu analysieren, optierte der Carvalho-Flügel auf dem Scheitelpunkt der Krise allen Ernstes dafür, „die Militärs . . . entsprechend ihrer Klassenzugehörigkeit (zu) organisieren" und sie „ihre Klassenprobleme offen diskutieren" zu lassen (a.a.O., S. 153).
107) Die Mithilfe des konzeptionslosen Linksradikalen Otelo S. de Carvalho – Identifikationsfigur eines breiten Spektrums des portugiesischen „Gauchismus" – wurde von M. Soares mit süffisantem Dank vermerkt, M. Soares, Portugal, a.a.O., S. 112 f.
108) Zum Ereignisablauf vgl. „Archiv der Gegenwart" v. 5. 5. 1976, S. 20187 ff.
109) Vgl. die Dokumentation der Gegeninitiativen bei G. Schröder (Hrsg.), Portugal, Bd. 3 und 4, a.a.O., sowie F. Greve, a.a.O., S. 73 ff.
110) Vgl. G. Schröder (Hrsg.), Portugal, Bd. 4, a.a.O., S. 178 f., 188 ff.

ständigung mit der Sozialistischen Partei in richtiger Einschätzung der gegebenen Kräftekonstellation offenhalten wollte. So wurde die Kommunistische Partei an den Rand der politischen Entscheidungsstruktur gedrängt, zugleich allerdings in den verschärften ökonomisch-sozialen Auseinandersetzungen dieser Phase als gewichtiges Zentrum der portugiesischen Arbeiterbewegung bestätigt[111]).

Den dramatischen Abschluß dieser am Ende von wilden Bürgerkriegsgerüchten geprägten Phase bildete der militärische Zusammenstoß des 25. November 1975. Durch die Absetzung Carvalhos von der Schlüsselstellung des Kommandeurs der Militärregion Lissabon und die Ankündigung der Auflösung ihrer Einheiten provoziert, hatten die Fallschirmjägereinheiten von Tancos begonnen, in putschistischer Kurzschlußreaktion und ohne Koordination mit der übrigen militärischen Linken einige Luftwaffen-Basen um Lissabon zu besetzen. Das in wenigen Stunden durch eine schlagartig einsetzende Gegenaktion des Eingreifkommandos unter Führung von Oberstleutnant Eanes – Exponent der traditionalistischen Militärs und späterer Präsident – beendete improvisierte Abenteuer besiegelte eine schwere Niederlage der linken Militärs und das endgültige Ende des MFA. Es gab massive Hinweise dafür, daß die Rechte in den Streitkräften gezielt auf eine solche Situation hingearbeitet hatten. Das Kräfteverhältnis hatte sich nunmehr klar zugunsten der Rechten verändert, wobei diese allerdings ihr Ziel nicht erreichte, die PCP als in das Abenteuer vom 25. November involviert erscheinen zu lassen, um massiv gegen sie vorgehen zu können. Die PS-nahe Antunes-Gruppe – im Revolutionsrat noch stark vertreten – war durch die Ereignisse an den linken Rand des politisch-militärischen Spektrums gerückt und geriet fortan selbst zunehmend ins Schußfeld der auf die „Rückkehr der Armee in den Kasernen" drängenden konservativen Militärs. Im „Verfassungsgesetz über die zukünftige Rolle der Streitkräfte" (11. 12. 1975) wurden die MFA-Strukturen formell liquidiert und die Streitkräfte auf einen „unparteiisch"-professionellen Kurs festgelegt[112]). Zwei Monate später schließlich kam es zur fälligen Revision des Verfassungsabkommens MFA-Parteien[113]). Der Revolutionsrat blieb allerdings als politisch-militärisches Organ erhalten, mit jenen – immer noch erheblichen – politischen Kompetenzen, wie sie auch in die neue Verfassung eingehen sollten.

V

Am 25. April 1976 trat die neue Verfassung der Portugiesischen Republik (VPR), deren Ausarbeitung bis zum November 1975 nur schleppend vorangegangen war, in Kraft. Sie ist es wert, in einigen Grundaussagen kurz vorgestellt zu werden. Gegründet auf die Legitimität des revolutionären Prozesses, ging die Verfassung weit über den Rahmen bürgerlich-liberaler und begrenzt-sozialstaatlicher Prinzipien hinaus, wenn sie auch die widersprüchli-

111) Vgl. dazu L. Berthold u. a., Klassenkämpfe in Portugal heute, a.a.O., S. 45 f.
112) Zum Ereignisablauf und dem politischen Kontext des 25. November s. die vorzügliche Dokumentation von G. Schröder (Hrsg.), Portugal, Bd. 5, Gießen 1976.
113) Zum Inhalt vgl. „Archiv der Gegenwart" v. 5. 5. 1976, S. 20189 f.

che politische Entwicklung der letzten Monate deutlich widerspiegelte. Bei den Kernfragen der sozialistischen Perspektive und der strukturellen ökonomisch-sozialen Regelungen zeigte sich, daß trotz der erbitterten Konfrontation von Sozialistischer und Kommunistischer Partei im politischen Kräftespiel der zurückliegenden Zeit ein erstaunliches Maß an Übereinstimmung und Kooperation zwischen den Abgeordneten dieser Parteien in der Verfassungsgebenden Versammlung realisiert worden war. Dies war nicht zuletzt ein deutliches Zeichen dafür, daß die antikommunistisch-sozialdemokratische Linie in der Sozialistischen Partei keineswegs so klar dominierte, wie das der Kurs der Parteiführung vermuten ließ.

Die VPR[114]) legt – dies das zentrale Prinzip – die Politik des Landes zwingend auf die Realisierung einer sozialistischen, klassenlosen Gesellschaft fest (Präambel, Art. 1 u. 2): „Die portugiesische Republik ist ein demokratischer Staat, . . ., dessen Ziel es ist, den Übergang zum Sozialismus durch die Schaffung von Bedingungen für die demokratische Macht der werktätigen Klassen zu sichern" (Art. 2). In der Konkretisierung dieses Verfassungssatzes wird unzweideutig klar gemacht, daß unter „Sozialismus" kein irgendwie reformierter Kapitalismus, sondern eine Überwindung des Kapitalismus verstanden wird. So setzt die Verfassung die grundlegende Verpflichtung des Staates, die „Produktionsmittel und den Reichtum . . . zu vergesellschaften . . . und die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen." (Art. 9 c). In Realisierung dieser Perspektive entfaltet die VPR unter den Abschnitten „ökonomische, soziale und kulturelle Rechte und Pflichten" (Teil I, Titel III) und „Ökonomische Organisation" (Teil II) eine Fülle von Einzelbestimmungen, die in den Verfassungen kapitalistischer Gesellschaften ihresgleichen suchen.

Der grundlegende Teil über die ökonomische Organisation enthält die entscheidenden Präzisierungen des sozialistischen Projekts und regelt zugleich das komplexe Nebeneinander der verschiedenen ökonomischen Teilformationen, der Nationalisierungen im Industriesektor und der Agrarreform (Art. 83 u. 97)[115]). Die Agrarreform erscheint in der Verfassung als „eines der grundlegenden Instrumente für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft" (Art. 96). Zum anderen unterscheidet die Verfassung für die „Phase des Übergangs zum Sozialismus" drei Sektoren des Eigentums an den Produktionsmitteln und natürlichen Ressourcen: einen öffentlichen Sektor, einen Kooperativsektor und den verbleibenden Privatbereich. Durch die Ausrichtung des ökonomischen Systems auf die „Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse" (Art. 80) macht die Verfassung deutlich, daß die Dominanz des kapitalistischen Sektors zurückzudrängen und zu brechen sei (Art. 81 g, h, n; Art. 91).

---

114) Zu den systematischen Aspekten s. Einleitung und Kommentar in: J. J. G. Canotilho / V. Moreira, Constituicao da República Portuguesa. Anotada, Coimbra 1978. Eine Auswahl von Artikeln liegt übersetzt vor bei: L. Berthold u. a., Klassenkämpfe in Portugal heute, a.a.O., S. 187 ff.

115) *Die Nationalisierungen werden als „unumkehrbare Errungenschaften der werktätigen Klassen"* bezeichnet (Art. 83).

Auf politisch-organisatorischem Gebiet enthält die Verfassung einen komplexen Kompromiß zwischen präsidentieller und parlamentarischer Struktur, zusätzlich modifiziert durch die Stellung des Revolutionsrates, der als spezifisches Organ revolutionärer Legitimität eine starke Stellung einnimmt. Ihm obliegt es, als Beirat des Präsidenten die „ordnungsgemäße Tätigkeit der demokratischen Institutionen, die Erfüllung der Verfassung und die Treue zum Geist der portugiesischen Revolution vom 25. April 1974" zu garantieren (Art. 142). In dieser Funktion rangiert der Revolutionsrat weiterhin als politisches Organ vor Parlament und Regierung (Art. 113), allerdings bei gleichzeitiger Sanktionierung der Zerschlagung der MFA.

Ungeachtet der in ihr enthaltenen vielfältigen Kompromißstrukturen[116]) und der Relativität von Verfassungsbestimmungen gegenüber machtpolitischen Konstellationen stellte und stellt die portugiesische Verfassung doch eine massive Barriere gegenüber einer Politik der kurzfristigen bürgerlich-kapitalistischen Revision und Restauration dar. Als Resultat partieller Aktionseinheit der Linken in der Konstituante war sie in der Folgezeit für die entschieden sozialistisch orientierten Kräfte eine zentrale Legitimationsinstanz sozialistischer Praxis und des Widerstandes gegen restaurative Tendenzen. Nicht umsonst versuchten die bürgerlichen Parteien von Anfang an, eine vorzeitige Verfassungsänderung durchzusetzen bzw. eine antisozialistische Revision nach der ersten Legislaturperiode als selbstverständlich erscheinen zu lassen. Da Verfassungsänderungen eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten erfordern (Art. 286), wird es entscheidend von der Sozialistischen Partei abhängen, ob die Verfassung als Bezugsrahmen fortschrittlicher Politik erhalten bleibt.

VI

Die drei Wahlgänge des Jahres 1976 – Parlamentswahlen, Präsidentschaftswahlen, Gemeindewahlen – bildeten den Abschluß des Institutionalisierungsprozesses der zweiten portugiesischen Republik. Die Parlamentswahlen vom 25. April 1976 erbrachten gegenüber den Wahlen zur Konstituante keine grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses. Auf der Linken konnte sich die Kommunistische Partei – nicht zuletzt allerdings durch den Wahlverzicht der MDP – mit 14,6 % der Stimmen und 40 Mandaten konsolidieren, während UDP, FSP und MES auf den engen Kreis ihrer militanten Anhänger beschränkt blieben[117]). Die PS blieb mit 35 % der Stimmen und 107 Mandaten stärkste Partei, verlor aber ebenso wie die PPD (24 % / 73 Mandate) Stimmen an die rechte CDS, die ihren Anteil verdoppelte (15,9 % / 42 Mandate). Das schärfere Hervortreten der äußersten parlamentarischen Rechten war die logische Folge der von der PS mitbetriebenen Mobilisierung des antikommuni-

116) Canotilho/Moreira registrieren einen „Kompromiß zwischen dem liberal-demokratischen und dem sozialistischen Prinzip; zwischen Freiheitsrechten und positiven Rechten ökonomischer und sozialer Natur; zwischen einer Legitimität durch Wahl und einer revolutionären Legitimität; zwischen einem parlamentarischen und einem präsidentiellen Regierungssystem; . . . zwischen repräsentativer und Parteiendemokratie und der Demokratie der direkten Volkspartizipation" (Constituicao da Republica Portuguesa, a.a.O., S. 8).
117) FSP und MES erhielten zusammen lediglich 1,6% der Stimmen (vgl. „Archiv der Gegenwart") v. 5. 5. 1976, S. 20190).

stischen und antidemokratischen Potentials[118]). Die Wahlen zeigten somit als wichtigstes Ergebnis einerseits die Grenzen des antikommunistischen, auf die kleine und mittlere Bourgeoisie zielende Integrationskalküls der PS, andererseits die stärkere Polarisierung im bürgerlichen Lager, die in der Folgezeit die PPD dazu veranlaßte, ihren sozialliberalen Flügel abzustoßen und sich als rechtskonservatives Zentrum zu profilieren. Da die PS nach wie vor ein Zusammengehen mit der PCP ausschloß, blieb die Chance der klaren Linksmehrheit ungenutzt. Auf ihrer „Scharnier"-Funktion beharrend, bildete die PS eine Minderheitsregierung.

In den Präsidentschaftswahlen kam es zu einem skandalösen Bündnis der PS mit den Rechtsparteien. Statt einen eigenen, von den Kommunisten wählbaren Kandidaten zu präsentieren, unterstützte die PS zusammen mit PPD und CDS den General R. Eanes, den Liquidator des 25. November, der mit 61,5 % der Stimmen gewählt wurde. Die geringen Chancen der Linken wurden dadurch weiter geschmälert, daß neben O. Pato, dem Kandidaten der PCP, Otelo S. de Carvalho, der gestürzte Heros des gauchistischen Spektrums zur Wahl stand. Die erstaunliche Unterstützung, die Carvalho bis weit in die kommunistische und z. T. in die sozialistische Wählerschaft hinein fand (Carvalho erhielt 16,5 %, Pato lediglich 7,6 % der Stimmen), machte die Erbitterung über die Ergebnisse des Novemberumschwungs im Lager der Linken deutlich[119]). Mit ihrem Manöver hatte die PS einen Mann der Rechten zum Präsidenten der Republik werden lassen – angesichts der Machtfülle des Amtes ein für die Chancen der sozialistischen Perspektive fatales Ergebnis.

Die im Ausland wenig beachteten Wahlen zu den lokalen Selbstverwaltungsorganen vom Dezember 1976[120]) besaßen durchaus eine große nationale Bedeutung, bezog sich doch die Kampagne von PS und bürgerlichen Parteien in besonderem Maße auf die bisherigen Versuche von PCP und MDP, in diesem Bereich eine schnelle Demokratisierung der überkommenen faschistischen Verwaltungen durchzusetzen. Die bürgerlichen Parteien zielten in ihrer Wahlstrategie u. a. darauf ab, die „präsidentielle Mehrheit" zu festigen, d. h. den Druck auf die PS zu verstärken, die bei den Präsidentschaftswahlen eingegangene Koalition mit PPD und CDS politisch auszuweiten und zu formalisieren. In dieser Perspektive verzichteten PPD und CDS in den südlichen Distrikten häufig auf eigene Kandidaten zugunsten des PS-Kandidaten, der somit zugleich zum Exponenten des rechten Lagers wurde. Die Linke konzentrierte sich in zwei Wahlbündnissen: der von PCP, MDP und FSP gebildeten FEPU[121]) und dem ultralinken Bündnis GDUPs[122]), das darauf setzte, den relativ großen Erfolg Carvalhos bei den Präsidentschaftswahlen für die Ultralinke zu stabilisieren und die Vormachtstellung der Kommunistischen Partei im La-

118) Die CDS hatte als einzige Partei der Konstituante gegen die neue Verfassung gestimmt.
119) Zum Wahlergebnis und seiner Analyse s. J. Gaspar, Les élections portugaises 1975/76, a.a.O., S. 34 f. Eigene Zusammenstellung nach den Daten in: M.A.AI.: Eleicões para os Orgaos des Autarquias Locais 1976, Lisboa 1977, S. 13, 424 u. 817.
120) Gewählt wurden in einem komplexen Verfahren (gemäß Art. 245 ff. der Verfassung): die Gemeindeversammlungen (Assembleias de Freguesia), zur Hälfte die Kreisversammlungen (Assembleias Municipais) sowie die Kreiskammern (Câmaras Municipais – kollegiale Exekutivorgane der Kreise).
121) Frente Eleitoral Povo Unido = Wahlfront Vereintes Volk.
122) Grupos Dinamizadores de Unidade Popular = Dynamisierungsgruppen der Volkseinheit.

ger der revolutionären Linken zu brechen. Dieses Kalkül erwies sich als völlig illusionär. Der beachtliche Wahlerfolg der FEPU, die die bisherigen Wahlergebnisse der PCP und der beiden anderen Parteien z. T. erheblich übertraf, verwies auf die ungebrochen starke und in vielen Landesteilen ausgeweitete Basis der PCP. Die PS, die in den Distrikten der Agrarreformzone klar hinter dem Wahlbündnis der PCP zurückblieb, mußte im Vergleich zu den bisherigen Wahlgängen erneut Verluste hinnehmen. Es war offenkundig, daß ein Teil ihrer Wähler in Reaktion auf den politischen Kurs der Partei entweder nach links zur PCP oder nach rechts zu den bürgerlichen Parteien abgewandert war. Die Wahlen hatten – trotz einer wachsenden Verdrossenheit der Wählerschaft[123]) – bewiesen, daß die portugiesische Bevölkerung immer noch mehrheitlich für einen sozialistischen Weg optierte, ebenso allerdings, daß die Linke durch die von der PS verursachte strukturelle Spaltung unfähig blieb, dieses Votum praktisch umzusetzen.

Tabelle 7

Partei	*Kreiskammern*			*Kreisversammlungen*			*Gemeindeversammlungen*		
	Stimmen %	*einf. Mehrh.*	*Mandate*	*Stimmen %*	*einf. Mehrh.*	*Mandate*	*Stimmen %*	*einf. Mehrh.*	*Mandate*
FEPU	*18,1*	*32*	*674*	*17,7*	*34*	*267*	*15,7*	*171*	*2 336*
GDUPS	*2,5*	*–*	*45*	*2,5*	*–*	*5*	*2,3*	*2*	*102*
PS	*33,3*	*92*	*1 700*	*33,2*	*85*	*691*	*33,2*	*983*	*8 407*
PPD	*24,5*	*103*	*1 659*	*24,3*	*93*	*623*	*24,5*	*1 157*	*9 086*
CDS	*16,4*	*31*	*1 048*	*16,6*	*22*	*317*	*15,3*	*475*	*5 104*

Eigene Zusammenstellung nach den Daten in: M.A.I.: Eleiçoes para os Órgaos des Autarquias Locais 1976, Lisboa 1977, S. 13, 424 u. 817.

VII

Die weitere politische Entwicklung Portugals mußte entscheidend davon abhängen, welche Wege zur Lösung der gravierenden ökonomisch-sozialen Krisensituation eingeschlagen wurden. Diese sei zunächst in einigen Aspekten kurz skizziert[124]). So waren im Dezember 1976 – nicht zuletzt infolge des dramatischen Zustroms von Angola-Heimkehrern – mehr als 500 000 Arbeitslose offiziell registriert. Mitte 1977 betrug ihre Zahl immer noch weit über 400 000. Die inflationäre Entwicklung verschärfte sich. Ende 1976 betrug der Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr 27 %, 1977 im Durchschnitt mehr als 25 %. Da die Löhne wesentlich geringer anstiegen, kam es zu einer massiven Schrumpfung der Reallöhne (Ende 1976: – 16 %; 1. Halbjahr 1977: – 17 %). In den ökonomischen Außenbeziehungen verschlechterte sich die portugiesische Situation drastisch. Die Bilanz der laufenden Kosten wies für den Zeitraum 1974 – 1977 ein Gesamtdefizit von mehr als 4 Mrd. Dollar auf – Folge einmal der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, zum anderen spezifischer

123) So betrug die Wahlbeteiligung bei den Gemeindewahlen nur noch 65,5 %.
124) Vgl. zu den folgenden Daten OECD Economic Surveys: Portugal 1977, Paris 1978, S. 12 ff.

Bedingungen wie z. B. des Verlustes privilegierter Märkte im Zuge des Dekolonisierungsprozesses. In diesem Zusammenhang stieg die Auslandsverschuldung Portugals rasant an[125]).

Der Kurs der sozialistischen Minderheitsregierung unter Soares dieser Situation gegenüber war vorgezeichnet. Soares selbst ließ, als er im Sommer 1976 sein Regierungsprogramm erläuterte, kaum Zweifel darüber aufkommen, daß er dem massiven Druck des kapitalistischen Auslands – der nicht zuletzt durch die intensiven Einwirkungen der bundesdeutschen Sozialdemokratie vermittelt wurde – Rechnung tragen wollte und eine Politik der „Normalisierung" und „Stabilisierung" im geforderten Sinn einzuleiten bereit war. Wenn er auch die ökonomisch-sozialen Ergebnisse des revolutionären Prozesses zu bewahren versprach, so sah er in ihnen andererseits wesentliche Ursachen der Krise. Daher plädierte er dafür, die „Fehler und Exzesse" der Agrarreform und der „übereilten" Nationalisierungspolitik zu korrigieren, sollte doch „das Privatkapital wieder Vertrauen fassen und zu Investitionen angeregt werden"[126]). Das Verhältnis von staatlichem und privatem Sektor sah Soares nicht – wie es die Verfassung forderte – durch eine zu konkretisierende nichtkapitalistische Dynamik bestimmt, sondern in der Perspektive des Modells einer kapitalistischen Gesellschaft mit starkem, Korrekturfunktionen übernehmendem öffentlichen Sektor[127]). Die Krisenlösungsstrategie der PS-Regierung zielte auf der Basis dieser Positionsbestimmung – den Expertisen der internationalen kapitalistischen Organisation folgend – einerseits auf ein Paket restriktiver Maßnahmen zu Lasten primär der Lohnabhängigen (Lohnbegrenzungen, Steuererhöhungen, drastische Einschränkung öffentlicher Ausgaben etc.), andererseits auf Stimulation des privaten Kapitals (Krediterleichterungen, Freigabe bisher regulierter Preise, Ankündigung von Entschädigungen für Enteignungen, Anreize für ausländische Investitionen).

Von der PCP wurde diese Politik von Anfang an entschieden bekämpft, ohne daß sie ihre Realisierung maßgeblich hätte verhindern können[128]). So verfügte die Regierung in ihrem „Programm Nr. 1" vom Februar 1977 u. a. eine Preiserhöhung von 20 % für 16 zentrale Konsumgüter, eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 20 % und eine Abwertung des Escudo um 15 %. Zuvor schon hatte sie Maßnahmen einer restriktiven Lohnpolitik durchgesetzt. Im Sommer 1977 erließ sie ein Gesetz zur Eingrenzung des nationalisierten Sektors sowie einen neuen Kodex für ausländische Kapitalinvestitionen, der nunmehr gegenüber dem vorhergehenden wesentlich „liberalere" Bestimmungen enthielt[129]). Im „Programm Nr. 2" folgten u. a. eine Einschränkung des Streikrechts sowie eine Lockerung des bisherigen starken Schutzes vor Entlassun-

125) Sie betrug Mitte 1977 2,8 Mrd. Dollar (ebd., S. 25).
126) M. Soares, Portugal, a.a.O., S. 191 ff.
127) Die Sozialismusvorstellung reduzierte sich daher für ihn – genuin sozialdemokratisch – auf dieses Modell einer „Mischwirtschaft" und das Ziel einer Verbesserung der Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten (ebd., S. 76 ff.). – S. auch den Bericht über die Regierungserklärung in: FAZ v. 4. 8. 1976, S. 1 f.
128) Vgl. die Kritik am Regierungsprogramm in: Thesen der PKP zum VIII. Parteitag (II), in: „Informationsbulletin" (Prag), Nr. 23/24 1976, S. 26 f. Die PCP sprach hier von einer Politik der „kapitalistischen Wiederbelebung", die „die großen demokratischen Umwälzungen in Frage" stelle.
129) Zu den Maßnahmen der Regierung Soares vgl. OECD Economic Surveys, a.a.O., S. 25 ff.; F. I. I. (Hrsg.), Foreign Investment Code, Lisboa 1977, bes. Art. 13, der die bisherigen Beschränkungen des Profit-Transfers aufhob.

gen. Im September 1977 schließlich folgte das berüchtigte Agrarreform-Gesetz des Ministers Barreto, von dem sein Vorgänger im Amt, der Sozialist Cardoso, sagte, daß es „einer vollständigen Revision der ursprünglichen Prinzipien der Agrarreform" entspreche[130]). Dieses Gesetz, das die Rückgabe expropriierten Landes an die Latifundisten in großem Stil ermöglichte und beabsichtigte, wurde nach einer ersten Phase militanter Anwendung aufgrund des erbitterten Widerstandes der Landarbeiter nur zögernd gehandhabt, um nun in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen wieder als Basis des offensiven Vorgehens gegen die Kollektivgüter des Südens zu dienen[131]).

Damit schuf die Regierung Soares jene Vorbedingungen, die von Politikern, Regierungen und internationalen Organisationen Westeuropas und der USA mit dem Ziel der Eindämmung und Revision der sozialistischen Entwicklung seit 1975 unablässig als Voraussetzung jeder Wirtschaftshilfe benannt worden waren. In diesem Kontext hatte insbesondere die Bundesrepublik – sowohl auf Regierungsebene wie auch auf der Ebene bilateraler Parteienbeziehungen – eine Schlüsselrolle übernommen. Es war zuvorderst die Bundesregierung, die in einer Fülle außenpolitischer Aktivitäten einerseits militant-interventionistische Tendenzen zurückwies, andererseits die dann realisierte komplexere Strategie formulierte, durch gezielten politischen und ökonomischen Druck einen Kurs der sozialdemokratischen Beendigung der sozialistischen Entwicklung in Portugal und der Einbindung in den kapitalistischen Verbund durchzusetzen[132]). Die „Unterstützung der Demokratie" in Portugal, die von den führenden Politikern der Bundesrepublik ständig gefordert wurde, enthüllte immer offener ihr zentrales Kalkül: Unterstützung zur Verhinderung des Sozialismus in Portugal. Dieses Ziel wurde auch – verbunden mit einem klaren Bekenntnis zur Führungsrolle der Bundesrepublik bei der Wahrnehmung der globalen Interessen des internationalen kapitalistischen Systems im süd- und westeuropäischen Raum – in SPD-Kreisen eindeutig formuliert. So hieß es in dem Artikel, der offenkundig die Überlegungen des außenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Bruno Friedrich, paraphrasierte, unter Verweis auf die potentiell brisante Entwicklung in Frankreich und Italien unzweideutig: In Portugal drohe „zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte in einem westeuropäischen NATO-Staat die Machtübernahme durch die Kommunisten Realität zu werden". Daher stehe „die Glaubwürdigkeit und Effizienz unseres politischen Systems gegenüber dem Kommunismus auf dem Spiel. Diese Herausforderungen richten sich an die europäische Gemeinschaft als Ganzes . . . Wir benötigen politischen Mut, um die wahren Tatbestände und unsere Strategie offen darzulegen. Zum einen sollte der Trans-

130) Vgl. Interview mit Lopes Cardoso, in: „Berliner Extra-Dienst", v. 28. 10. 1977, S. 18.
131) Vgl. A. L. Cardoso, A. Nova Lei da Reforma Agrária, a.a.O., S. 7 ff.; E. Rosa, A Reforma Agrária em Perigo, a.a.O., S. 52 ff.; 2. Conferencia da Reforma Agrária, 22./23. 10. 1977, Evora – Bilanço da offensiva contra a Reforma Agrária (hekt.). Nach Angaben dieser Konferenz wurde die Landrückgabe von mehr als 46 000 ha erzwungen.
132) Vgl. dazu H. Hübner, Portugal, a.a.O., S. 123 ff. Vgl. z. B. auch den Bericht über die Frühjahrstagung der NATO im Mai 1975 in: FAZ v. 31. 5. 1975, S. 1 f., Bericht über die Perspektive der Bundesregierung gegenüber Portugal vor den Wahlen zur Konstituante in: „Der Spiegel" v. 14. 4. 1975 („Heikle Mission"). Zu Aspekten der US- und NATO-Analyse der portugiesischen Entwicklung vgl. R. Mennel, Wehr- und militärgeographische Analyse Portugals, in: „Wehrforschung", 2/1975, S. 58 ff.; G. Basler, Die Haltung der USA zur politischen Entwicklung in Portugal, in: „Deutsche Außenpolitik", 3/1976, S. 420 ff.

fer realer Ressourcen nicht länger als ein Akt politischen Altruismus dargestellt werden. Es geht hier in allererster Linie um unser eigenes Interesse . . . Darum müssen wir jetzt in Portugal den Zeitzünder entschärfen . . . Eben dies ist eine Frage des angewandten demokratischen Sozialismus . . .''[133]).

Als wesentliches Instrument für die Umsetzung dieser Konzeption fungierten die engen Beziehungen zwischen SPD und PS. Allein bis Ende 1974 wurde nur von der Friedrich-Ebert-Stiftung, die eine starke Dependance in Lissabon aufbaute, ca. 1 Mio. DM nach Portugal transferiert – „für politische Bildungsarbeit und technische Hilfe zum Aufbau demokratischer Institutionen und Organisationen''[134]). Zur Neutralisierung der Parteilinken und gegen deren Widerstand erhielt so der Soares-Flügel der PS in großem Maßstab materielle, personelle und konzeptionelle Unterstützung der SPD[135]). Auf internationaler Ebene geschah dies u. a. mit Hilfe des von der SPD initiierten „Komitees für Freundschaft und Solidarität mit Demokratie und Sozialismus in Portugal'', das auf der Stockholmer Konferenz der Sozialistischen Internationale im August 1975 beschlossen und wenig später konstituiert wurde[136]). In welchem Ausmaß die SPD-Parteiführung das Portugal-Engagement zugleich als präventive Offensive gegen Volksfront-Affinitäten der Linken in der eigenen Partei betrieb, wurde während der Solidaritätskampagne für Soares deutlich, die die SPD im Herbst 1975 in der Bundesrepublik durchführte. Gegen Parteimitglieder, die es gewagt hatten, Argumente der Linken in der portugiesischen Schwesterpartei aufzugreifen und die Soares-Linie sowie die Portugal-Politik der SPD zu kritisieren, wurde sofort administrativ vorgegangen, z. T. durch Einleitung von Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses[137]).

Die ökonomischen Stützungsmaßnahmen auf internationaler Ebene setzten ein, sobald die Perspektive der „Normalisierung'' und „Stabilisierung'' in Portugal hinreichend gesichert schien – in relevantem Umfang daher erst mit dem Jahr 1976. Eine sicherlich unvollständige Auflistung der von der Bundesrepublik und von ihr maßgeblich mitfinanzierten internationalen Organisationen des kapitalistischen Verbundsystems – also ohne die vielfältigen separaten Aktivitäten anderer Staaten, etwa der USA – bis Mitte 1978 eingeleiteten Hilfsmaßnahmen für die „Gewährleistung einer pluralistischen Demokratie'' in Portugal ergibt folgendes Bild: 1. Entwicklungshilfe der Bundesrepu-

133) H. Beck, Portugal und die EG. Notwendigkeit und Möglichkeit einer Gemeinschaftshilfe für Portugal, in: „Die Neue Gesellschaft'', 7/1975, S. 531 ff., hier S. 532 f. – Bruno Friedrich, auf den sich der Artikel bezieht, zählt zu den Exponenten der SPD-Portugalpolitik und speziell der Einflußnahme auf die Sozialistische Partei.
134) Vgl. „Sozialdemokrat Magazin'', 1/1975. – Selbstverständlich waren auch CDU und CSU über ihre Parteistiftungen außerordentlich aktiv in Portugal, wobei die CSU Beziehungen bis ins Lager der putschistischen Rechten unterhielt (vgl. G. Wallraff: Aufdeckung einer Verschwörung, a.a.O.).
135) Z. B. arbeiteten im Sommer 1978 in Lissabon bundesdeutsche Experten für Genossenschaftsrecht im Auftrag und auf Kosten der Friedrich-Ebert-Stiftung an der Vorlage für ein von der PS einzubringendes Genossenschaftsgesetz, das die Durchsetzung eines kapitalistisch integrierten Genossenschaftssystems in der Agrarreformzone ermöglichen sollte.
136) Als Aufgaben wurden u. a. formuliert: „2. Besuche von und Kontakte mit zahlreichen Trägern politischer und militärischer Verantwortung. 3. Einwirkung auf europäische Regierungen und Kräfte der internationalen Politik, um sie . . . für eine konstruktive Haltung zu gewinnen . . . 5. Empfehlung von Maßnahmen, um Portugal bei der Lösung seiner schwierigen wirtschaftlichen Probleme behilflich zu sein.'' (W. Brandt, a.a.O., S. 188). Dem Komitee gehörten – neben Brandt als Vorsitzendem – die Parteivorsitzenden und Regierungschefs Kreisky, Mitterand, Palme, Wilson und den Uyl an.
137) Vgl. dazu die Berichte in: FAZ v. 17. 9. 1975, S. 5; FRv. 22. 10. 1975, S. 15; FR v. 25. 11. 1975.

blik: a) Kapitalhilfe-Kredite in Höhe von 360 Mio. DM; b) Technische Hilfe i. e. Sinn von 9,35 Mio. DM; c) sonstige technische Hilfe von 16,5 Mio. DM. 2. Kredite der Weltbank in Höhe von 298,5 Mio. Dollar. 3. Kredite der EG: a) Soforthilfe vom Oktober 1975 in Höhe von 145 Mio. ERE[138]); b) Kredite im Rahmen des Finanzprotokolls vom September 1976 in Höhe von 230 Mio. ERE, c) Soforthilfe vom Oktober 1978 in Höhe von 180 Mio. ERE. 4. Zahlungsbilanzhilfen: 4.1 Internationaler Währungsfond: 302,3 Mio. SZR[139]); 4.2 Notenbanken: a) Kreditlinie von 8 europäischen Notenbanken (1976) in Höhe von 250 Mio. Dollar, b) mit portugiesischen Goldreserven gesicherter Kredit der Deutschen Bundesbank (1976) in Höhe von 250 Mio. Dollar; 4.3 Kredite der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: a) Kreditlinie März 1976 von 250 Mio. Dollar, b) Kreditlinie Februar 1977 von 100 Mio. Dollar; 4.4 Internationale Kreditaktion 1978 in Höhe von 750 Mio. Dollar[140]). Zur letzten Kreditaktion hieß es – durchaus exemplarisch – ganz lakonisch: „Portugal stimmte zu, während 18 Monaten ein weiteres Wirtschaftsstabilisierungsprogramm im Einvernehmen mit dem IMF durchzuführen."[141]) Es bedarf keiner aufwendigen imperialismustheoretischen Anstrengung, um die politischen und wirtschaftspolitischen Bezugsgrößen der genannten Organisationen zu bestimmen[142]). Zur Illustration mag der Hinweis genügen, daß der portugiesische Vertreter in der Portugal-Kommission des Internationalen Währungsfonds einer der Brüder de Melo war, Mitbesitzer der vormals größten, 1975 verstaatlichten Monopolgruppe CUF.

In konsequenter Fortführung dieser über sie vermittelten Einbindungsstrategie hat die PS-Regierung 1977 den Beitritt zur EG beantragt – ein Schritt, von dem Soares selbst noch 1974 gesagt hatte, daß durch ihn „unsere Wirtschaft binnen kürzester Frist ruiniert, von den großen multinationalen Firmen völlig kolonisiert und unser Land möglicherweise entvölkert werde[143]). Die im Gegensatz zu dieser nach wie vor richtigen Einsicht von Soares vorangetriebene Politik der Vertrauenswerbung gegenüber dem internationalen und nationalen Kapital mußte zwangsläufig die portugiesische Rechte, die genuine Vertretung der portugiesischen Kapitalinteressen, stärken. Im Zuge dieser Entwicklung büßte die PS-Regierung ihren Manövrierspielraum zwischen den antagonistischen Klassenblöcken der portugiesischen Politik zunehmend ein. Dem verstärkten Druck der Rechten nachgebend, ging die PS Anfang 1978 eine Koalition mit der CDS – der äußersten parlamentarischen Rechten – ein, die nur als offener Ausdruck einer forcierten Restaurationsstrategie und als akute Bedrohung der ökonomisch-sozialen Ergebnisse des revolutionären

138) Europäische Rechnungseinheit.
139) Sonderziehungsrechte.
140) Vertragspartner dieser Aktion: USA (300 Mio.), BRD (200 Mio.) sowie neun weitere kapitalistische Staaten. („Archiv der Gegenwart", 24./25. 6. 1977, S. 21089). – Die obige Auflistung stützt sich primär auf eine Auskunft des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit v. 27. 10. 1978, sowie: Presseberichte in FAZ, FR, „Handelsblatt", „Archiv der Gegenwart" im Zeitraum 1975–1978; Weltbank Jahresbericht 1978, Paris 1978.
141) „Archiv der Gegenwart", a.a.O., S. 21089.
142) Vgl. z. B. G. Leithäuser: Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die eingeschränkte Souveränität nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik, in: „Blätter", 3/1978, S. 290 ff., zu Portugal S. 300. R. Tetzlaff: Die Entwicklungspolitik der Weltbank, in: „Leviathan", 4/1973, S. 489 ff.
143) Zit. nach „Berliner Extra-Dienst" v. 29. 3. 1977, S. 16.

Prozesses zu interpretieren war[144]). Als die CDS, der Logik des Bündnisses entsprechend, eine verschärfte Revisionspolitik vor allem im Agrarreformsektor durchzusetzen suchte, zerbrach die Koalition im Juli dieses Jahres, da die PS-Führung nicht umhin kam, den entschiedenen Widerstand eines großen Teils der Parteibasis zu berücksichtigen, wollte sie nicht ein Auseinanderbrechen der Partei riskieren. Dieser Vorgang hat eine sich verschärfende, bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt andauernde politische Krise ausgelöst, die von den Rechtsparteien gezielt als Krise des politisch-institutionellen Systems der jungen Demokratie akzentuiert und vor allem von der PPD zu massiven Forderungen nach vorzeitiger Revision der progressiven Verfassung genutzt wird. In der aktuellen Umsetzung dieser Perspektive drängen die Rechtsparteien und die industriellen und agrarischen Unternehmerverbände (CIP, CAP) auf eine unzweideutige, forcierte Politik der Liquidation der demokratisch transformierten Sektoren. Auf der institutionellen Ebene vergegenständlicht sich die politische Krise in einer Selbstblockade des portugiesischen Parteiensystems. Während die im bürgerlichen Lager klar dominierende PPD/PSD offen eine Bürgerblock-Regierung unter Einbeziehung der Sozialisten bzw. alternativ eine reine Präsidialregierung fordert, hat die PS bislang – praktisch folgenlos und politisch ohnmächtig – auf ihrem Führungsanspruch beharrt. Diese Situation mußte notwendig die in der Verfassung angelegten Elemente eines Präsidialsystems mobilisieren. Konsequent seine Machtposition nutzend, beauftragte Präsident Eanes einen parteiunabhängigen Industriemanager, Nobre da Costa, mit der Bildung eines präsidialen Fachleutekabinetts. Die Regierung Nobre da Costa wurde Mitte September sofort bei der Vorstellung ihres Regierungsprogramms durch einen Mißtrauensantrag der PS gestürzt und fungiert seitdem – obwohl niemals vom Parlament bestätigt – als geschäftsführende Regierung[145]). Nach der Verfassung nur mit begrenzter politischer Handlungskompetenz ausgestattet, betrieb diese Regierung eine durchaus aktive Politik der Umsetzung zentraler Forderungen der Rechtsparteien. Vor allem im Sektor der Agrarreform nahm sie die Revisionspolitik Barretos in militanter Form wieder auf.

Unter Einsatz militärischer Machtmittel wurden und werden erneut Landrückgaben an die Latifundisten erzwungen, die Kooperativen und UCPs z. T. ihres besten Landes und zentraler Einrichtungen (Gebäude etc.) beraubt[146]). Dabei gingen die Behörden selbst über die ohnehin weitgefaßten Bestimmungen des Barreto-Gesetzes hinaus. So wurde in der Regel zentral gelegenes, durch Meliorationsarbeiten der Kooperativen verbessertes Land an die ehemaligen Besitzer zurückerstattet, obwohl das Gesetz die Rückgabe von „Reserve"-Land möglichst auf Ländereien beschränkt wissen will, auf denen keine Investitionen der Kooperativen vorgenommen wurden. Dazu wurden weder die Bewertungsmaßstäbe des Gesetzes noch seine Bestimmungen über Investitionsmöglichkeiten der Kooperativen berücksichtigt, von der Umset-

144) Zur Analyse dieser Politik durch die PCP vgl. „Informationsbulletin" (Prag), Nr. 12/13 1977, S. 17 ff.; Nr. 16/17 1977, S. 20 ff.; Nr. 1/1 1978, S. 10 ff.; Nr. 4 1978, S. 27 ff.
145) Vgl. dazu FAZ v. 25. 8. 1978, 12. 9. 1978; „Informationsbulletin" (Prag), Nr. 15/16 1978, S. 18 ff.
146) Vgl. FAZ v. 13. 10. 1978, 2. 11. 1978; „Avante" (Lissabon) v. 2. 11. 1978, S. 6 f., S. 9 (Dokumentation der Landrückgaben).

zung der nach dem Gesetz möglichen zusätzlichen Enteignung von ca. 700 000 ha Land ganz zu schweigen. Von seiten der Kooperativen wurde daher zu Recht darauf verwiesen, daß das Vorgehen der Regierung – begründet mit der Notwendigkeit, eine effizientere Agrarproduktion zu erreichen – ausschließlich dem politischen Ziel der ökonomischen Lähmung und zunächst partiellen Zerschlagung des Kooperativ-Sektors diene[147]). Wie auch soll das nationale Agrarprodukt gesteigert werden, wenn den Kooperativen – mitten in der Zeit der Aussaat – Kredite gekürzt und Ländereien entzogen werden? Die gegenwärtige Offensive der Regierung zielt somit ganz unzweideutig auf die Destabilisierung der Kooperativen und die Schaffung von Bedingungen für den ökonomischen Mißerfolg der Agrarreform als Voraussetzung einer strukturellen Revision.

Die neue Präsidialregierung unter Mota Pinto, einem früheren führenden Mitglied der PPD/PSD, hat schon vor ihrem Amtsantritt Ende November 1978 deutlich gemacht, daß sie den Kurs Nobre da Costa gerade in der Agrarreformfrage fortzusetzen beabsichtige[148]). Auch von der neuen Regierung, die lediglich auf die klare Unterstützung der PPD/PSD sowie der Unternehmerverbände, dagegen nicht auf eine Parlamentsmehrheit zählen kann[149]), ist eine Lösung der politischen Krise nicht zu erwarten. Daß deren Fortdauer eine wachsende Polarisierung der beiden Klassen-Lager bewirkt und damit vor allem die Position der Sozialistischen Partei – auf deren „Abnutzung" die Rechte strategisch zielt – zunehmend untergräbt, lassen zwei symptomatische Wahlergebnisse der jüngsten Zeit deutlich erkennen. In einer Mitte September notwendig gewordenen Neuwahl der Kommunalorgane in einem nördlichen Kreis (Mirandela) wurde der Stimmenanteil der PS gegenüber 1976 halbiert (13,7% statt bisher 26,1%), der des PCP-Bündnisses verdoppelt (14,2% / 7,6%), während sich auf der Rechten – die insgesamt gewann – die PPD als eindeutig stärkste Kraft durchsetzte (53,6% / 30%) und die CDS stark verlor (15% / 32%)[150]). Ein ähnliches Bild der Polarisierung ergab sich bei der vom Umfang her wesentlich bedeutenderen Neuwahl der Kreisorgane Mitte November 1978 im Kreis Evora, dem Zentrum des Agrarreformgebietes. Dort errang das PCP-Bündnis erstmals die absolute Mehrheit (52,5%), die PS schrumpfte um die Hälfte (17,5%) und wurde von der PPD/PSD (20,2%) überflügelt, während die CDS auch hier verlor (5%)[151]). Diese Ergebnisse signalisieren – neben der eindeutigen Stärkung der PCP auf der Linken, der PPD auf der Rechten – als durchaus landesweite Tendenz einen dramatischen Erosionsprozeß der PS-Anhängerschaft, der sich auch in einer wachsenden inneren Zerrissenheit der Partei niederschlägt[152]). Vor dem Hintergrund dieser Situation und des offenkundigen Scheiterns ihrer Politik der „moderaten" Restauration und der Vermittlung zwischen den Klassen-Blöcken steht die PS –

147) „Avante" v. 9. 11. 1978, S. 9.
148) Vgl. FAZ v. 7. 11. 1978, S. 6; „Avante" v. 9. 11. 1978, S. 9.
149) FAZ v. 21. 11. 1978, S. 5.
150) „Avante" v. 14. 9. 1978, S. 3.
151) FAZ v. 21. 11. 1978, S. 5.
152) Vgl. dazu die Analyse der Parteisituation durch J. L. Cardoso, in: „Berliner Extra-Dienst", a.a.O., S. 18 ff. – Zur Austrittsbewegung der auf ein offenes Bündnis mit dem Bürgerblock drängenden Parteirechten (Barreto u. a.), vgl. FAZ v. 2. 11. 1978.

die politisch-institutionell immer noch eine Schlüsselrolle innehat – verstärkt vor der Alternative, ob sie ihre bisherige Linie fortsetzt oder zu einer bedingten Kooperation mit der PCP findet, die ihre Bereitschaft zur auch begrenzten Zusammenarbeit immer wieder betont hat[153]). Daß ein Zusammengehen möglich ist, hat sich zuletzt z. B. bei der Wahl eines sozialistischen Parlamentspräsidenten sowie bei der gemeinsamen Durchsetzung eines neuen Wahlgesetzes gezeigt[154]). Nicht zuletzt die selbstmörderische Konsequenz des Soares-Kurses für die eigene Partei könnten die PS veranlassen, die einzige Chance für eine Lösung der politischen Krise gegen die vorwärtsdrängende Rechte zu ergreifen und sich – im partiellen Bündnis mit der Hauptkraft der Linken, der PCP – auf eine Politik der Verteidigung der seit 1974 erkämpften demokratischen Veränderungen und der Respektierung der Verfassung zurückzubesinnen. Angesichts der nach wie vor starken, auch durch externe Einflußfaktoren gestützten antikommunistischen Fixierung der sozialistischen Parteiführung darf diese Chance sicherlich nicht überschätzt werden.

Politik für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt

Von Gerd Deumlich

Auf ihrem Mannheimer Parteitag vom 20. bis 22. Oktober verabschiedete die DKP ein Parteiprogramm, dessen Entwurf die „Blätter" in ihrem Januarheft auszugsweise dokumentiert hatten. Aus dem Leserkreis ging uns eine Reihe von Fragen zu, die wir an die DKP weitergeleitet haben; der folgende Beitrag von Gerd Deumlich, Mitglied des Präsidiums der DKP, geht auf diese Fragen ein. D. Red.

I

Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Behauptung laut würde, die seit Monaten anhaltende und alle politischen Kräfte intensiv beschäftigende Diskussion über die Berufsverbote sei von der DKP als „Begleitmusik" zu ihrem

153) Vgl. z. B. „Informationsbulletin" (Prag), Nr. 15/16 1978, S. 18 ff.; Rede A. Cunhals in: „Avante" v. 2. 11. 1978, S. 6 f.
154) Vgl. „Avante" v. 2. 11. 1978, S. 2. – Dem stehen allerdings scharfe Abgrenzungserklärungen der PS-Spitze entgegen, ebenso auch das Vorgehen der PS im Gewerkschaftssektor, wo sie zusammen mit der PPD/PSD eine neue antikommunistische Gewerkschaftszentrale gründete (vgl. „Avante" v. 16. 11. 1978, S. 12; FAZ v. 31. 10. 1978).

Mannheimer Parteitag inszeniert worden. In der Tat ist es ein bemerkenswertes Zusammentreffen, daß die DKP ihr Parteiprogramm in einer Situation verkündet, da die Frage, wie man es eigentlich mit den Kommunisten des eigenen Landes halten soll, fast zum innenpolitischen Dauerbrenner geworden ist.

Inzwischen geht der Streit längst nicht mehr formal-juristisch darum, wie denn nun mit dem „Radikalen-Erlaß" zu verfahren sei. Auch über die mit primitivster Schreckpropaganda über „kommunistische Infiltration" versehene Frage hinaus, ob etwa kommunistische Lehrer unsere Kinder erziehen sollen, ist man zum Kern der Sache gekommen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) sieht die „Dämme gegen den Kommunismus" einreißen. Die DKP werde „den drei Bastionen, die sie hat – eine beachtliche Mitgliederzahl von rund 46 000, Schwerpunkte in Betrieben, Brückenköpfe in einigen Kommunalparlamenten –, eine vierte anbauen können: DKP-Mitglieder und sogar -Funktionäre im Staatsdienst, die sich dort nicht zu verstecken brauchen, sondern sich zu ihrer Partei bekennen dürfen." Ergo: „Es geht darum, ob die DKP, nach ihrer Gründung und Duldung, ein weiteres Feld besetzt, auf dem sie sich als gleichberechtigte politische Kraft erweisen und sich als mögliches Angebot für später dem Publikum zur Verfügung halten kann." (FAZ v. 3. November 1978)

Wenn ernstzunehmende Gegner der DKP ihre Sorgen derart unumwunden ausbreiten, dürfte ihnen klar sein, daß die Frage nach dem Platz der DKP in diesem Land nicht mit den üblichen antikommunistischen Schnoddrigkeiten abzutun ist. Man verläßt sich nicht darauf, der „Dogmatismus" und die „Moskau-Anhängigkeit" der DKP würden schon dafür sorgen, daß sie kein Bein auf die Erde bekomme. Als Propagandamunition sind diese Stereotypen zwar noch allemal gut – im tiefsten Innern aber hält man die DKP sehr wohl für ein „mögliches Angebot", für eine Alternative mit Zukunftschancen –, weshalb es gar nicht erst dazu kommen darf, daß sie „als gleichberechtigte politische Kraft" wirksam werden kann. So gut hat man dort den Mannheimer Parteitag und das ganze bisherige Wirken der DKP verstanden!

Nun lebt unser Selbstverständnis als Kommunisten keinesfalls von der Beurteilung seitens unserer Gegner. Im Bericht an den Mannheimer Parteitag stellte der DKP-Vorsitzende Herbert Mies dieses Selbstverständnis, den politischen Anspruch der Kommunisten, in Zusammenhang mit aktuellen Spekulationen über mögliche Veränderungen der Parteienlandschaft und über die Gründung einer „Vierten Partei" dar: „Die vierte Partei ist längst da! Das ist die Deutsche Kommunistische Partei. Die DKP verkörpert den revolutionären Teil der Arbeiterbewegung unseres Landes. Dadurch unterscheidet sie sich grundlegend von SPD, CDU/CSU und FDP, von den drei Strömungen Sozialreformismus, Konservatismus und Liberalismus. Zugleich bietet unsere Partei den arbeitenden Menschen eine wirkliche politische Alternative."

So sicher wir Kommunisten uns unserer selbst sind, so wenig ist noch die Frage praktisch entschieden, ob für eine solche, die bestehende Gesellschaftsordnung in Frage stellende Alternative überhaupt eine Notwendigkeit besteht. Da kommt es weniger auf die Zukunftsängste der Großbourgeoisie an

als vielmehr auf das Bewußtsein der Millionen Arbeiter und Angestellten: Ob sie sich aus erkanntem Klasseninteresse für die grundlegende Veränderung der Verhältnisse, für den Sozialismus, entscheiden werden. An sie richtet sich das DKP-Programm, die Beweisführung, daß die großkapitalistische Ordnung in jeder Hinsicht den Lebensinteressen der Werktätigen entgegensteht, daß aufgrund der Widersprüche dieser Ordnung, die ihre geschichtliche Überlebtheit kennzeichnen, eine grundlegende gesellschaftliche Lösung unumgänglich ist. Da dies durch Propaganda allein nicht zu vermitteln ist, sondern die auf eigener politischer Erfahrung beruhende bewußte Entscheidung der Mehrheit der Arbeiterklasse, deren bewußtes Handeln voraussetzt (davon auszugehen, ist ein entscheidendes Indiz für den demokratischen Charakter der DKP-Politik), hält die DKP eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, die in eine antimonopolistische Demokratie einmündet, welche wiederum den Weg zum Sozialismus öffnet, für die den Bedingungen der Bundesrepublik gemäße Orientierung. Die Probe auf dieses Konzept ist natürlich nicht primär die theoretische Stichhaltigkeit des Programms, sondern die reale Entwicklung des Klassenkampfes. Deshalb begnügen wir Kommunisten uns allerdings nicht damit, wie es die FAZ untertreibend darstellt, uns „als mögliches Angebot für später dem Publikum zur Verfügung (zu) halten", sondern wir führen in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen dieser Tage einen aktiven Kampf um Einfluß unserer Ideen, um Vertrauen.

Nun wird gerade der Effekt dieses Bemühens als Beweis für die völlige Aussichtslosigkeit genommen, die der Sache der Kommunisten in diesem Lande beschieden sei. So glaubt man, an einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Programm der DKP vorbei- und mit dem Hinweis auf ihre geringen Wahlerfolge auszukommen. Das mag vordergründig noch ganz wirksam sein, ergibt aber dennoch nur ein verzerrtes Maß für das politische Gewicht der DKP. Wie wäre es sonst zu erklären, daß es für den Interngebrauch der Großbourgeoisie durchaus treffende Einschätzungen gibt (siehe z. B. die zitierte FAZ), wovon auch kräftiger öffentlicher Gebrauch gemacht wird, wenn es darum geht, die DKP wieder einmal als die eigentliche „linke Gefahr" hinzustellen. Dafür gibt es ja Gründe.

War die Konstituierung der DKP das Kontra zu dem Versuch, die Entfaltung des Klassenkampfes in diesem hochentwickelten kapitalistischen Lande zu vereiteln und das Trugbild des „sozialen Friedens" zwischen Kapital und Arbeit zum total funktionierenden Leitbild für das Verhalten der Arbeiterklasse zu machen, so kam es in den vergangenen zehn Jahren tatsächlich zu einem Aufschwung des sozialen Klassenkampfs. Wir verbuchen nicht für uns, daß wir das angezettelt hätten. Aber in der Zeit verschärft aufbrechender sozialer Gegensätze ist die konkrete Rolle der DKP, ihre richtigen Forderungen wie die solidarische Aktivität der Partei, schon ein Faktor. Wir haben nicht durch die Krise unseren Weizen blühen sehen, sondern von Anfang an eine krisenunerfahrene und zunächst stark verunsicherte Arbeiterklasse auf die wirksame Abwehr der Krisenlasten orientiert. Nicht weil Hoffnungslosigkeit in der Arbeiterklasse um sich gegriffen hätte, sondern weil kämpferisches Selbstbewußtsein anwächst, ist es so bedenklich für die Verteidiger des Kapi-

tals, daß die DKP die Verteidigung und den Ausbau erkämpfter sozialer Errungenschaften, einen demokratischen Ausweg aus der Krise verficht! Darum ist es so gefährlich, daß es nicht gelang, die Ideen grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen aus dem öffentlichen Leben zu verbannen; daß sie vielmehr durch die DKP vertreten sind.

Angesichts der Zunahme der Kämpfe und Aktionen der Arbeiterklasse erhält die Tatsache politische Bedeutung, daß die DKP die unter den Linken früher sehr heftig und zum Teil heute noch umstrittene Frage nach der entscheidenden gesellschaftlichen Kraft beantwortete, indem sie alle pseudolinken Theorien zurückwies, die die Rolle der Arbeiterklasse in Zweifel stellten. Es hat sich nicht nur unsere marxistisch begründete Auffassung bestätigt, diese Position hat zugleich die einzig tragfähige Grundlage für das Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz erhalten. Nicht zuletzt das theoretische und politische Wirken marxistischer Kräfte führte zu einer stärkeren Solidarisierung im Kampf für gemeinsame und spezifische Forderungen.

Die Konstituierung der DKP fiel in die Zeit des innen- und außenpolitischen Wandels, der in der BRD Ende der 60er Jahre begann. Unbestreitbar besteht hier ein Zusammenhang, aber er ist nicht einseitig: die DKP ist nicht bloß ein Glückskind der politischen Veränderungen. Die westdeutschen Kommunisten haben selbst aktiv die Situation mit herbeigeführt, in der das Scheitern der Adenauer-Politik offenkundig wurde. Die Bedingungen für die Konstituierung einer legalen kommunistischen Partei entstanden durch die Auseinandersetzungen um den weiteren Weg der BRD, wobei speziell die Bewegung gegen das KPD-Verbot keine geringe Rolle spielte, in der sowohl das nationale als auch das internationale Interesse an einer friedlichen und demokratischen Entwicklung der BRD zusammenflossen. Um so gewichtiger ist es, daß mit der Einbeziehung der Bundesrepublik in den internationalen Entspannungsprozeß der Friedenskampf der revolutionären Kräfte unserer Arbeiterbewegung zum Zuge kam. In den konkreten Schritten, wie der Anerkennung der Nachkriegsgrenzen, der Aufnahme normaler Beziehungen zur DDR, in den völkerrechtlichen Verträgen mit den sozialistischen Ländern, liegt ja die Tatsache, daß die Herrschenden ihre – und nicht wir unsere – Politik ändern mußten.

Das hat den nationalen Interessen zum Durchbruch verholfen – wenn auch denen, die diese Entwicklung voraussahen und geduldig für sie gearbeitet haben, noch nicht zur entsprechenden Anerkennung bei den Nutznießern, der Bevölkerung. Das gehört wohl auch zur Dialektik der Geschichte. Doch ist damit noch keineswegs unter den Tisch gefallen, daß politische Fakten, die Weichen gestellt haben für die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung der BRD, auf die Politik der Kommunisten zurückgehen – zumal heute, da reaktionäre Kreise den Entspannungsprozeß und namentlich den Weg zur Abrüstung blockieren wollen, wiederum die Kommunisten mit klarem Konzept die Interessen der Bevölkerung des eigenen Landes verfechten.

Nachdem der Versuch, mit dem KPD-Verbot die Kommunisten ein für allemal auszuschalten, gescheitert war, ist ein ganzes System von ideologischen bis

administrativen Sicherungen neu geschaffen worden, um die Wirkungsmöglichkeiten der DKP einzuschnüren, sie am Boden zu halten. Es ist keinesfalls uneffektiv geblieben. Aber: Wie insbesondere die Auseinandersetzung um die Berufsverbote zeigt, hat sich erneut an antikommunistischen Unterdrükkungspraktiken demokratischer Widerstand und die Frage nach dem Schicksal der Demokratie entzündet, ist eine gewichtige innenpolitische Korrektur fällig geworden. Es ist ja wohl von der Politik der DKP, von ihrem durch geschichtliche wie gegenwärtige Rolle legitimierten demokratischen Anspruch nicht zu trennen, wenn es auf die Erkenntnis hinausläuft: Demokratie und Ausnahmerecht für die Kommunisten vertragen sich nicht, da geraten die demokratischen Rechte und Freiheiten generell in Gefahr. Davor haben gerade wir Kommunisten von Anfang an gewarnt, und wir beziehen deshalb die Auseinandersetzung um die Berufsverbote nicht nur auf uns. Doch geht sie auch darum, ob man nicht im ureigenen Interesse dieses Landes das Verhältnis zu den hiesigen Kommunisten „normalisieren" muß. Das trifft sich damit, daß die DKP ein Programm vorlegt, das sie unbestreitbar als nationale Kraft, als eine Partei dieses Landes, die Politik für dieses Land macht, ausweist.

Wenn also nach der Rolle der DKP gefragt wird, fallen Entwicklungen ins Gewicht, die sich nicht allein in Zahlen und Prozentsätzen ausdrücken lassen. Gleichwohl leistet die DKP eine im Vergleich zu ihrer Stärke sehr umfangreiche und intensive politische Arbeit. Es spricht nur für ihr politisches Gewicht, wenn der DKP-Vorsitzende resümieren kann: „Ohne die Existenz der DKP und ihr zehnjähriges Wirken gäbe es weder in bezug auf die innere Entwicklung unseres Landes noch in bezug auf die Außenpolitik, weder in den Betrieben noch an den Schulen und Universitäten der Bundesrepublik jene positiven Entwicklungstendenzen und Ansätze, auf die sich fortschrittliche Kräfte heute im Unterschied zu früheren Zeiten stützen können und die ein starkes demokratisches Gegenpotential gegenüber der Reaktion darstellen." (H. Mies, in: Max Schäfer (Hrsg.), Die DKP. Gründung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt/M., 1978, S. 27.) Hinzu kommt: die Ziele der DKP stimmen überein mit den Entwicklungstendenzen und Perspektiven unserer Zeit, sie verkörpert, wie die Kommunisten in allen Ländern, die sozialistische Zukunft der Menschheit, die auf einem großen Teil der Erde, einschließlich deutschem Boden, schon begonnen hat. Das politische Gewicht der DKP wird also nicht zuletzt dadurch bestimmt, daß sie als marxistische revolutionäre Arbeiterpartei in der BRD „auch Teil der kommunistischen Weltbewegung ist, die – mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten als Kern – die Hauptkraft unserer Epoche darstellt". (Ebd., S. 19).

II

Das ist beileibe kein eingebildeter Faktor von Stärke. Wie sonst wäre das Bemühen der Gegenseite erklärlich, bei der DKP die Position des proletarischen Internationalismus zu erschüttern, die solidarische Verbundenheit mit der Welt des Sozialismus aufzulösen? Die entsprechende Sonderbehandlung der DKP, einerseits ideologischer Druck, andererseits „wohlmeinende" Ratschläge, setzte ein, als man die Hoffnung fahren lassen mußte, die DKP werde

für die Legalität den Preis einer „nationalkommunistischen" Selbstverstümmelung entrichten. Wenn man uns nun auf die „eurokommunistische" Fährte locken möchte, ist zunächst zu fragen, wodurch eigentlich feststehen soll, daß die bekannten Meinungsdifferenzen in der kommunistischen Bewegung auf der einen Seite bereits zu jenem „Eurokommunismus" geraten sind, auf den die bürgerlichen Erfinder des Etiketts zielen. Die Frage nach dem Verhältnis dazu ist, genau genommen, die Frage nach dem Verhältnis zu einer Erfindung der bürgerlichen Propaganda, die tatsächliche Meinungsverschiedenheiten unter Kommunisten zur berechtigten Freude der Antikommunisten auf eine Spaltung der kommunistischen Bewegung hin stilisiert.

Wir verkennen keinesfalls die Differenzen über die richtige Antwort auf Fragen, die sich heute den Kommunisten stellen. Sie sind übrigens auch auf unserem Mannheimer Parteitag zutage getreten. Nur, wir sehen sie auf einem Hintergrund, der unseren Klassengegnern alles andere als angenehm sein kann: die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses, der Vormarsch des Sozialismus, die Ausweitung der kommunistischen Bewegung, die Zuspitzung des Klassenkampfes im Zusammenhang mit der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus bringen eine zunehmende Vielfalt der Kampfbedingungen, viele neue Möglichkeiten für revolutionäre Umgestaltungen hervor und damit die Aufgabe der kommunistischen Parteien, nach dem günstigsten, den jeweiligen konkreten Bedingungen angemessenen Weg zu suchen. Das bringt die Möglichkeit von Meinungsverschiedenheiten mit sich, führt jedoch auch immer wieder an Erfahrungen heran, die den internationalen Charakter der kommunistischen Bewegung und die Notwendigkeit ihrer Einheit erhärten.

Auch die DKP stand bei der Ausarbeitung ihres Parteiprogramms vor der Frage, die wissenschaftliche Lehre von Marx, Engels und Lenin auf die konkreten Bedingungen der Bundesrepublik anzuwenden, allgemeingültige Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus, in denen sich die ganzen Erfahrungen des weltweiten revolutionären Kampfes, siegreicher Revolutionen und der Gestaltung des Sozialismus verkörpern, ebenso zu berücksichtigen wie die nationalen Besonderheiten unseres Landes, unsere fortschrittlichen Traditionen, die bisherigen geschichtlichen Entwicklungswege, die Erfahrungen unserer revolutionären Arbeiterbewegung im Kampf gegen den eigenen Klassengegner, die heutigen Kampfbedingungen in der Bundesrepublik. Daran ist unser Programm zu messen. Interessant ist nicht unser Verhältnis zu der Konstruktion „Eurokommunismus", interessant ist unser Verhältnis zur Wirklichkeit in diesem Lande, ob sich die Klasseninteressen unserer Arbeiterklasse in einer revolutionären Konzeption zugeschnitten auf die konkreten Bedingungen dieses Landes niederschlagen.

Von daher erklären sich auch unsere Positionen zu Fragen, in denen die bürgerliche Propaganda bei uns jegliche „eurokommunistische Originalität" vermißt. Es entspringt vor allem unseren eigenen Erfahrungen aus dem Klassenkampf mit der einheimischen Reaktion, unseren Analysen der hiesigen Klassengegensätze, wenn wir eine klassenmäßige Auffassung von Demokra-

tie vertreten und eine klassenneutrale „Freiheit an sich" ablehnen müssen, weil sie von den gesellschaftlichen Realitäten abstrahiert und nur die ideologische Verwirrung der Arbeiterklasse begünstigen würde. Unsere Gegnerschaft zum kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückungssystem geriete ins Zwielicht. Und wie ließe sich beim Verzicht auf ein klassenmäßiges Herangehen an das Verhältnis von Sozialismus und Freiheit die Arbeiterklasse für den Sozialismus gewinnen, der doch durch die Aufhebung der Ausbeutung heutige bürgerlich-demokratische Rechte zu realen Freiheiten für das Volk ausweitet und völlig neue, sozial garantierte Freiheiten schafft?

Oder: Unser Verhältnis zur Sowjetunion ist bestimmt von ihrer tatsächlichen Rolle, die sie heute als das bei weitem mächtigste sozialistische Land im internationalen Klassenkampf spielt und in der sich ihre geschichtemachende Bahnbrecherrolle seit der Oktoberrevolution fortsetzt. Man kann keine ehrliche Klassensolidarität mit dem Kampf der fortschrittlichen Kräfte in anderen Ländern üben, wenn man ein klassenmäßiges Verhältnis zur Sowjetunion unter dem Druck des eigenen Gegners oder für vermeintliche Vorteile im eigenen Kampf preisgeben wollte. Geschichte und Gegenwart beweisen obendrein, daß eine feste internationalistische Haltung auch im nationalen Interesse des eigenen Volkes liegt. Die Sowjetunion hatte den Hauptanteil an der Befreiung vom Faschismus. Ihre Friedenspolitik ermöglichte überhaupt erst die positiven Wandlungen der westdeutschen Außenpolitik. Und: Wenn die DKP hier einen solchen Weg zum Sozialismus durchsetzen will, der die Möglichkeiten konterrevolutionärer Einmischung der internationalen Reaktion einschränkt, muß das entscheidend auf die weitere Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt bauen, also wiederum auf die Entfaltung der Stärke und des Einflusses der Sowjetunion. Es gibt also gewichtige Gründe für die Aktualität des Thälmann-Wortes, daß die Haltung zur Sowjetunion das Kriterium für einen Kommunisten ist. Unser Gegner hat auch eine klare Position: Oft genug wurde betont, daß der „Eurokommunismus" natürlich nur dann Gnade vor seinen Augen finden kann, wenn der totale Bruch mit der Sowjetunion vollzogen wird. Wir haben uns entschieden!

III

Es ist eine alte Wahrheit: Die wichtigste Etappe des Kampfes ist immer die, in der man sich gerade befindet. Wenn darum das Programm der DKP als aktuelle Zielstellung die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt angibt, ist das keine Übung, es mit einer neuen Formel zu versuchen, weil alte nicht verfangen hätten. Diesem Begriff liegt eine realistische Einschätzung aller Faktoren zugrunde, die das innenpolitische Kräfteverhältnis, nicht nur in seinem Augenblickszustand, sondern in seinen Entwicklungsmöglichkeiten ausmachen.

Das legt nach wie vor den Schluß nahe, daß es noch eine weite Strecke ist bis zu grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltungen. Viele soziale und politische Bewegungen haben, teils vorwiegend objektiv, teils schon subjektiv von den Handelnden begriffen, einen antimonopolistischen Charakter. Aber

daraus kann nicht kurzfristig eine antimonopolistische Demokratie entstehen; dieser Begriff kann inhaltlich nur auf das Stadium eines revolutionären Prozesses zutreffen, wo das Übergewicht der Volkskräfte bereits die Öffnung des Weges zum Sozialismus möglich macht. Demokratischer und sozialer Fortschritt ist daher nicht das Synonym für Sozialismus – sondern die Richtung und der Inhalt des Kampfes um eine grundlegende Veränderung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse noch im Rahmen des Kapitalismus. *Wende* kann dabei nicht als kurzer Akt, sondern nur als längerer Prozeß verstanden werden. Im Grunde wird das Wesen der Sache schon in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen deutlich, die sich gegenwärtig vollziehen. Sie haben das Moment der Verteidigung von Erreichtem zum Angelpunkt, weil das Großkapital aufgrund der Verschärfung seiner Existenz- und Herrschaftsbedingungen – internationales Kräfteverhältnis, Krise des Systems – zu einer langfristigen Strategie des sozialen Abbaus und der Entdemokratisierung übergeht. Diese Strategie trifft auf eine Arbeiterklasse, die nicht nur ihre nackte Existenz, sondern Errungenschaften zu verteidigen hat. Diese Verteidigung ist nicht möglich als reine Abwehr, sie bedingt in vielem den Ausbau von Rechten, die Ausweitung des Kampfes auf Forderungen, die auf neue Errungenschaften hinauslaufen. Verteidigung von Arbeitsplätzen geht um mehr Mitbestimmung, um Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, führt an die politische Forderung nach dem Recht auf Arbeit heran. Verteidigung der Kampfbedingungen, des Streikrechts verlangt das Aussperrungsverbot. Oder: Die Verteidigung der politischen Entspannung erfordert ihre Ergänzung durch die militärische, durch Abrüstungsschritte.

Bei alledem muß das Monopolkapital draufzahlen, es werden ihm Positionen abgenommen. Die Arbeiterklasse stößt auf die Erfahrung: die Auseinandersetzungen werden härter als zu jener Zeit, da unter günstigeren Bedingungen soziale Verbesserungen erkämpft werden konnten, weil sich die Unternehmer eher Zugeständnisse leisten konnten. Heute ist nicht mehr primär auf Zugeständnisse zu rechnen, die den Klassenkampf „entschärfen" und „sozialen Frieden" stiften sollten, heute führt das Großkapital den Klassenkampf mit härterer Gangart und will „sozialen Frieden" erzwingen. So entwickelt sich der Kampf zwischen Arbeiterklasse und Monopolkapital deutlicher als Kampf um das Kräfteverhältnis zwischen ihnen. Die Arbeiterklasse kann ihre Interessen nur zur Geltung bringen, wenn das Monopolkapital zum Zurückstecken gezwungen, in seinen Möglichkeiten, Erreichtes wieder infrage zu stellen, eingeschränkt, also in seinen Positionen geschwächt wird. Das ist die objektiv bedingte Tendenz des Klassenkampfs – wie viele Aktionen der Werktätigen zeigen, ist der Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt schon in Gang gekommen. Das Programm der DKP muß sich bereits vom Leben prüfen lassen.

Frauenbewegung und Frauenkultur

„Normalerweise ahnen Frauen kaum, wie sie selber sind, wissen nur, was Männer sich vorstellen, wie Frauen sein sollen" (Irmtraud Morgner).

Von Gaby Zipfel

Normalerweise ist auch nicht unbedingt von Frauen die Rede, wenn von Kultur gesprochen wird. Zwar hat es bedeutende Frauen gegeben, die die Kultur bereichert haben und die sich gleichzeitig überlegt haben, warum das für Frauen keine Selbstverständlichkeit ist, so zum Beispiel Bettina v. Arnim, Hedwig Dohm, Helene Hermann, Lily Braun und viele andere, von ihnen ist jedoch höchst selten die Rede. Erst jetzt allmählich finden sie wieder stärkere Beachtung[1]). Frauen begeben sich auf die Suche nach Frauen in der Geschichte, die das herrschende Frauenbild durch ihr Leben infrage stellen.

Im letzten Jahr initiierte eine Arbeitsgruppe „Frauen in der Kunst" eine Ausstellung „Künstlerinnen international 1877–1977" im Charlottenburger Schloß, die große Beachtung fand. Beim Durchblättern des gleich betitelten Katalogs[2]) fällt auf, daß alle Künstlerinnen, die vorgestellt werden, auf die eine oder andere Art mit der Tatsache fertig werden mußten, daß ihnen als Frauen Kreativität nicht so ohne weiteres zugestanden wurde. Eine Bemerkung des Kunstschriftstellers Anton Hirsch (1900) scheint auch heute noch die Haltung gegenüber kreativen schöpferischen Frauen auf den Punkt zu bringen:

„Unter allen Betätigungen, welche eine größere Entfaltung der dem Weibe innewohnenden Fähigkeiten bezwecken, ist die Ausübung der schönen Künste wohl eine der berechtigsten und auch eine dem weiblichen Genius am nächstliegenden. Die Frau ist im allgemeinen von Natur aus feinfühliger und auch mit größerem Schönheitssinn ausgestattet wie der Mann." Für Anton Hirsch, den Mann, ist die „komplementäre Anordnung zweier halber Kulturen"[3]), einer männlichen und einer weiblichen Kultur, offenbar unveränderlich, von Natur aus gegeben. Frauen machen den Mangel an schöpferischer Kreativität mittels Intellekt wett durch Intuition und dekorative Fähigkeiten. Von Gleichberechtigung oder Emanzipation der Frau hielt Hirsch weniger: „Nein, die weibliche Bildung zieht zugleich Schranken der Weiblichkeit, die eine Frau niemals ungestraft durchbrechen wird."

Die CDU-Bildungsexpertin Christa Meves, eine Frau, akzeptiert diesen kulturellen Dualismus der Geschlechter als Naturerscheinung: „Denn es gibt eine

1) Vgl. dazu Gisela Brinker-Gabler „Deutsche Dichterinnen vom 16. Jhd. bis zur Gegenwart", Frankfurt/M. 1978 und Fritz Böttger (Hrsg.) „Frauen im Aufbruch – Frauenbriefe aus dem Vormärz und der Revolution von 1848". Berlin (DDR) 1977.
2) „Künstlerinnen international 1877–1977", hrsg. von der Neuen Gesellschaft für bildende Künste Berlin (West) 1977.
3) Annemarie Auer, Trobadora unterwegs oder Schulung in Realismus, in: „Sinn und Form", 1974, S. 1097.

geschlechtsspezifische Eigenart der Frau, die die Ergänzung bildet zu geschlechtsspezifischer männlicher Wesenheit. Beide sind nötig für den Fortbestand der Menschheit. Es gehört zum Wesen des Weiblichen, personenbezogen zu sein, während der Mann mehr sachbezogen ist; erobern, entdecken, erforschen, expansiv sein, schöpferisch gestalten ist seine Domäne. Zum Wesen der Frau gehört mehr die Welt des Gefühls, der Innerlichkeit, der Schönheit, des Sorgens, des Hegens, Pflegens und Bergens."[4]) Nimmt eine Frau aber von sich an, daß sie durchaus schöpferische, kreative Fähigkeiten hat, und maßt sie sich darüber hinaus an, selbige zur Anwendung zu bringen, muß sie sich selber entweder als Ausnahme begreifen, oder aber derartige Identitätsmuster infragestellen. Stellt sie die Frage nach ihrer Identität als Frau, so muß sie ihren Standort zur Gesellschaft und Kultur bestimmen, zu der sie ein passives Verhältnis haben soll, aber ein aktives beziehen will.

Die Suche nach Identität, nach einem Selbstverständnis, das nicht in beschriebener Weise reduziert, wird zum eigentlichen Problemkreis künstlerischer Auseinandersetzung von Frauen. Auf dem Bielefelder Kongreß des Projektbereichs Frauen „Frauen als Subjekt und Objekt der Wissenschaften" malten Kunststudentinnen ein Bild an die Tafel, das den Aufbruch einer Identitätssuche wiedergibt, die sich nicht auf das subjektive Selbstverständnis beschränkt, sondern die Konfrontation mit der Realität sucht und bewältigen will: Am Anfang steht die Frau vor einem wilden Haufen von ihr fremden Begriffen. Sie versucht, sie zu verstehen, in Einklang zu bringen mit vertrauten Begriffen. Zusammenhänge entstehen, wenn auch verschwommen, eine halb geöffnete Tür deutet an, daß ein Weg beschritten wurde, von dem noch nicht abzusehen ist, wohin er führt. Auf dem Literaturmarkt sind Frauen fast dominant zur Zeit: in autobiografischer, protokollarischer Form werden Erfahrungen aus dem weiblichen Lebenszusammenhang verarbeitet, die bisher in der Sphäre der Privatheit verborgen geblieben sind.

Die Filmszene ist zunehmend geprägt von Filmen, die versuchen, Handlungs- und Lebensweisen von Frauen anders als bisher darzustellen. Auf Filmfestivals, wie auf dem letzten in Cannes, standen Filme wie Margaretha von Trottas „Das zweite Erwachen der Christa Klages" im Mittelpunkt der Diskussion und Berichterstattung. Sogar in die bundesdeutsche Schlagerszene findet die weibliche Identitätssuche Eingang: Milvas „Man wird als Frau doch nicht geboren, man wird zur Frau doch erst gemacht . . ." ist sowas wie ein Hit.

Männer reagieren auf diese Suche: Günter Grass setzt sich auf über achthundert Seiten in seinem Roman „Der Butt" mit der bedrohlichen Revolte der Frauenbewegung gegen die Weiblichkeitsideologie auseinander und sieht dabei schweren Zeiten entgegen. Peter Handke sympathisiert in „Wunschloses Unglück" und „Eine linkshändige Frau" auf seine Weise mit dem Aufbruch der Frauen. Der „stern" reagiert mit einer Serie über literaturproduzierende Frauen.

4) Christa Meves, „Verunsicherte Weiblichkeit", in: Manipulierte Maßlosigkeit, Freiburg/Breisgau 1971.

Innerhalb der Frauenbewegung ist eine Art kultureller Erfahrungsaustausch entstanden, für den eine enge Verbindung zwischen Rezipientinnen und Kulturproduzentinnen typisch ist. So schreiben Frauen beispielsweise über ihre Situation, beschreiben die Wirklichkeit aus ihrer Sicht und diskutieren darüber mit anderen Frauen. In Bremen fand im Juni '78 bereits ein drittes Treffen schreibender Frauen statt, an dem sich etablierte Schriftstellerinnen, aber auch Hausfrauen, Studentinnen und berufstätige Frauen beteiligten, die sich entweder mit der neu entstandenen „Frauenliteratur" identifizieren oder selbst Lust haben, ihre eigenen Lebenserfahrungen schriftstellerisch zu reflektieren[5]).

So entwickelten Musikerinnen ein Konzept für eine „Frauen-Musik-Zeitung", genannt „Troubadoura"[6]), das Frauen dazu auffordert, ihre Lieder zu veröffentlichen, in der Musikgeschichte nach vergessenen oder totgeschwiegenen Komponistinnen zu suchen, über Frauen, die Musik machen, zu berichten, und ähnliches. Eine in Hamburg entstandene Frauenmusikgruppe, die Gruppe „Schneewittchen", hat bereits einige erfolgreiche Konzerte hinter sich und unterstützt mit ihren Liedern die DGB-Frauendemonstration in Mainz. Sie weisen bei ihren Konzerten darauf hin, daß sie mit ihren Liedern Realität aus der Sicht der Frau beschreiben wollen, und greifen Impulse aus der Diskussion der Frauenbewegung auf.

Die Theatergruppe eines Godesberger Gymnasiums kam auf den Einfall, ein Stück über die Situation der Frau in der Familie zu spielen. Mangels vorhandenem sah sie sich gezwungen, ein solches Stück selber zu schreiben. Es wurde mit Erfolg aufgeführt und soll jetzt zu einem Straßentheaterstück werden[7]). Frauen gründen eigene Verlage, die in direktem Kontext zu Frauengruppen stehen, und in denen kollektiv über Publikationen diskutiert wird.

Diese wenigen Beispiele erfassen bei weitem nicht die Fülle der in letzter Zeit angelaufenen Initiativen. Sie zeigen aber zum einen, daß es sich um ein gesellschaftlich relevantes Problem handelt, das Frauen aufgreifen, zum anderen, daß die sich entwickelnde Kulturszene vor allem auf die Eigeninitiative der Frauen zurückgeht und Resultat der vielfältigen Ansatzpunkte in der Frauenbewegung, ihre Gedanken und Ziele zu propagieren, sind.

Wo setzen Frauen an, wenn sie beginnen, Realität mit ihren Augen zu sehen? Zunächst müssen sie sich mit der Auffassung auseinandersetzen, daß Realität, so wie sie ist, angeblich nicht von ihnen geprägt ist. Frauen verschwinden in der Privatsphäre, die ihnen als ihr Bereich zugeschrieben wird. Bei einem Konzert der Gruppe „Schneewittchen" regte ein Lied über die scheinbare Geschichtslosigkeit der Frau dazu an, sich genauer mit der Realität zu befassen und den Zusammenhang zwischen Weiblichkeitsideologie und Rolle der Frau zu überprüfen. Mit Einbeziehung der Frau in die Produktion spätestens wurde

5) Um hier nur einige dieser Treffen zu benennen: Treffen schreibender Frauen, München, Mai 1976. Berliner Autorentag, November 1976: „Schreib das auf, Frau." Treffen schreibender Frauen, Hamburg, April 1977. Treffen schreibender Frauen, Bremen, Juni 1978. Diese Treffen haben die Zeitschrift „schreiben" herausgebracht.
6) Die Zeitung „Troubadoura" erschien zum erstenmal im September und wird ebenfalls in Frauenbuchläden vertrieben.
7) Nachzulesen in „Emma", Oktober 1978, „Nur Theater . . .?"

der evidente Widerspruch zwischen Realität und Ideologie deutlich, was die Gruppe in ihrem Lied zu den Frauen der Französischen Revolution, den Proletarierinnen, die unter Führung von Olympe Marie Gouges neben „Freiheit", „Gleichheit", „Brüderlichkeit" die „Schwesterlichkeit" forderten und kein Gehör fanden, weil es nicht Sache der bürgerlichen Revolution war, Grundstrukturen menschlichen Zusammenlebens infragezustellen. Die Tatsache, daß nicht nur einzelne, sondern Massen von Frauen in der Geschichte die angeblich naturnotwendige geschlechtsspezifische Bereichszuteilung durchbrochen haben und durchbrechen mußten, indem sie z. B. arbeiten mußten, deutet bereits darauf hin, daß es sich bei der Wesensverschiedenheit um eine kulturell gewordene, veränderbare handelt, denn wo blieb die schöne weibliche Innerlichkeit bei den Frauen in den Manufakturen?

Das eigene Sosein als veränderbares zu begreifen, ist natürlich für die Identitätsfindung sehr wichtig. Es stellt darüber hinaus aber auch generell Strukturen des menschlichen Zusammenlebens infrage. Die DDR-Essayistin Annemarie Auer meint: „Der tragende Grund der Kultur sind die wirklichen Beziehungen der Menschen. Und deren integraler Bestandteil, wenn auch durch die ökonomischen Beziehungen primär bestimmt, ist das System ihrer Sitten, Gebräuche, Gewohnheiten, mit Hilfe derer sich die menschlichen Beziehungen realisieren."[8]) Ihrer Auffassung zufolge hätten sich demnach Beziehungen zwischen den Geschlechtern entwickelt, die sich in Sitten etc. äußern, erkennbar und veränderbar sind. Die ökonomischen Beziehungen, in deren Kontext diese Sitten stehen, lassen sich durch eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, Mann in der Produktion, Frau in der Reproduktion, kennzeichnen.

Diese Beziehung hat dazu geführt, das kann man sich erklären, daß Frauen andere Fähigkeiten als Männer entwickelt haben. Die Tatsache, daß diese arbeitsteilige Beziehung in der Praxis längst durchbrochen ist, die Sitten aber noch weiter fortleben, deutet auf Unterdrückung hin, und zwar auf die Unterdrückung der Frau, die in beiden Bereichen lebt und aktiv ist, der aber nur die in einem Bereich entwickelten Fähigkeiten zugestanden werden. Gleichzeitig verdeutlicht die objektive Situation, daß Frauen beidem gerecht werden müssen, auch darauf hin, daß die Trennung der Bereiche willkürlich und für beide verkrüppelnd ist, weil ein Mensch, geschlechtsunabhängig, nicht nur denkendes oder fühlendes Wesen ist. Der kulturelle Dualismus der Geschlechter erscheint auf dieser Grundlage nicht mehr als etwas Natürliches, sondern als etwas Willkürliches, der die Frauen bisher zum Objekt gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse gemacht hat. Erkühnt sich das bisherige Objekt, Subjekt zu werden, sich die Sphäre der Subjekte zu erobern, hat das nicht nur Folgen für die Frau. Auch das Männerbild gerät ins Wanken: „Der Mann alten Typs . . . ist auf dem Wege, zur Karikatur seiner selbst zu werden, zu einem Zerrbild seiner Möglichkeiten."[9]) Da Frauen die eigentlich Leidtragenden des kulturellen Dualismus der Geschlechter sind, sind offensichtlich

8) Annemarie Auer „Trobadora unterwegs . . .", a.a.O., S. 1067.
9) Annemarie Auer „Trobadora unterwegs . . .", a.a.O., S. 1093.

sie diejenigen, die ihn am ehesten ins Wanken bringen. „Schneewittchens" Lied vom „Armen Jonny", dem Arbeitslosen, der seine Unterdrückung an seine Frau durch Schläge weitergibt, macht diese Kraft der Frauen deutlich: Jonnys Frau sagt: „Guck dir deine Fäuste an und mach was Bessres draus."

Die Geschlechterteilung und das Leid, das sie Frauen bringt, ist nicht dadurch abzuschaffen, daß sie erkannt wird. Weil Realität, so wie sie ist, geprägt ist von einem Frauenbild, das in Frauen keine vollwertigen Menschen sieht, sind Frauen auf das Entwerfen von Gegenbildern angewiesen, auf konkrete Utopien von dem, was sein wird, wenn Frauen sich als gleichwertige Menschen realisieren können. Ernst Blochs „Ich bin, aber ich habe mich nicht. Deshalb werden wir erst" wird wohl aus diesem Grund häufig von Frauen zitiert. Die Gruppe „Schneewittchen" versucht, in ihren Liedern ein Frauenverhältnis zur Liebe auszudrücken, das nicht mehr von Unterwerfung und Passivität gekennzeichnet ist. Irmtraud Morgner entwirft in ihrem Roman „Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz" Bilder von Männern und Frauen, die sich unabhängig von traditionellen Rollenzuweisungen erleben und lieben. In Romanen, Bildern und Liedern entwickeln Frauen zukunftsträchtige Phantasien, die „eine Nachfrage erzeugen, für deren volle Befriedigung die Stunde noch nicht gekommen ist"[10]).

Die Sehnsucht der Frauen nach einem menschenwürdigen Dasein, nach Befreiung von Entfremdung und Unterdrückung bringt Erscheinungen zum Vorschein, die nach den männlichen Bewertungsnormen, die bisher oft dominant waren, selten Beachtung gefunden haben. Irmtraud Morgner unterstellt in ihrem Roman, daß Frauen eine neue „Denkungsart" entwickeln, wenn sie sich „Natur aneignen, zuerst ihre eigene." Helene Cixous schreibt: „Die Suche nach der Bestimmung des Weiblichen ist die Suche nach Leerstellen, nach Rändern, den Ausfällen der herrschenden männlichen Kultur, ihrer Ordnung, Zweckrationalität."[11]) Sie spricht davon, daß das „weibliche Begehren" eine weniger aggressive, vereinnahmende egozentrische Beziehung zwischen den Geschlechtern hervorbringen kann.

Die weibliche Identitätssuche wirft die Frage auf, was eigentlich Weiblichkeit ist. Die Tatsache, daß Weiblichkeit herkömmlicherweise als etwas Reduziertes, von Defiziten Behaftetes gilt, legt es nahe, die Bewertungsmaßstäbe infragezustellen. In der Diskussion um eine „weibliche Ästhetik" wird versucht, das Konstruktive der kulturell so gewordenen Weiblichkeit zu bestimmen. Frauen knüpfen an subjektiven Erfahrungen der Unterdrückung an. Sie reflektieren ihr Verhältnis zu ihrem eigenen, unterbewerteten oder als Sexualobjekt diffamierten Körper, wie Verena Stefan das in „Häutungen" beschreibt. Der männlichen Potenz des Zeugens, der „Phallozentrismus" (Helene Cixous), der oft als biologische Begründung für die Vorherrschaft des Mannes angeführt wurde und wird, wird die weibliche Potenz des Gebärens entgegengesetzt. Frauen überlegen, versuchen, zu erleben, was weibliche Lust, weibliche Sinnlichkeit ist.

10) Walter Benjamin, zit. nach „Kursbuch", 52/1978, S. 175.
11) Helene Cixous „Schreiben, Feminität, Veränderung", in: „Das Lächeln der Medusa", „alternative", 108/1976, S. 134.

Bei diesen und ähnlichen Auseinandersetzungen mit Erscheinungen weiblicher Unterdrückung wird allerdings oft vergessen oder bestritten, daß der kulturelle Dualismus der Geschlechter eben nicht biologistisch und damit natürlich, sondern ein historisch gewordener ist. Biologistische Argumente werden gegen herkömmliche biologistische gesetzt: in Ökologiegruppen kommen Frauen zu der Auffassung, daß die männliche Triebstruktur und ihr Fortschrittswahn lebenszerstörerisch ist, in Auseinandersetzungen um wesensmäßige Unterschiede bei der kulturellen Produktion taucht Mann als das eigentliche Macht- und Herrschaftselement auf: „Ein Mann läßt hingegen in einem Text nicht von seinen Empfindungen reden, sondern er vermittelt uns seine Ideen über Empfindungen. Es ist gleichsam ein Filter zwischen die Wahrnehmung und den Schriftsteller geschaltet. Die Unmittelbarkeit ist zerstört. Die Filter heißen Macht und Hierarchie . . . So stellen die Männer sich im Grunde recht eingeschränkt dar, entweder es dreht sich um ihre Ideen von Macht und Herrschaft oder um ihre Sexualität, niemals aber um Wahrnehmungen, die nicht verbunden mit Machtvorstellungen sind."[12])

Sicher findet die Autorin zahlreiche Belege für ihre Behauptung, sie schreibt jedoch eine umgewertete Wesensverschiedenheit fest, die die gleiche Qualität hat wie entsprechende männliche Argumentationen. Die Auffassung, daß Frauen eine besondere Kaste sind, die solchen Äußerungen zugrunde liegt, erweist sich nicht nur als elitär, denn welche Männer haben real die Möglichkeit und das objektive Interesse an Machtausübung, auch wenn sie darauf getrimmt sein mögen, sondern auch als borniert gegenüber der Masse der in unserer Gesellschaft unterdrückten Männern und Frauen, weil die Ursache dieser Unterdrückung ebenfalls biologistisch erklärt wird. „. . . das Emanzipatorische lebendiger Sinnlichkeit, die die Fessel lang eingeübter Unterdrückung sprengt, schlägt dann in Regression um, wenn die neue Sinnlichkeit schon als weibliche Humanität ausgegeben wird."[13])

Außerdem reduziert dieser Begriff von Weiblichkeit ebenso wie der herkömmliche, weil er die Frauen weiterhin auf einseitige Bereiche menschlichen Lebens festlegt. Diese Regression richtet sich nicht nur gegen Männer, sondern auch gegen Frauen, weil Frauen in der Realität eben durchaus die „männliche" Welt mit prägen.

Der Ausschluß der Frauen aus der Kultur hat Folgen auf diese Kultur. Die Kultur verändert sich, wenn Frauen Einfluß auf sie nehmen. Frauen sprechen sich diesen Einfluß ab, hindern sich, wenn sie sich auf einen geschlechtsspezifischen Blickwinkel reduzieren und die Tatsache aus dem Auge verlieren oder leugnen, daß die gesellschaftlichen Kausalzusammenhänge und damit auch der Bereich der Kultur bestimmt sind von Interessengegensätzen, die verschiedene Menschenbilder hervorbringen: die einen sehen im männlichen Menschen die Norm, im weiblichen die Abweichung, weil sie ein subjektives Interesse an Ausbeutung und damit an doppelter Ausbeutung haben, die anderen fallen darauf rein, oder aber sie sehen im Menschen einen weiblichen

12) Christine Steininger, in: „Mamas Pfirsiche", 1/1977.
13) Hiltrud Gnüg, „Gibt es eine weibliche Ästhetik?" in: „Kürbiskern", 1/1978, S. 134.

und einen männlichen Menschen, die beide frei von Unterdrückung und Ausbeutung jeder Art leben wollen. In der Frau als Mensch die Norm zu sehen, dürfte kaum dazu beitragen, Unterdrückung und Ausbeutung abzuschaffen. Es gibt eine geschlechtsspezifische Eigenart der Frau, aber sie bildet weder die Ergänzung noch die Alternative zur männlichen Wesenheit, sie ist Ausdruck menschlicher Möglichkeiten und Fähigkeit.

Die Tatsache, daß Frauen unterdrückt wurden und werden, hat auch Auswirkungen auf ihr Bewußtsein. Dies nicht kritisch mitzureflektieren, würde bedeuten, sich mit Begrenzung und Defiziten abzufinden, die eben eine Identitätsfindung bisher verhindert haben. Frauen werden solange kaum ahnen, wie sie selber sind, solange sie sich reduzieren lassen auf einen Begriff von Weiblichkeit, der unter gesellschaftlichen Verhältnissen entstanden ist, die unterdrücken. Die Suche nach einer weiblichen Ästhetik klebt fest an diesem Weiblichkeitsbegriff und verhindert, daß Frauen sich eine weibliche Weltsicht schaffen, in die ihr Lebenszusammenhang eingeht, in der ein ganzheitliches Menschenbild Platz hat und die gesellschaftlichen Verhältnisse als veränderbare erkennt. Sitten und Gebräuche, die zur Unterdrückung beitragen, werden von Frauen in Liedern, Texten und Aktionen entmystifiziert und entschleiert, davon zeugt die breite Diskussion unter Frauen um alle hier genannten Beispiele. Frauenkultur dekoriert nicht, sie agitiert und ermuntert zur Veränderung.

Wirtschaftsinformation

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 3. Vierteljahr 1978

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik hat sich im 3. Vierteljahr 1978 etwas gebessert, nachdem im ersten Halbjahr die Stagnationstendenzen überwogen hatten. Dadurch haben sich auch die Aussichten für die nächste Zeit etwas gebessert, obwohl die konjunkturelle Gesamtsituation noch immer labil und wenig einheitlich ist. Bevor die wichtigsten Daten für das 3. Vierteljahr vorgestellt werden, muß auf die unsichere Grundlage der hier verwendeten Zahlen verwiesen werden. Die Quellen sind vorläufige Berechnungen, vor allem die vierteljährlichen Sozialproduktsberechnungen des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" (DIW). Diese Zahlen unterliegen nachträglichen Korrekturen, die z. B. im letzten Vierteljahr besonders kräftig waren.

So stieg das Bruttosozialprodukt (BSP) im 2. Vierteljahr 1978 nach den vorläufigen Ziffern gegenüber dem Vorjahr um real 3,1%, nach den korrigierten Zahlen aber um 3,9%. Noch ungenauer sind die saisonbereinigten Zahlen, aus denen etwaige Trendänderungen im Laufe eines Jahres abgelesen werden können. Nach den vorläufigen Zahlen nahm das BSP im 2. Quartal 1978 gegenüber dem 1. Quartal real nicht zu, nachdem es 1. Quartal 1978 gegenüber dem 4. Quartal 1977 noch um 0,5% angestiegen war. Anders das Bild nach den korrigierten Zahlen. Demnach ergibt sich für das 2. Quartal 1978 eine Steigerungsrate von immerhin 1%, nach einer Stagnation im 1. Quartal. Nach den vorläufigen Zahlen mußte also auf eine weitere Verlangsamung, nach den korrigierten Zahlen aber auf eine leichte Beschleunigung des Wachstums geschlossen werden.

Während die vorläufigen Berechnungen die Entwicklung des BSP im ersten Halbjahr 1978 unterschätzten, kamen sie bezüglich der Lohnentwicklung aber zu überhöhten Ergebnissen. So errechnete das WSI der Gewerkschaften auf der Grundlage der vorläufigen Berechnungen des DIW für das erste Halbjahr einen Anstieg der Reallöhne je Beschäftigten um 4,3%. Diese Zahl wurde von der unternehmerfreundlichen Presse begierig aufgenommen und gegen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen gewendet. Nach den inzwischen vorliegenden Zahlen des Statistischen Bundesamtes erhöhten sich die realen Arbeitseinkommen je Beschäftigten aber nur um 2,8%, d. h. immer noch langsamer als die Arbeitsproduktivität.

Die folgenden Zahlen sind vor diesem Erfahrungshintergrund also mit einiger Vorsicht zu genießen. Kräftige nachträgliche Korrekturen in die eine oder andere Richtung können nicht ausgeschlossen werden. Es zeigt sich erneut, auf wie unsicheren Füßen die gesamte Wirtschaftsstatistik steht.

Tabelle 1

Reales BSP im 2. Vierteljahr 1978

	In Mrd. DM[1]*)*	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	*216,5*	*+4,2*
Privater Verbrauch	*117,4*	*+3,5*
Öffentlicher Verbrauch	*36,8*	*+3,2*
Anlageinvestitionen	*48,0*	*+5,7*
Export	*58,8*	*+3,3*

1) In Preisen von 1970

Quelle: „DIW-Wochenbericht" 46–47/1978, S. 446 f.

Im Vorjahresvergleich ergibt sich eine relativ hohe Steigerungsrate, die allerdings auch damit zusammenhängt, daß sich das Wachstumstempo im gleichen Zeitraum von 1977 verlangsamt hatte. Gegenüber der Entwicklung im 2. Vierteljahr 1978 war die Expansion des privaten Verbrauchs schwächer, während die öffentliche Nachfrage etwas rascher gestiegen ist. Der expansivste Faktor war scheinbar die Investitionstätigkeit. Das trifft aber nur auf die Bauinvestitionen zu, während die Ausrüstungsinvestitionen (Maschinen, Anlagen usw.), also vor allem die industriellen Investitionen nach wie vor nur langsam zunehmen. Eine stabile, wenn auch nicht ausgesprochen expansive Rolle spielt der Export. Der wichtigste expansive Faktor aber ist aus der Tabelle nicht ersichtlich: die Lagerbildung erhöhte sich sprunghaft, was nach Angaben des DIW vor allem auf die gute Ernte, nicht aber auf eine bewußte Aufstockung der Vorräte zurückzuführen ist. Allerdings dürfte auch eine spekulative Lagerbildung bei Rohstoffen eine Rolle spielen, da viele Rohstoffimporteure angesichts bevorstehender Rohstoffpreissteigerungen die Situation des niedrigen Dollarkurses ausgenutzt haben. So ist das relativ günstige Bild, das die Sozialproduktsberechnung nach den vorläufigen Zahlen bietet, zumindest teilweise Ergebnis von Sonderfaktoren.

Auch im produzierenden Gewerbe ist es zu einer Produktionsbelebung gekommen, vor allem im Bauhauptgewerbe und im Grundstoffsektor.

Tabelle 2

Produzierendes Gewerbe im 3. Vierteljahr 1978

	In % gegen Vorjahr
Insgesamt	*+ 4,5*
Grundstoffe und Produktionsgüter	*+ 5,5*
Investitionsgüter	*+ 2,1*
Verbrauchsgüter	*+ 1,9*
Bauhauptgewerbe	*+10,0*

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 11/1978, S. 65*

Auch hier muß – ebenso wie bei den folgenden Auftragseingangszahlen – daran erinnert werden, daß sich die relativ hohen Steigerungsraten im Vorjahresvergleich auch aus der Tatsache ergeben, daß es im Jahr 1977 zu einem zeitweiligen Rückgang der Industrieproduktion gekommen war.

Tabelle 3

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe[1])

	In % gegen Vorjahr
Insgesamt	*+7,0*
Grundstoffe und Produktionsgüter	*+8,1*
Investitionsgüter	*+8,0*
Verbrauchsgüter	*+2,5*

1) In jeweiligen Preisen

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 11/1978, S. 66*

Die Auftragszahlen signalisieren ebenfalls eine leichte Belebung, allerdings verläuft dieser Prozeß nur zögernd. Zudem weist das Bundesministerium darauf hin, daß die Werte durch einige Großaufträge überzeichnet sind.

Während die Produktionsziffern nur eine labile Belebung anzeigen, steigen die Unternehmereinkommen sprunghaft an. Es scheint sich ein Gewinnboom anzubahnen, der dem des Jahres 1976 gleichkommen dürfte.

Tabelle 4

Verteilung des Bruttosozialprodukts im 3. Vierteljahr 1978[1])

	Mrd. DM	*In % gegen Vorjahr*
BSP	*330,0*	*+ 8,7*
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	*177,8*	*+ 6,1*
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	*81,4*	*+15,6*

1) Zu jeweiligen Preisen

Quelle: „DIW-Wochenbericht", 46–47/1978, S. 446f.

Noch günstiger für die Unternehmerseite sieht das Bild aus, wenn die Nettoeinkommen betrachtet werden. (Die Zahlen waren bei Abschluß des Berichts noch nicht vollständig.) Die Steuererleichterungen begünstigen die Entwicklung der Arbeitseinkommen etwas. Gleichzeitig aber wirkt sich 1978 die Körperschaftsteuerreform voll aus und führt zu einem zusätzlichen Anstieg der Unternehmergewinne. So teilte die Deutsche Bank mit, daß die 1978 ausgezahlten Dividenden der Aktiengesellschaften für 1977 unter Einschluß der Steuergutschriften um 37,5% angestiegen sind (vgl. „Süddeutsche Zeitung" v. 22. 11. 1978).

Die bevorstehenden Lohnrunden werden also in einer Periode sprunghaft steigender Unternehmergewinne ablaufen, so daß der Spielraum für kräftige Lohnerhöhungen groß ist. Dies würde sich auch stabilisierend auf die noch immer labile Konjunkturlage auswirken. Der sich unter dem Einfluß der gekappten Rentenanpassung langsamer entwickelnde private Verbrauch könnte sonst durchaus die schwachen Belebungstendenzen der Konjunktur gefährden.

Bei der Diskussion um die Lohnforderungen wird von der unternehmerfreundlichen Wirtschaftsforschung – so das neueste Jahresgutachten des Sachverständigenrates – auf die unerwartet günstige Preisentwicklung verwiesen. Die Verbraucherpreise stiegen im Oktober nur noch um 2,1% an, die niedrigste Inflationsrate seit langem, beschleunigen sich allerdings im November wieder.

Tabelle 5

Preise im 3. Vierteljahr 1978

	In % gegen Vorjahr
Lebenshaltung[1]*)*	*+2,4*
Industriepreise	*+1,3*
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	*−6,5*
Importpreise	*−4,3*

1) Alle Haushalte

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 11/1978, S. 68*

Stabilisierend wirkt dabei die gute Ernte und der Kursverfall des Dollar, der die Importpreise vor allem von Rohstoffen drückt. Dagegen steigen die industriellen Erzeugerpreise nun wieder etwas rascher an, für das nächste Jahr stehen eine Vielzahl von Preiserhöhungen auf allen Gebieten bevor. Die niedrige Preissteigerungsrate der Gegenwart wird jedenfalls nicht anhalten. Die offiziellen Schätzungen für 1979 gehen von einer Inflationsrate zwischen 3 und 3,5% aus.

Die zögernde Belebung hat sich auf dem Arbeitsmarkt kaum ausgewirkt. Es kam zu einer leichten Zunahme der beschäftigten Lohn- und Gehaltsabhängigen, der aber ein Beschäftigungsrückgang bei den Selbständigen und den mithelfenden Familienangehörigen gegenübersteht. Die Gesamtbeschäftigung dürfte sich so kaum erhöht haben.

Tabelle 5

Beschäftigung im 3. Vierteljahr 1978

	In 1000	*In % gegen Vorjahr*
Abhängig Beschäftigte	*21 435*	*+ 0,6*
Arbeitslose	*903*	*− 4,8*
Kurzarbeiter	*130*	*−13,3*
Offene Stellen	*264*	*+11,4*

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 10/1978, S. 65*

Die leichte Verbesserung bei den registrierten Zahlen der Arbeitsmarktstatistik dürfte ausschließlich auf die Eigenart der Statistik zurückzuführen sein. Denn mit Zunahme der Dauerarbeitslosigkeit verschwinden immer mehr Arbeitslose aus den registrierten Zahlen und tauchen nur noch in den jährlich vorgenommenen Schätzungen der „stillen Reserve" auf. Diese liegt gegenwärtig bei etwa 700 000, so daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit 1,6 bis 1,7 Mio. betragen dürfte. Die jüngsten Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit, die in der 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz zusammengefaßt sind (Verschärfung der „Zumutbarkeitsklausel", keine Unterstützung bei Teilzeitarbeit für kinderlose verheiratete Frauen, Einschränkung der Freizügigkeit für Arbeitslose usw.) zielen unter anderem darauf ab, immer mehr Arbeitslose aus dem Arbeitsmarkt herauszudrängen und so die Statistik zu „schönen".

Trotz der Belebungsanzeichen ist für die absehbare Zukunft mit keiner grundlegenden Änderung der labilen konjunkturellen Situation zu rechnen. Die günstigen Aspekte der Konjunkturentwicklung basieren auf der Entwicklung weniger Branchen wie der Bauwirtschaft und der Daten- und Büromaschinenindustrie, während andere Branchen wie der Schiffbau, aber auch die Bekleidungsindustrie noch mitten in der Krise stecken. Das wirtschaftliche Gesamtbild ist seit etwa Mitte 1976 im Kern unverändert: die zögernde, immer wieder durch Schwankungen und Rückschläge unterbrochene Aufwärtsentwicklung hält an.

Jörg Goldberg

Bücher

Zur Entwicklung der Kritischen Psychologie

Ein Literaturbericht

Mit dem Erstarken der demokratischen Bewegung seit Ende der 60er Jahre sind unter den Wissenschaftlern und Studenten auch in der Psychologie die Bemühungen um die Verbreitung und Weiterentwicklung der marxistischen Theorie verstärkt worden. Während es dabei zunächst zur Veröffentlichung bzw. Rezeption vereinzelter und verstreuter Beiträge kam[1]), bildete sich seit 1975/76 ein immer geschlosseneres theoretisches Konzept heraus, welches heute dem Anspruch einer marxistischen Einzelwissenschaft gerecht wird. Darauf soll hier eingegangen werden.

Die für die theoretische Grundlegung entscheidende Frage nach dem Verhältnis von Marxismus und Humanismus beantwortet – anders als in der gegenwärtig hauptsächlich textbezogenen Kontroverse[2]) – Walter Hollitscher in seinem neuen Sammelband[3]) mit dem

1) Dies spiegelt sich auch wider in K.-H. Braun, Zum Entwicklungsstand der „kritischen Psychologie." Ein Literaturbericht, in: „Blätter", 2/1976.

2) Vgl. L. Althusser, Marxismus und Humanismus, in: ders., Für Marx, Frankfurt/M. 1968; L. Sève, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, 3. Aufl. (mit dem Nachwort zur 3. franz. Aufl.), Frankfurt/M. 1977, S. 75 ff, 477 ff.

3) Walter Hollitscher, Für und wider die Menschlichkeit. Essays, Verlag Marxistischer Blätter, Frankfurt/M. 1977, 312 S., 18.00 DM. – Das sehr umfassende und bedeutsame Werk Hollitschers hat bei uns bisher fast keine Rezeption gefunden, was außerordentlich zu bedauern ist. Es sei hier besonders auf seine Hauptwerke verwiesen: Ders., Die Natur im Weltbild

Hinweis auf die konkret-historische Analyse. „In marxistischer Sicht sind Menschwerdung und Menschlicherwerdung vom gleichen Prinzip bestimmt – dem der Arbeit. Diese Wesensidentität von Hominisierung und Humanisierung verrät sich bei der Befolgung des „historischen" Erklärungsgrundsatzes, demzufolge ein Gebilde oder Vorgang erst dann im Wesen erkannt ist, wenn verständlich gemacht wurde, wie sie entstanden und sich entwickelten" (S. 9). Diese Prozesse der Menschwerdung wie Menschlicherwerdung, deren naturgeschichtlichen Voraussetzungen wie sozialhistorische Entfaltung werden an einem umfassenden und vielfältigen Material analysiert, wobei die gegenwärtigen polititschen und ideologischen Systemauseinandersetzungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus im Vordergrund stehen. Dieses Buch beeindruckt aber nicht nur durch das enzyklopädische Wissen des Autors, sondern auch durch die brilliante Einfachheit der Sprache, und machen es zu einem populärwissenschaftlichen Werk im allerbesten Sinne des Wortes.

Für die Kritische Psychologie ist die historische Methode fundierend, und somit sind naturwissenschaftliche Forschungen ein wesentlicher Eckpfeiler der Theorie. Gerade in diesem Zusammenhang kommt den Arbeiten von Volker Schurig große Bedeutung zu; zunächst einmal seiner „Naturgeschichte des Psychischen"[4]). Die allgemeinste biologische Grundlage psychischer Prozesse bildet das Leben, welches sich gegenüber der Geschlossenheit der physikalischen und chemischen Systeme durch seine Offenheit auszeichnet. „Fließgleichgewicht und offener Systemcharakter des Organismus sind die biophysikalischen Eigenschaften, mit denen sich lebende Systeme partiell dem energetischen Ausgleich mit der Umgebung entziehen können" (Bd. 1, S. 73). Aufgrund der insbesondere durch die Selektion gesteuerten Höherentwicklung, die auf der Ebene des Verhaltens, der Physiologie wie der Genstruktur abläuft, entwickelt sich das Psychische. *„Die höchstentwickelte und phylogenetisch jüngste Art des biologischen Informationswechsels . . . ist die Entstehung von Signalen, Signalhandlungen, tierischen Kommunikationssystemen, des tierischen Lernverhaltens, dessen besondere ideelle Widerspiegelungsfähigkeit hier global mit dem Begriff des Psychischen charakterisiert werden soll"* (Bd. 1, S. 77). Im weiteren naturhistorischen Prozeß kommt besonders der Entwicklung der tierischen Lernfähigkeit, deren wesentliche Stufen die Habituation, das Prägungsverhalten und das problemlösende Verhalten sind (vgl. Bd. 2, S. 50 ff.), eine große Bedeutung zu, weil sich damit die Fähigkeit des Einzelorganismus herausbildet, sein Verhalten durch ontogenetisches Lernen zu verändern und sich somit optimal auf Umweltveränderungen einzustellen.

Das menschliche Bewußtsein muß im Rahmen der umfassenden historischen Analyse als eine spezifische Form des Psychischen betrachtet werden. So sehr die dialektisch-materialistische Erkenntnistheorie stets den *aktiven;* Charakter der Widerspiegelung betont hat, so schwierig war es jedoch, diesen selbst wiederum *materialistisch* zu begründen[5]). Zur Klärung dieser Frage leistet Schurig mit einem anderen Buch[6]) einen wichtigen Beitrag. Ausgehend davon, daß die Entwicklung des Einzelorganismus ab einer bestimmten Etappe auf das engste mit den tierischen Sozialstrukturen verknüft ist, ja, das letztere die eigentlichen Träger der Entwicklung werden, und in Erforschung der genannten drei wesentlichen Entwicklungsebenen im Tier-Mensch-Übergangsfeld (TMÜ), arbeitet er die naturgeschichtlich gewordene Besonderheit des menschlichen Bewußtseins heraus: „In der Phylogenese kommt es nicht nur zu einer Anreicherung des absoluten psychisch verfügbaren Informationsvorrates . . ., sondern auch zu einer ständigen Verbesserung der zentralnervösen Verarbeitungsmechanismen . . . Diese Entwicklung führt mit Notwendigkeit an den Punkt, wo durch die interne Informationsverarbeitung der psychisch verfügbare Informationsvorrat größer wird als der der Umgebung und nun nicht nur die Außenwelt in den Organismus abgebildet, sondern die psychische Funktion in einer besonderen Weise, nämlich als Bewußtsein, auf die Außenwelt zurückgespiegelt werden . . . *Mit der Bewußtseinsentstehung im TMÜ hat die psychische Informationsgewinnung und organismusinterne Verarbeitung jene Intensität erhalten, die in der*

---

der Wissenschaft, Wien 1967; Ders., Der Mensch im Weltbild der Wissenschaft, Wien 1969.

4) Volker Schurig, Naturgeschichte des Psychischen, Bd. 1: Psychogenese und elementare Formen der Tierkommunikation, 202 S., 17.00 DM; Bd. 2: Lernen und Abstraktionsleistungen bei Tieren, 226 S., 18.00 DM, Texte zur Kritischen Psychologie Bd. 3/1 u. 3/2, Campus-Verlag, Frankfurt/M. 1975.

5) Dies zeigt sich z. B. bei A. M. Korschunow/B. I. Prushinin, Die Aktivität des Subjekts und die Widerspiegelung, in: „Marxismus-Digest", 1/1972.

6) Volker Schurig, Die Entstehung des Bewußtseins, Texte zur Kritischen Psychologie Bd. 5, Campus-Verlag, Frankfurt/M. 1976, 345 S., 22.00 DM.

Rückwirkung auf die Außenwelt auch zu deren materieller Veränderung führt. Das Bewußtsein ist dementsprechend die psychische Fähigkeit, die idelle Erfassung der Umwelt auch wieder sekundär in besonderer Weise zu materialisieren" (S. 312). Dies geschieht neben den materiellen Vergegenständlichungen (besonders in Werkzeugen) in der Sprache, die damit zur zweiten (allerdings sekundären!) Säule der Tradierung des Sozialerbes wird.

Während sich die Arbeiten von Schurig auf die Erforschung der Naturgeschichte beschränken, hat Ute Holzkamp-Osterkamp[7]) mit ihrer Motivationstheorie einen neuen, gegenüber Holzkamps erster Fassung[8]) überarbeiteten Gesamtentwurf der Kritischen Psychologie vorgelegt. Die Überlegungen Schurigs aufnehmend bestimmt sie die Spezifik der menschlichen Lebenstätigkeit so: „Die neue Qualität der im eigentlichen Sinne bewußten Aktivität im Zusammenhang gesellschaftlicher Arbeit liegt darin, daß in der *vergegenständlichenden Veränderung der Realität zur gesellschaftlichen Lebenssicherung die generalisierten Ziele und Mittel zu ihrer Erreichung unabhängig vom aktuellen Handlungszusammenhang* erfaßt werden können. Bewußte Lebensaktivität des Menschen ist nicht lediglich die Bewältigung einer aktuellen Situation durch Zielantizipation und Handlungskontrolle, sondern *planende Voraussicht künftiger aktueller Situationen und generalisierte Realitätskontrolle durch Bereitstellung der Mittel zu ihrer Bewältigung"* (Bd. 1, S. 250). In dieses Niveau menschlicher Lebenstätigkeit sind auch die Bedürfnisse eingebunden. Schon bei höchsten Tierarten kommt es zu einer *Verdoppelung* des Bedarfssystems in unmittelbar zu befriedigende Bedürfnisse und solche, die aus dem Neugier- und Explorationsverhalten entstanden sind. Diese Verdoppelung findet sich bei den Menschen auf qualitativ höherem Niveau ebenfalls. Dabei sind die „produktiven" Bedürfnisse „auf den Erwerb der Kontrolle über die relevanten Lebensbedingungen gerichtet und umfassen alle Tendenzen zur Ausdehnung bestehender Umweltbeziehungen, somit also auch der sozialen Beziehungen, und zwar in ihrem Doppelaspekt: als Teil der zu erkundenden Umwelt, aber auch als über die Kooperationsbeziehung ermöglichte Erweiterung der Basis dieser Umweltbegegnung und Erhöhung der damit verbundenen Erlebnisfähigkeit". Dem stehen die sinnlich-vitalen Bedürfnisse gegenüber, „in denen sich die individuellen Mangel- und Spannungszustände selbst ausdrücken, für deren Reduzierbarkeit durch die Teilhabe an gesellschaftlicher Realitätskontrolle vorgesorgt werden soll, die also Indikatoren für die unmittelbare Gefährdung, Beeinträchtigung o. ä. der individuellen Existenz sind" (Bd. 2, S. 23). Besonders in der Kritik an der Psychoanalyse (der ersten marxistisch-*psychologischen* Kritik!) wird deutlich gemacht (vgl. Bd. 2, Kap. 5), daß diese das spezifisch menschliche Bedürfnisniveau nicht erkennt, allerdings unter den einschränkenden Entwicklungsbedingungen in der bürgerlichen Klassengesellschaft reale Probleme thematisiert.

Die in den Arbeiten entwickelte Einsicht, daß die Menschen ihre Lebensbedingungen (potentiell) bewußt und planmäßig gestalten können, schlägt sich in dem grundlegenden Begriff der *Realitätskontrolle* nieder. Diese aber kann nie eine rein individuelle sein, sondern sie ist zutiefst von den gesellschaftlichen Bedingungen abhängig, ist stets ein *Aspekt* der gesellschaftlichen Realitätskontrolle. Was das heißt, kann man dem Werk von Joachim Herrmann entnehmen[9]). In einer umfassenden weltgeschichtlichen (nicht europa-zentrierten) Analyse erläutert er zunächst die naturgeschichtliche Gewordenheit der Menschen wie der menschlichen Gesellschaft sowie die Lebensbedingungen in den frühesten Phasen der Weltgeschichte, dem Urkommunismus. Die Höherentwicklung der Produktivkräfte, besonders der gesellschaftlichen Arbeit, brachte dann einen für die bisherige Sozialgeschichte bedeutsamen Widerspruch, den Klassenantagonismus, hervor. „Kaum hatte sich die Menschheit aus dem Orkus der Natureingebundenheit herausgearbeitet, als sie sich in einen neuen, durch die eigene Arbeit organisierten Katarakt von Widersprüchen stürzte . . . Die Herausbildung der Klassengesellschaft

7) Ute Holzkamp-Osterkamp, Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 1, Frankfurt/M. 1975 (2. Aufl. 1977), 370 S., 22.00 DM; Bd. 2: Die Besonderheit menschlicher Bedürfnisse – Problematik und Erkenntnisgehalt der Psychoanalyse, Frankfurt/M. 1976, 487 S., 24.00 DM, Texte zur Kritischen Psychologie Bd. 4/1 u. 4/2, Campus-Verlag.

8) Vgl. K. Holzkamp, Sinnliche Erkenntnis – Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/M. 1973 (3., rev. Aufl. 1976).

9) Joachim Herrmann, Spuren des Prometheus. Der Aufstieg der Menschheit zwischen Naturgeschichte und Weltgeschichte, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1977, 288 S., 29.80 DM. Als Vorarbeiten waren erschienen: Ders., Die Entwicklung der Menschheit, Berlin (DDR) 1974; Ders., Die Rolle der Volksmassen in vorkapitalistischer Zeit, Berlin (DDR) 1975.

war die gesetzmäßige Konsequenz des Aufstiegs der Menschheit und – wie der weitere Verlauf der Geschichte der Menschheit zeigt – eine unvermeidbare Bedingung für den weiteren Fortschritt. Aber dieser Fortschritt erhielt ein anderes Gesicht als bisher. Er wurde in sich im höchsten Grade widersprüchlich, antagonistisch, gegründet auf Herrschaft und Reichtum einer Minderheit und Knechtschaft und Ausbeutung der großen Mehrheit der Menschen" (S. 79). Allerdings: „Es wäre verwunderlich, wenn die Massen der arbeitenden Menschen, deren Ahnen sich in jahrtausendelangem Ringen mit der gewaltigen Kraft der Natur gestählt hatten, nicht auch gegen die Macht aus ihren eigenen Reihen, die ihnen die Ergebnisse ihrer Arbeit nahm, angetreten wären. Die Geschichte hallte von nun an wider vom Klang der Waffen der Herrscher und Helden, dem Klirren der Ketten der Knechte und Sklaven und dem Gegeneinander von Herrschenden und Beherrschten in großen Klassenkriegen" (S. 84). Seit dieser Zeit bis in die Tage unserer kapitalistischen Halb-Welt ist die Geschichte der Menschheit eine „Geschichte von Klassenkämpfen", sind die Bestrebungen nach individueller Realitätskontrolle eingebettet in die gesellschaftlichen Klassenbewegungen. – Durch die vielen graphischen Darstellungen, die Fotos von historischen Stätten und Funden, Nachbildungen und Reproduktionen, die Zeittafel im Anhang und nicht zuletzt den flüssigen sprachlichen Stil wird von Herrmann in anschaulicher wie auch zugleich theoretisch-begreifender Art gezeigt, wie sich die Menschen trotz aller Widersprüche immer mehr vermenschlichen, wie die Spuren des Prometheus Spuren des Aufstiegs sind. Daß der Band am Vorabend der bürgerlichen Revolution, den Bauernkriegen, endet, läßt nur hoffen, daß dieses beeindruckende Unternehmen fortgesetzt wird.

Welche Auswirkungen der Klassenantagonismus auf die individuellen Lebensbedingungen in der bürgerlichen Klassengesellschaft hat, mußten Kappeler/Holzkamp/H.-Osterkamp[10]) in ihrer theoretischen Fundierung des kritisch psychologischen Therapiekonzeptes notwendigerweise klären. „Psychische Konflikte entstehen in derartigen Lebensbezügen immer dann, wenn einerseits aufgrund der Erkenntnis individuell realisierbarer Möglichkeiten zur Beeinflussung gesellschaftlicher Prozesse emotionale Wertungen als Bereitschaft zur Erweiterung der Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen, also Gewinnung eines höheren Niveaus relativer Handlungsfähigkeit entstehen, dabei aber andererseits ein bei Realisierung dieser Bereitschaft in wirklichen Handlungen drohender Entzug der Existenzgrundlage durch die gesellschaftlichen Machtinstanzen, von denen man abhängig ist, antizipiert wird und zu entsprechend negativen emotionalen Wertungen führt" (S. 190 f.). Während in der Regel diese Spannungen durch Konflikt*verarbeitung* gemeistert werden, kommt es bei pathogenen Persönlichkeitsentwicklungen zu einer permanenten Konflikt*abwehr*, die schrittweise die Abhängigkeit von anderen Personen gegenüber dem Normalmaß dadurch erhöht, daß die gesellschaftlich notwendige, realitive Handlungsfähigkeit eingebüßt wird. In solchen Fällen sind pädagogisch-therapeutische Maßnahmen notwendig, die sowohl die realistische Konfliktverarbeitung ermöglichen wie auch – und das ist entscheidend – notwendige Fähigkeiten (z. B. schulische Fachkenntnisse) vermitteln müssen, um dem einzelnen (wieder) eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dieses Ziel des pädagogisch-therapeutischen Prozesses ist ein zutiefst politisches. „Mit dem Politisierungsprozeß, der – da die Erweiterung der individuellen Handlungsfähigkeit durch verbesserte Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen nur über den Zusammenschluß zur Beeinflussung gesellschaftlicher Lebensbedingungen möglich ist – zwingend durch jede sinnvolle Therapie vorangetrieben wird, ist das Individuum *notwendig auch den Gefährdungen und Bedrohungen fortschrittlicher politischer Existenz unter den jeweils bestehenden Kräfteverhältnissen innerhalb der bürgerlichen Klassenwirklichkeit ausgesetzt – und keine Therapie kann es davor bewahren*" (S. 282). – Daß dieses Konzept politisch ist, wird in diesem Buch auch dadurch verdeutlicht, daß die darin abgedruckte Examensarbeit von Kappeler wegen der grundsätzlichen Kritik an der Psychoanalyse vom „Institut für Psychotherapie" in Berlin (West) abgelehnt wurde (vgl. den Dokumentenanhang).

Ebenfalls dem pädagogisch-therapeutischen Bereich ist der neue Sammelband von Wolfgang Jantzen[11]) zuzurechnen, der in gewisser

10) Manfred Kappeler / Klaus Holzkamp / Ute H.-Osterkamp, Psychologische Therapie und politisches Handeln, Campus-Verlag, Frankfurt/M. 1977, 356 S., 22.00 DM.

11) Wolfgang Jantzen, Behindertenpädagogik, Persönlichkeitstheorie, Therapie. Vorbereitende Arbei-

Weise an seine früheren Arbeiten anschließt[12]), indem er sich – als einer der ganz wenigen bei uns – um eine materialistische Begründung der Behindertenpädagogik bemüht. Ausgehend von den dort entwickelten zentralen Kategorien („Arbeitskraft minderer Güte" und „Isolation") werden hier wichtige neue Akzente gesetzt: 1. Die Argumentationsbasis wird erweitert durch Erprobung der Grundkategorien an anderen pädagogischen Problemen, wie etwa der Jugendarbeitslosigkeit, als auch durch die intensivierte Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen, wie z. B. der Hanselmanns und seiner vermeintlichen Nachfolger; 2. Distanzierung von den spezifisch psychologischen Auffassungen Sèves[13]) und verstärkte Rezeption handlungstheoretischer Ansätze (unter Verarbeitung auch kybernetischer Auffassungen); 3. Verstärkte Erörterung spezifisch pädagogisch-therapeutischer Fragen und Reinterpretation anderer Therapieverfahren. – Auch wenn hinsichtlich der Gesellschaftlichkeit des Individuums, der inhaltlichen Bestimmung der Behinderung wie auch der konkreten Ziele des pädagogisch-therapeutischen Prozesses manches noch der Vertiefung bedarf, so stellt dieser Band aufgrund der Breite der darin entfalteten Argumentation einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Behindertenpädagogik dar.

Auch der Band von Gisbert Keseling u. a.[14]) zeigt die Bedeutung der Kritischen Psychologie für die Pädagogik. Ausgehend davon, daß der Symbol*gehalt* der Sprache sich in den Prozessen der materiellen Vergegenständlichungen der gesellschaftlichen Arbeit gründet (vgl. S. 20 ff.) werden im Anschluß an Galperins Interiorisationstheorie[15]) vier Etappen des menschlichen Lernens unterschieden (vgl. S. 43 ff.): 1. Materialisierte Handlung; 2. Übergang der Handlung in die gesprochene Sprache; 3. äußere Sprache für sich; 4. innere Sprache. Im 4. Kapitel wird dies sehr anschaulich für die schulische Unterrichtspraxis konkretisiert. Die abschließende Diskussion vertieft nicht nur durch die Beseitigung gängiger Mißverständnisse das Konzept, sondern macht auch die Forschungsperspektiven deutlich: Analyse der Lernprozesse in der bürgerlichen Klassenschule und stärkere Beachtung der emotional-motivationalen Probleme.

Zumindest soweit sich die marxistische Wissenschaft im Kapitalismus entwickelt, steht sie in der direkten Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie. Ein frühes und bedeutsames Werk der marxistischen Kritik der klassischen Psychologie aus dem Jahre 1929 stellt die Arbeit von Politzer[16]) dar. Er macht darin insbesondere die Notwendigkeit der *prinzipiellen* Kritik der bürgerlichen Psychologie klar. „Man versteht jetzt, warum die Kritiken in der Psychologie so wenig den Eindruck des Definitiven hinterlassen. Da sie bald einseitig sind, bald jedes klaren und kohärenten Prinzips entbehren, entweicht ihnen die Psychologie, die zu eliminieren ist, immer von einer ihrer Seiten her, und in den neuen Ansätzen ist immer ein Riß, durch den die Psychologie von gestern sich in die Psychologie von heute einschleicht" (S. 23). In sehr kämpferischer Weise setzte er sich mit solchen „reformistischen" Kritiken auseinander und legt dar, daß einerseits nur der *dialektische* Materialismus diese Schwächen überwinden kann, und andererseits, daß das Wesen der Menschen nicht in ihnen liegt, sondern in den gesellschaftlichen Verhältnissen (vgl. S. 70, 94 ff.). Auch wenn seine Auffassungen von der Einmaligkeit der Individuen privatistische Mißverständnisse möglich machen (vgl. S. 30, 45), so muß doch dem Versuch von Streiffler und Leithäuser, Politzer für die „Kritische Theorie des Subjekts" zu vereinnahmen, entschieden widersprochen werden, denn gerade sie verkennt ja die „Außermittigkeit" des menschlichen Wesens.

Während Politzer noch weitgehend auf der methodischen Ebene der Kritik verbleiben mußte, macht der neue Sammelband von Klaus Holzkamp[17]) deutlich, daß mit der zunehmenden

ten zu einer materialistischen Behindertenpädagogik, Studien zur Kritischen Psychologie Bd. 10, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1978, 240 S., 15.00 DM.

12) W. Jantzen, Sozialisation und Behinderung, Gießen 1974; Ders., Konstitutionsprobleme materialistischer Behindertenpädagogik, Lollar 1977.

13) Vgl. L. Sève, Marxismus . . ., a.a.O., Kap. IV.

14) Gisbert Keseling u. a., Sprach-Lernen in der Schule. Die Funktion der Sprache für die Aneignung von Kenntnissen und Fähigkeiten, 2., durchgesehene Aufl., Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976, 110 S., 9.80 DM.

15) Vgl. P. J. Galperin, Die Entwicklung der Untersuchungen über die Bildung geistiger Operationen, in: H. Hiebsch (Hrsg.), Ergebnisse der sowjetischen Psychologie, Stuttgart 1969.

16) Georges Politzer, Kritik der klassischen Psychologie. Mit einem Vorwort von Th. Leithäuser und einem Nachwort von F. Streiffeler. Veröffentlichungen des Psychologischen Seminars der TU Hannover, Europäische Verlagsanstalt, Köln 1974, 133 S., 16.00 DM.

17) Klaus Holzkamp, Gesellschaftlichkeit des Individuums. Aufsätze 1974–1977, Studien zur Kritischen Psychologie Bd. 3, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1978, 264 S., 12.00 DM.

Erarbeitung *konkreter* Alternativen die Kritik der bürgerlichen Psychologie einmal auch auf der spezifisch *psychologischen* Ebene geführt werden kann und muß und daß es dann auch andererseits gelingen kann, den *relativen Erkenntnisgehalt* bürgerlicher Auffassungen darzulegen. In der Kritik am psychologischen Positivismus wird als ein Kardinalproblem herausgestellt: „Die traditionelle Psychologie verfügt nur über wissenschaftliche Mittel zur Prüfung von *Hypothesen*; die *Theorie*, in deren Zusammenhang die Hypothesen formuliert sind, verbleiben hier aber, auch wenn die jeweils zugeordneten Hypothesen *empirisch bestätigt* sind, dennoch weitgehend im Status der *wissenschaftlichen Beliebigkeit*, damit Vorwissenschaftlichkeit; weiterhin (dies hängt mit dem ersten Moment zusammen) bestehen in der traditionellen Psychologie bestenfalls Kriterien dafür, wie Hypothesen aus Theorien abzuleiten sind, aber keinerlei Kriterien für die wissenschaftlich ausgewiesene Ableitung der *Theorien selbst*, deren Aufstellung mithin ebenfalls *wissenschaftlich beliebig* ist" (S. 131 f.). Demgegenüber beansprucht die Kritische Psychologie „in ihrer funktional-historischen Vorgehensweise über ein Verfahren zu verfügen, mit welchem mit *empirischen* und in ihren Resultaten auf *empirischem Wege nachprüfbaren Methoden* neue Theorien mit *ausweisbar höherem Erkenntnisgehalt* abgeleitet werden können" (S. 132). Von diesem Erkenntnisniveau können dann die verschiedenen bürgerlichen Theorien daraufhin befragt werden, welche realen Aspekte menschlicher Lebenstätigkeit, seiner naturgeschichtlichen Grundlagen, seiner allgemein menschlichen Spezifik wie auch seiner Besonderheit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation sie thematisieren und zugleich vereinseitigen, weil sie sie nicht in den Gesamtzusammenhang zu stellen vermögen. – Zwei andere Beiträge dieses Bandes setzen sich am Beispiel des anti-historischen Objektivismus des „Projekts Klassenanalyse" wie des Subjektivismus der „Kritischen Theorie des Subjekts" mit marxistisch gemeinten Ansätzen auseinander. Diese und der Essay „Kunst und Arbeit" sind nicht nur auch wissenschaftspolitische Dokumente, sondern sie belegen auch sehr eindringlich die Tiefe und Breite der vorgetragenen Argumentationen.

Dieser Literaturbericht wollte den Weg der Kritischen Psychologie zur marxistischen Individualwissenschaft an Hand einiger ausgewählter Werke deutlichmachen. In einem für die Wissenschaftsgeschichte sehr kurzem Zeitraum von ca. 6–7 Jahren ist es hier gelungen, aufgrund kollektiver Forschungsanstrengungen eine psychologische Einzelwissenschaft zu begründen, die nicht mehr eine unter vielen psychologischen Schulen darstellt (auch nicht eine unter mehreren Varianten von „kritischer" Psychologie), sondern die einen festen Platz im System des wissenschaftlichen Sozialismus hat. Während sich die bisherige Arbeit weitgehend auf die Herausarbeitung der allgemeinen Merkmale der individuellen Vergesellschaftung in der bürgerlichen Klassengesellschaft konzentrierte, wie sich dies auch im 1. internationalen Kongreß Kritische Psychologie (Mai 1977)[18]) ausdrückte, wird es im Rahmen der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des 2. internationalen Kongresses mit dem Thema „Arbeit und Arbeitslosigkeit in kritisch-psychologischer Sicht" (4.–6. Mai 1979)[19]) zu einer verstärkten Konkretisierung auf die Verhältnisse in der BRD kommen, so daß auch die praktisch-politischen Konsequenzen dieses spezifischen Beitrages zur marxistischen Sozialkritik des Kapitalismus noch deutlicher werden.

Karl-Heinz Braun

18) Vgl. K. Holzkamp/K.-H. Braun (Hrsg.), Kritische Psychologie. Bericht über den 1. internationalen Kongreß Kritische Psychologie vom 13.–15. Mai 1977 in Marburg, Bd. 1: Einführende Referate, Bd. 2: Diskussion, Studien zur Kritischen Psychologie Bd. 1 u. 2, Köln 1977.

19) Nähere Informationen durchs Kongreßbüro Kritische Psychologie, Karl-Heinz Braun, Schwanallee 22a, 355 Marburg/L.

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

125 *Ostrowsky/Geisler* **Südafrika: Befreiungskampf.** 240 S. DM 12,80
126 *Römer* **Kapitalistisches Privateigentum.** 320 S. DM 14,80
127 *Kirchhoff-Hund* **Rollenbegriff und Interaktionsanalyse.** 300 S. DM 14,80
130 *Ruben* **Dialektik und Arbeit der Philosophie.** 280 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Tagungsberichte

Das Subjekt der Geschichte

Ein Bericht über das 3. Bremer Symposion „Wissenschaftsgeschichte" vom 29. bis 3. Oktober 1978

Auf den ersten Blick scheint es eine Binsenweisheit zu sein, daß alle Veränderungen in der Gesellschaft ein Subjekt voraussetzen, das verändert. Gleichwohl ist diese Erkenntnis historisch relativ jungen Datums. Sie bildete sich parallel zur Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft heraus und wurde als systematischer Bestandteil der Geschichtstheorie erst im 19. Jahrhundert ausgearbeitet, als im Rahmen des wissenschaftlichen Sozialismus eine materialistische Geschichtstheorie entwickelt wurde, die in praktischer Absicht die Frage beantworten sollte, wie und unter welchen Voraussetzungen die Geschichte bewußt gestaltet werden kann.

Es entsprach daher keineswegs einem ausschließlich theoretischen Interesse, wenn sich das 3. Bremer Symposion „Wissenschaftsgeschichte" mit der Frage nach dem Subjekt der Geschichte auseinandersetzte. Die Veranstalter des Symposions, Prof. Dr. Hans Jörg Sandkühler und Prof. Dr. Manfred Hahn hatten vielmehr ein Forschungsprogramm formuliert, das vom wissenschaftlichen Standpunkt nicht weniger aktuell und bedeutsam war, als vom politischen. Cesare Luporini, einer der bekanntesten marxistischen Philosophen Italiens charakterisierte es auf der Abschlußsitzung so: „Unsere Arbeit dient dem demokratischen Fortschritt unserer Völker, weil wir danach fragen, wer im Moment Träger der geschichtlichen Entwicklung ist, wer die Kräfte sind, die unsere Probleme bewältigen können."

Wenn die Universität Bremen mancherorts in dem Ruf steht, zur wissenschaftlichen Forschung nur wenig beizutragen, so gab das diesjährige Symposion erneut Gelegenheit, sich vom Gegenteil zu überzeugen. Rund 30 Philosophen, Historiker, Ökonomen und Literaturwissenschaftler aus der Bundesrepublik, der DDR, Frankreich, Ungarn, Polen, Japan und Italien setzten mit der Diskussion über das Thema „Bürgerliche Gesellschaft und Herausbildung des wissenschaftlichen Sozialismus: Theorien über das Subjekt der Geschichte" eine Arbeit fort, die im vergangenen Jahr mit der Frage nach den „Theoretischen Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus" begonnen worden war[1]). Beide Tagungen beschäftigten sich mit der Vorgeschichte der Arbeiterbewegung und den wissenschaftlichen Voraussetzungen, an denen Marx und Engels bei der Ausarbeitung ihrer Theorie anknüpfen konnten.

Die diesjährige Tagung war von den Veranstaltern, deutlicher noch als im vergangenen Jahr, interdisziplinär konzipiert worden, in der Erkenntnis, daß der herkömmliche „geistesgeschichtliche" Typ der Wissenschaftsgeschichtsschreibung nur dann überwunden werden kann, wenn der Zusammenhang zwischen Theoriegeschichte und Gesellschaftsgeschichte nicht nur behauptet, sondern auch im Detail nachgewiesen wird. Unter der Voraussetzung, daß im Rahmen der heutigen Form wissenschaftlicher Arbeitsteilung (in der Bundesrepublik nicht anders als in anderen Ländern – unter Einschluß der sozialistischen) die

1) Vgl. den Bericht von G. Matthias Tripp in: „Blätter", 9/1977, S. 1142ff.

Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise und die Entstehung des Proletariats als Klasse in den „Zuständigkeitsbereich" der Historiker fällt, während die Entwicklung der politischen und philosophischen Theorien dem „Ressort" der Philosophen zugeschlagen wird, ist der Nachweis der Zusammengehörigkeit beider Prozesse nur interdisziplinär zu führen.

Für die Veranstalter ergab sich daraus die Notwendigkeit, die bloß additive Form der Interdisziplinarität zu durchbrechen und zu einer einem Tagungsmodus zu finden, der einen intensiven Dialog zwischen Vertretern verschiedener wissenschaftlicher Fachrichtungen ermöglicht. Rechtzeitig vor Beginn des Symposions wurden den Teilnehmern Papiere zu den thematischen Schwerpunkten zugeschickt; das ermöglichte jedem Teilnehmer schon im vorhinein eine intensive Auseinandersetzung mit den Forschungsergebnissen auch anderer Fachrichtungen und schuf auf dem Symposion selbst den Raum für intensive Diskussion, da die tagungsüblichen endlosen Referate entfallen konnten.

Zugleich aber wurde auch deutlich, wie schwer ein solcher interdisziplinärer Dialog ist. Wenn die Beiträge der einzelnen Fachvertreter in manchen Partien der Diskussion doch noch nebeneinander herliefen, so lag das offenbar weder an mangelnder Bereitschaft der Teilnehmer, noch an Versäumnissen der Veranstalter. Die heute noch vorherrschende Form der wissenschaftlichen Arbeitsteilung setzt einem interdisziplinären Dialog objektive Hindernisse entgegen, die nur in einem langen Prozeß abgebaut werden können.

Gleichwohl wurde die Chance zur Diskussion genutzt. Es kam zu einer Reihe höchst interessanter Auseinandersetzungen, die ebenso offen wie sachlich ausgetragen wurden. Daß die „Frontlinie" dieser Kontroversen keineswegs nur zwischen den anwesenden Vertretern des Marxismus einerseits und den nichtmarxistischen Wissenschaftlern andererseits verlief, zeigt, daß die Lösung inhaltlicher Probleme im Vordergrund stand und nicht das bloße Abstecken weltanschaulicher Positionen.

Umstritten war die Frage, ob die entscheidenden Impulse für die Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus und die Konstitution der Arbeiterbewegung von der spontanen Selbstorganisation der Arbeiter ausgingen, oder von bedeutenden Theoretikern wie Marx und Engels und andere. Ohne daß es zu einer expliziten Einigung gekommen wäre, kristallisierte sich in der Diskussion heraus, daß es sich hier nicht um eine ausschließende Alternative handeln könne, sondern um einander ergänzende und bedingende Phänomene. Hier ist noch eine Fülle historischer Detailforschung zu leisten, denn trotz beträchtlicher Fortschritte in der Aufarbeitung der Frühgeschichte der Arbeiterbewegung, ist bis heute zu wenig bekannt über den Einfluß der Popularliteratur oder über die Rolle internationaler Kontakte in der frühen Arbeiterbewegung. Eine neue Erkenntnis in diesem Zusammenhang ist, daß die Konstitution der Arbeiterklasse nicht abgelöst werden kann von der Geschichte des Bürgertums; zur weiteren Erhellung gerade auch dieser Prozesse sind weitere historische Analysen dringend erforderlich. Übereinstimmung herrschte zwischen den Teilnehmern, daß die Regionalgeschichte ein notwendiges Untersuchungsfeld zur Geschichte der Arbeiterbewegung darstellt.

Der Kernpunkt der Diskussion war – der Themenstellung entsprechend – das Problem einer präzisen Bestimmung des Subjekts der geschichtlichen Entwicklung: sind es die „großen Persönlichkeiten" oder die „Volksmassen", sind es Individuen oder Klassen, die Geschichte machen? Es bestand zwar weitgehende Einigkeit darüber, daß der Begriff des geschichtlichen Subjekts weder durch die Kategorie der Struktur ersetzt, noch auf die Individuen und die Entfaltung ihrer Persönlichkeit eingeengt werden darf;

andererseits aber blieb weitgehend offen, wie das Verhältnis von Individuum (das ja nie ein abstraktes, sondern ein historisch bestimmtes und einer Klasse zugehöriges Individuum ist) und historischem Prozeß konkret gefaßt werden muß. Als eine wichtige Frage wurde in diesem Zusammenhang die nach der Überwindung der bürgerlichen und der Entfaltung einer spezifisch proletarischen Subjektivität aufgeworfen – eine Frage allerdings, die nicht durch Forschung allein beantwortet werden kann, solange die Formen proletarischer Individualität im geschichtlichen Realprozeß noch ungenügend entwickelt ist.

Wie die Ergebnisse des letztjährigen Symposions[2]), werden die Arbeitspapiere und Diskussionsergebnisse auch dieser Tagung in Buchform einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Kurt Bayertz

Achse Bonn-Pretoria?

Bericht über den Kongreß gegen atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik – Südafrika in Bonn am 11. und 12. November 1978

Nach fast einjährigen, teilweise zähen Bündnisverhandlungen, trotz vielfältiger staatlicher Torpedierungsversuche und einer weitgehenden Boykottierung durch die Massenmedien der Bundesrepublik konnte er schließlich am 11./12. November 1978 in Bonn stattfinden: der „Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik – Südafrika", veranstaltet von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und unterstützt von der Aktion Selbstbesteuerung, dem Antiimperialistischen Solidaritätskomitee, der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD, der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Hochschul- und Studentengemeinden, dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, den Deutschen Jungdemokraten, der Gruppe Rheinische Zeitung, dem Kommunistischen Bund, der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, dem Sozialistischen Büro und den Vereinigten Deutschen Studentenschaften.

Von den rund 500 Kongreßteilnehmern, die zum größten Teil von Delegierten der Unterstützerorganisationen gestellt wurden, kamen über 50 aus dem Ausland, darunter Vertreter der UNO, der OAU, der Frontstaaten, der Befreiungsbewegungen und Solidaritätsgruppen. Noch nie zuvor hat sich zu diesem Thema hierzulande eine so starke internationale Beteiligung gezeigt. Darin sehen alle unmittelbar und mittelbar Beteiligten eine große Ermutigung und Anerkennung ihrer Arbeit.

Bereits zu Kongreßbeginn war als bemerkenswerter Erfolg zu verbuchen, daß dieses breite Bündnis von Unterstützerorganisationen aufrechterhalten werden konnte. Darin allein äußert sich ein Grad von Öffentlichkeit, der bisher zu diesem Thema nicht erreicht worden ist. Dies sollte gerade angesichts des fast perfekten Totschweigens des Kongresses in der bundesrepublikanischen Presse bedacht werden. Mit der Verabschiedung der Abschlußerklärung haben sich die genannten Organisationen neben den restlichen Teilnehmern auf detaillierte Aussagen festgelegt und zur Durchsetzung bestimmter Forderungen verpflichtet. Es ist zu wünschen, daß dieser Kreis der Unterstützer noch anwächst und aktiver wird, damit das letztliche Ziel des Kongresses, die Beendigung der atomaren Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Südafrika, erreicht werden kann.

Seit Monaten waren die Autoren der Schriften zum Atomgeschäft Bundesrepublik-Südafrika von Vertretern der Bundesregierung als böswillige Verleumder und professionelle Lügner bezeichnet worden. Nach dem Scheitern des Memorandums des Auswärtigen Amtes (AA) vom Januar 1977 streuten dessen Beamte auf internationalen Foren meist nur pauschale Dementis aus. Doch hinter den Kulissen war man rührriger. Angesichts des für die Bundesrepublik außergewöhnlichen Besuchs der Kongreßgäste G. N. Dawadi, des Vertreters des UN-Sonderausschusses gegen Apartheid aus New York, und Col. H. I. Mbita, des Generalsekretärs des Befreiungskomitees der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) aus Dares-

2) Manfred Hahn/Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.), Bürgerliche Gesellschaft und theoretische Revolution. Zur Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus, Köln 1978, 328 S., 14,80 DM.

salam, unternahm die Bundesregierung drei Tage vor dem Kongreß die Flucht nach vorn und stellte die Broschüre „Zur Sache. Widerlegung der Vorwürfe einer angeblichen nuklearen und militärischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika" vor. Damit unternahm die Regierung seit Veröffentlichung der ersten ANC-Dokumentation im September 1975 den dritten Versuch, die vorgelegten Beweise und Tatsachen des Atomkomplotts Bonn-Pretoria aus der Welt zu schaffen. Auch dieser Versuch ist gescheitert. Wieder geht die Regierung mit fahrlässigen Falschdarstellungen und unverantwortlicher Leichtgläubigkeit in der Beantwortung einzelner Punkte vor. Im Vorspann ihrer Broschüre bestreitet sie, daß es den „Urhebern der Kampagne" in erster Linie auf den Kampf gegen die Apartheidpolitik ankommt. Vielmehr sei ihr eigentliches Ziel, die Bundesregierung international unglaubwürdig zu machen und eigene machtpolitische Ziele auf dem afrikanischen Kontinent zu verfolgen. Das ist ein unerhörter Angriff nicht nur gegen den ANC und die AAB, sondern gegen alle Regierungen, internationale und nationale Organisationen und Einzelpersonen, die sich mit den Zielen der Kampagne solidarisiert haben.

Die Kongreßeinladung an Vertreter der Bundesregierung – ausdrücklich nach Veröffentlichung der Regierungsbroschüre wiederholt – wurde nicht nur nicht wahrgenommen, sondern prinzipiell abgelehnt. Versuche, die Regierungsmeinung durch die Hintertür auf dem Kongreß durchzusetzen, konnten erfolgreich abgewehrt werden.

Ein ermutigendes Zeichen haben die Bundestagsabgeordneten Coppik, Thüsing, Meinike, Hansen, Simonis, Erler und Gansel gesetzt, als sie die folgende Grußbotschaft zum Kongreß sandten: „Wir erklären unsere Solidarität mit allen, die gegen das rassistische Apartheidregime der Republik Südafrika kämpfen und distanzieren uns von den diffamierenden Äußerungen des Bundespresse- und Informationsamtes über ANC und AAB".

Ingeborg Wick

Soeben erschienen

Frank Niess

Geschichte der Arbeitslosigkeit

Ökonomische Ursachen und politische Kämpfe
Ein Handbuch
260 Seiten, DM 14,80

Dieses Buch beschreibt, wie sich die Arbeitslosigkeit unter konjunkturellen und technischen Einflüssen zum sozialökonomischen Dauerzustand entwickelt hat. Es schildert die Arbeitsmarktpolitik als Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Die Arbeitslosenstatistik, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung werden auf ihre sozialökonomischen Funktionen und ihre Perspektiven hin untersucht. Auch heute sind die psychische Belastung und wirtschaftliche Not der Arbeitslosen groß. Der Kampf für das Menschenrecht auf Arbeit setzt Kenntnisse über die Geschichte der Arbeitslosigkeit voraus.

Pahl-Rugenstein

Autoren dieses Heftes

Dr. Mostafa DANESCH, geb. 1944 in Semnan (Iran), Studium der Politologie, Völkerkunde und Erziehungswissenschaft an den Universitäten München, Bonn und Köln, Promotion über „Die Politik Großbritanniens in der iranischen bürgerlichen Revolution (1905–1911)"; zahlreiche Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Klaus THÜSING,* geb. 1940 in Balve/Sauerland, Studium der Pädagogik, Sozialwissenschaften und Geschichte, Diplom-Sozialwissenschaftler, SPD-MdB, Mitglied im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Karlheinz DESCHNER,* geb. 1924 in Bamberg, Studium der Forstwissenschaft, Jura, Philosophie und Literaturgeschichte, Schriftsteller; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Hella GERT-WELLMANN,* geb. 1950 in Neumünster, Diplom-Politologin, Doktorandin in Hamburg, z. Z. wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für allgemeine Überseeforschung in Hamburg. • • • *Dr. Joachim RADKAU,* geb. 1943 in Oberlübbe/Krs. Minden, Professor für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe; Buchveröffentlichungen u. a.: Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute (zusammen mit George W. F. Hallgarten), Köln/Frankfurt/M. 1974. • • • *Hinrich ENDERLEIN,* geb. 1941, MdL, Stellvertretender Landesvorsitzender und Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der baden-württembergischen FDP. • • • *Dr. Jörg KAMMLER,* geb. 1940 in Berlin, Professor für Politikwissenschaft an der Gesamthochschule Kassel, Vorsitzender des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945 e. V. in Frankfurt/M. • • • *Gerd DEUMLICH,* geb. 1928 in Brieg, Vermessungstechniker, Mitglied des Parteivorstandes und des Präsidiums der DKP; Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Gaby ZIPFEL,* geb. 1952, Studium der Germanistik und der Politologie an der Universität Hamburg, Leiterin des VDS-Projektbereichs Frauen; Zeitschriftenveröffentlichungen zur Frauenfrage. • • • *Karl-Heinz BRAUN,* geb. 1948, Studium der Gesellschafts- und Erziehungswissenschaft an der Universität Marburg/L., Mitherausgeber der „Beiträge zur Kritischen Psychologie"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Ingeborg WICK,* geb. 1946 in Düsseldorf, Studium der Romanistik und Anglistik an den Universitäten Heidelberg und Bonn, z. Z. Geschäftsführerin der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Bonn; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Mitteilung des Verlags

Infolge gestiegener Herstellungskosten ist es unumgänglich, den Preis für die „Blätter" ab 1. Januar 1979 um 0,20 DM je Heft zu erhöhen. Das Abonnement kostet also ab Jahresbeginn 1979 monatlich 4,00 DM (für Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende 3,50 DM), das Einzelheft im Buchhandel 5,50 DM. Ändern sie bitte dementsprechend Ihren Dauerauftrag.
Wir bitten um Verständnis.
Pahl-Rugenstein Verlag

Bemerkungen

Einer Teilauflage dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Argument-Verlages bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen. D. Red.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Dreiundzwanzigster Jahrgang · Heft 12/1978

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats November 1978

1. 11. – Naher Osten. Der PLO-Vorsitzende Arafat beendet in Moskau Gespräche mit Ministerpräsident Kossygin, Außenminister Gromyko und ZK-Sekretär Ponomarew. In einem Kommuniqué verurteilen beide Seiten „nachdrücklich die ägyptisch-israelischen Separatverhandlungen ... als eine Verschwörung auf Kosten und hinter dem Rücken der Araber". Weiter heißt es: „Die Gesprächsteilnehmer sind der Auffassung, daß die Schaffung einer Front der Standfestigkeit und Konfrontation ein wichtiger Faktor ist bei der Entfaltung des Kampfes gegen die Machinationen des Imperialismus, Zionismus und des geheimen Einvernehmens mit dem Aggressor ...". – Vom 2.–5. 11. findet in Bagdad eine „Arabische Gipfelkonferenz" statt. Die Teilnehmer, unter ihnen die PLO, appellieren an Ägypten, das nicht vertreten ist, die Abkommen von Camp David (vgl. „Blätter", 10/1978, S. 1155) rückgängig zu machen, und „keinen Aussöhnungsvertrag mit dem Feind zu unterzeichnen". – Am 15. 11. spricht der ägyptische Präsident Sadat in Ismailia von einer „schweren Krise" bei den ägyptisch-israelischen Verhandlungen in Washington (vgl. „Blätter", 11/1978, S. 1287 f.). – Am 24. 11. veröffentlicht das State Department den bisher geheimgehaltenen amerikanischen Entwurf für einen „Friedensvertrag zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel" sowie am 28. 11. ein ergänzendes Protokoll.

– *Bundesrat. Der Regierende Bürgermeister von Berlin (West), Dietrich Stobbe, übernimmt für die Dauer eines Jahres den Vorsitz im Bundesrat. An der Wahl Stobbes (20.10.) hatte die sowjetische Presseagentur Nowosti heftige Kritik geübt und erklärt, die Sowjetunion werde die „skrupellose Mißachtung" des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin „nicht tatenlos hinnehmen".*

2.–4. 11. – Polen / BRD. Bundesaußenminister Genscher führt in Warschau Gespräche mit Außenminister Wojtaszek. Genscher, der auch Krakau und das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz besucht, wird von Parteisekretär Gierek und Ministerpräsident Jaroszewicz empfangen.

3. 11. – UdSSR / Vietnam. Der vietnamesische Parteisekretär Le Duan und Ministerpräsident Pham Van Dong sowie Generalsekretär Breschnew und Ministerpräsident Kossygin unterzeichnen in Moskau einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit". Artikel 6 sieht im Falle „eines Angriffs oder einer Angriffsdrohung" gegen eine der beiden Vertragsparteien die Aufnahme sofortiger gegenseitiger Konsultationen vor, mit dem Ziel, diese Gefahr zu beseitigen und „entsprechende effektive Maßnahmen für die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit beider Länder einzuleiten."

4.–6. 11. – Sozialistische Internationale. Auf dem 14. Kongreß der Sozialistischen Internationale in Vancouver (Kanada) wird der SPD-Vorsitzende Brandt für weitere zwei Jahre zum Präsidenten gewählt. Mit der Aufnahme von vier neuen Parteien zählt die Organisation 69 Mitglieder.

5. 11. – Österreich. In einer Volksabstimmung wird ein von der regierenden Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) vorgelegter Gesetzentwurf über die Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes in Zwentendorf bei Wien mit 50,47 % Nein- (bei 49,53 % Ja-) Stimmen abgelehnt. Die Wahlbeteiligung beträgt 64,10 %. Der SPÖ-Vorsitzende und Bundeskanzler Kreisky, der die Volksabstimmung angeregt hatte und für die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes eingetreten war, erklärt am 7. 11. vor der Presse, er betrachte das Ergebnis als eine persönliche Niederlage. Die Regierung werde ein neues Gesetz einbringen, das ein Verbot des Baus von Anlagen zur Erzeugung von Energie aus Kernkraft bzw. der Inbetriebnahme bestehender Anlagen vorsieht.

– *Indien. Bei einer Nachwahl in Chikmagalur im Bundesstaat Karnataka gewinnt die ehemalige Ministerpräsidentin Indira Gandhi wieder einen Sitz im Unterhaus (vgl. „Blätter", 4/1977, S. 390). Auf Frau Gandhi entfallen 249 376 Stimmen, auf ihren Gegenkandidaten von der regierenden Janata-Partei 172 043 Stimmen.*

6. 11. – Iran. Schah Reza Pahlevi entläßt das Kabinett unter Ministerpräsident Amouzegar (vgl. „Blätter", 9/1978, S. 1026) und setzt eine Militärregierung unter Leitung von General Gholam Reza Azhari (bisher Generalstabschef der Streitkräfte) ein, der acht Militärs und vier Zivilisten angehören. Der Schah erklärt, nach einer Normalisierung der Lage (vgl. „Blätter", 10/1978, S. 1156) sollten „freie Wahlen" stattfinden.

– *Bayern. Der Landtag (Zusammensetzung vgl. „Blätter", 11/1978, S. 1288 f.) wählt mit 125 gegen 71 Stimmen bei 4 Enthaltungen den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zum Ministerpräsidenten. Strauß, der nach 29 Jahren Mitgliedschaft aus dem Bundestag ausscheidet, löst Alfons Goppel (ebenfalls CSU) ab. Der bisherige CSU-Generalsekretär Gerold Tandler tritt als Innenminister in das Kabinett ein.*

10. 11. – UNO. Die Generalversammlung wählt Bangladesch, Jamaika, Norwegen, Portugal und Sambia zu nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates für die Jahre 1979/80. Kanada, die Bundesrepublik, Indien, Mauritius und Venezuela scheiden zum 1. Januar 1979 aus dem Rat aus.

12.–14. 11. – FDP. Mit einem Grundsatzreferat des Parteivorsitzenden Genscher, der mit 336 von 383 Stimmen in seinem Amt bestätigt wird, beginnt der Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei in Mainz. Zu den wichtigsten Themen der anschließenden Diskussion gehören die Überprüfungspraxis für Bewerber im öffentlichen Dienst sowie die Nutzung der Kernenergie. Bei den Vorstandswahlen unterliegt Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff mit 121 gegen 171 Stimmen für den Bremer FDP-Vorsitzenden Horst Jürgen Lahmann. Bundesgeschäftsführer Verheugen wird mit knapper Mehrheit (201 von 373 Stimmen) zum Generalsekretär bestimmt.

16. 11. – DDR / BRD. Im Außenministerium der DDR werden Vereinbarungen unterzeichnet, die Verbesserungen im Verkehr zwischen beiden Staaten und Berlin (West) sowie eine Erweiterung des gegenseitigen „nichtkommerziellen Zahlungsverkehrs" vorsehen. Im

Gästehaus des Senats von Berlin (West) tauschen am gleichen Tage Beauftragte des Senats und der DDR-Regierung entsprechende Dokumente aus. Geplant sind u. a. der Bau einer Autobahn zwischen Berlin und Hamburg, der Ausbau von Binnenwasserstraßen sowie die Öffnung neuer Grenzübergänge. An den Kosten für den über das Territorium der DDR führenden Abschnitt der Autobahn, die nach Fertigstellung als Transitstrecke im Sinne des Abkommens vom 17. Dezember 1971 (Text in „Blätter", 7/1972, S. 769 ff.) gilt, beteiligt sich die Bundesrepublik mit einem Betrag von 1,2 Mrd. DM. – Am 29. 11. setzen im Bundeskanzleramt in Bonn Vertreter beider Staaten ihre Unterschrift unter ein Protokoll, das den Verlauf der gemeinsamen Grenze mit einer Länge von 1400 km feststellt. Umstritten bleiben ein 94 km langer Elbe-Abschnitt sowie der Grenzverlauf am Bach Warme Bode im Harz.

16.–17. 11. – Jugoslawien/Rumänien. Die Präsidenten Ceausescu (Rumänien) und Tito (Jugoslawien) treffen zu politischen Gesprächen in Belgrad zusammen. Beteiligt sind auch die Ministerpräsidenten und Außenminister beider Länder.

16.–20. 11. – UdSSR/Äthiopien. Der Vorsitzende des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates, Oberstleutnant Mengistu Haile Mariam, konferiert in Moskau. Während des Aufenthalts unterzeichnen Mengistu und Generalsekretär Breschnew einen bilateralen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit".

22.–23. 11. – Warschauer Vertrag. Der Politische Beratende Ausschuß tagt in Moskau in Anwesenheit der Parteisekretäre, Ministerpräsidenten, Außen- und Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten. Zum Abschluß wird eine umfangreiche „Deklaration" veröffentlicht (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen"). Eine besondere Nahosterklärung, die die separaten israelisch-ägyptischen Pläne verurteilt und die Beschlüsse der Konferenz von Bagdad unterstützt, wird von Rumänien nicht unterzeichnet.

22.–25. 11. – EG/RGW. Eine Delegation des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe unter Leitung von Generalsekretär Faddejew setzt in Brüssel die Gespräche mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, vertreten durch EG-Vizepräsident Haferkamp, fort. Wie bei den vorausgegangenen Verhandlungen (vgl. „Blätter", 6/1978, S. 643) geht es um die Ausarbeitung eines Abkommens über die künftige Zusammenarbeit zwischen beiden Gemeinschaften.

23. 11. – Europarat. Als 21. Mitglied tritt Liechtenstein dem Rat bei. Die Beitrittsurkunde wird am Sitz der Organisation in Straßburg unterzeichnet.

24. 11. – Bolivien. Die Armee stürzt die Militärregierung unter General Juan Pereda (vgl. „Blätter", 8/1978, S. 899). Brigadegeneral David Padilla Arancibia, bisher Oberbefehlshaber des Heeres, kündigt die Einsetzung eines Staatspräsidenten entsprechend der Verfassung und die Ausschreibung von Wahlen an.

28. 11. – UNESCO. Die 20. Generalversammlung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) verabschiedet in Paris eine „Mediendeklaration". Das Dokument geht auf einen mehrfach abgeänderten Entwurf des UNESCO-Generaldirektors Mahtar M'Bow (Senegal) zurück und trägt den Titel: „Deklaration über die grundlegenden Prinzipien bezüglich des Beitrages der Massenmedien zur Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung, der Förderung der Menschenrechte und zum Kampf gegen Rassismus, Apartheid und Aufhetzung zum Krieg." Die Schaffung eines „neuen Gleichgewichtes und einer besseren Gegenseitigkeit beim Fluß der Information", so heißt es, erfordere auch eine „Korrektur der Ungleichheiten beim Fluß der Informationen von und zu den Entwicklungsländern sowie zwischen diesen".

– Bundeswehr. Generalinspekteur Harald Wust beantragt die „Versetzung in den einstweiligen Ruhestand" und begründet diesen Schritt mit einem fehlenden Vertrauensverhältnis zu Bundesverteidigungsminister Apel. Zum Nachfolger wird Generalleutnant Jürgen Brandt (bisher Vertreter der Bundesrepublik im NATO-Militärkomitee) ernannt.

29. 11. – Frankreich. Neuer Außenminister wird Jean François-Poncet, bisher Generalsekretär der Präsidentschaft; Außenminister Louis de Guiringaud hatte aus Gesundheitsgründen seinen Rücktritt erklärt.

30. 11. – UdSSR. Der Oberste Sowjet beendet seine regelmäßige Wintertagung. Vor dem Parlament hatte Finanzminister Garbusow mitgeteilt, die Militärausgaben würden mit 17,2 Mrd. Rubel im kommenden Haushaltsjahr unverändert bleiben, womit sich ihr prozentualer Anteil auf unter 7 % reduzieren werde.

Moskauer Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags vom 23. November 1978

(Wortlaut)

Volksrepublik Bulgarien, die Ungarische Volksrepublik, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Moskau am 22. und 23. November 1978 vertreten waren, erörterten aktuelle Fragen der Entwicklung der Lage in Europa und führten einen Meinungsaustausch zu einigen Fragen der gesamten internationalen Entwicklung.

Im Mittelpunkt der Beratung standen weitere Schritte im Kampf für die Fortführung des Entspannungsprozesses und die Abrüstung.

Die Teilnehmer der Tagung stellten fest, daß in den letzten Jahren die Entschlossenheit der Völker, aller fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte immer stärker wird, der Aggressions- und Unterdrückungspolitik des Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus ein Ende zu setzen, und daß sich der Kampf für Frieden und Entspannung, für die Einstellung des Wettrüstens, für Freiheit und sozialen Fortschritt sowie für eine friedliche gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten immer breiter entfaltet. In diesem Kampf wurden spürbare positive Ergebnisse erzielt. Die Tendenz zur internationalen Entspannung, die sich auf die Anerkennung und Achtung der Gleichberechtigung aller Staaten stützt, wurde sichtbar und begann sich auf die gesamte internationale Entwicklung auszuwirken.

Gleichzeitig nahm die Aktivität der Kräfte des Imperialismus und der Reaktion zu. Sie versuchen, unabhängige Staaten und Völker ihrer Herrschaft zu unterwerfen, heizen das Wettrüsten an und mischen sich gröblichst in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein. All das gefährdet den Entspannungsprozeß und wirkt dem Streben der Völker nach Frieden, Freiheit, Unabhängigkeit und Fortschritt entgegen.

Insgesamt wurde die von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in ihrer auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses 1976 in Bukarest angenommene Deklaration „Für neue Ergebnisse auf dem Wege der internationalen Entspannung, für die Festigung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa" getroffene Einschätzung durch die Entwicklung der Ereignisse bestätigt.

I

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Teilnehmer der Tagung den Fragen der Festigung der Sicherheit und der Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa. Sie stellten fest, daß sich auf dem europäischen Kontinent bedeutende positive Veränderungen vollzogen haben. Sie wurden begünstigt durch die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten des Kontinents im Geiste der in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa enthaltenen Prinzipien, durch die allgemeine Anerkennung der zwischen den europäischen Staaten bestehenden Grenzen und deren Unverletzlichkeit, was für die internationale Sicherheit von fundamentaler Bedeutung ist. Die Überwindung wesentlicher Hindernisse auf dem Wege zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten Europas trug dazu bei, daß diese Beziehungen ausgeglichener, inhaltsreicher und vielseitiger wurden und somit die gegenseitige Verständigung zwischen den Völkern weiter förderten.

In der seit dem Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vergangenen Zeit wurde eine nützliche Arbeit zur Realisierung der auf der Konferenz herausgearbeiteten Prinzipien und Vereinbarungen geleistet und in dieser Sache ein guter Anfang gemacht. Das Leben bestätigte, daß das langfristige Programm der europäischen Sicherheit und Zusammenar-

beit, wie es in der Schlußakte der Gesamteuropäischen Konferenz enthalten ist, die Hauptrichtungen für positive Schritte im Interesse des Freidens richtig festlegt und sichere Orientierungspunkte dafür setzt.

In Erfüllung der in Helsinki getroffenen Vereinbarungen finden immer häufiger Begegnungen zwischen führenden Repräsentanten der Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz statt. Sie fördern die Entwicklung einer gleichberechtigten, gegenseitig vorteilhaften internationalen Zusammenarbeit, darunter auch auf langfristiger Grundlage.

Spürbar dichter wurde das Netz der politischen Kontakte zwischen den europäischen Staaten. Es verbesserte sich ihr Verständnis für die Haltung, Ansichten und legitimen Interessen des anderen, wozu auch die Erweiterung der bilateralen Beziehungen einen bedeutenden und nützlichen Beitrag leistet. Es entstanden neue Möglichkeiten für die gegenseitig vorteilhafte ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen ihnen, besonders auf dem Gebiet der industriellen Kooperation. Es zeichneten sich gewisse praktische Schritte zur Realisierung dieser Möglichkeiten ab. Es laufen die Vorbereitungen zur Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz für Umweltschutz. Entsprechende Foren erörtern Fragen der Durchführung analoger Beratungen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten des Transports, der Energiewirtschaft und einer Reihe anderer Gebiete. Der Kulturaustausch hat sich erweitert und ist inhaltlich reicher und vielseitiger geworden. Entwickelt haben sich die Kontakte in anderen humanitären Bereichen.

Wichtig ist, daß alle Teilnehmer der Gesamteuropäischen Konferenz auf dem Belgrader Treffen ihre Bereitschaft bekräftigten, den mit dieser Konferenz begonnenen Prozeß fortzusetzen, obwohl zu einer Reihe wesentlicher konstruktiver Vorschläge praktischen Charakters, darunter solchen, die militärische Aspekte der Sicherheit betreffen, auf dem Treffen keine Übereinstimmung erreicht wurde. Einen nützlichen Beitrag zur Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa sollen die auf dem Belgrader Treffen vereinbarten multilateralen Maßnahmen zu folgenden konkreten Fragen leisten: Expertenberatung zur Ausarbeitung einer für alle annehmbaren Methode zur friedlichen Regleung von Streitigkeiten, geamteuropäisches wissenschaftliches Forum, Expertenberatung zu Fragen der ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Positive Bedeutung hat die Vereinbarung, im Rahmen des mit der Gesamteuropäischen Konferenz begonnenen multilateralen Prozesses das nächste Treffen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz 1980 in Madrid durchzuführen. Die Völker des Kontinents erwarten, daß das Madrider Treffen die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa praktisch voranbringt und insbesondere dazu beiträgt, auf dem Gebiet der militärischen Entspannung und Abrüstung Fortschritte zu erreichen. Die auf der Tagung vertretenen sozialistischen Länder bekunden ihre Entschlossenheit, zum Erfolg dieses Treffens beizutragen.

Von Anfang an war jedoch klar, daß ein sicheres Voranschreiten auf dem von der Gesamteuropäischen Konferenz gebahnten Wege wie auch die Festigung des Friedens in der ganzen Welt nur dann Realität werden können, wenn alle Staaten konsequent in dieser Richtung wirken.

Leider haben sich die Ereignisse nicht in vollem Maße so entwickelt. Es sind offensichtliche Verletzungen allgemein anerkannter Prinzipien der Beziehungen zwischen den Staaten, ernste Bedrohungen des Friedens und der internationalen Sicherheit sowie der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker zu verzeichnen. Es wird versucht, den Prozeß der Verbesserung der internationalen Beziehungen aufzuhalten und ihn sogar in die entgegengesetzte Richtung umzukehren. Die Verstärkung der Truppen und Rüstungen auf dem europäischen Kontinent wurde nicht beendet, sondern fortgesetzt. Auf dem Gebiet der militärischen Entspannung und Abrüstung wurden noch immer keine effektiven Vereinbarungen erzielt. All das gefährdet die Festigung der Sicherheit in Europa. Die Hindernisse auf dem Wege zur ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit wurden nicht beseitigt, sondern in einigen Richtungen sogar vergrößert. Gegen die sozialistischen Länder, die kommunistischen und Arbeiterparteien und andere fortschrittliche und demokratische Kräfte werden feindselige politische Kampagnen geführt.

Die imperialistischen und reaktionären Kräfte verfolgen mit ihren Angriffen auf die von den Völkern in schwierigem Kampf um dauerhaften Frieden und internationale Sicherheit errungenen Positionen Ziele der Aggression, des Revanchismus und Hegemonismus. Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten halten es für erforderlich, die Aufmerksamkeit aller friedliebenden Kräfte darauf zu lenken, daß all dies der Festigung des Friedens, der Sicherheit und der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit ernsthaft schadet.

Die auf eine Zuspitzung der internationalen Lage gerichtete Tätigkeit der imperialistischen und reaktionären Kräfte muß auf den entschlossenen Widerstand all derer stoßen, die an Frieden, an einem ruhigen Leben und Schaffen der Völker aufrichtig interessiert sind und die Beseitigung der Kriegsgefahr als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit erachten.

Die Teilnehmerstaaten der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses sind davon überzeugt, daß die ständig erstarkenden Kräfte des Friedens und Fortschritts in der Lage sind, neue bedeutende Erfolge im Kampf um Frieden und Freiheit der Völker zu erringen. Sie erklären ihre Entschlossenheit, der Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki als einheitliches Ganzes im Zusammenwirken mit den anderen friedliebenden Staaten, allen fortschrittlichen und demokratischen Kräften sowie den breiten Volksmassen neue Impulse zu verleihen sowie konkrete Maßnahmen und Schritte zur Entwicklung der Zusammenarbeit und zur Erreichung wirklicher Sicherheit auf dem europäischen Kontinent und in der ganzen Welt zu vereinbaren. Sie sind auch bereit, aktiv und tatkräftig an der Lösung der dringlichsten internationalen Probleme mitzuwirken.

II

Die Fortsetzung und Verstärkung des Wettrüstens, sein erhöhtes Tempo und seine größeren Ausmaße sind die Hauptgefahr für den Frieden und die internationale Sicherheit, für internationale Entspannung, die Unabhängigkeit der Völker, ihre ökonomische und soziale Entwicklung.

Ausdruck der Verschärfung des Wettrüstens für das die aggressivsten Kreise des Imperialismus die Verantwortung tragen, sind die auf der Washingtoner NATO-Ratstagung angenommenen Beschlüsse. Sie beinhalten die Erhöhung der Rüstungsausgaben um viele weitere Milliarden Dollar über die schon bisher äußerst hohen Rüstungsbudgets hinaus und neue für Jahrzehnte berechnete Programme zur Entwicklung der Streitkräfte der NATO-Staaten sowie deren Umrüstung auf neue Arten von Massenvernichtungswaffen mit immer größerer Zerstörungskraft. Diese das Wettrüsten anheizenden Beschlüsse sowie andere Aktionen der NATO, die den Charakter militärischer Machtdemonstrationen tragen, sind darauf gerichtet, daß die NATO-Staaten die militärische Überlegenheit über die sozialistischen und anderen Länder der Welt erringen. Sie verfolgen die Absicht, unabhängigen Staaten ihren Willen aufzuzwingen und den Kampf der Völker um nationale und soziale Befreiung zu unterdrücken.

Diese Schritte stehen in krassem Widerspruch zu den Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki, sie errichten neue Hindernisse auf dem Wege zur gegenseitigen Verständigung und friedlichen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten und Völkern. Die Interessen des Friedens erfordern, daß die NATO-Staaten auf die gefaßten Beschlüsse verzichten und den Weg der Abrüstung, der Schaffung eines Klimas des Friedens, des gegenseitigen Verständnisses und des Vertrauens zwischen allen Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz beschreiten.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages wenden sich entschieden gegen die Politik der Verstärkung des Wettrüstens und gegen Versuche militärischer Erpressung. Sie erklären erneut, daß sie selbst niemals nach militärischer Überlegenheit strebten und streben werden, daß ihre militärischen Anstrengungen stets ausschließlich auf die Gewährleistung ihrer Verteidigungsfähigkeit gerichtet waren und sind. Sie gehen davon aus, daß das militärische Gleichgewicht in Europa und in der Welt nicht durch die Verstärkung der Rüstungen, sondern deren Reduzierung und den entschlossenen Übergang zu konkreten Abrüstungsmaßnahmen, insbesondere auf dem Gebiet der Kernwaffen, aufrechterhalten werden muß. Die zunehmende Verschärfung und die Erweiterung des Ausmaßes des Wettrüstens sowie die ständige Vervollkommnung der Waffensysteme können immer gefährlichere Folgen für die Völker haben.

In Übereinstimmung damit betrachten die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten die schnellste Herbeiführung einer entschiedenen Wende in den Verhandlungen über die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung als dringlichste Aufgabe der internationalen Politik unter den gegenwärtigen Bedingungen. Das erfordern die Lebensinteressen der Völker und der gesamten Menschheit sowie die Zivilisation. Sie stellen mit Befriedigung fest, daß dieser Standpunkt heute weltweit geteilt wird. Politiker vieler Länder, breite gesellschaftliche Kreise und einfache Menschen treten immer beharrlicher gegen neue Runden des Wettrüstens auf, die den Frieden und die Sicherheit der Staaten bedrohen. Sie fordern die Verwirklichung effektiver Abrüstungsmaßnahmen.

Unter den Bedingungen des Wettrüstens wird der ökonomische und soziale Fortschritt aller Staaten gehemmt, die Zusammenarbeit zwischen den Staaten erschwert und entstehen immer größere Hindernisse für die Überwindung der Kluft im ökonomischen Entwicklungsniveau der Länder und für die Lösung anderer globaler Probleme, von denen die Zukunft der Menschheit abhängt.

Es kann keinen dauerhaften Frieden geben, solange in den Arsenalen der Staaten das Vernichtungspotential rasch wächst, obwohl es bereits jetzt ausreicht, im Falle seiner Anwendung das Leben der Menschen auf der Erde in Frage zu stellen. Das Wettrüsten fügt dem Prozeß der Entspannung immer ernsteren Schaden zu.

Die unverzügliche Beendigung des Wettrüstens ist auch deshalb erforderlich, weil es durch die schnelle Entwicklung der Militärtechnik, insbesondere durch die Möglichkeit der Entwicklung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen, noch komplizierter werden kann, praktische Lösungen in den Fragen der Abrüstung zu suchen und zu finden.

Die Völker brauchen keine neuen Raketen-Kernwaffensysteme, keine neuen mit ballistischen Raketen bestückten Unterseeboote und keine Flügelraketen, sondern die vollständige Einstellung der Produktion aller Arten von Kernwaffen und die Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke.

Dem Streben der Menschheit entsprechen nicht die Vervollkommnung bereits vorhandener und die Entwicklung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen, darunter der Neutronenwaffe, sondern die Einstellung der Produktion und das Verbot aller Arten solcher Waffen.

Die Völker brauchen keine Weiterentwicklung und Vervollkommnung der konventionellen Rüstungen mit ständig wachsender Zerstörungskraft. Sie brauchen die Reduzierung der bestehenden Streitkräfte und Rüstungen – ohne der Sicherheit eines Staates zu schaden – sowie den Übergang zu effektiven Maßnahmen der militärischen Entspannung und Abrüstung.

die sozialistischen Staaten, die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertreten sind, fordern entschieden, daß in all diesen Richtungen solche effektiven Maßnahmen getroffen werden, die dem Anwachsen des militärischen Potentials der Staaten, vor allem der über ein großes militärisches Potential verfügenden Mächte, Einhalt gebieten und zur realen Abrüstung führen.

Vorschläge zum Gesamtkomplex der Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung wurden auf der Sondertagung der UNO-Vollversammlung zu Fragen der Abrüstung im Sommer dieses Jahres und auf der gegenwärtigen Tagung der Vollversammlung unterbreitet.

Vordringlichste Aufgabe in dieser Hinsicht ist es, Verhandlungen über die Einstellung der Produktion aller Arten von Kernwaffen und über die allmähliche Reduzierung der Kernwaffenvorräte bis hin zu ihrer vollständigen Liquidierung aufzunehmen. Parallel dazu müssen das Verbot der Anwendung von Kernwaffen für alle Zeiten sowie der Verzicht aller Staaten auf Gewaltanwendung in den gegenseitigen Beziehungen angestrebt werden. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützen die diesbezüglichen Vorschläge der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder. Sie treten dafür ein, ohne weitere Verzögerungen den Beginn von Verhandlungen zu diesen Fragen unter Teilnahme aller Kernwaffenmöchte, und nicht nur dieser, zu vereinbaren. Je eher ein konkreter Termin für solche Verhandlungen festgelegt wird, desto besser.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages betrachten Vereinbarungen zwischen der UdSSR und den USA zur Begrenzung der strategischen Rüstungen als wichtig. Nach ihrer Überzeugung wäre der baldige Abschluß der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über ein zweites Abkommen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen und der Übergang zum Abschluß neuer Abkommen über deren Reduzierung, dem sich auch die anderen Kernwaffenmächte anschließen sollten, von größter Bedeutung.

Die Erzielung eines Fortschrittes bei der Reduzierung der strategischen Offensivwaffen würde zur Verringerung der militärischen Konfrontation in der Welt, zur Festigung der Entspannung, des Friedens und der internationalen Sicherheit beitragen. Die Völker würden eine solche Entwicklung begrüßen.

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten sprechen sich auch für den schnellstmöglichen Abschluß der laufenden Verhandlungen zu anderen Aspekten der Begrenzung und Einstellung des Wettrüstens aus, so über das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffenversuche; die Festigung des Regimes der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen unter der Bedingung des Zugangs aller Staaten zur Nutzung der Kernenergie und -technologie für friedliche Zwecke, ohne jegliche Diskriminierung, unter effektiver internationaler Kontrolle entsprechend den Normen der IAEA; das Verbot der Schaffung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen; das Verbot und die Vernichtung chemischer Waffen; die Einschränkung und nachfolgende Reduzierung der militärischen Tätigkeit im Indischen Ozean; die Einschränkung des Verkaufs und der Lieferung konventioneller Waffen.

Jede dieser Verhandlungsrichtungen hat vom Standpunkt der Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker ihre eigene Bedeutung. Sie alle befinden sich in einem mehr oder weniger fortgeschrittenen Stadium, in dem nicht mehr allgemeine Ideen, sondern Fragen unmittelbar militärisch-materiellen Charakters Gegenstand der Erörterung und des Strebens nach Übereinkunft sind. Die sozialistischen Staaten, die an den jeweiligen Verhandlungen beteiligt sind, leisteten und leisten einen großen konstruktiven Beitrag zu deren Vorankommen. Sie unternehmen Initia-

tiven, um auftauchende Hindernisse zu überwinden. Im Interesse des Erfolges der Verhandlungen sind sie bereit, auch künftig in diesem Geiste zu wirken. Völlig klar muß jedoch sein, daß praktische Abkommen nur zu erreichen sind, wenn alle Verhandlungsteilnehmer ein konstruktives Herangehen zeigen.

Einer der effektivsten und praktischsten Wege zur Einstellung des Wettrüstens ist die Reduzierung der Militärbudgets, vor allem der Staaten, die über ein großes ökonomisches und militärisches Potential verfügen. Die sozialistischen Länder sind bereit, über die Lösung dieser großen Aufgabe, die Reduzierung der Militärbudgets zu gleichen Anteilen, sei es in Prozenten oder in gleichen absoluten Größenordnungen, zu verhandeln. Ihre diesbezüglichen Vorschläge werden in der UNO erörtert, darunter auch der Vorschlag, die Militärbudgets auf ihrem gegenwärtigen Stand einzufrieren und unverzüglich zu ihrer Reduzierung überzugehen.

Die Realisierung dieser Maßnahme würde nicht nur in gewissem Maße das Wettrüsten einschränken, sondern auch große Mittel für friedliche Zwecke freisetzen – für die Entwicklung von Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Volksbildung, zur Verstärkung der Hilfe für die Entwicklungsländer im Interesse der Beschleunigung ihrer ökonomischen und sozialen Entwicklung, für den Umweltschutz. Das wäre ein spürbarer Gewinn im Interesse der Abrüstung und für den Wohlstand der Völker.

Als europäische Länder messen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages naturgemäß den Fragen der militärischen Entspannung und der Abrüstung in Europa besondere Bedeutung bei.

Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit, nach Verwirklichung der bekannten Bestimmung der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa über die Notwendigkeit der Realisierung effektiver Maßnahmen zur Verminderung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung zu streben, wodurch die politische Entspannung ergänzt und die Sicherheit in Europa gefestigt würde.

Mit allen Mitteln sind sie bestrebt, zum Erfolg der Verhandlungen über die auf Gegenseitigkeit beruhende Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa beizutragen. In deren Verlauf haben sie mehrfach konstruktive Vorschläge über Wege zur Lösung der Hauptfragen, die Gegenstand der Verhandlungen sind, unterbreitet. Ein neuer Ausdruck der großen Anstrengungen ihrerseits, bei den Verhandlungen einen entscheidenden Fortschritt zu erzielen, ist der Vorschlag vom 8. Juni 1978, der den gesamten Komplex der zur Diskussion stehenden Probleme erfaßt und die Parität der Streitkräfte beider Seiten im Reduzierungsraum bei wesentlicher Senkung ihres derzeitigen Niveaus gewährleistet. Es wird jedoch nur dann vorangehen, wenn die Antwort der anderen Seite ebenfalls von konstruktivem Geist getragen ist.

Die Teilnehmer der Tagung werden auch Anstrengungen unternehmen, damit Fragen der militärischen Entspannung und der Förderung der Abrüstung in Europa im Rahmen der europäischen Sicherheit insgesamt, unter Teilnahme aller Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki, erörtert werden.

Sei es im europäischen oder im Weltmaßstab, mag es einzelne Regionen oder den gesamten Erdball betreffen – die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind bereit, Verhandlungen über alle Aspekte des Problems der Einstellung des Wettrüstens zu führen, darunter auch über jene, über die bisher nicht verhandelt wird. Das betrifft zum Beispiel die Einschränkung und Reduzierung jener Komponenten des Militärpotentials beider Seiten in Europa, die gegenwärtig bei der anderen Seite Besorgnis hervorrufen.

Es gibt keine Waffenart, zu deren Begrenzung oder Reduzierung die auf der Tagung vertretenen sozialistischen Staaten auf der Grundlage der strikten Achtung des Prinzips der gleichen Sicherheit aller Länder nicht bereit wären. Sie sind bereit, auch Vorschläge anderer Staaten zu Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung auf das sorgfältigste zu prüfen.

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten geben ihrem Streben Ausdruck, auch künftig alle Anstrengungen zu unternehmen, um gemeinsam mit anderen Staaten die Fragen der Einstellung des Wettrüstens und der Abrüstung erfolgreich zu lösen. Sie halten es für erforderlich, die Bedeutung des Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten hervorzuheben. Sie treten entschieden für die strikte Achtung des Prinzips der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt in den Beziehungen zwischen den Staaten sowie dafür ein, daß alle strittigen Fragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln, auf dem Wege von Verhandlungen, gelöst werden.

Ausgehend davon treten die an der Tagung teilnehmenden sozialistischen Staaten für die Verwirklichung folgender Maßnahmen ein:

Abschluß eines Weltvertrages über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, der die Verpflichtung aller Staaten zum Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt in allen Formen und Erscheinungen, einschließlich des Verbots der Anwendung von Kernwaffen, enthalten würde;

strikte Verwirklichung der Verpflichtung seitens aller Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz, sich in den gegenseitigen Beziehungen der Anwendung oder Androhung von Gewalt zu enthalten;

Verwirklichung der Vorschläge, daß alle Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz die Verpflichtung übernehmen, nicht als erste Kernwaffen gegeneinander anzuwenden, daß die NATO-Staaten und die Staaten des Warschauer Vertrages den Teilnehmerkreis beider Bündnisse nicht erweitern, daß Militärmanöver beider Seiten in Europa auf 50 000 bis 60 000 Mann begrenzt und die auf der gesamteuropäischen Konferenz vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen auf den Mittelmeerraum ausgedehnt werden;

Maßnahmen zur Verstärkung der Sicherheitsgarantien für nichtkernwaffenbesitzende Staaten einschließlich des Verzichts auf den Einsatz von Kernwaffen gegen Staaten, die keine Kernwaffen besitzen und auf deren Territorium solche auch nicht stationiert sind, einschließlich des Verzichts auf die Stationierung von Kernwaffen auf dem Territorium von Staaten, auf denen es sie gegenwärtig nicht gibt. Nichtkernwaffenbesitzende Staaten, auf deren Territorium auch keine Kernwaffen stationiert sind, haben das Recht, Garantien zu erhalten, daß gegen sie keine Kernwaffen stationiert sind, haben das Recht, Garantien zu erhalten, daß gegen sie keine Kernwaffen wie auch, entsprechend dem Prinzip der Nichtanwendung und -androhung von Gewalt, keinerlei andere Waffen eingesetzt werden.

Die Teilnehmerstaaten der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses sind gegen die Verstärkung von Truppen und Rüstungen auf den Territorien anderer Staaten. Sie bekräftigen ihren konsequenten Standpunkt, Abkommen über die Reduzierung der Streitkräfte abzuschließen und im internationalen Rahmen neue Anstrengungen zur Beseitigung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien und zum Abzug der ausländischen Truppen vom Territorium anderer Staaten, zur Schaffung von kernwaffenfreien und Friedenszonen in verschiedenen Regionen, darunter in Europa, zu unternehmen.

Die Teilnehmer der Tagung bekräftigen auch ihre Bereitschaft zur gleichzeitigen Auflösung der Organisation des Warschauer Vertrages und des NATO-Paktes sowie zur Abschaffung ihrer Militärorganisationen als ersten Schritt, wobei mit einer beiderseitigen Reduzierung der militärischen Aktivitäten begonnen wird. Das wäre ein bedeutsamer Schritt zur Herstellung eines dauerhaften Friedens.

Die sozialistischen Staaten wissen sehr gut, daß die Lösung der Fragen der Einstellung des Wettrüstens und der Abrüstung kompliziert ist und gewaltige Anstrengungen und Zielstrebigkeit erfordert. Sie betonen die Nützlichkeit und Bedeutung der umfassenden Erörterung praktischer Schritte zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung auf der jüngsten Sondertagung der UNO-Vollversammlung, die gleichfalls Beschlüsse zur Vervollkommnung des Mechanismus der entsprechenden Verhandlungen faßte. Jetzt kommt es darauf an, mit der praktischen Arbeit zur Verwirklichung der Ideen und Empfehlungen des auf der Sondertagung angenommenen Schlußdokuments zu beginnen und alles zu tun, um international die Bemühungen für den Übergang zur Abrüstung noch mehr zu verstärken. Ein starker Impuls dafür wäre die schnellstmögliche Einberufung der Weltabrüstungskonferenz unter Teilnahme aller Staaten.

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten sind sich auch darüber im klaren, daß die Einstellung des Wettrüstens starke Gegner hat. Das sind vor allem imperialistische Kreise und Monopole, die an einer ständigen Erweiterung der Produktion von Waffen und der Vergrößerung ihrer Vorräte interessiert sind, um damit Profite und gleichzeitig ein Mittel zu erlangen, sich unabhängige Länder und Völker unterzuordnen und ihnen ihren Willen aufzuzwingen. Die Teilnehmer der Tagung sind jedoch davon überzeugt, daß es gelingen wird, den Widerstand der Gegner der Einstellung des Wettrüstens zu überwinden, wenn alle Kräfte der Gegenwart, die an der Erhaltung und Festigung des Friedens interessiert sind, dafür mobilisiert und vereint werden.

Diese Überzeugung gründet sich auf die bereits erzielten Ergebnisse, die in dem während der letzten anderthalb Jahrzehnte geschaffenen System von bilateralen und multilateralen Verträgen und Abkommen über die Begrenzung des Wettrüstens in einigen Richtungen ihren Ausdruck fanden. Die Lebensinteressen der Völker verlangen, daß jetzt noch weit mehr getan wird.

Ein entscheidender Fortschritt zur Einstellung des Wettrüstens ist möglich. Es müssen alle Kräfte dazu aufgeboten werden, daß er Wirklichkeit wird.

III

Im Verlauf des Meinungsaustausches zu anderen internationalen Fragen von gemeinsamem Interesse hielten es die Delegationen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik für erforderlich zu betonen, daß auch die Politik des Imperialismus, die sich gegen die um ihre Befreiung von kolonialistischer und rassistischer Unterdrückung, gegen Neokolonialismus, für Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpfenden Völker richtet, eine Gefahrenquelle für die internationale Entspannung ist.

Sie erachten es als notwendig, vor allem zu betonen, daß die Politik des Imperialismus, obwohl in letzter Zeit raffinierter geworden, unverändert die alten Ziele verfolgt. Immer häufiger wenden die Imperialisten solche Methoden an wie Feindseligkeiten und Konflikte zwischen den Völkern der national befreiten Staaten zu provozieren, imperialistischen Marionetten mit Waffen und Söldnern zu helfen sowie die verschiedensten militärischen Gruppierungen von Ländern zusammenzuzimmern, in denen proimperialistische Regimes an der Macht sind. Sinn all dessen ist, ihre Herrschaft, ihre Positionen in Wirtschaft und Politik der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu festigen oder wenigstens zu behaupten. Einflußreiche Kreise imperialistischer Mächte und internationale Monopole haben, wie die Erfahrungen zeigen, auch nicht auf die „klassischen" Methoden – militärische Interventionen, grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten unabhängiger Staaten und Anschläge auf deren souveräne Rechte – verzichtet, um ganze Länder und Völker in ihrer Abhängigkeit zu halten.

Die sozialistischen Staaten treten nach wie vor gegen diese Politik auf, die den objektiven Erfordernissen der Entwicklung der Menschheit zuwiderläuft. Sie bekräftigen ihre Solidarität mit dem Kampf der Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, gegen jede Form der Herrschaft und Unterdrückung.

Wie bisher werden sie auch künftig den um ihre nationale Befreiung kämpfenden Kräften sowie den Völkern der befreiten Länder Unterstützung erweisen, die in schwerem Kampf ihre Unabhängigkeit und Freiheit verteidigen, darunter ihr Recht auf freie Wahl des gesellschaftlichen Entwicklungsweges und auf Gewährleistung der territorialen Integrität ihrer Länder, ihrer Unabhängigkeit und Souveränität. Sie bekräftigen erneut die feste Absicht ihrer Länder, auch künftig eine vielfältige Zusammenarbeit und ein kameradschaftliches Zusammenwirken mit den jungen Staaten sozialistischer Orientierung zu entwickeln.

Die sozialistischen Staaten unterstützen entschieden die Völker Simbabwes und Namibias in ihrem aufopferungsvollen Kampf, in kürzester Frist die nationale Unabhängigkeit zu erringen, sie sind solidarisch mit dem gerechten Kampf des Volkes Südafrikas für die Liquidierung der Apartheid und aller Formen der Rassendiskriminierung. Sie verurteilen die Versuche, den Völkern Simbabwes, Namibias und Südafrikas neokolonialistische Regelungen aufzuzwingen, die den ureigensten Interessen dieser Völker widersprechen und die Gefahr des Entstehens neuer Konflikte in diesem Gebiet in sich bergen.

Sie bekräftigen erneut ihren prinzipiellen Standpunkt zur Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten, zu einer umfassenden politischen Regelung der Nahostprobleme, die folgendes einschließen muß: Abzug der israelischen Truppen von allen 1967 okkupierten arabischen Gebieten; Verwirklichung des unveräußerlichen Rechts des arabischen Volkes von Palästina auf Selbstbestimmung, einschließlich der Schaffung eines eigenen Staates; Gewährleistung der unabhängigen Existenz und Sicherheit aller Staaten dieses Raumes, darunter auch Israels. Für eine derartige Regelung, die nur unter Beteiligung aller interessierten Seiten, einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation, erreicht werden kann, werden sie auch weiterhin gemeinsam mit den arabischen Staaten und Völkern, gemeinsam mit allen progressiven Kräften kämpfen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten unterstützen die konstruktiven Initiativen der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik zur Verwirklichung des nationalen Ideals des koreanischen Volkes – die unabhängige, friedliche und demokratische Wiedervereinigung des Landes ohne jegliche ausländische Einmischung.

Die sozialistischen Staaten verfolgen in den Beziehungen mit den befreiten Ländern strikt die Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil. In keinem Teil der Welt trachten die sozialistischen Länder nach Privilegien, nirgendwo streben sie nach Militärstützpunkten oder jagen sie Konzessionen nach. Sie sind grundsätzlich gegen die imperialistische Politik zur Schaffung von Einflußsphären und beteiligen sich selbst niemals am Kampf um solche Sphären.

Geleitet von ihrer prinzipiellen Politik der Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit, treten die an der Tagung teilnehmenden sozialistischen Länder konsequent für die Regelung aller Streitfälle zwischen den jungen befreiten Staaten sowie zwischen allen Ländern auf friedlichem, politischem Wege, durch Verhandlungen, ein.

Die Teilnehmer der Tagung betonen, daß der Kampf für die Überwindung der Rückständigkeit und die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter und demokratischer Grundlage, für die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, für den Verzicht auf jegliche Diskriminierung sowie für die Beseitigung der Ausbeutung der Natur- und Menschenressourcen der Entwicklungsländer durch die imperialistischen Monopole für den Fortschritt der gesamten Menschheit von besonderer Bedeutung ist. Sie betrachten das als direkte Fortsetzung des Kampfes gegen Imperialismus und Kolonialismus.

Sie sprechen sich ebenfalls dafür aus, daß alle Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, ihrer geographischen Lage und Größe sowie von ihrer ökonomischen und militärischen Stärke aktiv und gleichberechtigt an der Lösung der aktuellen Probleme der internationalen Entwicklung teilnehmen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind überzeugt, daß ihre klare und prinzipienfeste Politik in den Fragen des Kampfes der Völker für Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt zur Festigung des Friedens und der Freiheit der Völker beiträgt.

IV

Gefährliche Tendenzen in der Entwicklung der internationalen Lage werden auch durch die Politik imperialistischer Kreise verursacht, die einerseits faschistische und andere reaktionäre Regimes bei groben und massenhaften Verletzungen der Menschenrechte ermuntern und unterstützen, andererseits jedoch versuchen, das Problem der Menschenrechte zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten und anderer Länder, für Angriffe auf die sozialistische Gesellschaftsordnung zu mißbrauchen.

Beim Meinungsaustausch zu dieser Frage gingen die Delegationen davon aus, daß alle Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz in der Schlußakte die allgemeingültige Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten anerkannt haben, deren Achtung ein wesentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen ist und die erforderlich sind, um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen sowie zwischen allen Staaten zu gewährleisten. Sie betrachten es als ihre Pflicht, in diesem Zusammenhang zu betonen, daß die Unterstützung und Ermunterung zu faschistischer und rassistischer Politik, von Unterdrükkung und groben und massenhaften Verletzungen der Menschenrechte ebenso in direktem Widerspruch zu den Zielen und Prinzipien der UN-Charta, den Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki und anderer internationaler Dokumente stehen wie die Verbreitung menschenfeindlichen militaristischen, neofaschistischen und neonazistischen Gedankenguts.

Der Imperialismus, der die reaktionären Regimes in deren Kampf gegen die demokratische Befreiungsbewegung der werktätigen Massen, bei der Mißachtung der Menschenrechte und bei den barbarischen Verbrechen gegen ihre eigenen Völker unterstützt, mischt sich gröblichst in die inneren Angelegenheiten dieser Länder ein. Die auf der Tagung vertretenen sozialistischen Länder sind entschieden gegen jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten aller Staaten, für die strikte Achtung des Rechts aller Völker, frei über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen.

Erneut wurde einmütig die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß echte Demokratie und wahrer Humanismus mit der Aufrechterhaltung von ökonomischer, sozialer und politischer Ungleichheit sowie nationaler und Rassendiskriminierung unvereinbar sind. Nur der Sozialismus gewährleistet die Achtung der politischen staatsbürgerlichen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und anderer Rechte sowie den freien Zugang aller Mitgleider der Gesellschaft zu Arbeit, Bildung, Kultur und Wissenschaft, die Teilnahme an der Leitung des Staates. Das Streben, das Grundrecht des Menschen – das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein ohne Ausbeutung – zu verwirklichen, die Voraussetzungen für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit zu schaffen, entstand mit der neuen Gesellschaftsordnung. Das Banner der Rechte und Freiheiten des Menschen trägt der Sozialismus.

Um so entschiedener weisen die an diesem Meinungsaustausch teilnehmenden sozialistischen Länder die Verleumdungen seitens der herrschenden Klassen der Staaten zurück, deren Völker am eigenen Leibe die große Not der Massenarbeitslosigkeit, der nationalen und sozialen Ungleichheit, der Rassendiskriminierung, organisierter Kriminalität und moralischen Verfalls verspüren.

Die Charta der Vereinten Nationen verpflichtet alle Staaten, die Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle, ungeachtet der Rasse, des Geschlechts, der Sprache und Religion, zu achten und zu

verwirklichen. In Übereinstimmung damit trugen die sozialistischen Länder aktiv und konsequent dazu bei, äußerst wichtige internationale Verträge und Abkommen auf diesem Gebiet auszuarbeiten und anzunehmen: die Menschenrechtskonventionen, die Konventionen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, über die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung sowie vieler anderer. Sie verwirklichen diese Verträge und Abkommen in allen ihren Bestimmungen.

Die Teilnehmerstaaten der Tagung halten es für erforderlich, die Anstrengungen zur Lösung der lebenswichtigen Probleme, die die Interessen der gesamten Menschheit, insbesondere der jungen Generation, berühren, international zu erhöhen und sich für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Volksmassen einzusetzen sowie Rassismus und Apartheid, Kriegspropaganda, die Verbreitung von Gewalt, moralischer Zersetzung und von Menschenhaß auszurotten.

Die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte hat jedoch nichts gemein damit, daß einzelne Personen, die den Weg der Verletzung der Gesetze ihres Landes eingeschlagen haben, von außen zu antisozialistischer Tätigkeit inspieriert werden. Jegliche Versuche einer derartigen Einmischung in innere Angelegenheiten souveräner Staaten sind Handlungen zur Unterminierung der internationalen Zusammenarbeit. Eine solche Einmischung widerspricht der Charta der Vereinten Nationen und der klaren Verpflichtung aus der Schlußakte für die Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz, gegenseitig das Recht auf freie Wahl und Entwicklung des politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Systems ebenso zu achten wie das Recht, ihre Gesetze und Verordnungen zu bestimmen.

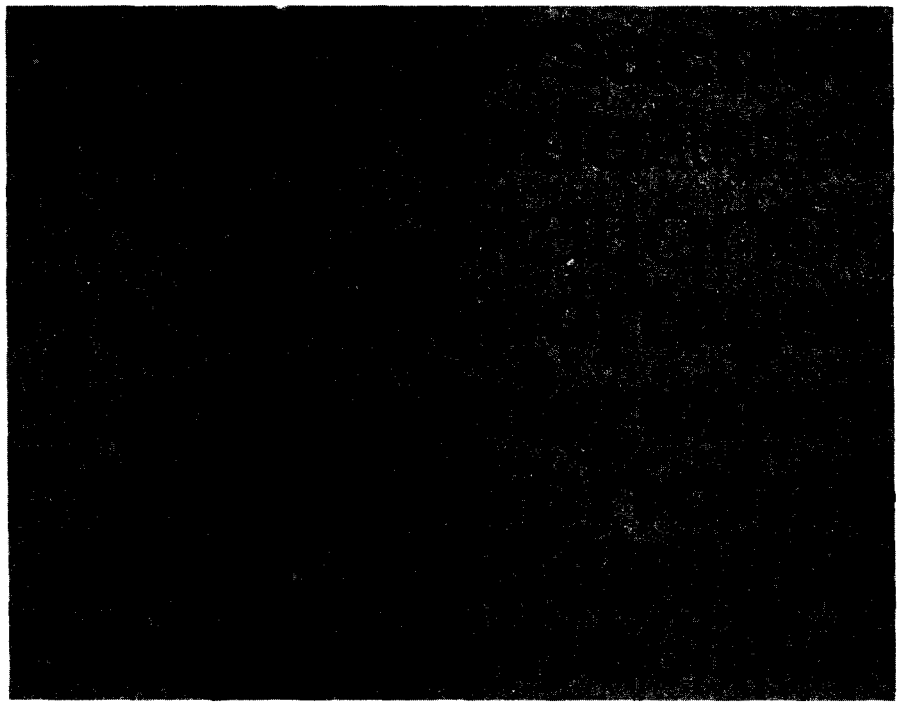
Die auf der Tagung vertretenen sozialistischen Länder haben keinerlei Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten geduldet und werden das auch in Zukunft nicht tun. Sie erklären dies mit aller Entschiedenheit und betonen, daß sie sich hierbei von der Sorge um eine weitere positive Entwicklung der internationalen Beziehungen und die Beseitigung der sie künstlich erschwerenden Hindernisse leiten lassen.

V

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses erörterten Fragen der Festigung und Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern. Sie hoben mit großer Genugtuung hervor, daß diese Zusammenarbeit, die auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, der Achtung der Gleichberechtigung, der Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, auf gegenseitigem Vorteil, kameradschaftlicher gegenseitiger Hilfe und internationaler Solidarität beruht, nach der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses im Jahre 1976 noch umfangreicher und vielfältiger geworden ist und immer weitere Bereiche der Politik, Ökonomie, Wissenschaft und Technik, der Ideologie und Kultur erfaßt. Diese Beziehungen stehen ihrem Wesen und ihren Zielen nach in keinerlei Gegensatz zu den Beziehungen mit den anderen Staaten in Europa oder irgendeinem anderen Teil der Welt.

Die Teilnehmerstaaten der Tagung bekunden ihr unablässiges Streben, die gegenseitigen vielfältigen Beziehungen zu erweitern und zu vervollkommnen, das Zusammenwirken bei der Lösung internationaler Probleme von allgemeinem Interesse zu vertiefen. Sie brachten ebenfalls ihren Wunsch und ihren Willen zum Ausdruck, den Erfahrungsaustausch über den sozialistischen und kommunistischen Aufbau weiter auszubauen und die Kontakte auf allen Ebenen des Partei- und Staatsapparates sowie zwischen den Gewerkschafts-, Jugend-, Frauen- und anderen gesellschaftlichen Massenorganisationen zu erweitern.

Die Teilnehmer der Tagung stellen zugleich fest, daß große Möglichkeiten und Reserven für den weiteren Ausbau und die Vertiefung der gegenseitig vorteilhaften, auf einer festen vertraglichen Grundlage beruhenden ökonomischen Beziehungen zwischen den von ihnen vertretenen sozialistischen Ländern sowohl bilateral als auch multilateral im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe bestehen, was in Übereinstimmung mit den gemeinsam gebilligten Prinzipien steht und dem Interesse an der Beschleunigung der Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus, des Fortschritts jedes sozialistischen Landes, der Hebung seines Wohlstandes und seiner Entwicklung entspricht. Sie betonen die Wichtigkeit der auf der XXXII. RGW-Tagung in Bukarest gebilligten Zielprogramme für die multilaterale Zusammenarbeit im Zeitraum bis 1990, die dazu dienen, die Sicherung des Bedarfs der Mitgliedsländer an Brennstoffen, Energie, Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Maschinen, Ausrüstungen und moderner Technologie zu fördern. Diese Programme sind ein neuer Schritt bei der Entwicklung und Vertiefung der ökonomischen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW. Sie eröffnen größere Möglichkeiten, die Vorzüge des Sozialismus als Gesellschaftsordnung immer umfassender zu nutzen.



Mit „horizont" bietet sich Ihnen eine interessante Informationsquelle zu Fragen der Außenpolitik der DDR und zum aktuellen Weltgeschehen.

„horizont" bringt jede Woche auf 32 Seiten Exklusivberichte hervorragender Autoren aus aller Welt, Interviews, Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten, Analysen der internationalen Politik und der Weltwirtschaft, Interessantes aus allen Kontinenten.

☐ Ich möchte „horizont" zum Jahresabonnement von DM 52,20 zzgl. Portogebühren von DM 10,60 beziehen.

☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer PLZ, Ort

Senden Sie den Kupon als Bestellung an Brücken-Verlag, 4000 Düsseldorf, Ackerstr. 3 oder Ihre nächste collectiv-Buchhandlung

Direktversand ab Berliner Verlag, daher immer aktuell! Berliner Verlag, DDR 1056 Berlin, Karl-Liebknecht-Str. 29

Sozialistische Wochenzeitung der DDR

für internationale Politik und Wirtschaft

Es wurde die erfolgreiche Entwicklung der bi- und multilateralen Zusammenarbeit zwischen den auf der Tagung vertretenen Ländern auf den Gebieten der Wissenschaft, Kultur, Bildung, Information, des Rundfunks und Fernsehens sowie der Kontakte zwischen den Menschen und des Tourismus hervorgehoben. Es wurde das Streben bekräftigt, die Zusammenarbeit in allen diesen Bereichen weiter auszubauen und die gegenseitige Propagierung der Errungenschaften beim sozialistischen und kommunistischen Aufbau, bei der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, der Vervollkommnung der Leitung des gesellschaftlich-politischen Lebens und der Hebung des materiellen und geistigen Lebensniveaus der Werktätigen zu verbessern.

Auf der Tagung wurde mit Genugtuung die Bedeutung der Flüge internationaler Kosmonautenbesatzungen sozialistischer Länder als Ausdruck der Freundschaft und fruchtbaren Zusammenarbeit bei der Erschließung des Weltraumes durch die Menschheit für friedliche Zwecke hervorgehoben. Diese Zusammenarbeit wird fortgesetzt.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses erklären die unbeugsame Entschlossenheit der Parteien und Regierungen ihrer Länder, ständig die Freundschaft und gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen ihnen, zwischen sozialistischen Staaten und fortschrittlichen Kräften der Gegenwart zu festigen. Sie sind überzeugt, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen, da der Imperialismus seine Politik der Herrschaft, Unterdrückung und Ungleichheit fortsetzt, die Durchsetzung eines neuen Typs internationaler Beziehungen, die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Länder eine besondere Bedeutung erlangt. Gerade auf diesem Wege werden die Interessen eines jeden Volkes, das eine neue Gesellschaft errichtet, am erfolgreichsten gesichert. Es wächst unablässig das Ansehen des Sozialismus in der Welt. Es erhöht sich die Rolle der sozialistischen Länder bei der Erneuerung des internationalen Lebens, der Vertiefung der Entspannung und Festigung des Friedens.

VI

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten bekunden erneut ihre Entschlossenheit, die Anstrengungen zur Festigung des Friedens, zur Gewährleistung der Sicherheit, zur Entwicklung des Entspannungsprozesses und zur Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit zu erhöhen und richten an alle europäischen Staaten, an alle Staaten und Völker der Welt den Appell.

1. Unerschütterlich einzutreten für eine Politik des Friedens, der Entspannung, des Verzichts auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung in den internationalen Beziehungen, der friedlichen Regelung aller Streitfragen, der kompromißlosen Verurteilung von Aggressionskriegen, der völligen Ausschaltung von Kriegen zwischen den Staaten aus dem Leben der Menschheit, der Einstellung des Wettrüstens, der endgültigen Beseitigung der Überreste des „kalten Krieges".

Der Traum von Millionen Menschen aller Kontinente von einer Welt ohne militärische Konflikte ist keine Utopie. Er kann Wirklichkeit werden durch gemeinsame Anstrengungen aller, die bereit sind, dafür zu kämpfen.

2. Durchzusetzen, daß in allernächster Zeit Verhandlungen der 5 Kernwaffenmächte – UdSSR, USA, England, Frankreich, China – mit dem Ziel aufgenommen werden, alle Arten von Kernwaffen aus den Arsenalen der Staaten zu verbannen und die Kernenergie ausschließlich für friedliche Zwecke zu nutzen.

Der menschliche Genius hat die größte Energiequelle – die Atomenergie – nicht entdeckt, um mit ihrer Hilfe die Zivilisation zu vernichten. Die höchste Weisheit besteht heute nicht darin, das Wettrüsten anzuheizen und die Gefahr einer atomaren Katastrophe zu erhöhen, sondern darin, die Menschheit von der Geißel eines neuen Krieges zu befreien.

3. Fest darauf zu beharren, daß die über das bedeutendste militärische und ökonomische Potential verfügenden Staaten, insbesondere die fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die eine besondere Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit tragen, unverzüglich Vereinbarungen über die Reduzierung ihres Militärbudgets um einen bestimmten Prozentsatz oder um eine gleiche absolute Größenordnung – als ersten Schritt für die nächsten drei Jahre – treffen.

Die Völker können sich nicht mit der ständig wachsenden Last der unproduktivsten Ausgaben – der Kosten für die Produktion von Vernichtungsmitteln – abfinden. Überall in der Welt erwarten die Menschen, daß größere Mittel für die Erhöhung des Lebensniveaus, für die Entwicklung des Gesundheitswesens, die Verbesserung der Bildung und die Befriedigung ihrer kulturellen Bedürfnisse zur Verfügung gestellt werden. Mit vollem Recht streben die Entwicklungsländer an, daß wenigstens ein Teil der Militärausgaben für die Erweiterung der ihnen erwiesenen ökonomischen und technischen Hilfe verwendet wird. Das kann und muß getan werden.

4. Die Anstrengungen der Staaten und Regierungen zu erhöhen, schnellstens die gegenwärtigen Verhandlungen zur Begrenzung und Einstellung des Wettrüstens in seinen Hauptrichtungen abzuschließen, die Bemühungen aller Staaten bei der Ausarbeitung und Verwirklichung der Abrüstungsmaßnahmen zu vereinen sowie aktiv mit der Verwirklichung der Ideen und Empfehlungen zu beginnen, die auf der UNO-Sondertagung zu Fragen der Abrüstung allgemeine Zustimmung gefunden haben.

Die Zeit drängt. In bezug auf die Einstellung des Wettrüstens darf man die Zeit nicht nach Jahren, schon gar nicht nach Jahrzehnten messen. Von den an den Verhandlungen teilnehmenden Staaten sind kühne Schritte erforderlich, die geeignet sind, deren Erfolg zu sichern. Das ist möglich, wenn der Wille der Völker in der Politik aller Regierungen die gebührende Widerspiegelung findet.

5. Entschlossen die militärische Entspannung in Europa voranzubringen und effektive Maßnahmen zum Abbau der militärischen Konfrontation auf dem europäischen Kontinent bei Gewährleistung der gleichen Sicherheit aller europäischen Staaten zu ergreifen. Dazu werden die anderen Teilnehmerstaaten der Gesamteuropäischen Konferenz und der Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa aufgerufen.

6. In kürzester Frist die letzten Überreste des Kolonialismus und die Politik der neokolonialistischen Ausbeutung – die Hauptursache für die Unterentwicklung – zu liquidieren sowie die Wurzeln der nationalen und Rassenunterdrückung auszurotten.

Die Völker aller Kontinente haben das unveräußerliche Recht, in Frieden, Unabhängigkeit und Freiheit zu leben, souverän über ihre nationalen Reichtümer im Interesse der Hebung ihres Wohlstandes, der Würde und des Glücks ihrer Bürger zu verfügen. Niemand hat das Recht, sich in Fragen ihres inneren Lebens einzumischen, die nur von ihnen selbst gelöst werden können. Als Feinde des Friedens und der Menschheit unterliegen die Kolonial- und Rassistenregimes in Afrika und allen anderen Teilen der Erde einer weltweiten Verurteilung und einem allgemeinen Boykott.

7. Beharrlich danach zu streben, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter und demokratischer Grundlage umzugestalten und eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu schaffen, die eine beschleunigte Beseitigung der ökonomischen Rückständigkeit der Entwicklungsländer und einen dynamischen Fortschritt aller Völker, der gesamten Menschheit, gewährleistet.

8. Aktiv dafür zu wirken, in den internationalen Beziehungen die Normen der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt, der Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität sowie des unveräußerlichen Rechts eines jeden Volkes auf freie Wahl seines Entwicklungsweges entsprechend seinem Willen und seinen Hoffnungen fest zu verankern; die zwischenstaatlichen Beziehungen unter strikter Einhaltung der auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa angenommenen Prinzipien zu gestalten; unbeirrt eine Politik der friedlichen Koexistenz zu verfolgen. In diesem Zusammenhang bekräftigen die auf der Tagung vertretenen Staaten erneut ihre Entschlossenheit zur Herstellung und Entwicklung breiter gleichberechtigter Beziehungen und zur Zusammenarbeit zwischen allen Ländern der Welt.

★

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten werden im Kampf für die Erreichung dieser Ziele, für die Verwirklichung der berechtigten Hoffnungen der Völker, keine Kräfte scheuen. Sie werden dabei in internationalen Fragen bei voller Wahrung der souveränen Rechte eines jeden von ihnen noch enger zusammenarbeiten und zusammenwirken.

Zugleich halten es die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten für erforderlich, daß alle Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, ihren politischen Systemen und ihrer Mitgliedschaft oder Nichtmitgliedschaft in Militärbündnissen, die Anstrengungen für den Erfolg dieses Kampfes vereinen. Sie sind bestrebt, die weitere Entwicklung einer derartigen Zusammenarbeit auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz aktiv zu fördern, und bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, dazu ihren konstruktiven Beitrag zu leisten. Sie treten für die Erhöhung der Rolle und Effektivität der Organisation der Vereinten Nationen entsprechend den Prinzipien ihrer Charta, im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit, der Vertiefung der Entspannung und einer gerechten Lösung der dringlichsten internationalen Probleme sowie der Förderung von Freiheit und Fortschritt der Völker ein.

Im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, für Frieden, Sicherheit und Festigung der internationalen Entspannung, für die Beendigung des Wettrüstens messen die

auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen sozialistischen Länder der Entwicklung der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens mit den nichtpaktgebundenen Staaten große Bedeutung bei. Sie betrachten die Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten als positiven Faktor in der internationalen Politik und heben ihre wachsende Rolle in den internationalen Angelegenheiten hervor.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien der auf der Tagung vertretenen Länder werden auch in Zukunft ihre fruchtbare kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Bruderparteien Europas und der ganzen Welt entwickeln. Sie sind bereit, mit Sozialisten und Sozialdemokraten, mit christlichen Demokraten, religiösen Persönlichkeiten und Organisationen, mit allen gesellschaftlichen Bewegungen, die für die Beendigung des Wettrüstens, die Beseitigung der Kriegsgefahr, für die Festigung und Vertiefung der internationalen Entspannung eintreten, einen konstruktiven Dialog zu führen.

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten des Warschauer Vertrages sind sich bewußt, wie groß und kompliziert die grundlegende Aufgabe ist, den Frieden zu festigen. Sie sind sich jedoch ebenso dessen bewußt, daß von der Lösung dieser Aufgaben das Leben, die Arbeit und eine bessere Zukunft aller Menschen abhängen, in welchen sozialen Systemen, auf welchen Kontinenten und auf welchem ökonomischen Entwicklungsstand sie auch leben mögen. Sie werden alle Kraft dafür einsetzen, damit diese große Aufgabe gelöst wird und die Menschheit unter Bedingungen eines dauerhaften Friedens und einer breiten internationalen Zusammenarbeit in das XXI. Jahrhundert schreiten kann.

Für die Volksrepublik Bulgarien: Todor Shiwkow, Erster Sekretär des ZK der BKP und Vorsitzender des Staatsrates der VRB. – Für die Ungarische Volksrepublik: János Kádár, Erster Sekretär des ZK der USAP. – Für die Deutsche Demokratische Republik: Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR. – Für die Volksrepublik Polen: Edward Gierek, Erster Sekretär des ZK der PVAP. – Für die Sozialistische Republik Rumänien: Nicolae Ceauşescu, Generalsekretär der RKP und Präsident der SRR. – Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: L. I. Breshnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. – Für die Tschechoslowakische Sozialistische Republik: Gustáv Husák, Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsident der CSSR.

Materialien zu Karlheinz Deschners Glosse „Zensur tut not!"

Schon mehrfach hatten wir Karlheinz Deschner um eine Glosse gebeten und Ende Oktober kam dann „Schwere Zeit für Päpste". Nach einer redaktionellen Diskussion riefen wir an und erklärten, daß wir das Manuskript nicht bringen wollten. Daraufhin kam einige Tage später „Zensur tut not!" (Vgl. S. 1428 dieses Heftes). Damit sich der Leser selbst ein Bild von der „Kontroverse" machen kann, dokumentieren wir im folgenden den Text der ersten Glosse „Schwere Zeit für Päpste" sowie einen Brief der Redaktion an Karlheinz Deschner. D. Red.

Karlheinz Deschner: Schwere Zeit für Päpste

Schon im 5. Jahrhundert die größten Grundherrn des Römerreichs, hatten sie noch im 20. vom „Nutzen der Armut", den sie priesen, eher den Nutzen. Selbst ihr allerehrster Stern – in Rom „Angelo bianco", der weiße Engel, von Reinhold Schneider „ein Mensch wie ein Lichtstrahl" genannt, für Bischof Graber gar der lang ersehnte „Engelpapst" –, noch Pius XII., hochwürdigster Mitstreiter Francos, Mussolinis und Hitlers, sparte, getreu dem Wort (dessen, den er besonders vertrat) „Sammelt nicht Schätze auf Erden...", ganz privat 80 Millionen Mark in Valuten und Gold. Gewannen doch auch die teuren Neffen, die an fast jedem Big-Business-Skandal des Landes beteiligten kurialen Großwürdenträger und Fürsten Carlo, Marcantonio und Giulio Pacelli, unter den Fittichen des engelgleichen Oheims, Pastor angelicus, 120 Millionen Mark.

Dann aber vergaß der gutmütig dicke Johannes, daß nur eines not tue! Und schon mußte Nachfolger Paul ernstlich „an Unsere heilige Armut und den Mangel Unserer Geldquellen" erinnern, an den „mißlichen Umstand..., daß die Kirche der materiellen Mittel ermangelt, die sie für ihre Werke der unbegrenzten Wohltätigkeit und Barmherzigkeit braucht..."

Dies um so mehr, als die Gläubigen Schlagzeilen schreckten wie: „Erzbischof betrog Papst Paul um 752 Millionen". Denn auch wenn es ein paar weniger gewesen, die ihn Mafioso (?) Sindona, im trauten Verein mit dem Institutssekretär „Für Werke der Religion" gekostet, dem Vatikan-Bank-Boss Monsignore Marcinkus („heiliger Gorilla" genannt) – schmerzlich doch allemal. Zwar errechneten die Priester, nach ihnen freilich kaum wohlgesinnten Kreisen, eben damals der Kirche, i. e. dem mystischen Leib Christi, allein für das „Heilige Jahr" 1975 ein „Geschäft" von 12 Milliarden Franken. Doch selbst wenn es ein paar mehr gewesen – man weiß doch, wie einem das Geld in der Hand zerrinnt...

Zuletzt hatte Paul bloß noch drei Särge – aus „schlichtem Zypressenholz", so gings um die Welt, der eine, ein „einfacher Eichensarg" der andere, vom Bleisarg zu schweigen. Auch brannte nur „eine Osterkerze" über dem Ärmsten. Und 110 Regierungsdelegationen, 7000 Polizisten sowie die Fernseher von fast 50 Ländern schauten dies Elend mit entsetzt starren Augen.

Ach, was blieb da Johannes Paul I. noch? Nur sein Lächeln! Und jedermann fast betörte er damit, bloß nicht so mach cleveren Bruder Kardinal. Konnte dieser Luciani doch auf Tiara, Thron und Tragsessel verzichten, bald wie ein Dorfpope sprechen, bald Lachstürme in (Pauls kostbarer) Audienzhalle entfesseln, „ich" sogar sagen statt „Wir", ja Gottvater, horribile dictu, mehr zur Mutter erklären. Noch aber war nichts Offizielles unterzeichnet! Noch vielleicht der Heilige Geist zu korrigieren? Ja, wie man so, rings um den Stuhl der Stühle, sehr um den da Sitzenden sich zu sorgen begann, so sorgte er, der schon vor seiner Wahl deren „drohende Gefahr" beschworen, nun erst recht um sich selbst; wurde er, bei allem Lächeln, „bedrückt" durch das Amt, „mit Furcht" erfüllt, ja es schien ihm, als habe er, wie Petrus, seinen Fuß aufs Wasser gesetzt und müsse, „aus Angst vor dem wütenden Sturm", gleich rufen: „Herr rette mich!"

Zu spät! Schon hatte einer jener jähen Tode ihn erfaßt, woran es der Historie der Heiligen Väter nicht fehlt. Ein schlichter Myokardinfarkt, so häufig in dieser Zeit! Ausgeschlossen, rief da zwar gleich der Sekretär in Venedig, der seinen Patriarchen – vor dessen Konklavereise noch medizinisch untersucht und ohne Herzkrankheit befunden – als wohltrainierten Dolomitenwanderer gekannt. „Ein solcher Mensch stirbt nicht an Herzinfarkt." Andere riefen: Autopsie! Aber die Kurie verwies schnell aufs Kirchenrecht; zu schnell. Und zu Unrecht. Denn bloß, wie begreiflich, ein altes Tabu verbot hier, die vatikanische Tradition! Und nicht einmal die, wie die Obduktion von Pius VIII. (1830) beweist.

Während alldem aber lag der herzliche Versager teils mit geballter Faust und schmerzverzerrten Zügen, teils noch im Tode lächelnd da. War er ja, wenig originell zwar, doch amtlich, zuletzt in „Die Nachfolge Christi" vertieft. Oder, gleichfalls offiziell, in verschiedenste Vortragstexte. Oder, eine weitere (indiskrete) Version, in wichtige Personalakten, Bischofsernennungen. Oder – doch genug. In jeweils anderen Beschäftigungen jedenfalls rief der Herr ihn ab. Welcher wohl? Wer das wüßte! Doch stets: „bei angezündetem Licht". Denn Dunkel duldete die Sache nicht! Auch stand fest: Sekretär John Magee fand ihn zuerst: sehr früh am Morgen schon. Doch dann hatte ihn, früher noch, die Nonne Benvenuta entdeckt, vom Pontifex selber aus Venedig eingeführt – was nun keineswegs heißt, er sei bereits vor seinem Hingang im siebten Himmel gewesen, wie unlängst in Paris (immer eine Reise wert), noch Bischof Tort, der im Bordell, und Kardinal Daniélou, der bei Nackttänzerin Mimi entschlief, alle im Dienst, versteht sich, da dringender Seelsorge, dort nicht minder aufschiebbarer Caritas, wie man kirchlicherseits mit nur allzu angebrachtem Todernst betonte.

Rom aber hatte nun neuen pekuniären Kummer. Schienen doch, so las man's, wegen des zweiten Konklave, zehn Millionen kaum greifbar. Fast gleichzeitig jedoch, parenthetisch, erreichte mich die Nachricht, das Schweizer Kloster Einsiedeln, eins unter Tausenden, habe „unwidersprochen 100 Millionen Franken Jahresumsatz" und erziele auch noch „bei der Einkommensteuer die Traumquote 0 (in Worten: Null)".

Doch siehe, da lächelte bereits Johannes Paul II. Ob über die zehn Millionen, die wieder ihre Runde machen mochten um die Welt? Ob über die schwankenden Flüge des Heiligen Geistes, der

zunächst über den Prälaten Siri und Benelli, dann über Colombo und Poletti schwebte, ehe er sich auf ihn, Wojtyla, niederließ? Oder lächelte er einfach, weil nun erwiesen, daß globale Politik auch mit einem Immer-nur-lächeln sich machen ließ (und immer vergnügt, wie es in jener Operette von dazumal trillerte, deren tieftrauriger Folgetext freilich – „doch wie's da drin aussieht, geht niemand was an. . ." – nun fast wie eine Art profaner Prophetie auf ein armes Papstherz erscheint)? Oder lächelte er gar, weil ihm, obschon auch er in „Schwierigkeiten und Angst", doch klar genug war, daß ja nun nicht auch den zweiten Johannes Paul gleich ein Herzversagen hinwegraffen konnte, nach allen Regeln der Wahrscheinlichkeit? Und vielleicht nicht nur nach ihnen?

Sogar mancher Kuriale mochte jetzt lächeln. Zumal allen dort – rund viertausend – Extragehälter winkten, bei Papsttod und Papstwahl; macht, in zwei Monaten, sechs; was ihre „heilige Armut" natürlich noch vergrößern muß – ungeachtet der da weltbekannten Schufterei. (Beantwortete doch, so das Ondit, selbst Johannes XXIII. die Frage, wieviele Menschen im Vatikan arbeiten, ohne Zaudern mit: „Etwa die Hälfte.")

Und deshalb, sowie aus manchen noch ungenannten Gründen, würden auch Wir am liebsten immerzu lächeln und, wäre Unser Konto nicht chronisch überzogen, selbst Wir, fürwahr, noch einen Scheck nach Rom schicken: – in das Faß ohne Boden, das weder die Pforten der Hölle noch die des Himmels je zu stopfen vermögen.

Brief an Karlheinz Deschner

Lieber Herr Deschner,
uns kurzerhand mit einer zweiten Glosse zu überraschen, war kein übler Schachzug. Sie wußten, was Sie taten, als Sie von der Wahrheit schrieben, die wir lieber etwas diplomatischer gehabt hätten, von Furcht vor Abbestellungen und schließlich von Zensur und Selbstzensur. Und dann Ihr Begleitbrief: „Lieber Herr Bayertz, das Klügste wäre natürlich, Sie brächtens selber. Aber Politik geht bekanntlich noch über Klugheit hinaus. Nichts für ungut, wie man im Fränkischen sagt. Freundliche Grüße Ihres Karlheinz Deschner". Kurz: Sie wollten uns in aller Freundschaft unter Zugzwang setzen. Schön, wir bringen also Glosse 2 und, damit man die auch verstehen kann, dokumentieren wir dazu den Text von Glosse 1 und diesen Brief.

Wenn wir „Schwere Zeit für Päpste" zunächst zurückgeschickt haben, so geschah dies eingedenk dessen, daß wir „Blätter für . . . Politik" heißen und uns – wenn wir etwas über den Papst bringen – mit der *Politik* des Papstes befassen. Der Inhalt seiner Brieftasche interessiert uns eigentlich genauso beiläufig wie die Unstände, unter denen seinerzeit eine New Yorker Prostituierte Ihrem Landesvater Franz Josef Strauß das Portemonnaie aus der Gesäßtasche zog.

Gewiß, es war die Wahrheit, als Sie schrieben, daß die Geschichte der katholischen Kirche *auch* eine Geschichte profaner Geschäfte und unfrommer Beutelschneiderei ist. Selbst uns hier im frommen Köln ist dies nicht verborgen geblieben. Wir haben keinen Grund, diese Wahrheit zu fürchten und ein paar Abbestellungen ist uns zur Not ein klarer Kurs schon wert. Nur sind wir der Meinung, daß die Finanzlage des Vatikan eine jener Wahrheiten ist, über die Politik hinauszugehen hat (wenn ich Ihren Satz einmal variieren darf). Denn: zählen das katholische Establishment und seine Geschäfte mehr als die katholischen Stahlarbeiter, die in diesen Tagen mit ihren Kollegen für die 35-Stunden-Woche streiken? Oder als die Katholiken in Chile, die sich gemeinsam mit Sozialisten und Kommunisten gegen den Terror der Junta wehren? So wahr wie das finanzielle Gebaren des Vatikans, so wahr ist das fortschrittliche Engagement vieler überzeugter Katholiken hierzulande wie auch anderswo (Denken Sie an Camillo Torres oder an Ernesto Cardenal, heute Sprecher der Sandinistas in Nicaragua). Und was den Papst angeht, so gibt es bei Ihnen im Fränkischen ja Zeitgenossen genug, denen die „Ostpolitik" des Vatikan nicht schmeckt und gewisse Enzykliken schon gar nicht. Das ist neu und gibt uns zu denken.

Für die „Blätter" ging es daher nicht um „Rücksichtnahme" auf zartfühlende Katholiken, um Takt oder Diplomatie. Die „Blätter" haben sich seit ihrer Gründung immer bemüht, in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen die Fragen in den Mittelpunkt zu rücken, die die größte Gemeinsamkeit zwischen allen Teilen der demokratischen Bewegung ermöglichen. Und im konkre-

»...eine notwendige Erinnerung an das, was menschenmöglich ist...«

Heinrich Böll

Am 1. Mai 1933 ließen die Nazis auf dem Opernplatz in Berlin die Bücher fast aller bedeutenden Autoren verbrennen, die sich den neuen Herren nicht beugen wollten. Die meisten Schriftsteller mußten fliehen und wurden ausgebürgert. Ihre Werke erschienen, wenn überhaupt, in Mini-Auflagen kleiner Emigranten-Verlage, wie der autobiographische Roman von

Konrad Merz
Ein Mensch fällt aus Deutschland
Nachwort von Ingeborg Drewitz
180 S. DM 19,80
ISBN 3-921959-00-4

Konrad Merz' erster Roman entstand 1936 aus dem unmittelbaren Erleben der Emigration im holländischen Exil.

Buchvertreter:
Till Meyer-Bruhns
Stephan Lehmann
Achim Riegel

Herbst '78

Konkret
Literatur
Verlag

Bibliothek der verbrannten Bücher

Jetzt werden in der »Bibliothek der verbrannten Bücher« die wichtigsten Werke deutscher Antifaschisten wieder zugänglich gemacht, die in dreiunddreißig Nachkriegsjahren Bundesrepublik nicht veröffentlicht wurden.

Theodor Plievier
Der Kaiser ging, die Generäle blieben
Vorwort von H.-H. Müller
400 S. DM 26,80
ISBN: 3-921959-01-2

Der Roman erschien 1932 im Malik-Verlag. 1933 wurde er — wie alle Bücher Plieviers — von den Nazis verboten.

Auslieferung durch VVA

Stand 1076, Halle 6 auf der Buchmesse

ten Fall ging es darum, die Zusammenarbeit mit Katholiken nicht durch einen Artikel zu erschweren, der als ein Frontalangriff auf *den* Katholizismus hätte verstanden werden können – den es als homogene Institution überhaupt nicht gibt. Sektierertum ist jedenfalls nicht unsere Sache und wir glauben nach wie vor, daß dies mit Furcht vor Abbestellungen ebensowenig zu tun hat, wie mit (Selbst)Zensur.

Und schließlich: für einen Autor sind Platz-Gründe nie ein Argument. Aber so unerschöpflich die Phantasie und das Schreibpapier von Autoren ist, so begrenzt ist der Platz in unseren Heften. (Sie merken: Das ist das Lamento eines geplagten Redakteurs.) Wir haben für die Glosse in jedem Monat eine Seite, Ihre Glosse hatte zwei Seiten. Das ist Formalismus, aber leider nicht ändern. Schreiben Sie doch demnächst nur eine Seite – und dafür lieber öfter.

Nichts für ungut, wie man auch im Rheinischen sagt,

Ihr
Kurt Bayertz

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 50,–; öS 360,–; hfl 55,–; bfrs 792,–; FF 114,–; £ 12,60; Lit 21 000,–; dkr 140,–; nkr 125,–; skr 115,–; Yen 6000; $ 24,50. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051. Konten: Postscheckamt Köln 6514-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. ISSN 0006 – 4416

Blätter für deutsche und internationale Politik

Jahresregister

1978

Autorenverzeichnis

	Heft	Seite
Ahrweiler, Georg: Zur Krise des Parlamentarismus	6	681
Albrecht, Richard: Der total erfaßte Bürger. Zum Datenschutzgesetz	5	593
— Von der „Unabhängigkeit" der Überwachung von Kernkraftwerken. Personelle Einflußmöglichkeiten der Atomindustrie auf die Sicherheitskontrolle von Kernkraftwerken durch die Technischen Überwachungsvereine	8	938
Albrecht, Wilma: Die konservative Kritik an der Entnazifizierung. Eine Übersicht über die publizistische Auseinandersetzung	7	861
Andel, Horst J.: Pyrrhus-Sieg am Nil	6	648
— Kein „zweites Israel" im Libanon	8	907
— Zur Situation in Nord- und Südjemen	9	1034
— Friedensnobelpreis (Glosse)	11	1299
Axt, Heinz-Jürgen: Direktwahlen zum Europäischen Parlament – ein Weg zu mehr Demokratie?	9	1098
Bayertz, Kurt: Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie. Zur Funktion der gegenwärtigen Grundwerte-Diskussion	7	804
— Emanzipation von Technik und Fortschritt? Zur Auseinandersetzung mit aktuellen Tendenzen der Technikkritik	9	1051
— Das Subjekt der Geschichte. Ein Bericht über das 3. Bremer Symposion „Wissenschaftsgeschichte" vom 29. September bis 3. Oktober 1978	12	1516
Bechert, Karl: Wer will die Neutronenwaffe?	1	4
Berlin, Jörg, u. a.: Neofaschismus in der Bundesrepublik. Aktivität, Ideologie und Funktion rechtsextremer Gruppen	5	528
Bethge, Horst: Den Worten müssen Taten folgen!	5	521
Booß, Bernhelm: Cruise Missiles. Billige Wunderwaffe oder teuerer Wahnsinn?	1	18
Bosch, Gerhard: Neuere Literatur zu Ursachen und Konsequenzen der Massenarbeitslosigkeit	6	751
— Wie neu ist die „Neue soziale Frage"? Arbeitslosigkeit und soziale Demagogie	11	1367
Braun, Karl-Heinz: Zur Entwicklung der Kritischen Psychologie	12	1510
Bredow, Wilfried v.: Zur NGO-Abrüstungskonferenz in Genf	4	392
— Neuere Literatur aus der Friedensforschung	5	603
— Abrüstungspolitik und Rüstungstechnologie. Wie kann man das Tempo rüstungstechnologischer Neuentwicklung drosseln?	10	1170
Bredthauer, Karl D.: Zurück in die fünfziger Jahre? Zur internationalen Lage und zur Situation in der Bundesrepublik Anfang 1978	2	142
— Demokratie als geschlossene Gesellschaft? Zur Kritik des Sperrklausel-Parlamentarismus	7	772
— Warum Hans Filbinger gehen mußte	8	904
Briefs, Ulrich: Neue Technologien als Herausforderung für die Gewerkschaften	10	1179
Butterwegge, Christoph: Der Bernstein-Boom in der SPD	5	579
— 100 Jahre Sozialistengesetz	10	1160
— u. a.: Die Jungsozialisten und der „Stamokap"-Streit in der SPD	1	63
Charlier, Michael: Zum Stand der Beziehungen zwischen BRD und DDR	2	132
Chotjewitz, Peter O.: Man könnte beinahe ein Märchen draus machen (Glosse)	9	1040
Chryssos, Antonios: Die gegenwärtige politische Lage und das Kräfteverhältnis der Parteien in Griechenland	8	981
Eine Diskussion zwischen *Eberhard Dähne, Christian Götz, Gerhard Kade, Wilhelm Knabe* und *Hans Günter Schumacher:* Das Unbehagen in der Bundesrepublik und die Perspektiven der Bürgerinitiativ-Bewegung	11	1300
Danesch, Mostafa: Die Aufrüstung des Iran	3	266
— Die innenpolitische Entwicklung im Iran. 25 Jahre nach dem Sturz Mossadeghs	9	1112
— Zur jüngsten Entwicklung im Iran	12	1422

	Heft	Seite
Deschner, Karlheinz: „Zensur tut not!" (Glosse)	12	1428
Deumlich, Gerd: Politik für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt	12	1492
Doormann, Lottemi: Willy Brandts Lösung der Frauenfrage. Zum 100. Erscheinungsjahr von August Bebels „Die Frau und der Sozialismus"	11	1357
Drewitz, Ingeborg: Mannheim machts möglich (Glosse)	5	527
Ehrig, Detlev, u. a.: vgl. *Butterwegge, Christoph*	1	63
Eisbach, Joachim: Stimmung statt Mitbestimmung	3	270
— Stau an! Von der „Investitionslücke" zum „Investitionsstau"	9	1031
Elsner, Gisela: Sterben und sterben lassen (Glosse)	8	911
Enderlein, Hinrich: Anmerkungen zur Verfaßten Studentenschaft	1	83
— Berufsverbote – ein Wendepunkt 1978?	12	1467
Engelmann, Bernt: Zensur tut not! (Glosse)	1	17
— Aus Hpt.-Insp. Kuhbiers Wachbuch (Glosse)	6	656
— Szenario nach Filbinger (Glosse)	9	1041
Falk, Rainer: Hintergründe der Intervention in Zaire	6	652
— Namibia und der Westen	11	1296
Ferlemann, Erwin: Ist Gutenbergs Ära zu Ende?	1	13
Frangi, Abdalla: Israels Libanon-Aktion und die PLO	4	394
Fried, Erich: Hans Maier will nicht Inquisitor sein (Glosse)	2	141
Gärtner, Edgar: Frankreich vor den Wahlen	2	136
— Stellungnahmen der französischen Linksparteien zum Ausgang der Parlamentswahlen in Frankreich	4	421
— Die Zukunft der „Grünen Aktion Zukunft". Gedanken zu Herbert Gruhls „Grünem Manifest"	9	1070
— Ökologie und Planung. 8. Jahrestagung der Gesellschaft für Ökologie (GfÖ) vom 25. bis 30. September 1978 in Münster	10	1270
Gerth-Wellmann, Hella: Die EG und die Dritte Welt. Wem nützt das Lomé-Abkommen?	12	1429
Geisler, Wolff: Die militärische Zusammenarbeit zwischen BRD und RSA im atomaren und konventionellen Bereich	2	166
Gelhausen, Udo, u. a.: Privatisierung der „inneren Sicherheit"?	9	1123
Giesenfeld, Günter: Britta und Gretchen (Medienkritik)	2	226
— Roots (Medienkritik)	3	361
— Die Grüne des Grüns (Medienkritik)	5	612
— Das Gesetz des Serials (Medienkritik)	6	756
— Ansichten zur Gewalt (Mimis Krimi, 1. Teil) (Medienkritik)	8	1010
— Tatort Herz (Mimis Krimi, 2. Teil) (Medienkritik)	9	1130
— Der Held und die Wespe (Medienkritik)	10	1266
— Mal reden miteinander (Medienkritik)	11	1376
Gössner, Rolf: Die Vereinten Nationen und die Menschenrechte	1	33
Goldberg, Jörg: Die Prognosen des Sachverständigenrats (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	1	109
— Die wirtschaftliche Lage der BRD im Jahre 1977 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	2	227
— Die Talfahrt des Dollars und das Verhältnis BRD – USA (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	3	369
— Arbeitslosigkeit und „Neue Soziale Frage" (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	4	500
— Löhne und Gehälter im Jahre 1977 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	5	600
— Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 1. Vierteljahr 1978 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	6	757
— Zur Entwicklung der Sozialhilfe (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	7	870
— Die Entwicklung des Steuersystems (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	8	1011
— Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 2. Vierteljahr 1978 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	9	1131

	Heft	Seite
— Konjunkturprogramme seit 1975 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	10	1267
— Zur Finanzlage der Gemeinden (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	11	1383
— Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 3. Vierteljahr 1978	12	1506
Gossweiler, Kurt: Hitler und das Kapital. 1925–1928	7	842
— Hitler und das Kapital (II). 1925–1928	8	993
Grünewald, Guido: Abrüstung und Arbeitsplatzsicherung. Zur Diskussion über Rüstungskonversion und Arbeitslosigkeit	6	657
Güther, Bernd: Intelligenz ohne Arbeit. Zur Entwicklung des akademischen Bildungs- und Beschäftigungssystems	2	205
Gschwind, Alexander: Zur gegenwärtigen Situation im Konflikt um die Westsahara	5	522
— Algerien vor dem zweiten Kongreß der Nationalen Befreiungsfront (FLN)	10	1238
Helmers, Reinhard, u. a.: vgl. *v. Kreitor, Nikolaj-Klaus*	10	1163
Hensche, Detlef: Technische Revolution und Arbeitnehmerinteresse. Zu Verlauf und Ergebnissen des Arbeitskampfes in der Druckindustrie 1978	4	413
Hervé, Florence: Frauen und Politik	4	489
Hieber, Lutz: Vermittlung wissenschaftlichen Wissens in Bürgerinitiativen	3	353
Hitzer, Friedrich: Die verteilten Rollen des Rolf Rodenstock. Ein Porträt des designierten BDI-Vorsitzenden	9	1028
Holz, Hans Heinz: Hat der Terrorismus eine theoretische Basis?	3	317
Hültenschmidt, Erika, u. a.: Die Auseinandersetzung um die Studienreform. Staatliche Instrumentarien, Kapitaleinfluß und Arbeitnehmerinteressen	10	1246
Jentzsch, Barbara: Bergarbeiter-Streik in den USA	1	15
Joachim, Dierk, u. a.: vgl. *Berlin, Jörg:*	5	528
Kade, Gerhard: UNO-Abrüstungstagung im Schatten des NATO-Gipfels	6	644
— Die Sondertagung der UNO-Generalversammlung zur Abrüstung. Eine vorläufige Bilanz	7	780
— Die Bonner Gipfelkonferenz der „Großen Sieben" und die Widersprüche zwischen Westeuropa und den USA	8	912
Kaiser, Peter M.: Die Neutronenbombe – eine genetische Waffe?	4	390
Kamil, Magdi: Hintergründe der Nahost-Politik Sadats	1	8
Kammler, Jörg: Die Krise in Portugal. Zur politischen und sozioökonomischen Entwicklung seit 1975	10	1197
— Die Krise in Portugal (II). Zur politischen und sozialökonomischen Entwicklung seit 1975	12	1471
Keil, Hans-Dieter, u. a.: vgl. *Butterwegge, Christoph*	1	63
Keller, Bernhard, u. a.: vgl. *Berlin, Jörg*	5	528
Kittner, Dietrich: Die feinere Art (Glosse)	4	397
Klingshirn, Agnes, u. a.: Kultureller Austausch oder Strategie der außenpolitischen Einwirkung? Probleme der auswärtigen Kulturpolitik der BRD	6	737
Knorr, Lorenz: Friedliche oder feindliche Koexistenz? Zur veränderten Globalstrategie der USA	3	274
Kramer, Dieter: vgl. *Klingshirn, Agnes*	6	737
Kreitor, Nikolaj-Klaus v.: Das schwedische Modell... der Zensur	10	1163
Kubbig, Bernd W.: Grundsätze und Widersprüche der amerikanischen Nonproliferationspolitik	4	440
Kühnl, Reinhard: Warum die NPD als verfassungskonforme Partei gelten soll	5	518
Kurz, Ingrid: Der Anfang vom Ende der Berufsverbote? Chancen und Widersprüche der gegenwärtigen Auseinandersetzung	11	1323
Lebedew, Nikolai I.: Die internationalen Beziehungen der UdSSR	4	430
Lefèvre, Wolfgang: Zum Spontaneismus in der Studentenbewegung	5	568
Leithäuser, Gerhard: Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die eingeschränkte Souveränität nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik in seinem Einflußbereich	3	290
Lewald, Walter: Die deutsche Frage – eine „offene" Frage?	10	1258
Mannhardt, Klaus: Demontage eines Grundrechts. Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Kriegsdienstverweigerung	5	555

	Heft	Seite
Maske, Achim: Was wird aus der Entspannung? Zum Ergebnis des Belgrader KSZE-Folgetreffens und zur gegenwärtigen Situation	4	388
— Neue Impulse für Entspannung und Abrüstung	5	516
— Die Neutronenbombe – scheibchenweise	11	1294
Massarrat, Mohammed: OPEC und OECD – Kräfteverhältnisse und Perspektiven	10	1219
Matthiessen, Gunnar: Überfällig: Bonns Nein zur Neutronenbombe	3	260
— Zurück zur Konfrontation? Carter und die Wirklichkeit	8	900
Menschik, Jutta: Nach-Lese. Romane über die Studentenbewegung	3	362
Meyer, Gert: Aufgaben der sowjetischen Gewerkschaften	1	89
Meyer-Renschhausen, Martin, u. a.: Möglichkeiten und Grenzen der Einsparung von Energie in der Bundesrepublik	7	821
Migolatjew, Alexander: Perspektiven der militärischen Entspannung	3	307
Ostrowsky, Jürgen: NATO-Politik in Afrika	7	793
Paech, Norman: Gesinnungsjustiz. Zur politischen Justiz der Radikalenverfolgung	6	699
Petzold, Joachim: War Hitler ein Revolutionär? Zum Thema Modernismus und Antimodernismus in der Faschismus-Diskussion	2	186
Pfaffenberger, Wolfgang: vgl. *Meyer-Renschhausen*	7	821
Pickshaus, Klaus: Die Entwicklung der sozialen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik seit der Wirtschaftskrise 1974/75	4	475
Poljanow, Nikolai: Aktuelle Entwicklungstendenzen der internationalen Beziehungen	7	785
Radkau, Joachim: Die Kalkulation des Unberechenbaren. Zur Entwicklungs- und Wirkungsweise des industriellen Kernenergie-Interesses in der BRD	12	1440
Reining, Erich, u. a.: vgl. *Butterwegge, Christoph*	1	63
Rilling, Rainer: Formierte Information. Eine Fallstudie am Beispiel der Berichterstattung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über die sozialistischen Länder	8	959
Rodejohann, Jo: Militärische Aspekte der Auseinandersetzung und die Neutronenwaffe (ERW). Eine Zwischenbilanz	8	926
Roßmann, Witich: Zum 11. DGB-Bundeskongreß	6	645
Salaff, Stephen: Auf Umwegen zur Atommacht? Das deutsch-britisch-niederländische Konsortium zur Anreicherung von Uran	9	1077
— Auf Umwegen zur Atommacht? (II) Das deutsch-britisch-niederländische Konsortium zur Anreicherung von Uran	10	1230
Schmidtendorf, Hermann: Zum „Umfeld" der CDU/CSU und ihrer Jugendorganisationen	1	48
Schmitt-Lermann, Hans E.: Abendroth-Forum	11	1377
Schreiber, Jürgen: Anti-Terror-Gesetze? Eine Übersicht über erfolgte und geplante Grundrechtseinschränkungen im Namen der „inneren Sicherheit"	4	398
Schröter, Ulrike: Anklage gegen das Berufsverbot. Wortlaut einer Stellungnahme vor dem Oberverwaltungsgericht Münster	6	711
Schumacher, Hans Günter: Bürgerinitiativen im Visier des Staatsschutzes	7	776
Seegert, Christian: Urteile und Urteilsgründe. Zur Funktion des Verbots spontaner Streiks	3	330
Simon, Walter: Japan – die patriarchalische Variante. Besonderheiten in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit	11	1343
Soden, Kristine v.: Zur Entwicklung der Frauenbewegung an den Hochschulen	3	344
— u. a.: Frauen als Subjekt und Objekt der Wissenschaft. Bericht über einen Kongreß des VDS-Projektbereichs Frauen vom 30. Juni bis 2. Juli 1978 in Bielefeld	7	868
Sommer, Birgit: Der Nahe Osten nach Camp David	10	1158
Sperr, Monika: Bayern bleibt in besten Händen (Glosse)	10	1169
Spitzner, Albert: vgl. *Gelhausen, Udo*	9	1123
Stuby, Gerhard: Warum NS-Verbrechen nicht verjähren dürfen	11	1290
Süverkrüp, Dieter: Neulich in der Kneipe traf ich ihn (Glosse)	3	273
Thoma, Heinz, u. a.: vgl. *Hültenschmidt, Erika*	10	1246
Trofimenko, Henryk: Ziele der US-Militärstrategie in Europa	11	1332
Thüsing, Klaus: Wider eine verkehrte Gewaltdiskussion	12	1425
Ullrich, Volker, u. a.: vgl. *Berlin, Jörg*	5	528

	Heft	Seite
Vega, Rafael de la: Die spanische Gewerkschaftsbewegung und der Kampf um die soziale und politische Demokratie	6	717
Vogeler, Rolf-Dieter: Forschungspolitik als Gesellschaftspolitik? Vier Monographien zu neuen Tendenzen in der staatlichen Forschungspolitik der BRD	9	1135
Vogt, Roland: Plutonium-Kongreß des BBU	10	1271
Wahsner, Roderich: Bemerkungen zum Recht auf Arbeit im Verfassungsrecht der Bundesrepublik	5	562
Weidenheim, Johannes: Monolog eines älteren WM-Geschädigten, Heimatanschrift „Deutschland" (Glosse)	7	779
Wick, Ingeborg: Achse Bonn–Pretoria? Bericht über den Kongreß gegen atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik–Südafrika in Bonn am 11. und 12. November 1978	12	1518
Wolde-Giorgis, Kahsai: Aspekte der Revolution in Äthiopien	4	461
Zipfel, Gaby: Zur Entwicklung der Frauenbewegung an den Hochschulen	3	344
— u. a.: vgl. *Soden, Kristine v.*	7	868
— Frauenbewegung und Frauenkultur	12	1500

Sachverzeichnis

Innenpolitik der BRD

Wer will die Neutronenwaffe? (Karl Bechert)	1	4
Zum „Umfeld" der CDU/CSU und ihrer Jugendorganisationen (Hermann Schmidtendorf)	1	48
Die Jungsozialisten und der „Stamokap"-Streit in der SPD (Erich Beining, Christoph Butterwegge, Detlev Ehrig und Hans-Dieter Keil)	1	63
Anmerkungen zur Verfaßten Studentenschaft (Hinrich Enderlein)	1	83
Zurück in die fünfziger Jahre? Zur internationalen Lage und zur Situation in der Bundesrepublik Anfang 1978 (Karl D. Bredthauer)	2	142
Intelligenz ohne Arbeit. Zur Entwicklung des akademischen Bildungs- und Beschäftigungssystems (Bernd Güther)	2	205
Überfällig: Bonns Nein zur Neutronenbombe (Gunnar Matthiessen)	3	260
Stimmung statt Mitbestimmung (Joachim Eisbach)	3	270
Hat der Terrorismus eine theoretische Basis? (Hans Heinz Holz)	3	317
Urteile und Urteilsgründe. Zur Funktion des Verbots spontaner Streiks (Christian Seegert)	3	330
Anti-Terror-Gesetze? Eine Übersicht über erfolgte und geplante Grundrechtseinschränkungen im Namen der „inneren Sicherheit" (Jürgen Schreiber)	4	398
Die Entwicklung der sozialen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik seit der Wirtschaftskrise 1974/75 (Klaus Pickshaus)	4	475
Warum die NPD als verfassungskonforme Partei gelten soll (Reinhard Kühnl)	5	518
Den Worten müssen Taten folgen! (Horst Bethge über Radikalenerlaß-Kritik)	5	521
Neofaschismus in der Bundesrepublik. Aktivität, Ideologie und Funktion rechtsextremer Gruppen (Jörg Berlin, Dierk Joachim, Bernhard Keller und Volker Ullrich)	5	528
Demontage eines Grundrechts. Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Kriegsdienstverweigerung (Klaus Mannhardt)	5	555
Bemerkungen zum Recht auf Arbeit im Verfassungsrecht der Bundesrepublik (Roderich Wahsner)	5	562
Zum Spontaneismus in der Studentenbewegung (Wolfgang Lefèvre)	5	568
Der Bernstein-Boom in der SPD(Christoph Butterwegge)	5	579
Der total erfaßte Bürger. Zum Datenschutzgesetz (Richard Albrecht)	5	593
Zum 11. DGB-Bundeskongreß (Witich Roßmann)	6	645
Abrüstung und Arbeitsplatzsicherung. Zur Diskussion über Rüstungskonversion und Arbeitslosigkeit (Guido Grünewald)	6	657

	Heft	Seite
Zur Krise des Parlamentarismus (Georg Ahrweiler)	6	681
Gesinnungsjustiz. Zur politischen Justiz der Radikalenverfolgung (Norman Paech)	6	699
Anklage gegen das Berufsverbot. Wortlaut einer Stellungnahme vor dem Oberverwaltungsgericht Münster (Ulrike Schröter)	6	711
Demokratie als geschlossene Gesellschaft? Zur Kritik des Sperrklausel-Parlamentarismus (Karl D. Bredthauer)	7	772
Bürgerinitiativen im Visier des Staatsschutzes (Hans Günter Schumacher)	7	776
Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie. Zur Funktion der gegenwärtigen Grundwerte-Diskussion (Kurt Bayertz)	7	801
Warum Hans Filbinger gehen mußte (Karl D. Bredthauer)	8	904
Die verteilten Rollen des Rolf Rodenstock. Ein Porträt des designierten BDI-Vorsitzenden (Friedrich Hitzer)	9	1028
Szenario nach Filbinger (Bernt Engelmann)	9	1041
Die Zukunft der „Grünen Aktion Zukunft". Gedanken zu Herbert Gruhls „Grünem Manifest" (Edgar Gärtner)	9	1070
Privatisierung der „inneren Sicherheit"? (Udo Gelhausen und Albrecht Spitzner)	9	1123
100 Jahre Sozialistengesetz (Christoph Butterwegge)	10	1160
Warum NS-Verbrechen nicht verjähren dürfen (Gerhard Stuby)	11	1290
Das Unbehagen in der Bundesrepublik und die Perspektiven der Bürgerinitiativ-Bewegung. Eine Diskussion zwischen Eberhard Dähne, Christian Götz, Gerhard Kade, Wilhelm Knabe und Hans Günter Schumacher	11	1300
Der Anfang vom Ende der Berufsverbote? Chancen und Widersprüche der gegenwärtigen Auseinandersetzung (Ingrid Kurz)	11	1323
Wider eine verkehrte Gewaltdiskussion (Klaus Thüsing)	12	1425
Die Kalkulation des Unberechenbaren. Zur Entwicklungs- und Wirkungsweise des industriellen Kernenergie-Interesses in der BRD (Joachim Radkau)	12	1440
Berufsverbote – ein Wendepunkt 1978 (Hinrich Enderlein)	12	1467
Politik für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt (Gerd Deumlich)	12	1492

Außenpolitik der BRD

Zum Stand der Beziehungen zwischen BRD und DDR (Michael Charlier)	1	132
Zurück in die fünfziger Jahre? Zur internationalen Lage und zur Situation in der Bundesrepublik Anfang 1978 (Karl D. Bredthauer)	2	142
Die militärische Zusammenarbeit zwischen BRD und RSA im atomaren und konventionellen Bereich (Wolff Geisler)	1	166
Überfällig: Bonns Nein zur Neutronenbombe (Gunnar Matthiessen)	3	260
Neue Impulse für Entspannung und Abrüstung (Achim Maske)	5	516
Kultureller Austausch oder Strategie der außenpolitischen Einwirkung? Probleme der auswärtigen Kulturpolitik der BRD (Agnes Klingshirn und Dieter Kramer)	6	737
Die Bonner Gipfelkonferenz der „Großen Sieben" und die Widersprüche zwischen Westeuropa und den USA (Gerhard Kade)	8	912
Auf Umwegen zur Atommacht? Das deutsch-britisch-niederländische Konsortium zur Anreicherung von Uran (Stephen Salaff)	9	1077
Direktwahlen zum Europäischen Parlament – ein Weg zu mehr Demokratie? (Hans-Jürgen Axt)	9	1098
Auf Umwegen zur Atommacht? (II) Das deutsch-britisch-niederländische Konsortium zur Anreicherung von Uran (Stephen Salaff)	10	1230
Die deutsche Frage – eine „offene" Frage? (Walter Lewald)	10	1258
Warum NS-Verbrechen nicht verjähren dürfen (Gerhard Stuby)	11	1290
Namibia und der Westen (Rainer Falk)	11	1296

Politik anderer Länder

Hintergründe der Nahost-Politik Sadats (Magdi Kamil)	1	8
Bergarbeiter-Streik in den USA (Barbara Jentzsch)	1	15

	Heft	Seite
Aufgaben der sowjetischen Gewerkschaften (Gert Meyer)	1	89
Zum Stand der Beziehungen zwischen BRD und DDR (Michael Charlier)	2	132
Frankreich vor den Wahlen (Edgar Gärtner)	2	136
Die militärische Zusammenarbeit zwischen BRD und RSA im atomaren und konventionellen Bereich (Wolff Geisler)	2	166
Friedliche oder feindliche Koexistenz? Zur veränderten Globalstrategie der USA (Lorenz Knorr)	3	274
Die Aufrüstung des Iran (Mostafa Danesch)	3	266
Israels Libanon-Aktion und die PLO (Abdalla Frangi)	4	394
Stellungnahmen der französischen Linksparteien zum Ausgang der Parlamentswahlen in Frankreich (Edgar Gärtner)	4	421
Die internationalen Beziehungen der UdSSR (Nikolai I. Lebedew)	4	430
Grundsätze und Widersprüche der amerikanischen Nonproliferationspolitik (Bernd W. Kubbig)	4	440
Aspekte der Revolution in Äthiopien (Kahsai Wolde-Giorgis)	4	461
Zur gegenwärtigen Situation im Konflikt um die Westsahara (Alexander Gschwind)	5	522
Pyrrhus-Sieg am Nil (Horst J. Andel)	6	648
Hintergründe der Intervention in Zaire (Rainer Falk)	6	652
Die spanische Gewerkschaftsbewegung und der Kampf um die soziale und politische Demokratie (Rafael de la Vega)	6	717
Zurück zur Konfrontation? Carter und die Wirklichkeit (Gunnar Matthiessen)	8	900
Kein „zweites Israel" im Libanon (Horst J. Andel)	8	907
Die Bonner Gipfelkonferenz der „Großen Sieben" und die Widersprüche zwischen Westeuropa und den USA (Gerhard Kade)	8	912
Die gegenwärtige politische Lage und das Kräfteverhältnis der Parteien in Griechenland (Antonios Chryssos)	8	981
Zur Situation in Nord- und Südjemen (Horst J. Andel)	9	1034
Auf Umwegen zur Atommacht? Das deutsch-britisch-niederländische Konsortium zur Anreicherung von Uran (Stephen Salaff)	9	1077
Die innenpolitische Entwicklung im Iran. 25 Jahre nach dem Sturz Mossadeghs (Mostafa Danesch)	9	1112
Der Nahe Osten nach Camp David (Birgit Sommer)	10	1158
Das schwedische Modell ... der Zensur (Nikolaj-Klaus v. Kreitor und Reinhard Helmers)	10	1163
Die Krise in Portugal. Zur politischen und sozioökonomischen Entwicklung seit 1975 (Jörg Kammler)	10	1197
Auf Umwegen zur Atommacht? (II) Das deutsch-britisch-niederländische Konsortium zur Anreicherung von Uran (Stephen Salaff)	10	1230
Algerien vor dem zweiten Kongreß der Nationalen Befreiungsfront (FLN) (Alexander Gschwind)	10	1238
Namibia und der Westen (Rainer Falk)	11	1296
Ziele der US-Militärstrategie in Europa (Henryk Trofimeko)	11	1332
Japan – die patriarchalische Variante. Besonderheiten in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit (Walter Simon)	11	1343
Zur jüngsten Entwicklung im Iran (Mostafa Danesch)	12	1422
Die Krise in Portugal (II). Zur politischen und sozialökonomischen Enwicklung seit 1975 (Jörg Kammler)	12	1471

Internationale Politik

Wer will die Neutronenwaffe? (Karl Bechert)	1	4
Hintergründe der Nahost-Politik Sadats (Magdi Kamil)	1	8
Cruise Missiles. Billige Wunderwaffe oder teuerer Wahnsinn? (Bernhelm Booß)	1	18
Die Vereinten Nationen und die Menschenrechte (Rolf Gössner)	1	33

	Heft	Seite
Friedliche oder feindliche Koexistenz? Zur veränderten Globalstrategie der USA (Lorenz Knorr)	3	274
Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die eingeschränkte Souveränität nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik in seinem Einflußbereich (Gerhard Leithäuser)	3	290
Perspektiven militärischer Entspannung (Alexander Migolatjew)	3	307
Was wird aus der Entspannung? Zum Ergebnis des Belgrader KSZE-Folgetreffens und zur gegenwärtigen Situation (Achim Maske)	4	388
Die Neutronenbombe – eine genetische Waffe? (Peter M. Kaiser)	4	390
Zur NGO-Abrüstungskonferenz in Genf (Wilfried v. Bredow)	4	392
Die internationalen Beziehungen der UdSSR (Nikolai I. Lebedew)	4	430
Grundsätze und Widersprüche der amerikanischen Nonproliferationspolitik (Bernd W. Kubbig)	4	440
Neue Impulse für Entspannung und Abrüstung (Achim Maske)	5	516
Zur gegenwärtigen Situation im Konflikt um die Westsahara (Alexander Gschwind)	5	522
UNO-Abrüstungstagung im Schatten des NATO-Gipfels (Gerhard Kade)	6	644
Hintergründe der Intervention in Zaire (Rainer Falk)	6	652
Abrüstung und Arbeitsplatzsicherung. Zur Diskussion über Rüstungskonversion und Arbeitslosigkeit (Guido Grünewald)	6	657
Die Sondertagung der UNO-Generalversammlung zur Abrüstung. Eine vorläufige Bilanz (Gerhard Kade)	7	780
Aktuelle Entwicklungstendenzen der internationalen Beziehungen (Nikolai Poljanow)	7	785
NATO-Politik in Afrika (Jürgen Ostrowsky)	7	793
Zurück zur Konfrontation? Carter und die Wirklichkeit (Gunnar Matthiessen)	8	900
Die Bonner Gipfelkonferenz der „Großen Sieben" und die Widersprüche zwischen Westeuropa und den USA (Gerhard Kade)	8	912
Militärische Aspekte der Auseinandersetzung um die Neutronenwaffe (ERW). Eine Zwischenbilanz (Jo Rodejohann)	8	926
Direktwahlen zum Europäischen Parlament – ein Weg zu mehr Demokratie? (Hans-Jürgen Axt)	9	1098
Der Nahe Osten nach Camp David (Birgit Sommer)	10	1158
Abrüstungspolitik und Rüstungstechnologie. Wie kann man das Tempo rüstungstechnologischer Neuentwicklung drosseln? (Wilfried v. Bredow)	10	1170
OPEC und OECD – Kräfteverhältnisse und Perspektiven (Mohammed Massarrat)	10	1219
Die Neutronenbombe – scheibchenweise (Achim Maske)	11	1294
Namibia und der Westen (Rainer Falk)	11	1296
Ziele der US-Militärstrategie in Europa (Henryk Trofimenko)	11	1332
Die EG und die Dritte Welt. Wem nützt das Lomé-Abkommen? (Hella Gerth-Wellmann)	12	1429

(Vgl. auch die Rubrik „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

Geschichte und Zeitgeschichte

War Hitler ein Revolutionär? Zum Thema Modernismus und Antimodernismus in der Faschismus-Diskussion (Joachim Petzold)	2	186
Die Entwicklung der sozialen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik seit der Wirtschaftskrise 1974/75 (Klaus Pickshaus)	4	475
Zum Spontaneismus in der Studentenbewegung (Wolfgang Lefèvre)	5	568
Der Bernstein-Boom in der SPD (Christoph Butterwegge)	5	579
Hitler und das Kapital. 1925–1928 (Kurt Gossweiler)	7	842
Hitler und das Kapital (II). 1925–1928 (Kurt Gossweiler)	8	993
100 Jahre Sozialistengesetz (Christoph Butterwegge)	10	1160
Warum NS-Verbrechen nicht verjähren dürfen (Gerhard Stuby)	11	1290
Willy Brandts Lösung der Frauenfrage. Zum 100. Erscheinungsjahr von August Bebels „Die Frau und der Sozialismus" (Lottemi Doormann)	11	1357

Heft Seite

Bildungs- und Kulturpolitik

Anmerkungen zur Verfaßten Studentenschaft (Hinrich Enderlein) 1 83
Intelligenz ohne Arbeit. Zur Entwicklung des akademischen Bildungs- und Beschäftigungssystems (Bernd Güther) 2 205
Zur Entwicklung der Frauenbewegung an den Hochschulen (Gabi Zipfel und Kristine v. Soden) 3 344
Vermittlung wissenschaftlichen Wissens in Bürgerinitiativen (Lutz Hieber) 3 353
Zum Spontaneismus in der Studentenbewegung (Wolfgang Lefèvre) 5 568
Kultureller Austausch oder Strategie der außenpolitischen Einwirkung? Probleme der auswärtigen Kulturpolitik der BRD (Agnes Klingshirn und Dieter Kramer) 6 737
Formierte Information. Eine Fallstudie am Beispiel der Berichterstattung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über die sozialistischen Länder (Rainer Rilling) 8 959
Emanzipation von Technik und Fortschritt? Zur Auseinandersetzung mit aktuellen Tendenzen der Technikkritik (Kurt Bayertz) 9 1051
Das schwedische Modell ... der Zensur (Nikolaj-Klaus v. Kreitor und Reinhard Helmers) 10 1163
Die Auseinandersetzung um die Studienreform. Staatliche Instrumentarien, Kapitaleinfluß und Arbeitnehmerinteressen (Erika Hültenschmidt und Heinz Thoma) 10 1246

Gesellschaftspolitik

Ist Gutenbergs Ära zu Ende? (Erwin Ferlemann) 1 13
Intelligenz ohne Arbeit. Zur Entwicklung des akademischen Bildungs- und Beschäftigungssystems (Bernd Güther) 2 205
Stimmung statt Mitbestimmung (Joachim Eisbach) 3 270
Hat der Terrorismus eine theoretische Basis? (Hans Heinz Holz) 3 317
Urteile und Urteilsgründe. Zur Funktion des Verbots spontaner Streiks (Christian Seegert) 3 330
Zur Entwicklung der Frauenbewegung an den Hochschulen (Gaby Zipfel und Kristine v. Soden) 3 344
Vermittlung wissenschaftlichen Wissens in Bürgerinitiativen (Lutz Hieber) 3 353
Technische Revolution und Arbeitnehmerinteresse. Zu Verlauf und Ergebnissen des Arbeitskampfes in der Druckindustrie 1978 (Detlef Hensche) 4 413
Die Entwicklung der sozialen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik seit der Wirtschaftskrise 1974/75 (Klaus Pickshaus) 4 475
Frauen und Politik (Florence Hervé) 4 489
Bemerkungen zum Recht auf Arbeit im Verfassungsrecht (Roderich Wahsner) 5 562
Der total erfaßte Bürger. Zum Datenschutzgesetz (Richard Albrecht) 5 593
Zum 11. DGB-Bundeskongreß (Witich Roßmann) 6 645
Bürgerinitiativen im Visier des Staatschutzes (Hans Günter Schumacher) 7 776
Von der „Unabhängigkeit" der Überwachung von Kernkraftwerken. Personelle Einflußmöglichkeiten der Atomindustrie auf die Sicherheitskontrolle von Kernkraftwerken durch die Technischen Überwachungsvereine (Richard Albrecht) 8 938
Die verteilten Rollen des Rolf Rodenstock. Ein Porträt des designierten BDI-Vorsitzenden (Friedrich Hitzer) 9 1028
Emanzipation von Technik und Fortschritt? Zur Auseinandersetzung mit aktuellen Tendenzen der Technikkritik (Kurt Bayertz) 9 1051
Die Zukunft der „Grünen Aktion Zukunft". Gedanken zu Herbert Gruhls „Grünem Manifest" (Edgar Gärtner) 9 1070
Privatisierung der „inneren Sicherheit"? (Udo Gelhausen und Albert Spitzner) 9 1123
Neue Technologien als Herausforderung für die Gewerkschaften (Ulrich Briefs) 10 1179
Die Auseinandersetzung um die Studienreform. Staatliche Instrumentarien, Kapitaleinfluß und Arbeitnehmerinteressen (Erika Hültenschmidt und Heinz Thoma) 10 1246

Heft Seite

Das Unbehagen in der Bundesrepublik und die Perspektiven der Bürgerinitiativ-Bewegung. Eine Diskussion zwischen Eberhard Dähne, Christian Götz, Gerhard Kade, Wilhelm Knabe und Hans Günter Schumacher 11 1300
Willy Brandts Lösung der Frauenfrage. Zum 100. Erscheinungsjahr von August Bebels „Die Frau und der Sozialismus" (Lottemi Doormann) 11 1357
Wie neu ist die „Neue soziale Frage"? Arbeitslosigkeit und soziale Demagogie (Gerhard Bosch) 11 1367
Die Kalkulation des Unberechenbaren. Zur Entwicklungs- und Wirkungsweise des industriellen Kernenergie-Interesses in der BRD (Joachim Radkau) 12 1440
Frauenbewegung und Frauenkultur (Gaby Zipfel) 12 1500

Wirtschaft

Ist Gutenbergs Ära zu Ende? (Erwin Ferlemann) 1 13
Intelligenz ohne Arbeit. Zur Entwicklung des akademischen Bildungs- und Beschäftigungssystems (Bernd Güter) 1 205
Stimmung statt Mitbestimmung (Joachim Eisbach) 3 270
Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die eingeschränkte Souveränität nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik in seinem Einflußbereich (Gerhard Leithäuser) ... 3 290
Technische Revolution und Arbeitnehmerinteresse. Zu Verlauf und Ergebnissen des Arbeitskampfes in der Druckindustrie 1978 (Detlef Hensche) 4 413
Die Entwicklung der sozialen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik seit der Wirtschaftskrise 1974/75 (Klaus Pickshaus) 4 475
Zum 11. DGB-Bundeskongreß (Witich Roßmann) 6 645
Abrüstung und Arbeitsplatzsicherung. Zur Diskussion über Rüstungskonversion und Arbeitslosigkeit (Guido Grünewald) 6 657
Möglichkeiten und Grenzen der Einsparung von Energie in der Bundesrepublik (Wolfgang Pfaffenberger und Martin Meyer-Renschhausen) 7 821
Die Bonner Gipfelkonferenz der „Großen Sieben" und die Widersprüche zwischen Westeuropa und den USA (Gerhard Kade) 8 912
Von der „Unabhängigkeit" der Überwachung von Kernkraftwerken. Personelle Einflußmöglichkeiten der Atomindustrie auf die Sicherheitskontrolle von Kernkraftwerken durch die Technischen Überwachungsvereine (Richard Albrecht) 8 938
Die verteilten Rollen des Rolf Rodenstock. Ein Porträt des designierten BDI-Vorsitzenden (Friedrich Hitzer) 9 1028
Stau an! Von der „Investitionslücke" zum „Investitionsstau" (Joachim Eisbach) 9 1031
OPEC und OECD – Kräfteverhältnisse und Perspektiven (Mohammed Massarrat) 10 1219
(Vgl. auch die Rubriken „Wirtschaftsinformation" und „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

Tagungsberichte

Frauen als Subjekt und Objekt der Wissenschaft. Bericht über einen Kongreß des VDS-Projektbereichs Frauen vom 30. Juni bis 2. Juli 1978 in Bielefeld (Kristine v. Soden und Gaby Zipfel) 7 868
Ökologie und Planung. 8. Jahrestagung der Gesellschaft für Ökologie (GfÖ) vom 25. bis 30. September 1978 in Münster (Edgar Gärtner) 10 1270
Plutonium-Kongreß des BBU (Roland Vogt) 10 1271
Das Subjekt der Geschichte. Ein Bericht über das 3. Bremer Symposion „Wissenschaftsgeschichte" vom 29. September bis 3. Oktober 1978 (Kurt Bayertz) 12 1516
Achse Bonn–Pretoria? Bericht über den Kongreß gegen atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik–Südafrika in Bonn am 11. und 12. November 1978 (Ingeborg Wick) ... 12 1518

Heft Seite

Chronik der Monate Dezember 1977 und Januar bis November 1978

1/1, 2/129, 3/257, 4/385, 5/513, 6/641, 7/769, 8/897, 9/1025, 10/1155, 11/1287, 12/1419

Medienkritik

Britta und Gretchen (Günter Giesenfeld) ... 2 226
Roots (Günter Giesenfeld) ... 3 361
Die Grüne des Grüns (Günter Giesenfeld) ... 5 612
Das Gesetz des Serials (Günter Giesenfeld) ... 6 756
Ansichten zur Gewalt (Mimis Krimi, 1. Teil) (Günter Giesenfeld) ... 8 1010
Tatort Herz (Mimis Krimi, 2. Teil) (Günter Giesenfeld) ... 9 1130
Der Held und die Wespe (Günter Giesenfeld) ... 10 1266
Mal reden miteinander (Günter Giesenfeld) ... 11 1376

Bücher

Nach-Lese. Romane über die Studentenbewegung (Jutta Menschik) ... 3 362
Neuere Literatur aus der Friedensforschung (Wilfried v. Bredow) ... 5 603
Neuere Literatur zu Ursachen und Konsequenzen der Massenarbeitslosigkeit (Gerhard Bosch) ... 6 751
Die konservative Kritik an der Entnazifizierung. Eine Übersicht über die publizistische Auseinandersetzung (Wilma Albrecht) ... 7 861
Forschungspolitik als Gesellschaftspolitik? Viel Monographien zu neuen Tendenzen in der staatlichen Forschungspolitik der BRD (Rolf-Dieter Vogeler) ... 9 1135
Abendroth-Forum (Hans E. Schmitt-Lermann) ... 11 1377
Zur Entwicklung der Kritischen Psychologie (Karl-Heinz Braun) ... 12 1510

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher ... 1/106, 2/224

Wirtschaftsinformation. Wirtschafts- und sozialpolitische Daten

Die Prognosen des Sachverständigenrats (Jörg Goldberg) ... 1 109
Die wirtschaftliche Lage der BRD im Jahre 1977 (Jörg Goldberg) ... 2 227
Die Talfahrt des Dollars und das Verhältnis BRD–USA (Jörg Goldberg) ... 3 369
Arbeitslosigkeit und „Neue Soziale Frage" (Jörg Goldberg) ... 4 500
Löhne und Gehälter im Jahre 1977 (Jörg Goldberg) ... 5 600
Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 1. Vierteljahr 1978 (Jörg Goldberg) ... 6 757
Zur Entwicklung der Sozialhilfe (Jörg Goldberg) ... 7 870
Die Entwicklung des Steuersystems (Jörg Goldberg) ... 8 1011
Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 2. Vierteljahr 1978 (Jörg Goldberg) ... 9 1131
Konjunkturprogramme seit 1975 (Jörg Goldberg) ... 10 1267
Zur Finanzlage der Gemeinden (Jörg Goldberg) ... 11 1383
Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 3. Vierteljahr 1978 (Jörg Goldberg) ... 12 1506

Glosse

Zensur tut not! (Bernt Engelmann) ... 1 17
Hans Maier will nicht Inquisitor sein (Erich Fried) ... 2 141
Neulich in der Kneipe traf ich ihn (Dieter Süverkrüp) ... 3 273

	Heft	Seite
Die feinere Art (Dietrich Kittner)	4	397
Mannheim machts möglich (Ingeborg Drewitz)	5	527
Aus Hpt.-Insp. Kuhbiers Wachbuch (Bernt Engelmann)	6	656
Monolog eines älteren WM-Geschädigten, Heimatanschrift „Deutschland" (Johannes Weidenheim)	7	779
Sterben und sterben lassen (Gisela Elsner)	8	911
Man könnte beinahe ein Märchen draus machen (Peter O. Chotjewitz)	9	1040
Bayern bleibt in besten Händen (Monika Sperr)	10	1169
Friedensnobelpreis (Horst J. Andel)	11	1299
„Zensur tut not!" (Karlheinz Deschner)	12	1428

Dokumente zum Zeitgeschehen

Entwurf eines Programms der Deutschen Kommunistischen Partei, vorgestellt auf einer Pressekonferenz am 8. Dezember 1977 in Bonn (Auszüge)	1	113
Peter v. Siemens über die Zahl der in die Politik entsandten Siemens-Mitarbeiter. Wortlaut eines Artikels im „Kurznachrichtendienst"/KND der BDA vom 13. Dezember 1977	1	126
Erklärung des Bundesvorstandes der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner vom 16. Dezember 1977 zur Wiedereinsetzung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer (Wortlaut)	1	127
Die CIA und ihre Beeinflussung der Weltmeinung (Wortlaut einer Artikelserie der „New York Times" vom 25., 26. und 27. Dezember 1977)	2	231
Aufruf der katholischen Friedensbewegung Pax Christi zur Unterschriftenaktion gegen die Neutronenbombe und zur Abrüstung (Wortlaut)	2	255
Offener Brief von 142 Mitarbeitern des Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung GmbH an die Bundesregierung zur Problematik der Neutronenbombe (Wortlaut)	3	373
Presseerklärung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBK) gegen die Neutronenbombe vom 1. März 1978 (Wortlaut)	3	374
Wiener Appell für den Verzicht der Staaten auf Erstanwendung von Kernwaffen vom 27. Januar 1978 (Wortlaut)	3	375
Aufruf zur internationalen Kundgebung für die Auflösung der SS-Verbände und gegen die Rehabilitierung des Nazismus am 22. April 1978 in Köln (Wortlaut)	3	377
Appell für die Auflösung der SS-Verbände und gegen die Rehabilitierung des Nazismus (Wortlaut)	3	378
Gemeinsame politische Deklaration der Gipfelkonferenz Algeriens, Syriens, Libyens, des Südjemen und der PLO in Algier vom 2.–4. Februar 1978 (Wortlaut)	3	380
Abschließendes Dokument des Belgrader Treffens 1977 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Wortlaut)	4	502
Entwurf einer „Konvention über das Verbot der Herstellung, Lagerung, Stationierung und Anwendung nuklearer Neutronenwaffen" (Wortlaut)	4	505
Offener Brief von 33 Mitgliedern und Korrespondierenden Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften der UdSSR an die Präsidenten der USA in Sachen gegenseitiger Verzicht auf die Neutronenbombe vom 13. März 1978 (Wortlaut)	4	507
„Nein zur Neutronenbombe – beendet das Wettrüsten." Aufruf des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (Wortlaut)	4	508
Presseerklärung der Evangelischen Studentengemeinde an der PH Berlin zur geplanten Streichung des Erziehungszieles „Der nazistischen Ideologie unerbittlich entgegenstehen" in § 1 des Westberliner Schulgesetzes (Wortlaut)	4	511
Kommuniqué über den Aufenthalt von Leonid Breschnew in der Bundesrepublik Deutschland vom 4.–7. Mai 1978 (Wortlaut)	5	613
Gemeinsame Deklaration von Helmut Schmidt und Leonid Breschnew vom 6. Mai 1978 (Wortlaut)	5	619

	Heft	Seite
Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der BRD und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie (Wortlaut)	5	621
Memorandum '78: Alternativen der Wirtschaftspolitik. Vorgelegt im Namen von 158 Wirtschaftswissenschaftlern auf einer Pressekonferenz am 27. April 1978 in Bonn (Wortlaut)	5	624
Erklärung der Teilnehmerverbände der Internationalen Manifestation für die Auflösung der SS-Verbände und gegen die Rehabilitierung des Nazismus am 22. April 1978 in Köln (Wortlaut)	5	637
Appell des Kongresses „Christen für die Abrüstung" im Dominikanerkloster Frankfurt/M. am 18. März 1978 (Wortlaut)	5	639
Dokumente zu den Parteiausschlußverfahren gegen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (mit Solidaritätserklärung für Mechtild Jansen und Prof. Dr. Gerhard Stuby, im Wortlaut)	6	760
Dokumente der Weltkonferenz zur Ausmerzung des Rassismus und der Rassendiskriminierung in Basel vom 18.–21. Mai 1978	7	871
Rede des Präsidenten der Vereinigten Republik Tansania, Julius Nyerere, vor dem Diplomatischen Corps in Daressalam über „westliche Manöver in Afrika" vom 8. Juni 1978 (Wortlaut)	7	872
Rede des Präsidenten der USA, Jimmy Carter, über das amerikanisch-sowjetische Verhältnis in Annapolis/Maryland am 7. Juni 1978 (Wortlaut)	7	883
Artikel der „Prawda", Moskau, vom 17. Juni 1978: „Über die derzeitige Politik der USA-Regierung" (Wortlaut)	7	885
Brief von NATO-Generalsekretär Luns vom 15. Februar 1978 über die Auflistung von N-Bombenkritikern (Wortlaut)	8	1014
Rücktrittserklärung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger vom 7. August 1978 (Wortlaut)	8	1016
„Kritisches Tagebuch" (WDR) vom 8. August 1978 zu Filbingers Rücktrittserklärung (Wortlaut) (Claudia Wolff)	8	1017
Offener Brief der VVN – Bund der Antifaschisten an den Bundeskanzler zum Majdanek-Prozeß vom 15. Juli 1978 (Wortlaut)	8	1020
Aufruf zu einem Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik Deutschland – Südafrika in Bonn am 11./12. November 1978 (Wortlaut)	8	1022
Entschließungen des 11. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik (Wortlaut)	9	1142
„Das Grüne Manifest" – Programm der Partei „Grüne Aktion Zukunft" (GAZ) vom 13. Juli 1978 (Wortlaut)	9	1149
Konvention über das Verbot militärischer und sonstiger feindseliger Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt (Wortlaut)	9	1151
Stellungnahme von 298 Naturwissenschaftlern zur Frage der Neutronenwaffen, vorgelegt am 2. Oktober 1978 in Bonn: Die Neutronenbombe ist keine „saubere" Bombe (Wortlaut)	10	1273
Die Vereinbarungen zwischen Muhammed Anwar Al-Sadat, Menachem Begin und Jimmy Carter vom 17. September 1978 in Camp David (Wortlaut)	10	1275
Abschlußerklärung der Internationalen Konferenz der Solidarität mit dem Kampf der afrikanischen und arabischen Völker gegen Imperialismus und Reaktion in Addis Abeba vom 14. bis 17. September 1978 (Wortlaut)	10	1282
Schlußdokument der zehnten außerordentlichen Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu Fragen der Abrüstung vom 30. Juni 1978 (Wortlaut)	11	1386
Erklärung der nordamerikanischen Indianer vom 19. Juli 1978 über die fortgesetzte Verletzung ihrer Menschenrechte (Wortlaut)	11	1408
Antrag 219 „Betr.: Jugendarbeitslosigkeit", eingebracht vom Bundes-Jugendausschuß des DGB auf dem 11. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB vom 21. bis 27. Mai in Hamburg (Wortlaut)	11	1413
Moskauer Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags vom 23. November 1978 (Wortlaut)	12	1520
Materialien zu Karlheinz Deschners Glosse „Zensur tut not!"	12	1532

Autoren dieses Heftes

Dr. Mostafa DANESCH, geb. 1944 in Semnan (Iran), Studium der Politologie, Völkerkunde und Erziehungswissenschaft an den Universitäten München, Bonn und Köln, Promotion über „Die Politik Großbritanniens in der iranischen bürgerlichen Revolution (1905–1911)"; zahlreiche Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Klaus THÜSING,* geb. 1940 in Balve/Sauerland, Studium der Pädagogik, Sozialwissenschaften und Geschichte, Diplom-Sozialwissenschaftler, SPD-MdB, Mitglied im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Karlheinz DESCHNER,* geb. 1924 in Bamberg, Studium der Forstwissenschaft, Jura, Philosophie und Literaturgeschichte, Schriftsteller; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Hella GERT-WELLMANN,* geb. 1950 in Neumünster, Diplom-Politologin, Doktorandin in Hamburg, z. Z. wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für allgemeine Überseeforschung in Hamburg. • • • *Dr. Joachim RADKAU,* geb. 1943 in Oberlübbe/Krs. Minden, Professor für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe; Buchveröffentlichungen u. a.: Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute (zusammen mit George W. F. Hallgarten), Köln/Frankfurt/M. 1974. • • • *Hinrich ENDERLEIN,* geb. 1941, MdL, Stellvertretender Landesvorsitzender und Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der baden-württembergischen FDP. • • • *Dr. Jörg KAMMLER,* geb. 1940 in Berlin, Professor für Politikwissenschaft an der Gesamthochschule Kassel, Vorsitzender des Studienkreises zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945 e. V. in Frankfurt/M. • • • *Gerd DEUMLICH,* geb. 1928 in Brieg, Vermessungstechniker, Mitglied des Parteivorstandes und des Präsidiums der DKP; Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Gaby ZIPFEL,* geb. 1952, Studium der Germanistik und der Politologie an der Universität Hamburg, Leiterin des VDS-Projektbereichs Frauen; Zeitschriftenveröffentlichungen zur Frauenfrage. • • • *Karl-Heinz BRAUN,* geb. 1948, Studium der Gesellschafts- und Erziehungswissenschaft an der Universität Marburg/L., Mitherausgeber der „Beiträge zur Kritischen Psychologie"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Ingeborg WICK,* geb. 1946 in Düsseldorf, Studium der Romanistik und Anglistik an den Universitäten Heidelberg und Bonn, z. Z. Geschäftsführerin der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Bonn; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Mitteilung des Verlags

Infolge gestiegener Herstellungskosten ist es unumgänglich, den Preis für die „Blätter" ab 1. Januar 1979 um 0,20 DM je Heft zu erhöhen. Das Abonnement kostet also ab Jahresbeginn 1979 monatlich 4,00 DM (für Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende 3,50 DM), das Einzelheft im Buchhandel 5,50 DM. Ändern sie bitte dementsprechend Ihren Dauerauftrag.
Wir bitten um Verständnis.
Pahl-Rugenstein Verlag

Bemerkungen

Einer Teilauflage dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Argument-Verlages bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen. D. Red.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (12/78)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	77,–	86,–	104,–	121,–	129,–	180,–	224,–	266,–
8 Seiten	128,–	146,–	171,–	194,–	215,–	300,–	365,–	428,–
12 Seiten	194,–	214,–	248,–	280,–	318,–	402,–	473,–	550,–
16 Seiten	260,–	280,–	328,–	365,–	411,–	502,–	596,–	692,–
20 Seiten	325,–	356,–	402,–	450,–	480,–	614,–	725,–	866,–
24 Seiten	365,–	408,–	464,–	516,–	558,–	716,–	849,–	1070,–
28 Seiten	420,–	464,–	524,–	592,–	642,–	776,–	964,–	1192,–
32 Seiten	472,–	515,–	579,–	644,–	695,–	838,–	1080,–	1332,–
36 Seiten	501,–	552,–	612,–	666,–	708,–	945,–	1192,–	1425,–
40 Seiten	524,–	572,–	636,–	700,–	745,–	999,–	1270,–	1468,–